

DIE 360° NATO: MOBILMACHUNG AN ALLEN FRONTEN



Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

Die 360°-NATO: Konfrontationskurs mit Russland und dem Rest der Welt

Jürgen Wagner 3

II. Einsätze

Besetzt, ausgeplündert, geteilt: Die NATO im Kosovo

Jürgen Wagner 11

Die NATO in Afghanistan: Krieg ohne Ende

Anne Labinski 16

Ganze Arbeit: Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat

Jürgen Wagner 21

Aufrüstung der NATO-Ostflanke. Die Umstrukturierung der NATO-Politik, Ukraine-Konflikt und Russland-Krise

Nathalie Schüler 27

Die (hybride) Rolle der NATO bei der Zerstörung Syriens

Christoph Marischka 35

III. Strategien

Nato-Exzellenzzentren – Planen für den nächsten Krieg

Christopher Schwitanski 42

Und zu Wasser ... Die NATO als Seemacht

Claudia Haydt 53

Cyberwar und Inforaum: Die NATO und der Krieg auf dem fünften Schlachtfeld

Thomas Gruber 55

Militarisierung von Informationen: NATO-Propaganda heißt jetzt Strategische Kommunikation

Christopher Schwitanski 59

Alliance Ground Surveillance: Die Augen und Ohren der NATO über Osteuropa

Marius Pletsch 63

Atomare Muskelspiele: Die nukleare Offensive der NATO

Jürgen Wagner 64

VI. Proteste

Widerstand gegen NATO-Strukturen in Deutschland - Das Beispiel EUCOM

Thomas Mickan 71

No NATO: Kartographie der Protestlandschaft

Jacqueline Andres 73

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2009 haben die Informationsstelle Militarisierung (IMI) und die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) schon einmal zusammen eine Broschüre zum selben Thema herausgegeben – damals mit dem Titel „Kein Frieden mit der NATO“. Schon seinerzeit brannte es lichterloh: Der Afghanistan-Krieg ging in eine seiner heißesten Phasen und die westlich-russischen Beziehungen hatten mit dem Georgien-Krieg 2008 einen ersten Tiefpunkt erreicht, um nur zwei der damaligen „Highlights“ zu nennen. Seither kann leider nicht behauptet werden, dass sich die Lage in irgendeiner Form verbessert hätte: Afghanistan erlebt – von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet – 2016 eines seiner blutigsten Jahre seit Einmarsch des Westens, die NATO ist weiterhin dort auf unbestimmte Zeit mit Truppen präsent und das Verhältnis zu Russland hat sich infolge der Ukraine-Krise sogar so weit verschlechtert, dass wieder von einem Neuen Kalten Krieg gesprochen wird.

Doch in den letzten Jahren hat sich die NATO auch viele Felder neu „erschlossen“, sprich: Die Militarisierung ausgeweitet. Die Südflanke gerät dabei ebenso verstärkt in den Fokus, wie zahlreiche Bereiche, die vor ein paar Jahren noch kaum eine Rolle gespielt haben: Etwa der Cyberraum, Drohnen und die „Strategische Kommunikation“ (also die Propaganda). Die NATO spricht selbst davon, sie verfolge einen 360°-Ansatz. Es sind die vielen Facetten dieser „Mobilmachung an allen Fronten“, die wir in dieser Broschüre möglichst umfangreich aufarbeiten wollen und gegen die es gilt, die Proteste zu intensivieren!

DFG-VK & IMI



Impressum:

Herausgebende sind:
IMI, Hechingen Str. 203, 72072 Tübingen
www.imi-online.de - imi@imi-online.de

DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart
www.dfg-vk.de - www.facebook.com/dfg-vk

Erscheinungszeitpunkt: Juni 2016
Redaktionelle Bearbeitung: IMI

Die hier abgedruckten Texte spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. oder der DFG-VK wieder.

Die 360° NATO

Konfrontationskurs mit Russland und dem Rest der Welt

von Jürgen Wagner

Es war der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, der schon 2010 argumentierte, das westliche Militärbündnis befinde sich im Übergang zu einer NATO 3.0.¹ Und tatsächlich lässt sich die Entwicklung der NATO von ihrer Gründung im Jahr 1949 bis heute grob in drei Phasen einteilen: Anfangs dominierte klar die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion (NATO 1.0). Nach dem Ende der Blockkonfrontation standen dann der Umbau der Allianz hin zu einem weltweiten Interventionsbündnis sowie die Erweiterung ihres Einflussgebietes im Vordergrund (NATO 2.0). Seit einigen Jahren gewinnen nun die Auseinandersetzungen mit Russland und die damit einhergehende Aufrüstung der Ostflanke wieder stark an Bedeutung. Doch dies bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass die Allianz von ihrem Anspruch abrücken würde, auch künftig überall dort – einschließlich des Cyberspace – militärisch zu intervenieren, wo dies die Interessenslage vermeintlich gebietet. Das eine tun, ohne das andere sein zu lassen, lautet vielmehr die Devise der NATO 3.0!

Diesen Anspruch auf omnipräsente Macht- und Gewaltprojektion brachten die NATO-Verteidigungsminister im Juni 2015 mit dem seither fortwährend verwendeten Bild einer 360°-NATO auf den Punkt: „Russland stellt die euro-atlantische Sicherheit durch militärische Maßnahmen, Zwang und Einschüchterung seiner Nachbarn auf die Probe. Wir sind weiter besorgt über das aggressive Vorgehen Russlands [...]. Darüber hinaus sind wir besorgt über die wachsende regionale Instabilität südlich der NATO [...]. Um all diese Herausforderungen im Osten und Süden anzugehen, verfolgt die NATO weiter einen 360-Grad-Ansatz zur Abwehr von Bedrohungen durch Abschreckung und, erforderlichenfalls, zur Verteidigung der Bündnispartner gegen jeglichen Gegner.“²

Dass die NATO diese „Herausforderungen“ durch ihre Macht- und Militärpolitik zu einem guten Teil erst verursacht hat, wird selbstredend nicht erwähnt. Anstatt sich hier einmal kritisch an die eigene Nase zu fassen, hinterlässt das Bündnis immer mehr Chaos, Konflikte und Zerstörung. Und das hat wiederum mit der Tatsache zu tun, dass in all den Jahren ihrer Existenz eine Sache konstant geblieben ist: Die NATO ist und bleibt der bewaffnete Arm des westlich-kapitalistischen Blocks und damit das Instrument, die Interessen ihrer größten Mitgliedsländer notfalls gewaltsam durchzusetzen – koste es, was es wolle!

NATO 1.0: Fokus Sowjetunion

Die damals streng geheime Policy Planning Study 23 (PPS/23) der USA vom 28. Februar 1948 gibt einen Einblick, zu welchem Zweck nicht einmal ein Jahr später die NATO gegründet werden sollte: „Wir besitzen etwa 50 % des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 % seiner Bevölkerung. [...] In einer solchen Situation kommen wir nicht umhin, Neid und Missgunst auf uns zu lenken.

Unsere eigentliche Aufgabe in der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten. Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten. [...] Wir sollten aufhören von vagen — und für den Fernen Osten — unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.“³

Etwas vorsichtiger soll einige Zeit später Lord Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, auf die Frage nach der Funktion des Bündnisses geantwortet haben: „Um die Amerikaner drinnen-, die Deutschen unten- und die Russen rauszuhalten.“⁴ Damit waren das Koordinatensystem des Kalten Krieges und die daraus abgeleitete Interessenskonstellation ziemlich exakt beschrieben: Das Ziel des Bündnisses bestand demzufolge darin, zum Sieg des westlich-kapitalistischen Blocks unter Führung der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion beizutragen, wobei es gleichzeitig galt, das deutsche Machtstreben einzudämmen.

Vor allem der Stärke der Sowjetunion war es dabei geschuldet, dass diese Rahmenbedingungen über die Dauer des Kalten Krieges mehr oder weniger stabil blieben. Dies hatte auch zur Folge, dass jeglichen Expansionsbestrebungen der NATO enge Grenzen gesetzt waren und das Aktionsfeld im Großen und Ganzen auf das Bündnisgebiet beschränkt blieb.⁵ Gleichzeitig hatten die EU-Staaten der – zumindest so empfundenen – existenziellen Bedrohung durch die Sowjetunion allein wenig entgegenzusetzen, was die Vereinigten Staaten zwangsläufig zur unbestrittenen Führungsmacht im westlichen Bündnis machte: „Unter den Bedingungen der US-Hegemonie und der Systemkonkurrenz konnte in den Nachkriegsjahrzehnten von einer eigenständigen europäischen Strategie keine Rede sein. Dies galt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik.“⁶

Mit dem Untergang der Sowjetunion änderten sich diese Rahmenbedingungen Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Die vermeintliche Systemalternative war besiegt, wodurch nach damaliger Auffassung das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), der ultimative Sieg des westlich-neoliberalen Weltwirtschaftsmodells eingeläutet wurde. In der Folge wurden dann alle Anstrengungen darauf gerichtet, diesem Ordnungsmodell weltweit Geltung zu verschaffen – und die NATO war zu diesem Zweck eines der wesentlichen Mittel.

NATO 2.0: Umbau zur Interventionsallianz

Selbstredend war die NATO auch nach dem – vermeintlichen, muss man wohl heute sagen – Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er weiter bestrebt, die soeben erlangte westliche Vorherrschaft gegen potenzielle Rivalen wie die Sowjetunion (später Russland) und/oder China abzusichern. Aufgrund der zwischenzeitlichen Schwäche beider Akteure rückte aber zunächst das Bestreben, das neoliberale Weltwirtschaftssystem notfalls militärisch auszuweiten und abzusichern, in den Vordergrund.

Dazu gehörte der „Schutz“ wesentlicher Rohstoffvorkommen und Handelswege, aber auch grundlegende Erwägungen: Denn die vom neoliberalen Weltwirtschaftssystem ausgehende Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung gilt in der Kriegsursachenforschung als wesentlicher Faktor dafür, dass Konflikte gewaltsam eskalieren und Bürgerkriege ausbrechen. Da in den NATO-Ländern keinerlei Bereitschaft besteht, an den wirtschaftlichen Spielregeln etwas zu ändern, wird es aus westlicher Sicht zwangsläufig immer wieder erforderlich, auf das Militär zurückzugreifen, um den Dampfkessel der Globalisierungskonflikte notdürftig militärisch unter Kontrolle zu halten.⁷ Und genau hierauf wurde die NATO frühzeitig ausgerichtet, wie etwa Birgit Mahnkopf kritisch hervorhebt: „Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, den die NATO [...] Anfang der 90er Jahre vorgenommen hat, wurde der Nord-Süd-Konflikt, der zweifellos viel mit fehlender globaler Gerechtigkeit und wachsender globaler Ungleichheit der Lebenschancen zu tun hat, als ein ‚globales Sicherheitsproblem‘ re-interpretiert. [...] Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die

Unordnung, die in der Reproduktionsstruktur des globalen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugt und durch den Markt externalisiert wird, unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen.“⁸

Mit der Transformation der NATO von einer – zumindest auf dem Papier – auf die Landesverteidigung ausgerichteten Allianz hin zu einem global agierenden Interventionsbündnis wurde folgerichtig bereits früh begonnen. Schon auf dem Gipfeltreffen in Rom im November 1991 wurde ein neues strategisches Konzept verabschiedet: Die vom Ostblock ausgehende „berechenbare“ Gefahr sei nunmehr durch „multidirektionale“ Bedrohungen ersetzt worden, hieß es darin. Hierzu wurde seinerzeit bereits die Proliferation, also die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus, aber auch die Unterbrechung wichtiger Rohstoffströme gezählt.⁹ Im Juni 1992 entschied man sich, fortan auf Ersuchen auch Einsätze der KSZE (heute: OSZE) zu übernehmen, selbst wenn diese außerhalb des Bündnisgebietes („Out-of-area“) stattfinden sollten. Ende 1992 wurde dieser Beschluss auch auf Einsätze der Vereinten Nationen ausgedehnt. Klammheimlich war damit der Schritt vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis vollzogen, was einem „informellen Vertragswandel“ gleichkam.¹⁰ Ab 1992 wurde die neue Interventionsstrategie mit der Kontrolle des Waffenembargos gegen Jugoslawien in die Praxis umgesetzt. Es folgten zahlreiche weitere Einsätze, u. a. 1994 Luftwaffen-Kampfeinsätze in Bosnien-Herzegowina. Im Dezember 1995 übernahm die NATO das Kommando über die Implementation Force (IFOR, später SFOR), die das Land mit zwischenzeitlich bis zu 60.000 Soldaten besetzte.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwick-



Beim NATO-Gipfel 1999 wurde die neue Interventionsstrategie beschlossen. Quelle: DoD/R. D. Ward

lung dann im März 1999: Ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit unter eindeutiger Verletzung des Völkerrechts bombardierte die NATO in einem Angriffskrieg Jugoslawien. Damit unterstrich die Allianz ihre Bereitschaft, außerhalb des Bündnisgebietes auch gegen den Willen der UN-Vetomächte Russland und China „Out-of-area“ zu intervenieren. Nach dem Waffenstillstand vom 10. Juni 1999 besetzte die NATO mit ihrer zwischenzeitlich mehr als 50.000 Soldaten umfassenden Truppe (KFOR) den Kosovo und verwandelte die Provinz de facto in ein westliches Protektorat, in dem das Wirtschaftssystem strikt neoliberal reorganisiert wurde (siehe den Beitrag von Jürgen Wagner).

Nahezu parallel dazu wurde nur einen Monat nach Beginn der Bombardierungen Jugoslawiens am 24. März 1999 eine neue NATO-Strategie verabschiedet, in der ähnlich gelagerte völkerrechtswidrige Interventionen zur Kernaufgabe des Bündnisses erklärt wurden. Hierüber findet sich in dem Dokument der folgende viel sagende Satz: „Die NATO [wird] in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen darum bemüht sein, Konflikte zu verhüten oder, sollte eine Krise auftreten, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu deren wirksamer Bewältigung beitragen, einschließlich durch die Möglichkeit der Durchführung von nicht unter Artikel 5 fallenden Krisenreaktionseinsätzen. [...] In diesem Zusammenhang erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in Bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan.“¹¹ Der Verweis auf die „Übereinstimmung mit dem Völkerrecht“ ist hier der blanke Hohn, wenn im selben Atemzug das Vorgehen auf dem Balkan als Vorbild für künftige Handlungen benannt wird. Auch eine weitere Formulierung ist bemerkenswert: Da im seit 1949 unveränderten NATO-Vertrag keine Rede von irgendwelchen Militärinterventionen außerhalb des Bündnisgebietes ist, ließ man sich die so genannten Nicht-Artikel-5-Einsätze einfallen.

Aus dem zentralen Artikel 5 des NATO-Vertrages lässt sich im Übrigen ebenfalls keine militärische Beistandspflicht ableiten: Die Mitgliedsstaaten sind im Falle eines Angriffes auf ein anderes NATO-Land zwar gehalten, sich solidarisch zu zeigen. Wie genau dies dann aber aussieht, bleibt jedem Staat selbst überlassen. Dennoch kam es nach den Anschlägen auf die USA am 11. September 2001 zur Ausrufung des NATO-Bündnisfalls und zum Einmarsch in Afghanistan weniger als einen Monat später. Als Begründung wurde angeführt, das Land habe Al-Kaida und ihrem Oberhaupt, Osama bin Laden, Unterschlupf gewährt, die wiederum beschuldigt wurden, für die Anschläge verantwortlich gewesen zu sein. Angebote der damals herrschenden Taliban, bin Laden auszuliefern, wurden ignoriert.¹² Im August 2003 übernahm die NATO mit ihrer „Internationalen Schutztruppe“ (International Security Assistance Force, ISAF) die Führung in Afghanistan. Mit zeitweise über 130.000 Soldaten wurde das Land in der Folge zum zentralen Schauplatz, auf dem die NATO unter Beweis stellen wollte, dass sie in der Lage ist, ein Krisengebiet nachhaltig unter Kontrolle zu bringen. Auch für Deutschland war und ist der Afghanistan-Einsatz als bis dato umfangreichste und kampftensivste Operation von enormer Bedeutung und Ausdruck der zunehmenden militärpolitischen Ambitionen (siehe den Beitrag von Anne Labinski).

Der letzte große Einsatz, dessen Beginn noch klar in die

Phase der NATO 2.0 fällt, ist die 2008 begonnene „Operation Allied Provider“ am Horn von Afrika, die bis heute unter dem Namen „Operation Ocean Shield“ andauert. Infolge einer von den USA unterstützten äthiopischen Militärintervention in Somalia im Jahr 2006 versank das Land anschließend vollkommen im Chaos. Aus westlicher Sicht rückten hierbei aber fast ausschließlich die entstandenen Piratengruppen ins Zentrum der Aufmerksamkeit, es entstanden in der Folge Piratengruppen, die in der Region Schiffe aufbrachten und damit aus NATO-Sicht den freien Warenverkehr gefährden. Da Somalia an einer der wichtigsten maritimen Handelsrouten liegt, entsenden NATO und Europäische Union (Operation ATALANTA) seit 2008 Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen (siehe den Beitrag von Claudia Haydt).

Zusammenfassend lässt sich Patrick Keller von der Konrad-Adenauer-Stiftung zitieren, der 2008 in einem Aufsatz für das NATO-Verteidigungskolleg beschrieb, worum es der NATO 2.0 ging, nämlich darum, den westlichen Spielregeln der Welt(wirtschafts)ordnung Nachdruck zu verleihen und dieses System abzusichern: „Im weitesten Sinne ist die NATO heute die Schutzmacht der Globalisierung. Indem sie [...] Sicherheit und Stabilität in wichtige Weltregionen projiziert, fördert und schützt die NATO gleichzeitig den Prozess der Modernisierung und Liberalisierung.“¹³

NATO 3.0a: Out-of-Area ohne Ende

Während das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts voranschritt, liefen die Kriege im Irak (wo nicht die NATO, aber mehrere ihrer Mitglieder wie die USA und Großbritannien kämpften) und in Afghanistan immer weiter aus dem Ruder. Gerade am Hindukusch ist die NATO bei ihrem bei weitem größten Militäreinsatz überhaupt, schon allein was ihre offiziellen Kriegsziele angeht – Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und Wirtschaftswachstum – „krachend gescheitert.“¹⁴ Mittlerweile 15 Jahre Krieg und Besatzung haben ein zerstörtes Land und unzählige Opfer hinterlassen. Und dennoch steht ein Abzug allen Lippenbekenntnissen zum Trotz nicht ernsthaft zur Debatte. Der ISAF-Folgeinsatz „Resolute Support“ wird ein ums andere Mal verlängert – teils ist offen davon die Rede, die NATO werde womöglich noch für Jahrzehnte am Hindukusch weiterkämpfen.¹⁵

Der Grund für dieses verbissene Festhalten am Afghanistan-Krieg ist relativ simpel: Räumt die NATO dort, bei ihrem bislang mit Abstand wichtigsten Einsatz, auch offiziell ihr Scheitern ein, dürften künftige Interventionen nur noch schwer durchsetzbar werden. Es ging und geht also darum, unter Beweis zu stellen, dass die NATO nicht nur willens, sondern auch in der Lage ist, Out-of-area „erfolgreich“ zu intervenieren, wie unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel schon vor Jahren überdeutlich zum Ausdruck brachte: „Ich glaube, sagen zu können [...], dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO.“¹⁶

Obwohl also die politischen, personellen und finanziellen Kosten der Einsätze immer dramatischer anstiegen,

betonte eine hochrangig besetzte Expertenkommission zur Erarbeitung einer neuen NATO-Strategie im Mai 2010, dass afghanistanähnliche Einsätze auch in Zukunft zum Kerngeschäft des Bündnisses gehören werden: „Angesichts des komplexen und unvorhersagbaren Sicherheitsklimas, das höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten vorherrschen wird, ist es unmöglich, eine NATO-Teilnahme an ähnlichen (hoffentlich weniger ausufernden) Stabilisierungseinsätzen auszuschließen.“¹⁷ Ganz ähnlich klang dann die kurz darauf veröffentlichte Neufassung der NATO-Strategie, die darüber hinaus forderte, die Fähigkeiten der Allianz, derartige Einsätze „erfolgreich“ zu vollenden, zu „verbessern“: „Wir müssen die Doktrin und die militärischen Fähigkeiten für Auslandseinsätze weiter ausbauen, einschließlich Aufstands-bekämpfung- sowie Stabilisierungs- und Wiederaufbau-missionen.“¹⁸ Mit großer Anstrengung wird nicht zuletzt in den NATO-Kompetenzzentren versucht, das hierfür für notwendig erachtete Know-how zu erarbeiten (siehe den Beitrag von Christopher Schwitanski).

Dennoch nahm über die Zeit die Skepsis gegenüber Interventionen mit einer großen Zahl westlicher Soldaten aufgrund der beschriebenen Risiken erheblich zu. Weil man aber von seinem Interventionsanspruch nicht abrücken wollte, setzte in den westlichen Hauptstädten eine fieberhafte Suche nach alternativen Kriegsoptionen unterhalb der Schwelle massiver Bodeneinsätze ein. Spätestens seit 2011 wird deshalb verstärkt auf die Ausbildung und Aufrüstung lokaler Kräfte gesetzt und am Boden vor Ort allenfalls mit einer geringeren Zahl von Spezialeinheiten agiert, während der westliche Hauptbeitrag in relativ risikolosen Bombardierungen aus der Luft besteht.¹⁹ Drohnen spielen hierbei auch im Kalkül der NATO eine immer wichtigere Rolle (siehe den Beitrag von Marius Pletsch).

Der wohl wichtigste Prototyp für diese neue Form von Intervention war der am 19. März 2011 von einer Ad-hoc-Koalition begonnene Krieg gegen Libyen. Am 31. März 2011 ging die gesamte Kriegsführung dann auf die „Operation Unified Protector“ (OUP) und damit auf die NATO über. Der Einsatz wies mehrere Besonderheiten auf: Er wurde nicht von den USA, sondern von Frankreich und Großbritannien geführt; erstmals stellte sich Berlin mit seiner Nicht-Beteiligung in der Kriegsfrage nicht nur gegen Washington und London, sondern auch gegen Paris, woraufhin in Deutschland eine regelrechte Propagandaoffensive einsetzte, dass sich ein solcher Faux-pas nicht noch einmal wiederholen dürfe; des Weiteren setzte der Krieg bis auf den Einsatz von Spezialeinheiten ausschließlich auf Luftschläge; und er ging nach seiner Beendigung am 30. Oktober 2011, acht Tage, nachdem der Machthaber Muammar al-Gaddafi ermordet worden war, im Gegensatz zu den NATO-Einsätzen im Kosovo und in Afghanistan nicht in eine militärische Besetzung am Boden über. Dennoch hatte die NATO damit nach gängiger Auffassung ihre Bereitschaft für weitere Militärinterventionen untermauert. Für den damaligen NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen war eine der wichtigsten Lehren der Intervention, dass diejenigen eines Besseren belehrt worden seien, die „meinten, Afghanistan sei die letzte Out-of-area Operation der NATO gewesen.“²⁰ Obwohl der Einsatz nicht nur Libyen selbst Bürgerkrieg, Chaos und Zerstörung gebracht hat, son-

dern darüber hinaus Ausgangspunkt für die Destabilisierung der gesamten Region, insbesondere von Mali, war²¹, gilt er Manchen bis heute als Vorbild für künftige – für den Westen – „kostengünstige“ Militärinterventionen der NATO (siehe den Beitrag von Jürgen Wagner).²²

Was Syrien anbelangt, so drängen auch dort einflussreiche Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks seit Langem auf eine direkte Militärintervention. Zwar haben die NATO-Staaten bislang auf Luftschläge verzichtet – jüngsten Quellen zufolge, sollen sie in den USA bereits beschlossen und erst in letzter Sekunde von Präsident Obama verhindert worden sein²³ –, ansonsten wurde aber nahezu die komplette Klaviatur gespielt: Aktiv war man u. a. verdeckt mit Spezialeinheiten sowie über die Ausbildung und Aufrüstung von Rebellengruppen, wodurch massiv zur Eskalation beigetragen wurde. Seit September 2014 fliegt eine Koalition unter der Führung der USA in Syrien Angriffe auf den „Islamischen Staat“ und im Februar 2016 brachte US-Verteidigungsminister Ashton Carter eine direkte Beteiligung der NATO an diesen Bombardierungen ins Spiel.²⁴

NATO 3.0b: Die NATO im Neuen Kalten Krieg mit Russland

Auch an einer anderen Front braute sich im Laufe der 2000er erneut massiver Ärger zusammen: Die jahrelange anti-russische NATO-Politik hatte zur Folge, dass dort etwa Mitte der 2000er die anfangs dem Westen freundlich gesonnene Stimmung endgültig kippte. Obwohl von NATO-Seite stets so getan wurde, als sei die frühere Feindschaft während des Kalten Krieges von einem partnerschaftlichen Vertrauensverhältnis abgelöst worden, bestand bereits unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges ein wesentliches Ziel darin, Russlands machtpolitischen Wiederaufstieg um jeden Preis zu verhindern. Und als wesentliches Instrument für diesen Zweck wurde die NATO und ihre Expansion in den ehemals sowjetischen Raum auserkoren.

Der damit einhergehende Bruch von Zusagen, die dem damaligen sowjetischen Generalsekretär Michael Gorbatschow als Gegenleistung für die Beendigung des Kalten Krieges und die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland gegeben wurden, ist dabei bis heute Gegenstand hitziger Debatten. Ohne auf die teils mit sehr spitzfindigen Argumenten geführte Auseinandersetzung im Detail einzugehen²⁵, reicht an dieser Stelle die Feststellung, dass es diese mündlichen Zusagen definitiv gab und dass Gorbatschow augenscheinlich von deren Gültigkeit ausging. Die später einsetzende NATO-Realpolitik bewertete er deshalb auch noch vor nicht allzu langer Zeit eindeutig als Bruch der damaligen Übereinkünfte: „Die Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die NATO nach Osten auszudehnen, wurde im Jahr 1993 gefällt. Ich habe dies von Anfang an als einen großen Fehler bezeichnet. Es war definitiv eine Verletzung des Geistes der Stellungnahmen und Versicherungen, die uns gegenüber 1990 gemacht wurden.“²⁶

Die Forderung, die NATO in Richtung des ehemaligen Ostblocks zu erweitern, wurde schon 1993 vom damaligen deutschen Verteidigungsminister Volker Rühe in die Debatte eingespeist. Ein Jahr darauf wurde das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ aufgelegt, mit

dem vor allem Länder des ehemaligen Warschauer Paktes schrittweise an das Bündnis herangeführt werden sollten. Daraufhin wurden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik im Jahr 1997 formell zum NATO-Beitritt eingeladen, der am 12. März 1999 offiziell erfolgte. Fast zeitgleich begann die NATO mit ihrem Angriffskrieg gegen Jugoslawien, wie bereits erwähnt, ein drastischer Völkerrechtsbruch, da er ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit am russischen Vetorecht vorbei durchgeführt wurde. Auch danach ging es Schlag auf Schlag weiter: Im November 2002 fiel die zwei Jahre später umgesetzte Entscheidung, weitere sieben Staaten, darunter mit Estland, Lettland und Litauen auch ehemalige Gliedstaaten der Sowjetunion, ins Bündnis aufzunehmen – und zwar obwohl Moskau dies stets als “rote Linie” bezeichnet hatte, die keinesfalls überschritten werden dürfe.²⁷

Mit großer Sorge beobachtet Moskau zudem seit Langem die NATO-Raketenabwehrpläne, in denen es – nicht ohne Grund – einen gezielten Versuch sieht, das russische Zweitschlagpotenzial zu neutralisieren.²⁸ Ab 2003 setzten dann noch die sogenannten “bunten Revolutionen” ein, bei denen in Moskaus unmittelbarer Nachbarschaft pro-russische durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden. Dazu gehörten insbesondere die vom Westen teils maßgeblich unterstützten Umstürze in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005). Zusammengekommen bildeten diese Maßnahmen eine kritische Masse, die zur Folge hatte, dass in Russland ein grundlegender Kurswechsel eingeleitet wurde, um der als feindlich empfundenen NATO-Expansionspolitik eigene machtpolitische Schritte entgegenzusetzen.

Dass in Moskau ein neuer Wind wehte, wurde für viele allerdings erst mit Wladimir Putins Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2007 deutlich, als dieser den Westen äußerst scharf attackierte. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen

im Sommer 2008, als Russland auf den georgischen Angriffskrieg gegen Süd-Ossetien mit einem harten militärischen Gegenschlag reagierte. Damit signalisierte Moskau unmissverständlich die Bereitschaft, weiteren westlichen Positionsgewinnen notfalls auch gewaltsam einen Riegel vorzuschieben. Die Reaktionen auf den Georgien-Krieg fielen dann im Westen wiederum äußerst scharf aus und folgerichtig war schon damals wieder die Rede davon, ein „Neuer Kalter Krieg“ braue sich zwischen dem Westen und Russland zusammen.²⁹

In der Regel wurde dabei argumentiert, eine Blockkonfrontation zwischen „Demokratien“ (USA und EU) und „Autokratien“ (China und Russland) sei im Entstehen, für die sich der Westen wappnen müsse. In den USA war es besonders der einflussreiche Politikwissenschaftler Robert Kagan mit seinem 2008 erschienen Buch „Die Demokratie und ihre Feinde“, der sich in diese Richtung äußerte: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusamm tun, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun.“³⁰ Auch auf der anderen Seite des Atlantiks machten sich zahlreiche namhafte Vertreter des Politikestablishments diese Position zu Eigen. So konstatierte der Brüsseler FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse im Jahr 2009: „Auf immer mehr Feldern werden wir leidenschaftliche Konkurrenz und harte Interessengegensätze mit den aufsteigenden Großmächten erleben. Das erfordert eine beherzte globale Präsenz des Westens, und zwar nicht nur der USA. [...] Diese Lasten werden sie aber immer weniger alleine tragen können. [...] Europa kann in einer Welt harter geopolitischer Rivalität nicht als große Friedensbewegung bestehen, sondern muss zu einer anspruchsvollen Diplomatie und einem selbstbewussten Auftritt finden. Dieses Problem löst man

nicht mit der Schaffung neuer Posten und Strukturen in Brüssel, sondern indem die Eliten in den großen Mitgliedsstaaten einen größeren Willen entwickeln, sich harten machtpolitischen Fragen gemeinsam zu stellen.“³¹

Um Auswege aus der 2008 kulminierten Krise mit dem Westen zu präsentieren, sich aber gleichzeitig für eine mögliche Verschärfung zu wappnen, fuhr Russland in der Folge zweigleisig. Als kooperative Deeskalationsoption verkündete der damalige russische Präsident Dimitri Medwedew im Juni 2008, er strebe den Abschluss eines “Euroatlantischen Sicherheitsvertrags” an. Zwar wurden kurz darauf bereits erste Inhalte bekannt, im Detail wurde der Vertrag jedoch erst Ende November 2009 veröffentlicht. Vertragsparteien des legal bindenden Dokuments sollen alle Staaten von “Vancouver bis Wladiwostok” (also auch



Wladimir Putins Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.
Quelle: Antje Wildgrube

die USA und Kanada) und die dortigen internationalen Strukturen (NATO, OSZE, GUS ...) sein. Kern des Vertrages ist die „unteilbare Sicherheit“, dass also keine Vertragspartei Handlungen ergreifen darf, die sich negativ auf die Sicherheit einer anderen auswirken.³²

Die Idee des Vertrages bestand also darin, Russland ein substanzielles Mitspracherecht in europäischen Sicherheitsfragen und insbesondere hinsichtlich militärischer Interventionen einzuräumen, wozu auf NATO-Seite selbstredend nicht die geringste Bereitschaft existierte.³³ Dementsprechend forcierte Moskau mit der im Juli 2009 erfolgten Ankündigung von Wladimir Putin, Russland, Weißrussland und Kasachstan würden eine Zollunion gründen die Gründung eines Gegenblocks. Am 29. Mai 2014 unterzeichneten dann Kasachstan, Russland und Weißrussland ein Abkommen, mit dem die Zollunion zum 1. Januar 2015 in eine „Eurasische Wirtschaftsunion“ umbenannt wurde – kurz darauf traten Armenien und Kirgisien dem Bündnis bei, als weitere Kandidaten werden Tadschikistan, Usbekistan und die Mongolei gehandelt.

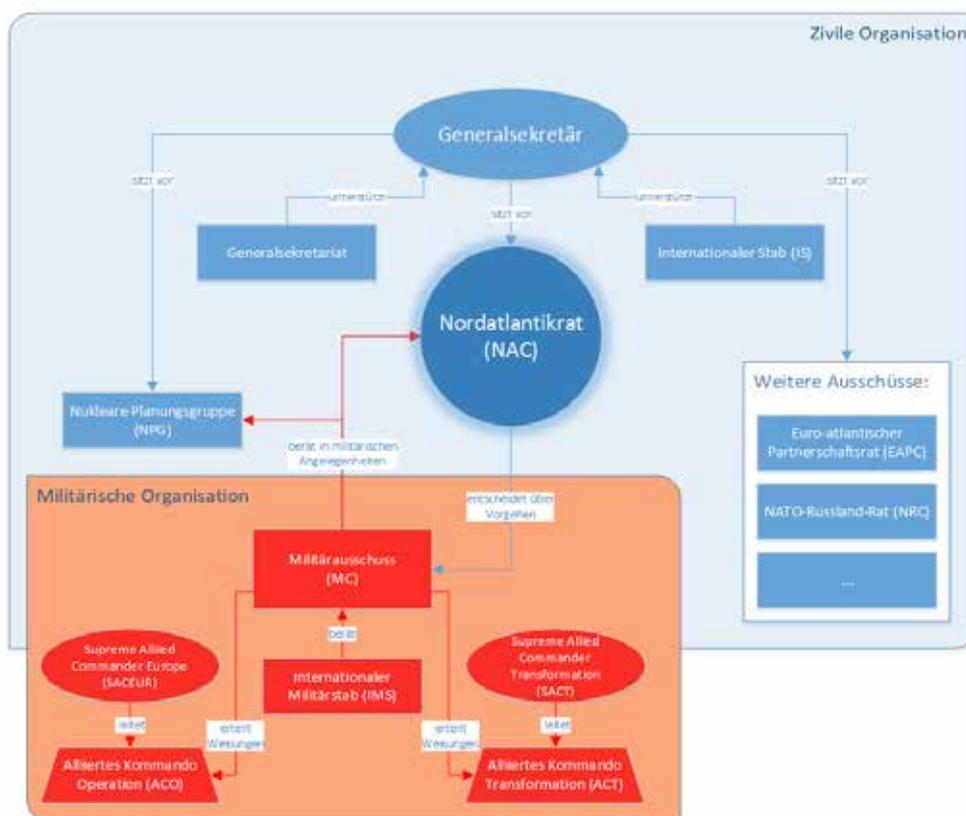
Endgültig eskaliert sind dann die westlich-russischen Beziehungen im Zuge der Ukraine-Krise, die ihren Anfang nahm, als es der damalige Präsident Wiktor Janukowitsch im November 2013 ablehnte, sich mittels eines Assoziierungsvertrages fest in die westliche Einfluss-sphäre zu integrieren. Diese Entscheidung führte zu vom Westen massiv unterstützten Protesten und einem Putsch, in dessen Folge Janukowitsch im Februar 2014 aus dem Land floh.³⁴ Auf diese Entwicklungen in dem geostrategisch überaus bedeutsamen Land reagierte Russland

mit der völkerrechtswidrigen Aufnahme der Krim und der Unterstützung separatistischer Kräfte, woraufhin die NATO eine regelrechte Rüstungsoffensive an ihrer Ostflanke einleitete. Wichtigster Rahmen hierfür war der auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 verabschiedete „Bereitschafts-Aktionsplan“ („Readiness Action Plan“). Er sieht u. a. die Aufstellung einer „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) im Umfang von ca. 5.000 Soldaten vor, in der Deutschland nach Eigenangaben eine „führende Rolle“ spielt.³⁵ Auch die Manövertätigkeit wurde massiv ausgeweitet und eine quasi-permanente Stationierung von Kräften an der Ostflanke beschlossen, die eigentlich ein Verstoß gegen die NATO-Russland-Akte darstellt: „Die USA sind bereit, gegen Russland in Europa zu kämpfen und es zu besiegen“, betonte im Februar 2016 auch General Breedlove, damals Oberkommandierender des strategischen NATO-Kommandos Europa (siehe den Beitrag von Nathalie Schüler).³⁶

Zusammenfassend äußerte sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der das Amt im Oktober 2015 von Fogh Rasmussen übernommen hatte, auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2016 zufrieden mit dem Erreichten: „Die NATO unternimmt die größte Stärkung ihrer kollektiven Verteidigung seit Jahrzehnten. Das Ziel ist es, ein machtvolles Signal auszusenden, um jedwede Aggressionen und Einschüchterungsversuche abzuschrecken. Dies geschieht nicht, um Krieg zu führen, sondern um Krieg zu verhindern. [...] Wir haben uns darauf geeinigt, unsere Vorwärtspräsenz im östlichen Teil des Bündnisgebietes auszubauen.“³⁷ Am selben Ort

verdeutlichte darauf hin der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew, wie tief die Beziehungen im Keller sind: „Der vorgeschlagene europäische Sicherheitsvertrag ist auf Eis gelegt. [...] Wir glauben, dass die Politik der NATO gegenüber Russland weiter unfreundlich und unerbittlich ist. Man kann es auch schärfer sagen: Im Grunde sind wir in die Zeit eines neuen Kalten Krieges gerutscht. Russland wird als die größte Gefahr für die NATO dargestellt, oder für die USA, oder für Europa und andere Länder (und Herr Stoltenberg hat genau dies gerade untermauert). Sie zeigen angsteinflößende Filme über ein Russland, das einen Atomkrieg beginnt. Ich bin manchmal irritiert: Haben wir 2016 oder 1962?“³⁸

Organisationsstruktur der NATO



NATO 3.0c: Ein Rüstungskatalog für die 360°-NATO

Einen Blick in die Kristallkugel, wie sich die NATO 3.0 künftig aufstellen will, liefert eine Studie des „German Marshall Fund“, die von zahlreichen hochkarätigen NATO-Strategen erarbeitet wurde. Beteiligt waren u. a. so illustre Gestalten wie Karl-Heinz Kamp, der Leiter der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS), Pierre Vimont, der Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes oder auch Kurt Volker, der ehemalige US-Botschafter bei der Nato.³⁹ Sie legten im März 2016 einen Maßnahmenkatalog vor, der ganz offensichtlich auch vom Gedanken an die 360°-NATO inspiriert war: „Die Anführer der Allianz beginnen nun, sich ernsthaft mit der Frage nach einer Strategie für den Süden zu beschäftigen. Die Sicherheit des Mittelmeeres – schon lange ein Teil der NATO-Überlegungen, aber selten an vorderer Stelle – ist angesichts der Risiken, die von Nordafrika und der Levante ausgehen, zu einer Angelegenheit von akuter Besorgnis geworden. [...] Die NATO muss nach Süden schauen, ohne ihr Engagement für Abschreckung und Verteidigung im Osten und Norden zu vernachlässigen, wo russische Risiken im Zentrum der strategischen Überlegungen stehen.“ (S. 5)

Was die Ostflanke anbelangt, werden zwar die bisherigen Aufrüstungsmaßnahmen wie die Aufstellung einer „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ oder auch die massive Ausweitung der Manöver begrüßt, das sei aber bei weitem noch nicht genug: „Das Bündnis kann sich nicht allein auf erweiterte Abschreckung und kleine, mobile Einheiten wie die [...] VJTF verlassen [...]. Die Allianz [muss] zu einer Strategie hin zu einer erhöhten Vorwärtspräsenz übergehen, die als stabilisierende und abschreckende Kraft stationiert ist, bevor ein Konflikt beginnt. [...] Solch eine Truppe muss kampfbereit sein [...]. Die Größenordnung von einer Brigade in einem der baltischen Staaten und in Polen wäre ein guter Anfang.“ (S. 10)

Außerdem drohe man nicht nur im Osten mit Russland aneinanderzugeraten: Auch im hohen Norden (Stichwort: Arktis) und im Cyberspace, wo die NATO in jüngster Zeit ebenfalls immer aktiver wird, nähmen die Konflikte zu. Ferner müsse auf die russische Propaganda mit intensivierter „Strategischer Kommunikation“ – sprich: Propaganda – reagiert werden. Besonderes Augenmerk legt der Bericht zudem auf eine Revitalisierung der Rolle von Atomwaffen, was angesichts der verschlechterten Beziehungen zu Russland unerlässlich sei (siehe die Beiträge von Thomas Gruber, Christopher Schwitanski und Jürgen Wagner). Geographisch dürfe aber vor allem auch die Südflanke nicht vernachlässigt werden, so der Bericht weiter: „Russland wird seine Rückkehr als Sicherheitsakteur am Mittelmeer konsolidieren, in Syrien und, weniger sichtbar, aber dennoch in wichtiger Form in Ägypten und Algerien. Ein Resultat dessen wird das Ausgreifen von militärischen Risiken zwischen der NATO und Russland nach Süden sein, zum Schwarzen Meer und dem östlichen Mittelmeer.“ (S. 16) Deshalb, aber auch generell wegen den wachsenden Konflikten in der Region, müsse die NATO eine „robustere Rolle im Süden entwickeln.“ (S. 2) Dazu gehöre auch, dass die „VJTF und die verbesserten Ständigen Maritimen Kräfte so erforderlich

im Süden eingesetzt werden können.“ (S. 12) Ausgebaut werden sollen auch Programme zum „Kapazitätsaufbau im Verteidigungsbereich“, insbesondere mit Blick auf die arabischen Staaten: „Kooperative Zusammenhänge im Süden können nützlich sein, wenn es darum geht, regionale Beiträge für mögliche NATO-Operationen im Mittleren Osten und in Nordafrika zu mobilisieren.“ (S. 17)

Das Ganze lassen sich die NATO-Staaten seit vielen Jahren einiges kosten: 2015 beliefen sich die kollektiven Ausgaben auf etwa 905 Mrd. Dollar.⁴⁰ Schockierend ist vor diesem Hintergrund vor allem, was mit diesem Geld Sinnvolles getan werden könnte. Das „Committee on Disarmament, Peace & Security“ (CDPS), eine friedenspolitisch engagierte Nichtregierungsorganisation, verglich zum Beispiel die Rüstungsausgaben mit den geschätzten Kosten, die zur Erreichung der Millenniums-Ziele zur Bekämpfung der Armut (MDG) erforderlich gewesen wären. Sie wurden 2015 meilenweit verfehlt, wobei CDPS zufolge extreme Armut und Hunger mit jährlich 39 bis 54 Mrd. Dollar hätten beseitigt werden können. Die Gewährleistung universeller Bildung und die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit hätten weitere 10-30 Mrd. Dollar erfordert. Um die Kindersterblichkeit um 2/3 zu senken, die Gesundheit von Müttern zu verbessern sowie Aids, Malaria und andere Krankheiten zu bekämpfen, wären 20-25 Mrd. Dollar nötig gewesen. Schließlich seien zum Schutz der Umwelt 5-21 Mrd. Dollar erforderlich. Mit anderen Worten, zur Umsetzung der Millenniums-Ziele wären jährlich 74-140 Mrd. Dollar notwendig gewesen – also nicht einmal 10 bis 20 Prozent dessen, was die NATO-Staaten jährlich in die Rüstung pumpen!⁴¹

Die Folgen dessen liegen auf der Hand: Zunehmende Konflikte, gegen die sich der Westen meint „schützen“ – oder auch „abschotten“ – zu müssen. Dies war jedenfalls die Wortwahl, derer sich die im Mai 2011 erschienene deutsche Ausgabe des Sammelbandes „Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020“ bediente, der von der hauseigenen Denkfabrik der Europäischen Union, dem „Institute for Security Studies“ in Paris, herausgegeben wurde. Darin fand sich ein programmatischer Artikel zu den wichtigsten Aufgaben der künftigen westlichen Außen- und Militärpolitik, der in beängstigender Weise die aktuellen Maßnahmen zur Migrationsbekämpfung vorwegnahm: „Abschottungseinsätze – Schutz der Reichen dieser Welt vor den Spannungen und Problemen der Armen. Da der Anteil der armen, frustrierten Weltbevölkerung weiterhin sehr hoch sein wird, werden sich die Spannungen zwischen dieser Welt und der Welt der Reichen weiter verschärfen – mit entsprechenden Konsequenzen. Da es uns kaum gelingen wird, die Ursachen dieses Problems, d.h. die Funktionsstörungen der Gesellschaften, bis 2020 zu beseitigen, werden wir uns stärker abschotten müssen. [...] Für den Schutz der Ströme werden globale militärpolizeiliche Fähigkeiten (Schutz von Seewegen und kritischen Knotenpunkten etc.) und eine gewisse Machtprojektion (Verhinderung von Blockaden und Bewältigung von regionaler Instabilität) erforderlich sein.“⁴² Einer dieser Einsätze ist etwa die NATO-Operation in der Ägäis, die Ende Februar 2016 beschlossen wurde. Wie die Studie des Marshall Funds betont, soll der Einsatz – ebenso wie die NATO-Operation „Active Endeavour“ – dabei helfen, illegalisierte Migration zu verhindern. Unter anderem zu diesem Zweck seien auch

„größere Fähigkeiten zur Frühwarnung, Überwachung und Reaktionsfähigkeit notwendig.“ (S. 12)

Auch die Antwort auf die Frage, warum das Alles von der NATO mit solch einem Engagement betrieben wird, bleiben die Autoren des Marshall-Fund-Berichts nicht schuldig. Damit werde den wesentlichen Interessen der Mitgliedsstaaten nachgekommen und dies sei schließlich im Kern stets die Aufgabe der Allianz gewesen – nämlich dafür zu sorgen, dass die Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen der aktuellen Weltordnung auf lange Sicht beibehalten werden: „Die wirkliche Bedeutung der Allianz besteht in ihrer Fähigkeit, die liberalen Demokratien in einer unbeständigen Welt zu vereinigen und das Wohlergehen und die Stabilität der Nordatlantikregion zu gewährleisten.“ (S. 7)

Im Bestreben, genau dies umzusetzen, hinterlässt die NATO eine Spur aus Chaos, Konflikten und Zerstörung – ob in Afghanistan, in Libyen oder mit Blick auf Russland. Die NATO ist einer der größten Unsicherheitsfaktoren in der Welt und muss aufgelöst werden – sofort! Umso erfreulicher ist es, dass die Proteste gegen die NATO in den letzten Jahren wieder an Fahrt gewinnen, eine Grundlage, auf der sich in Zukunft hoffentlich weiteraufbauen lässt, sowohl in Deutschland als auch anderswo (siehe die Beiträge von Jacqueline Andres und Thomas Mickan)!

Anmerkungen

- 1 The New Strategic Concept: Active Engagement, Modern Defence, Speech by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen at the German Marshall Fund of the United States (GMF), [Brüssel](#), 08.10.2010.
- 2 Erklärung der NATO-Verteidigungsminister, [Brüssel](#), 25. Juni 2015.
- 3 Auszug aus der Policy Planning Study, Kapitel VII. Far East, Seite 524 zit. nach [Wikipedia: Grand Area](#).
- 4 Rede von Außenminister Steinmeier zum 60. Jahrestag des Beitritts Deutschlands zur NATO, [o.O.](#), 30.06.2015.
- 5 Dies bedeutet selbstredend nicht, dass die NATO während des Kalten Krieges nicht versucht hätte, auch offensiv zu agieren. Siehe dazu Guilliard, Joachim: Die NATO 1949-91: Kurze Bilanz einer kriegerischen Geschichte, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Kein Frieden mit der Nato, [Tübingen](#) 2009, S. 16-17.
- 6 Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 53.
- 7 Vgl. Wagner, Jürgen: Globalisierung, Armut und Krieg. Die Krise des Neoliberalismus und die militärischen Reaktionen des Westens, [IMI-Studie](#) 2010/10.
- 8 Mahnkopf, Birgit: Neoliberale Globalisierung und Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2004, S. 47-57.
- 9 The Alliance's Strategic Concept, [Rom](#), 7./8. November 1991, Ziffer 8 und 12.
- 10 Warwick, Johannes/Woyke, Wichard: Die Zukunft der NATO – Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 2000, S. 149.
- 11 Das neue Strategische Konzept der NATO, 24.04.1999, Ziffer 31.
- 12 Kompromisslinie. Taliban erwägen Auslieferung Bin Ladens an Drittstaat, [Spiegel Online](#), 14.10.2001.
- 13 Keller, Patrick: Barack Obama's foreign policy. What can NATO expect from the next U.S. President?, [NATO Defense College](#), Research Paper No. 43, November 2008, S. 4.
- 14 Glaßer, Michael Schulze von/Wagner, Jürgen: Krachend gescheitert. Demokratisierungsrhetorik und Besatzungsrealität in Afghanistan, [IMI-Studie](#) 2014/04.
- 15 The U.S. was supposed to leave Afghanistan by 2017. Now it might take decades, [Washington Post](#), 26.01.2016.
- 16 Handlungsfähigkeit der Nato stärken, [Spiegel Online](#), 25.10.2006.
- 17 NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement. [Analysis and Recommendations of the Group of Experts on a New Strategic Concept](#), 17.05.2010, S. 32.
- 18 Active Engagement, Modern Defence, Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation, Lissabon, 19./20. November 2010, Ziffer 25.
- 19 Wagner, Jürgen: Die Rückkehr der Schattenkrieger. Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus, [IMI-Studie](#) 2013/05.
- 20 Fogh Rasmussen, Anders: NATO After Libya. The Atlantic Alliance in Austere Times, in: Foreign Affairs, July/August 2011, S. 2-6.
- 21 Vgl. Marischka, Christoph: US-Drohnen über französischen Uranminen in Niger, [IMI-Standpunkt](#) 2013/056.
- 22 Die damalige US-Außenministerin wollte vom Beispiel Libyen gar eine „Clinton-Doktrin“ ableiten. Siehe Johnstone, Diana: Die Chaos-Königin: Hillary Clinton und die Außenpolitik der selbsternannten Weltmacht, Frankfurt 2016.
- 23 Goldberg, Jeffrey: The Obama Doctrine, [The Atlantic](#), 10.03.2016.
- 24 Carter's Brussels Trip Lands Anti-ISIS Help, But Russia Remains a Challenge, [defenseneews](#), 13.02.2016.
- 25 Siehe zu dieser Debatte ausführlich Wagner, Jürgen: Expansion - Assoziation - Konfrontation. EUropas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland, [IMI-Studie](#) 2015/06, S. 6f..
- 26 Gorbachev: how we pulled down the Berlin Wall, [Russia Beyond the Headlines](#), 30.10.2014.
- 27 Die weiteren Staaten waren Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei.
- 28 Neuber, Arno: Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO, [IMI-Analyse](#) 2009/012.
- 29 Popularisiert wurde der Begriff vom Neuen Kalten Krieg vor allem von Lucas, Edward: [The New Cold War: Putin's Russia and the Threat to the West](#), New York/Basingstoke 2008.
- 30 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 7.
- 31 Busse, Nikolaus: Harte Zeiten für Friedensbewegte. Eine multipolare Welt bringt die klassische Machtpolitik wieder zurück, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 49-53, S. 53.
- 32 The draft of the European Security Treaty, [Entwurf](#), 29.11.2009.
- 33 Clinton sagt njet - und umwirbt die Russen, [Süddeutsche Zeitung](#), 17.05.2010.
- 34 Siehe zu den machtpolitischen Hintergründen der Ukraine-Krise Wagner 2015.
- 35 Dossier: VJTF – Speerspitze der NATO, [bmvg.de](#), 18.02.2016.
- 36 Karas, Sonja: Nachdenkhinweisliste in Sachen US-Panzerbrigade für Osteuropa, [Grüne Friedensinitiative](#), 02.04.2016.
- 37 Rede von Jens Stoltenberg bei der Münchner Sicherheitskonferenz, [München](#), 13.02.2016.
- 38 Rede von Dmitri Medwedew bei der Münchner Sicherheitskonferenz, [München](#), 14.02.2016.
- 39 NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw: Making the Alliance Ready for Warsaw, Advisory Panel on the NATO Summit 2016, [German Marshall Fund](#), März 2016. Die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument.
- 40 SIPRI Military Expenditure Database: http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex_database
- 41 Vries, Wendela de: Reduction of Military Budgets - What can United Nations do? [Lecture University of Amsterdam](#), 08.01.2011.
- 42 Ries, Tomas: Die EU und das globalisierte Sicherheitsumfeld, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, [Institut für Sicherheitsstudien](#), Paris, Mai 2011, S. 67-84, S. 81f..



Quelle: Flickr/Juska Wendland

Besetzt, geplündert, aufgeteilt

Die NATO im Kosovo

von Jürgen Wagner

Der im März 1999 begonnene NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien war in vielerlei Hinsicht bahnbrechend: Mittels dreier Kriegslügen und einem eklatanten Völkerrechtsbruch besiegelte er endgültig den Umbau der Allianz zu einem globalen Interventionsbündnis; auch der anschließend im Rahmen der Besetzung vorgenommene neoliberale Umbau des Kosovo sollte stilbildend für spätere Einsätze, etwa in Afghanistan, werden – wobei in diesem Falle das besetzte Gebiet ganz offen in eine westliche Kolonie verwandelt wurde; eine weitere Besonderheit war die im Kosovo praktizierte Sezessionsstrategie in Form der faktischen Abspaltung der Provinz von Serbien; und schließlich wurde und wird im Kosovo auch eine ganz spezielle Form der NATO-EU-Arbeitsteilung bei der Aufstandsbekämpfung praktiziert, um Proteste niederzuschlagen, die nicht zuletzt durch die miserablen Lebensbedingungen motiviert sind.

1. Interessensgeleiteter Angriffskrieg

Als offizielles Argument für den Krieg wurde die Behauptung ins Feld geführt, im Kosovo finde ein Völkermord an der kosovo-albanischen Bevölkerung durch serbisch dominierte jugoslawische Truppen statt. Allerdings handelte es sich bei den hierfür ins Feld geführten Argumenten – etwa beim angeblichen Massaker von Racak oder dem Hufeisenplan – um dreiste Kriegslügen, die nicht zuletzt von deutscher Seite dennoch unermüdlich bemüht wurden. Tatsächlich lautete die Tagesmeldung des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr noch zwei Tage vor Beginn der Bombardierungen folgendermaßen: „Tendenzen zu ethnischen Säuberungen sind weiterhin nicht zu erkennen.“¹

Es spricht Vieles dafür, dass man auf NATO-Seite diesen Krieg unter allen Umständen führen wollte. So wurde die kosovarische Befreiungsarmee (UCK) gezielt vom BND und später der CIA aufgerüstet. Nach Angaben von Heinz Loquai, damals deutscher Verbindungsoffizier bei der OSZE in Wien, wurde außerdem die Arbeit der OSZE-Mission vor Ort, die einen 1998 ausgehandelten Waffenstillstand überwachen sollte, gezielt untergraben. Auch die Art und Weise, wie man das Scheitern der Friedensverhandlungen von Rambouillet Anfang 1999 provozierte, indem erst kurz vor Ende der Gespräche ein – aus serbischer Sicht unannehmbarer – Annex B genannter Vertragsanhang präsentiert wurde, der Teile der Souveränität des Landes ausgehebelt hätte, spricht für diesen Verdacht. Da es sich bei der NATO-Intervention aufgrund des fehlenden Mandates des UN-Sicherheitsrates außerdem um einen drastischen Völkerrechtsbruch handelte, untermauerte dies zudem, dass sich das Bündnis auch von geltendem internationalem Recht nicht abhalten lassen wollte. Im Nachhinein bemühte sich die NATO mittels einer eigens einberufenen Kommission, ihr Handeln mit der Formel, die Intervention sei „illegal aber legitim“² gewesen, notdürftig schönzureden.

Die Zielstrebigkeit, mit der die NATO auf Angriffskurs ging, spricht dafür, dass man sich von dem Einsatz die Durchsetzung relevanter Interessen versprach. Zunächst einmal dürfte es vor allem auch darum gegangen sein, einen Präzedenzfall zu schaffen, um den Umbauprozess der NATO von einem formal auf die Landesverteidigung ausgerichteten Bündnis hin zu einer Interventionsallianz für Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes mit einem Paukenschlag abzuschließen. Dazu gehörte auch klar zu signalisieren, dass man sich durch russische (oder chinesische) Bedenken oder deren Vetorecht im UN-Sicherheitsrat künftig nicht mehr von Militärinterventionen abhalten lassen wollte. So schrieb Klaus Naumann, von 1996 bis 1999 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, nur kurz nach Beendigung des Einsatzes: „Wir haben ihnen [während des Kosovo-Krieges] gezeigt, daß sie keine Chance haben, Interventionen der NATO durch ein Veto Rußlands zu behindern. Und ich hoffe, Moskau hat das verstanden.“³

Ferner dürfte es darum gegangen sein, das Einflussgebiet der NATO (und auch der USA) substanziell zu erweitern. In diese Richtung argumentiert etwa Heinz Brill, ehemals Dozent an der Stabsakademie der Bundeswehr in Hamburg: „Vor diesem Hintergrund erscheint das von vielen Seiten als ein zentrales Motiv des Kosovo-Krieges ausgemachte Interesse der USA an einer strategischen Neupositionierung der NATO auf dem eurasischen Kontinent und in seiner Peripherie in seiner gesamten Tragweite. Wenn der politische Einfluss und die militärische Macht der USA – wie Brzezinski schreibt – erst durch die Nato ‚unmittelbar‘ auf dem eurasischen Festland verankert wird, leitet sich daraus die logische Schlußfolgerung ab, dass eine durch die Beseitigung des jugoslawischen Riegels erleichterte Ausdehnung des europäischen Geltungsbereiches der NATO zwangsläufig auch die direkte Einflussphäre der USA erweitern würde.“⁴ Auch Willy Wimmer, bis 1992 Staatssekretär im Verteidigungsministerium, führt an, ähnliche Motive seien bei einer Konferenz in Bratislava im April 2000 von amerikanischen NATO-Vertretern geäußert worden: „Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren [womit Jugoslawien dem sowjetischen Einflussbereich zufiel]. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen. [...] Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.“⁵

Und schließlich sollte wohl ein Vorzeigeprojekt für die die Ausweitung des neoliberalen Weltwirtschaftssystems nach einer Intervention unter einer quasi-kolonialen Militärbesatzung geschaffen werden. Dieses Interesse räumte jedenfalls Strobe Talbott, seinerzeit stellvertretender US-Außenminister, ganz offen ein: „Während die

Länder überall in der Region ihre Volkswirtschaften zu reformieren, ethnische Spannungen abzubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken versuchten, schien Belgrad Freude daran zu haben, beständig in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Kein Wunder, dass die NATO und Jugoslawien schließlich auf Kollisionskurs gingen. Der Widerstand Jugoslawiens gegen den umfassenden Trend zu politischen und wirtschaftlichen Reformen – und nicht die Bitte der Kosovo-Albaner – bietet die beste Erklärung für den Krieg der NATO.“⁶

Aller Wahrscheinlichkeit nach spielten all diese Motive eine gewichtige Rolle – und sie dürften ausschlaggebend gewesen sein, dass die NATO nach Schätzungen einer Bundeswehr-Studie bereit war, allein in Jugoslawien Kriegszerstörungen im Umfang von 26 Mrd. DM zu verursachen.⁷ Jedenfalls wurde die serbische Provinz Kosovo nach dem Waffenstillstand vom 10. Juni 1999 von zeitweise über 50.000 Soldaten der NATO-Truppe KFOR besetzt und faktisch in ein westliches Protektorat verwandelt.

2. Neoliberale NATO-Kolonie

„Protektorate sind in“, erläuterte bereits vor einigen Jahren Carlo Masala von der NATO-Verteidigungsakademie (NADEFCOL) in Rom. „Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die ‚eroberten‘ Gebiete in Protektorate umgewandelt, und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen.“⁸

Im Kosovo sicherte die NATO über ihre Präsenz die Arbeit der UNMIK-Mission der Vereinten Nationen ab, die als Besatzungsbehörde im Land agierte. Die UNMIK wurde so zur ultimativen Autorität im Kosovo, indem sie

Exekutive, Legislative und Judikative in sich vereinte. Der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer wies in diesem Zusammenhang auf die Tragweite dieses Vorgangs hin: „Die UN-Mission ist in dieser Form einzigartig: noch nie in der neueren Geschichte hat es eine solche international getragene externe Verwaltung über ein Territorium gegeben.“⁹

Über bindende Verordnungen (regulations), denen faktisch Gesetzescharakter zukam, wurde der gesamte Umfang der Kompetenzen der Besatzungsbehörde näher präzisiert. U. a. gönnte sich die UNMIK das „Recht“, im Kosovo jedes Gesetz zu annullieren und jeden gewählten Beamten zu feuern. Weiter sah sie sich befugt (bzw. ermächtigte sich selbst dazu), im Namen des Kosovo internationale Verträge abzuschließen und Niederlassungen mit Botschaftscharakter zu eröffnen. Schließlich wurde u. a. noch festgelegt, dass die westlichen Akteure nicht der kosovarischen (geschweige denn der serbischen) Rechtsprechung unterliegen. Sukzessive übernahm die UNO somit alle relevanten Funktionen und übte damit praktisch die vollständige Souveränität im Kosovo aus - und sie wusste diese Befugnisse zu nutzen, indem sie die Provinz nach neoliberalen Vorgaben komplett umkrempelte.

Gleich zu Beginn der Besatzung zeigte sich, wohin die Reise gehen sollte, indem Serbien faktisch enteignet wurde: „Mit einer ersten Verordnung nach dem Einzug von KFOR und UNMIK vom 25. Juli 1999 beschlagnahmte der Hohe Repräsentant der UN-Mission, Bernard Kouchner, sämtliche beweglichen und unbeweglichen Eigentumstitel der Bundesrepublik Jugoslawien, die sich im Kosovo befanden. Darunter waren Telekommunikations-einrichtungen, Infrastruktur, Energiewesen, Banken, Produktionsstätten, Immobilien, Fuhrparks und vieles mehr zu finden.“¹⁰ Nachdem am 2. September 1999 die Deutsche Mark als Währung eingeführt wurde, schrieb später die „Provisorische Verfassung“ Anfang 2001 unmissverständlich die Einführung der freien Marktwirtschaft



UNMIK-Hauptquartier in Pristina. Quelle: UN Photo/Ferdi Limani

vor und übertrug dem „Hohen Repräsentanten“ der UN die Verantwortung für die Geld- und Wirtschaftspolitik. Dass diese Verfassung der Bevölkerung in Form einer UNMIK-Verordnung (2001/9) ohne jegliche Absprache schlichtweg übergestülpt wurde, sagt eigentlich alles über die damaligen Machtverhältnisse in der Provinz aus.

Innerhalb der UNMIK war die Europäische Union für den Bereich „Wiederaufbau und ökonomische Entwicklung“ zuständig. Unter ihrer Ägide wurde aus dem Kosovo eine Art neoliberale Vorzeigeprojekt gemacht. Hierfür wurde die „Kosovo Trust Agency“ per Dekret (Verordnung 2001/3) beauftragt, die vormals staatseigenen Betriebe und Genossenschaften zu privatisieren. In zahlreichen „Privatisierungswellen“ wurden so die Besitztümer – häufig weit unter Wert und teils gegen die Proteste der Arbeiter – an ausländische Investoren verhöckert: „In bisher 52 Auktionen wurden 50 Prozent der staatlichen und gemeinschaftlichen Unternehmen an private Bieter verkauft. Vor allem wertvolle kamen unter den Hammer; jene Betriebe, die verkauft wurden, machen 90 Prozent des Wertes aller staatlichen Unternehmen aus.“¹¹ Gewerkschaftlichen Schätzungen zufolge verloren 75.000 Beschäftigte durch die Privatisierungen ihre Arbeit.¹²

Ferner wurden die Zölle und Mengenbegrenzungen für die Einfuhren westlicher Produkte nahezu vollständig abgeschafft. „Kosovo hat eines der liberalsten Handelsregime der Welt“, bilanziert die Weltbank, „mit zwei Zolltarifsätzen, einem 0%igen und einem 10%igen Tarif sowie ohne jede Mengenbeschränkungen.“ Die Folge dessen war so absehbar wie beabsichtigt: „Massenhaft billige Einfuhren überschwemmen den kosovarischen Markt.“ Da die einheimischen Betriebe (so es sie denn überhaupt noch gibt) der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen sind, kann sich eine kosovarische Industrie unter diesen Bedingungen nicht entwickeln: „Produziert wird beinahe nichts, der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt ist laut dem kosovarischen Wirtschaftsinstitut ‚Rinvest‘ zwischen 1989 und 2006 von 47 auf 17 % gesunken.“¹³

Hieraus resultiert ein eklatantes Handelsbilanzdefizit, das im Jahr 2014 über 2 Mrd. Euro betrug.¹⁴ Gleichzeitig wurde dem kosovarischen Haushalt vom Internationalen Währungsfonds eine Schuldenbremse verordnet, während die Einnahmen – u. a. wegen fehlender Zölle und niedriger Steuern – extrem überschaubar sind. Aus diesem Grund existieren kaum finanzielle Ressourcen, um die soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern, selbst wenn dies gewollt wäre. Vor diesem Hintergrund erklären sich die niederschmetternden Zahlen der UN-Entwicklungsorganisation: Demzufolge leben 29,7 % der kosovarischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosenquote beläuft sich auf 35,1 % und bei den 15 bis 24jährigen auf erschreckende 60,2 %.¹⁵ Die Gleichzeitigkeit von neoliberalen „Reformen“ und schreiender Armut ist ebenso auffällig wie in sich logisch: „Kosovo gilt zugleich als wirtschaftsliberalster Platz in Europa und als Armenhaus des Kontinents.“¹⁶

3. Sezessionsstrategie: teile und herrsche

Die Phase der direktesten Form der Fremdherrschaft dauerte bis Juni 2008, als das kosovarische „Parlament“ eine endgültige Verfassung verabschiedete. Schon im Februar desselben Jahres beschlossen die kosovarischen

Abgeordneten eine Erklärung, mit der sich die Provinz von Serbien, dem Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Jugoslawien, lossagte und für unabhängig erklärte. Dies geschah nicht zuletzt auf Betreiben der meisten militärisch wie politisch weiterhin tonangebenden NATO-Staaten, wobei es sich aber um einen eklatanten Verstoß gegen Artikel 2, Absatz 4 der UN-Charta handelt, in dem es heißt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Mehr noch: Selbst die nach Beendigung des NATO-Angriffskrieges verabschiedete Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom Juni 1999 nimmt Bezug auf dieses Prinzip. Sie enthält eine „Bekräftigung des Bekenntnisses zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Staaten der Region, wie dies in der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in Anlage II dieser Resolution zum Ausdruck kommt“.

Dennoch stellten die NATO-Staaten die Weichen bereits früh in Richtung Abspaltung – ohne, dass die Provinz damit aber tatsächlich souverän werden sollte. Gewährleistet wurde dies durch den nach dem EU-Spitzendiplomaten benannten Ahtisaari-Plan, der eine „Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“ vorsah. Faktisch legte der Plan fest, dass die Kontrolle über die Provinz der Europäischen Union übertragen und dem EU-Sonderbeauftragten für den Kosovo nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse zugesprochen wurden: „Der oberste Kolonialverwalter besitzt auch die vollständige Personalhoheit. So setzt er den Rechnungshofpräsidenten, den Direktor des nationalen Pensionsfonds, die internationalen Richter und Staatsanwälte, den Zolldirektor, den Leiter der Steuerbehörde, den Chef der Zentralbank [...] und viele andere ein.“¹⁷

Nicht weniger als acht Mal wird in der kosovarischen Verfassung Bezug auf den Ahtisaari-Plan genommen und in Kapitel XIII schließlich explizit festgelegt: „Die Maßnahmen des umfassenden Vorschlags für das Übereinkommen zum Status des Kosovo vom 26. März 2007 haben Priorität über alle anderen Gesetzesmaßnahmen im Kosovo.“ Hierzu merkt Hannes Hofbauer an: „In verständlichen Worten: Der Ahtisaari-Plan [...] steht über der kosovarischen Verfassung.“ Vor allem im Wirtschaftsbe- reich hatte die kosovarische Seite weiterhin nichts zu melden: Die Einführung der „freien Marktwirtschaft“ wurde nochmalig als alternativlos vorgeschrieben (Kapitel I/Artikel 7), der Privatisierungsprozess fortgesetzt und auch auf das eigene Budget hatte man keinerlei Einfluss: „Die frühere serbische Provinz [...] hat sich also die Überwachung der Budgetpolitik durch den EU-Kommissar und den IWF in ihre nationale Verfassung hineinschreiben lassen. Mehr Fremdherrschaft ist nicht möglich.“¹⁸

Nachdem zahlreiche Protagonisten des NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien den Kosovo nach seiner „Unabhängigkeit“ umgehend als Staat anerkannten, große Teile der UN-Vollversammlung dies aber kategorisch ablehnten, legte die UN-Generalversammlung dem Internationalen Gerichtshof (IGH) auf Betreiben Serbiens folgende Frage zur Entscheidung vor: „Ist die einseitige

Unabhängigkeitserklärung durch die Provisorischen Institutionen der Selbstverwaltung des Kosovo im Einklang mit dem Völkerrecht?“ (Resolution 63/3) Glaubt man der gängigen Interpretation des am 22. Juli 2010 verkündeten Urteils seitens der Medien und der Politik, so könnte der Eindruck entstehen, als sei alles korrekt abgelaufen. Denn mit zehn zu vier Richterstimmen entschied der IGH, dass „die Annahme der Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 weder das Völkerrecht noch die Resolution 1244 (1999) des UN-Sicherheitsrats [...] verletzt hat.“¹⁹

Damit schien der Fall für die überwiegende Mehrheit der Medienvertreter eindeutig: Laut Presseecho waren der Angriffskrieg und die Zerschlagung Jugoslawien rechens, der IGH hatte eine klare Entscheidung gefällt: „Weg frei für den Kosovo!“ (Die Presse); „Kosovo ist unabhängig“ (Frankfurter Rundschau); „Abspaltung im Einklang mit dem Völkerrecht“ (Baseler Zeitung); „Kosovo’s independence was legal“ (Business Week); „Unabhängigkeit des Kosovo bestätigt“ (Die Welt); „Den Haag nennt Unabhängigkeit des Kosovos rechens“ (Die Zeit). Die ganze Sache hatte nur einen Schönheitsfehler: Um die alles entscheidende Frage hatte sich der Gerichtshof nämlich herumgedrückt – mutmaßlich in vollem Wissen, dass sein Gutachten dennoch vom Westen als Persilschein für seine Zerschlagungs- und Anerkennungspolitik interpretiert werden würde. „Was nicht geklärt wurde: Ist das Kosovo ein unabhängiger Staat geworden? [...] Dabei lagen hier die wesentlichen Probleme des Falls. Das Völkerrecht schützt die territoriale Integrität der Staaten und gewährt das Recht zur Sezession nur unter außergewöhnlichen Umständen. [...] Darauf geht der IGH nicht ein.“²⁰

Obwohl der IGH also beschloss, im Wesentlichen überhaupt keine Aussage zu treffen, wurde das Urteil unisono als Plazet für die westliche Sezessionsstrategie gewertet. Dabei sollte es sich nicht um eine einmalige Ausnahme handeln – die von westlicher Seite ebenfalls massiv vorangetriebene Abspaltung des Südsudan etwa, erfolgte nur kurze Zeit später am 9. Juli 2011. Andererseits beabsichtigt der Westen keineswegs, dem Selbstbestimmungsrecht grundsätzlich den Vorrang vor der territorialen Integrität einzuräumen – nur dort, wo es seinen Interessen dienlich ist. So erklärt sich, dass sich z. B. in der moldawischen Provinz Transnistrien bei Referenden stabil deutlich über 90 % der Bevölkerung für eine Abspaltung und eine Annäherung an Russland aussprechen können, der Westen dort aber auf die Einheit des Landes pocht.

Schlussendlich endete die „Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“ am 10. September 2012. Allerdings verbleiben bis heute KFOR-Truppen im Land (4723, Stand: Februar 2016) und auch die EU ist weiter über die 2008 gestartete Mission EULEX, die aktuell 1400 Beamte (Juristen, Zöllner und Polizisten) umfasst, im Land präsent. Allein hierdurch wird die Souveränität des Kosovo spürbar eingeschränkt. Doch es ist vor allem das im Oktober 2015 unterzeichnete und im April 2016 in Kraft getretene „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“ (SAA), das dafür sorgt, dass große Teile der Souveränität des Kosovo endgültig auf die EU übertragen werden.²¹ Das 597seitige Dokument enthält u. a. die Verpflichtung zur Einrichtung einer Freihandelszone innerhalb von 10 Jahren (Artikel 23) und zur Abschaffung nahezu sämtlicher Zölle und anderer Schutzmaßnahmen für die heimische Wirtschaft (Artikel 23). Vor allem aber



Deutsche Soldaten bei einer EU-NATO-Aufstandsbekämpfungübung im März 2016. Quelle: Bundeswehr/Sebastian Wilke

wird der Kosovo darauf festgelegt, den gesamten Rechtsbestand (acquis communautaire) der EU, insgesamt ca. 80.000 Seiten, in nationale Gesetzgebung zu überführen, ohne auf die Ausgestaltung des acquis auch nur den geringsten Einfluss zu erhalten (Artikel 74).

4. NATO-EU: Hand in Hand bei der Aufstandsbekämpfung

Es ist leicht nachzuvollziehen, dass die serbische Minderheit, von der große Teile in Mitrovica leben, alles andere als begeistert über die bisherigen Entwicklungen ist. Doch auch die kosovo-albanische Mehrheit ist zu weiten Teilen, aus vielfach gut nachvollziehbaren Gründen, extrem unzufrieden. Schon im Juli 2004 machten 75 % der Kosovo-Albaner die Besatzungsbehörden direkt für die miserable wirtschaftliche Situation verantwortlich. Vor allem die Gruppe Vetevendosje kritisierte nicht nur korrupte lokale Eliten, sondern auch die westliche Kolonialverwaltung und ihre wirtschaftsliberale Ausrichtung.²²

Auf die zunehmenden Proteste reagierten NATO (KFOR) und EU (EULEX), indem sie ab 2009 mit einer langen Reihe gemeinsamer Aufstandsbekämpfungsübungen („crowd and riot control exercises“) begannen, um ihre Fähigkeiten zu „verbessern“, derlei Demonstrationen niederschlagen zu können. Dabei stellt die EU den Polizeiateil, der im Übrigen im Kosovo über ein exekutives Mandat verfügt, also z. B. Festnahmen durchführen darf, während die NATO buchstäblich mit Soldaten nachrückt, sollten die EU-Polizeieinheiten der Lage nicht Herr werden. Die Missionsbeschreibung einer dieser Übungen aus dem Jahr 2009 zeigt die sozialpolitischen Hintergründe des Ganzen: „Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällt die Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausmitarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. [...] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge („furious mob“) vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung („crowd and riot control“) anzuwenden.“²³

Wie offen man sich innerhalb von NATO und Bundeswehr darauf vorbereitet, das wirtschafts- und sozialpolitische Versagen mit militärischen Mitteln zu kaschieren, zeigen Aussagen von Oberst Hans-Jürgen Freiherr von Keyserlingk, Kommandeur des 43. deutschen Einsatzkontingentes KFOR. Zu einer dieser Aufstandsbekämpfungsübungen im März 2016 wird er auf der Internetseite des deutschen Heeres folgendermaßen zitiert: „Oberst Freiherr von Keyserlingk begründet eindringlich die Notwendigkeit derartiger Übungen: ‚Nach vielen ruhigeren Jahren hat die politische Instabilität des Kosovo in den vergangenen Monaten wieder zugenommen.‘ Große Teile der Jugend seien arbeits- und hoffnungslos, eine legale Ausreise faktisch unmöglich. Wiederholt seien in den letzten Wochen und Monaten friedliche Demonstrationen der Opposition in Gewalt ausgeartet. ‚Die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation ist merklich gestiegen‘, so der

Oberst. Generalleutnant Jacobson teilt diese Einschätzung des Obersten und resümiert zum Ende seines Besuches: ‚Die KFOR ist jederzeit in der Lage, auf Veränderungen im Kosovo angemessen, schnell und präzise zu reagieren.‘“²⁴

Anmerkungen

- 1 Interview mit Heinz Loquai zum Kosovo, german-foreign-policy.com, 26.03.2004.
- 2 Independent International Commission on Kosovo, Kosovo Report 2000.
- 3 Naumann, Klaus: Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Truppenpraxis, Wehrausbildung, 11/99, S.732-742, 799, S.736.
- 4 Brill, Heinz: Der Balkan-Konflikt und die Interessen der Mächte. Teil 2, in: ÖMZ 6/00, S. 721-732, S. 727.
- 5 Rupp, Rainer: Die imperialen Absichten der USA auf dem Balkan, junge Welt, 23.06.2001.
- 6 Klein Naomi: Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt 2009, S. 457f..
- 7 Schnell, J./Straub, G.A.: Die Hauptkostenarten des Kosovo-Kriegs im Überblick, München 1999, S. 6.
- 8 Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55, S. 49.
- 9 Hofbauer, Hannes: Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus, Wien 2008, S. 116.
- 10 Ebd., S. 160.
- 11 Höger, Inge/Nagel, Sarah: Ausverkauf im Kriegsgebiet, junge Welt, 20.10.2011.
- 12 Knudsen, Rita: Privatization in Kosovo: Liberal Peace in Practice, Journal of Intervention and Statebuilding, 3/2013, S. 287-307, S. 300.
- 13 Hofbauer 2008, S. 168f..
- 14 Auswärtiges Amt: Wirtschaftsdaten Kosovo, [Stand](#): Dezember 2015.
- 15 Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2013: <http://www.ks.undp.org/content/kosovo/en/home/countryinfo.html>
- 16 Hofbauer 2008, S. 167.
- 17 Ebd., S. 240.
- 18 Ebd., S. 183.
- 19 International Court Justice: Accordance With International Law of the Unilateral Declaration of Independence in Respect of Kosovo, [22.07.2010](#), Article 122.
- 20 Was der IGH wirklich entschied, [Legal Tribune Online](#), 23.07.2010.
- 21 Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo* andererseits im Namen der Europäischen Union, Brüssel, den 30.4.2015, [COM\(2015\) 181 final](#).
- 22 Allein deshalb in Vetevendosje eine linke, progressive Kraft zu sehen, wie es teilweise geschieht, ist zumindest umstritten. So gibt es durchaus kritische Stimmen, die dies in Frage stellen. Vgl. etwa Oschlies, Wolf: Albin Kurti: Mit wohlbekannten Methoden auf dem Weg nach Groß-Albanien, in: Eurasisches Magazin, 30.07.2006.
- 23 The Balkan Hawk 2009 CRC Exercises, [NATO.int](#), 30.06.2009.
- 24 Generalleutnant Carsten Jacobson besucht Soldaten der Kosovo Force, [deutschesheer.de](#), 03.03.2016.

Flickr/Irish Defence Forces



Die NATO in Afghanistan

Krieg ohne Ende

von Anne Labinski

Erstmalig rief die NATO nach den Anschlägen des 11. September 2001 in den USA den Bündnisfall nach Artikel 5 aus. Kurz darauf marschierte eine Ad-hoc-Militärkoalition im Oktober 2001 in Afghanistan ein, da die dort herrschenden Taliban Osama Bin Laden, der als Urheber der Anschläge beschuldigt wurde, Unterschlupf gewährt hatten. Ab 2003 übernahm die NATO das Oberkommando über die „Internationale Schutztruppe“ (ISAF) und spätestens seit diesem Zeitpunkt ist der Einsatz zu einer Art „Paradebeispiel“ für gescheiterte westliche Militärinterventionen geworden: Mit teils über 130.000 SoldatInnen, die allein im Rahmen der NATO in Afghanistan eingesetzt waren¹, sowie mittels einer Reihe von „Aufstandsbekämpfungstechniken“, die auf dem „Experimentierfeld Afghanistan“ erstmals im großen Stil zur Anwendung kamen, wurde versucht, das Land zu „befrieden“ – sprich: unter Kontrolle zu bringen. Nicht zuletzt Deutschland war hier buchstäblich an vorderster Front mit dabei. Die Situation aber hat sich immer weiter verschlechtert, wie die desolade Lage, in der sich das Land befindet, mehr als deutlich vor Augen führt. Doch obwohl die westliche Truppenpräsenz offensichtlich Teil des Problems und nicht der Lösung des Konflikts ist und der NATO-Kampfeinsatz 2014 für offiziell beendet erklärt wurde, wird er faktisch unter dem neuen Label „Resolute Support“ fortgesetzt.² Schon ist wieder die Rede davon, die NATO werde noch für Jahrzehnte im Land stationiert bleiben³, weshalb wenig darauf hindeutet, dass die Strategie der militärischen „Lösung“ von Konflikten grundsätzlich geändert wird – weder in Afghanistan noch anderswo.

1. Experimentierfeld Afghanistan

Als „Labor für Nation Building“ bezeichneten die RegierungsberaterInnen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ den NATO-Einsatz in Afghanistan⁴: Nach dem Kosovo sollten dort – in ungleich größerem Ausmaß – Techniken zur Anwendung gebracht werden, um ein Land im Anschluss an eine westliche Militärintervention „erfolgreich“ zu „stabilisieren“. Aus diesem Grund soll im Folgenden wenigstens cursorisch auf einige der wichtigsten dieser Techniken eingegangen werden.

Neoliberales Nation Building: Zahlreiche Studien gelangten zu dem Ergebnis, „Befriedungskonzepte“, die auf einen neoliberal-marktradialen Umbau der Wirtschaftssysteme der besetzten Länder aus sind, seien gänzlich untauglich, die soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern und so zu einer Stabilisierung der Lage beizutragen.⁵ Dennoch wurde bei allen großen NATO-Interventionen auf diese Strategie gesetzt – auch in Afghanistan. Dort präsentierte der „Internationale Währungsfond“ (IWF) bereits kurz nach Kriegsende ein offenbar schon längst ausgearbeitetes Programm, das tiefgreifende neoliberale „Reformen“ vorsah. Hierbei konnte man sich auf die

willfährige, weil von der Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“ abhängige, Übergangsregierung unter Hamid Karzai verlassen. So stellte der IWF schon 2003 befriedigt fest: „Von Anfang an haben die afghanischen Behörden sich stark darauf verpflichtet, fiskalische Stabilität und Disziplin aufrecht zu erhalten, um den Wiederaufbau und die Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. [...] Die Wirtschaft wird auf liberalen und offenen Märkten basieren, angeführt von Aktivitäten des Privatsektors und mit einem geringen Grad an staatlichen Eingriffen. Der Außenhandel und Zahlungsverkehr [...] werden auch liberal sein und Privatinvestitionen werden gefördert. In ihren Anstrengungen, all diese Ziele zu erreichen, erhalten die Behörden die Unterstützung des IWF, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Weltbank und von zahlreichen bilateralen GeberInnen.“⁶ Bereits früh wurden auf dieser Grundlage auch rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, etwa mittels eines Investitionsschutzgesetzes („Law on Domestic and Foreign Private Investment“), das von der „Bertelsmann-Stiftung“ folgendermaßen zusammengefasst wurde: „Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100 % ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie ‚stromlinienförmige‘ Lizenzverfahren. Auch werden AusländerInnen, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit.“⁷ Ferner wurde laut afghanischer Regierung auf Betreiben von IWF und Weltbank die Steuergesetzgebung zusätzlich „vereinfacht“, indem eine Flat-Tax von 20 % auf Unternehmensgewinne eingeführt wurde.⁸ Auch die Senkung der durchschnittlichen Zölle auf Importwaren von vormals 43 % auf später 5,3 % ist ein typisches Rezept aus der neoliberalen Giftküche.⁹ Durch diese Maßnahmen musste sich Afghanistan komplett der übermächtigen ausländischen Konkurrenz öffnen und es verlor die Möglichkeit, die ohnehin kaum vorhandene einheimische Wirtschaft zu schützen. Und das, ohne dass der Staat durch Steuern oder Zölle sonderlich hiervon profitiert hätte, was im Resultat zu einem doppelten Defizit von Staatshaushalt und Handelsbilanz führte.

Zivil-militärische Zusammenarbeit: Innerhalb der NATO gilt es als erwiesen, dass die „erfolgreiche“ Stabilisierung einer Krisenregion nicht allein durch das Militär, sondern nur durch die gleichzeitige Mithilfe ziviler AkteurInnen zu bewerkstelligen ist. Unter dem Stichwort „Comprehensive Approach“ (CA) ist es deshalb das Ziel, für die Kontrolle und den Umbau von Gesellschaften zivile Kompetenzen und AkteurInnen – allerdings unter dem Oberbefehl des Militärs – nutzbar zu machen: JuristInnen, IngenieurInnen, AgrotechnikerInnen, Ver-

waltungsexpertInnen, BrunnenbauerInnen, PolizistInnen, etc. Konkret operierten in Afghanistan 27 „Regionale Wiederaufbauteams“ („Provincial Reconstruction Teams“, PRTs), Einheiten, „die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten zusammensetzen.“¹⁰ Überspitzt formuliert konnten diese PRTs also in einer Region morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags die Gegend „befrieden“ und abends dort eine Schule aufbauen. Hierdurch verloren zivile AkteurInnen ihre Neutralität und wurden dadurch aus Sicht der Aufständischen zu integralen Bestandteilen der Besatzung und damit zu legitimen Anschlagzielen. Die Folge war, dass sich eine Reihe von zivilen Organisationen gezwungen sah, ihre Tätigkeit in Afghanistan zu beenden. Mit am Schärften wandte sich der Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (VENRO) gegen diese Instrumentalisierung ziviler Akteure: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Für die Hilfsorganisationen bedeuten die genannten Tendenzen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit und zur Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine deutliche Erschwerung und Einschränkung ihrer Arbeit. Sie schaden dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“¹¹

Ertüchtigung, Drohnen & Spezialkräfte: In dem Maße, in dem der militante Widerstand an Zulauf gewann, verschärfte auch die NATO ihr Vorgehen und ging immer „robuster“ vor. Vor allem ab 2006 eskalierten die Kampfhandlungen, sodass die Zahl der bewaffneten Zusammenstöße („Sicherheitsvorfälle“) von 1755 (2005) auf 19.440 (2010) regelrecht explodierte. Damit stiegen aber auch die politischen, finanziellen und personellen Kosten des Krieges rasant an, weshalb neue Wege gesucht wurden, um den Einsatz „effektiver“ zu gestalten. Ein in diesem Zusammenhang immer zielstrebig verfolgter Versuch war es, eine „Afghanisierung“ des Krieges einzuleiten, indem der Großteil der hochintensiven Kampfhandlungen sukzessive auf die afghanischen Regierungstruppen (Armee und Polizei) übertragen wurde. Hierfür wurden afghanische Kräfte seitens der NATO in großem Stil ausgebildet und ausgerüstet, „ertüchtigt“, wie es heute heißt. Bis zu einem gewissen Grad war diese Strategie „erfolgreich“: Offiziell haben die afghanischen Regierungseinheiten (ANSF) derzeit 320.000 Mitglieder, von denen alleine im Jahr 2015 7.000 bei Kampfhandlungen ums Leben kamen. Gleichzeitig sind die Opfer unter den westlichen SoldatInnen auf nahe null gesunken.¹² Um die Regierungstruppen zu unterstützen, gleichzeitig aber die Verluste zu begrenzen, griff die NATO im Laufe des Krieges zudem immer stärker auf Drohneneinsätze und Spezialeinheiten zurück. Als direkte Folge bezeichnete das „Bureau of Investigative Journalism“ (BIJ) Afghanistan als das „am meisten von Drohnen bombardierte

Land der Welt“.¹³ Allein im Jahr 2015 wurden der Organisation zufolge bei mindestens 230 Drohnenangriffen zwischen 989 und 1441 Menschen getötet, viele davon ZivilistInnen. Auch die Einsätze von Spezialeinheiten nahmen sprunghaft zu: So hatte sich allein die Zahl der vor allem in der Nacht stattfindenden Kommandoaktionen („night raids“) seit Amtsantritt der Obama-Regierung Anfang 2009 in wenigen Jahren etwa verfünffacht. Wie bei den Drohnenangriffen argumentiert die NATO, dabei „gezielt“ gegen hochrangige Aufständische vorzugehen. Einem Bericht des „Afghanistan Analysts Network“ zufolge wird dabei eher nach dem Gießkannenprinzip verfahren. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, die NATO-Definition eines Anführers sei „so weit gefasst, dass sie inhaltsleer ist.“¹⁴

Mit all dem wurde der Nährboden bereitet, auf dem der Widerstand gegen die westliche Besatzung immer mehr Zulauf gewann und die Situation weiter eskalierte. Auch und gerade Deutschland war an dieser Entwicklung alles andere als unbeteiligt.

2. Deutschland: „Kämpfen gelernt“

Gerade für Deutschland ist die Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes kaum zu unterschätzen – und zwar sowohl in seiner Rückwirkung in die deutsche Gesellschaft und Politik hinein, als auch „praktisch“, was die „Lerneffekte“ auf dem Schlachtfeld anbelangt.

Zunächst einmal war es der Afghanistan-Einsatz, den der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) 2002 zum Anlass nahm, um eine grundlegend neue Interpretation von Artikel 87a des Grundgesetzes – „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ – vorzunehmen. „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“, hieß es damals – und der Verteidigung dient seither alles, was von der Bundesregierung dazu erklärt wird. Mit zeitweise deutlich über 5.000 SoldatInnen stieg Deutschland dann auch zum drittgrößten Truppensteller des NATO-Krieges auf. Der logische Abschluss dieser Entwicklung war dann folgende Feststellung im Weißbuch der Bundeswehr des Jahres 2006: „Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz.“ Generell etablierte sich ein neuer Sprachgebrauch, der die Bevölkerung darauf einstimmen sollte, dass das Töten (und getötet werden) deutscher SoldatInnen als Normalität empfunden werden sollte. Bahnbrechend war in diesem Zusammenhang das SPIEGEL-Titelbild aus dem Jahr 2006 (Nr. 47), in dem gefordert wurde: „Die Deutschen müssen das Töten lernen.“ Parallel dazu wurde angefangen, offen von „Krieg“ sowie von deutschen „Gefallenen“ zu sprechen, für die auch ein eigenes „Ehrenmahl“ geschaffen wurde, und seit 2009 wird auch wieder ein „Ehrenkreuz für Tapferkeit“ vergeben. Der deutsche Oberst Georg Klein, Verantwortlicher für die 142 Toten des Luftangriffes auf die Tanklastler bei Kunduz im September 2009, wurde nicht etwa angeklagt, sondern im April 2013 auch noch zum Brigadegeneral befördert. Generell hat sich der Ton in Deutschland grundlegend geändert: Während früher eher verschämt und am Rande über die Notwendigkeit militärischer Einsätze zu Zwecken profaner Interessensdurchsetzung gesprochen wurde, wird dies heutzutage mit aller Selbstverständlichkeit hinausposaunt. So schrieben die CDU-Verteidigungspolitiker in einem Positionspapier im April 2016: „Die Bun-

deswehr muss künftig in der Lage sein, sich stärker auch dauerhaft in geostrategisch wichtigen, auch entfernteren Regionen der Welt positionieren zu können, beispielsweise um die Durchlässigkeit von Handelsrouten sicherzustellen. In Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag, lassen wir uns hierbei von den Interessen unseres Landes leiten.“¹⁵

Auch dafür, solche Einsätze taktisch, also auf dem Gefechtsfeld, „meistern“ zu können, spielte der Afghanistan-Krieg eine wichtige Rolle. Im Juli 2009 wurden die „Nationalen Klarstellungen“ zum NATO-Operationsplan geändert. Die sogenannte „Taschenkarte“ regelt, wann die SoldatInnen in Afghanistan Gewalt einsetzen dürfen. Nachdem folgender Satz komplett gestrichen wurde, war seither auch für die deutschen SoldatInnen ein noch offensiveres Vorgehen erlaubt: „Die Anwendung tödlicher Gewalt ist verboten, solange nicht ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht.“¹⁶ Im selben Monat fand die „Operation Adler“ statt, deren Tragweite folgendermaßen beschrieben wird: „Die Operation Oqab [afgh. für Adler] bedeutete für das deutsche Heer die erste direkte Beteiligung an einer Offensive seit seinem Bestehen. Die Tragweite des deutschen Beitrags spiegelt sich in der Aussage von Oberstleutnant Hans-Christoph Grohmann, Kommandeur der QRF [Quick Reaction Force], wider, der einen seiner Offiziere als ‚den ersten Oberleutnant, der nach 1945 eine Infanterie-Kompanie im Angriff geführt hat‘ vorstellte.“¹⁷

Zusammenfassend lässt sich die Bedeutung des Afghanistan-Krieges für die Bundeswehr wohl nur schwer unterschätzen: „Seit dem Ende der territorialen Bedrohung der Bundesrepublik und der Bündnisgebiete richtete sich die Bundeswehr Schritt für Schritt auf Auslandseinsätze aus. In den 1990er-Jahren waren dies primär die Operati-

onen auf dem Balkan, gipfelnd im Luftkrieg um den Kosovo, an dem Bundeswehrflugzeuge maßgeblich beteiligt waren. Nach 2001 standen die Operationen in Afghanistan im Mittelpunkt. Die ISAF-Mission am Hindukusch stellt nicht nur den längsten Einsatz der Bundeswehr dar; sie sah auch die intensivsten Gefechte deutscher Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg. Kurz gefasst: In Afghanistan hat die Bundeswehr das Kämpfen gelernt.“¹⁸

3. Offenbarungseid Besatzung: Arm, unsicher, undemokratisch

Gläubt man dem „Fortschrittsbericht Afghanistan“ der Bundesregierung, wurden in mehr als 15 Jahren Krieg und Besatzung in allen relevanten Bereichen große Fortschritte erzielt. Konkret benannt werden vier „Hauptziele“: „(1) Herstellung von Sicherheit, (2) Stärkung demokratischer Strukturen, (3) Förderung von Wirtschaftswachstum und (4) Förderung von Rechtsstaatlichkeit sowie Stärkung von Menschenrechten, insbesondere Frauenrechten.“¹⁹ Bei näherer Betrachtung lässt sich allerdings feststellen, dass die Behauptung der Bundesregierung nicht haltbar ist.

Sicherheit: Die Intensität der Kampfhandlungen in Afghanistan ist unverändert äußerst hoch: Die Zahl der „Sicherheitsvorfälle“ hat 2015 mit 22.634 den zweithöchsten Stand seit Kriegsbeginn erreicht. Auf westlicher Seite sind bis 30. März 2016 etwa 3.500 SoldatInnen im Afghanistan-Krieg ums Leben gekommen. Ungleich höher waren die Verluste auf der afghanischen Seite: Allein zwischen 2009 und 2015, vorher wurden überhaupt keine Zahlen erhoben, sind laut den Vereinten Nationen 21.323 ZivilistInnen bei Kampfhandlungen ums Leben gekom-



Übergabe des NATO-Einsatzes ISAF an den Nachfolger Resolute Support. Quelle: Wikipedia/US-Army

men und 37.413 verletzt worden, wobei es dabei eine hohe Dunkelziffer geben dürfte. Überhaupt nicht erfasst werden getötete „Aufständische“ und Menschen, die an den indirekten Folgen des Krieges sterben, weshalb andere Einschätzungen zu weit höheren Opferzahlen gelangen: „Addieren wir sämtliche Kategorien von Kriegstoten, so schätzen wir ihre Zahl für Afghanistan auf 184000 bis 248000 bis Ende 2013.“²⁰ Konsequenterweise wurde das Land auf dem Global Peace Index, der die Friedfertigkeit von Ländern misst, 2015 auf dem drittletzten Platz verortet, dahinter fanden sich nur noch der Irak und Syrien.²¹

Förderung des Wirtschaftswachstums: Auch was die sozioökonomische Lage angeht, sind die Resultate der Besatzung alles andere als eine Erfolgsgeschichte: Afghanistan wurde im UN-Index für menschliche Entwicklung 2015 auf Platz 171 von 187 Ländern geführt (2014: 169).²² Dementsprechend sieht die Lage für die dort lebenden Menschen aus: „Ca. 7,4 Millionen der offiziell etwa 26 Mio. Einwohner leiden unter akutem Nahrungsmangel, weitere 8,5 Mio. sind davon bedroht. 60 Prozent der Kinder sind mangelhaft ernährt. Nur 27 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, fünf Prozent zu hygienischen Sanitäreinrichtungen.“²³ Nicht viel besser steht es um den allgemeinen Zustand der Wirtschaft: „Afghanistan hat seit Jahren eine negative Außenhandelsbilanz vorzuweisen. Für das Jahr 2014 wird ein Exportvolumen von rund 2,4 Milliarden US-Dollar geschätzt, dem gegenüber steht ein Importvolumen von rund 10,6 Milliarden US-Dollar. Dieses Handelsdefizit wird vollständig durch internationale Gebermittel finanziert.“²⁴

Menschenrechte und die Stärkung demokratischer Strukturen: Auch hier lässt sich wenig beschönigen, nicht umsonst wird Afghanistan häufig als „defekte Demokratie“ oder auch als „Fassadendemokratie“ bezeichnet. So gab es etwa seit 2001 keinen Urnengang, bei dem es nicht zu massiven Wahlfälschungen gekommen wäre. Vor allem Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschen- und insbesondere der Frauenrechte geben Anlass zu großer Sorge.²⁵

All das hätte eigentlich zu der Einsicht verhelfen sollen, dass nachhaltige Lösungen für Afghanistan nur durch eine Abkehr vom bislang praktizierten militärisch abgesicherten Nation Building erreicht werden können – doch leider ist dies nicht der Fall!

4. Resolute Support: Fortsetzung des NATO-Krieges

Obwohl der Öffentlichkeit stets suggeriert wurde, die NATO plane sich 2014 vollständig aus dem Land zurückzuziehen, übergab die ISAF ab 2015 lediglich den Stab an die NATO-Folgemission „Resolute Support“. Sie umfasst 12.486 SoldatInnen (Stand: April 2016), wobei ihr Mandat zwar von Anfang an einen gewissen Spielraum für westliche Kampfeinsätze ließ, offiziell aber ursprünglich stets betont wurde, es gehe eigentlich „nur“ um die Ausbildung afghanischer Militär- und Polizeieinheiten. Diese Regierungstruppen übernehmen zwar wie beschrieben

tatsächlich immer größere Teile der Kampfhandlungen, sie scheinen aber nicht in der Lage zu sein, die Aufständischen zu besiegen.

Dies wird wiederum u. a. von den USA als Begründung herangeführt, ihren bereits zuvor mehrmals verschobenen Truppenabzug erneut nach hinten zu verlegen: Momentan sind rund 9800 US-SoldatInnen in Afghanistan stationiert, 2017 sollte diese Zahl eigentlich auf 1000 sinken, wurde aber inzwischen wieder auf mindestens 5500 Soldaten angehoben.²⁶ Dabei weichen die USA von dem offiziellen Slogan der NATO-Mission „Training, Beratung und Unterstützung“ immer weiter ab und gehen erneut in zunehmendem Ausmaß offensiv vor. Des Weiteren erklärte der US-General David Petraeus, u. a. von Oktober 2008 bis Juni 2010 als Chef des Central Command für die US-Kriege im Irak und in Afghanistan zuständig, zusammen mit dem bekannten demokratischen Sicherheitspolitiker Michael O’Hanlon, dass es im Afghanistan-Krieg Zeit wäre, endlich wieder die „Samthandschuhe ausziehen“. Dabei solle nicht eine Aufstockung der Bodentruppen, sondern eine deutliche (Wieder)Ausweitung der Luftschläge im Zentrum stehen.²⁷

Seit Anfang 2016 nehmen von deutscher Seite 980 SoldatInnen (statt bisher 850) an „Resolute Support“ teil. Das wird für dieses Jahr mit 245,3 Millionen Euro zu Buche schlagen.²⁸ Auch in Deutschland scheint man zu einer neuerlichen Intensivierung der Kampfhandlungen bereit zu sein, wie Aussagen des deutschen NATO-Generals Hans-Lothar Domröse vom November 2015 nahelegen: „Wir brauchen eine robuste Beratung. [...] Wenn wir sehen, dass es einen Taliban-Angriff gibt, müssen wir den auch niederschlagen können“. Man müsse die Frage von militärischen Unterstützungsleistungen der NATO für die AfghanInnen grundsätzlich „noch einmal neu überdenken.“²⁹

Somit scheint die direkte militärische Unterstützung im Kampf gegen Terroristen nun doch wieder ein – wachsender – Teil der Mission zu werden.

5. Verwaltung des Desasters

Auch ohne die Kosten für Resolute Support haben die westlichen Staaten immense Summen für den Krieg in Afghanistan aufgewendet: Bis einschließlich 2014 waren es im Falle der USA offiziell 756 Milliarden Dollar³⁰ und bei Deutschland über 8,8 Milliarden Euro.³¹ Da diese Beträge notorisch schöngerechnet werden, dürften die tatsächlichen Zahlen weit höher liegen. Eine Untersuchung des „Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung“ kam zu dem Ergebnis, der Bundeswehreinsatz sei etwa 2,5 bis 3 Mal teurer als von Regierungsseite angegeben.³² Werden diese Summen kritisiert, wird gerne auf die „gewaltigen“ Entwicklungshilfegelder verwiesen, die ebenfalls ins Land geflossen seien. Diese wandern aber häufig wieder direkt in die Taschen westlicher Aufbauunternehmen oder werden gleich für die Aufstandsbekämpfung verwendet. So belief sich die Entwicklungshilfe im Falle der USA einschließlich des Haushaltsjahrs 2014 auf 100 Milliarden Dollar – allerdings waren davon allein circa 60 % für den Aufbau und das Training der afghanischen Sicherheitskräfte bestimmt.³³

Die jährlichen Kosten für die Regierungstruppen belaufen sich auf schätzungsweise etwa 5 Milliarden

US-Dollar. Sie sind damit nur wenig niedriger als der komplette afghanische Haushalt (2016/2017: 7,2 Mrd. Dollar). Afghanistan hat sich im September 2014 auf dem NATO-Gipfeltreffen in Wales verpflichtet, künftig jährlich für 500 Millionen US-Dollar der Kosten selbst aufzukommen, was dem Regierungsbudget die letzten Spielräume raubt, zumal die geplante Truppenreduzierung auf 228.500 im Mai 2016 zurückgenommen wurde. Darüber hinaus fehlen langfristige Zusagen der Europäischen Union oder anderer Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, den Haushalt der ANSF zu finanzieren. Im Hinblick darauf besteht die Gefahr, dass die hoch militärisierten und gut ausgerüsteten Regierungstruppen, die bereits wiederholt schwerer Menschenrechtsverbrechen beschuldigt wurden, sich z. B. mittels Raub an der Bevölkerung alternative Einnahmequellen erschließen werden.

Die Regierungen im Westen geben immer noch viel Geld für das Land aus, kappen aber die Budgets für den zivilgesellschaftlichen Aufbau und die Demokratisierung. Sie investieren lieber in vorzeigbare Hardware als sichtbaren Erfolgsbeweis für die SteuerzahlerInnen und WählerInnen daheim. Der Westen ist aber Teil des Problems, nicht der Lösung; in einem Land mit komplexen Strukturen, unklaren Fronten und fast täglichen Anschlägen. Solange die militärische Präsenz des Westens anhält und es keine politische Vision gibt, ist ein Ende des Krieges nicht in Sicht. Stattdessen wird ohne Plan, Sinn und Verstand weiter gekämpft, wie unter anderem Ulrich Ladurner von der Zeit kritisiert: „Strategie ist das keine, das ist die Verwaltung des Desasters. Es wird so getan, als ob eine längere und stärkere Präsenz der Bundeswehr [...] die Taliban mit Sicherheit schwächen würde. Aber was, wenn es umgekehrt ist? [...] Aus dieser Lage muss sich der Westen, muss sich Deutschland befreien – und das geht nur, wenn er den Einsatz beendet.“³⁴

Anmerkungen

- 1 Hinzu kamen noch Kräfte der rein US-geführten „Operation Enduring Freedom“ und zahlreiche MitarbeiterInnen Privater Militärfirmen.
- 2 Hinzuweisen ist hier auch auf das bilaterale Sicherheitsabkommen USA-Afghanistan (BSA) und das Abkommen zwischen NATO und Afghanistan (NATO SOFA) über die Rechtsstellung ihrer Truppen und ihres Personals, die beide am 30. September 2014 unterzeichnet wurden. Die Unterzeichnung des NATO SOFA untergräbt die Unabhängigkeit des Staates Afghanistan und seiner Institutionen. So kann es ggf. zur Straffreiheit von Kriegsverbrechen durch NATO-SoldatInnen kommen.
- 3 The U.S. was supposed to leave Afghanistan by 2017. Now it might take decades, [Washington Post](#), 26.01.2016.
- 4 Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building, SWP-Studie, November 2005, S. 8.
- 5 Vgl. zur Kritik des neoliberalen Nation Building u.a. Chandler, David (ed.): *Statebuilding and Intervention: Policies, Practices and Paradigms*, London 2009; Richmond, Oliver P./Franks, Jason: *Liberal peace transitions: between statebuilding and peacebuilding*, Edinburgh 2009; Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (eds.): *New Perspectives on Liberal Peacebuilding*, Tokyo 2009; Paris, Robert/Sisk, Timothy D. (eds.): *The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the contradictions of postwar peace operations*, London 2009; Pugh, Michael/Cooper, Neil/Turner, Mandy (eds.): *Whose peace? critical perspectives on the political economy of peacebuilding*, Basingstoke 2008; Barbara, Julien: *Rethinking neo-liberal state building*, in: *Development in Practice*, June 2008, S. 307-318; Lacher, Wolfram: *Iraq:*

Exception to, or Epitome of Contemporary Post-Conflict Reconstruction?, in: *International Peacekeeping*, April 2007, S. 237-250
Chandler, David: *Empire in Denial: The Politics of State-building*, London 2006.

- 6 Islamic State of Afghanistan: *Rebuilding a Macroeconomic Framework for Reconstruction and Growth*, IMF Country Report No. 03/299, September 2003, S. 8.
- 7 Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf. Die Steuerbefreiungen wurden im Jahr 2005 teils modifiziert und etwas abgeschwächt. Vgl. World Bank: *Afghanistan. Managing Public Finances for Development*, Volume III, Report No. 34582-AF, December 22, 2005, S. 1.
- 8 Afghanistan: *Income Tax Law (consolidation to 31 March 2005)*, Article 3.
- 9 World Bank: *Afghanistan. Managing Public Finances for Development*, Volume I, Report No. 34582-AF, December 22, 2005, S. 36.
- 10 Auswärtiges Amt: *Deutschland globales Engagement*, Berlin 2007, S. 12.
- 11 VENRO: *Was will Deutschland am Hindukusch?*, Positionspapier Nr. 7/2009, S. 6.
- 12 [Brookings Afghanistan Index](#), 31.03.2016.
- 13 Taliban - an den Haaren herbeigezogen, [taz](#), 16.12.2014.
- 14 Borger, Julian: *Nato success against Taliban in Afghanistan 'may be exaggerated'*, *The Guardian*, 13.10.2011.
- 15 Positionierung der CDU-Verteidiger: *Bundeswehr im Innern und an der EU-Grenze*, [Augengeradeaus](#), 29.04.2016.
- 16 Neue Regeln erlauben Deutschen offensiveres Vorgehen, *Spiegel Online*, 04.07.2009.
- 17 Wikipedia: *Operation Oqab*.
- 18 Zapfe, Martin: *Die Bundeswehr 2014 – Zwischen Kabul und Krim*, CSS Analysen Nr. 154, Mai 2014.
- 19 Die Bundesregierung: *Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags*, Januar 2014, S. 6.
- 20 Henken, Lühr: *Vergessene Tote, junge Welt*, 07.07.2014.
- 21 *Global Peace Index 2015: Afghanistan*, [visionofhumanity.org](#), 24.01.2016.
- 22 UN Development Programme: *Human Development Reports: Afghanistan*, [hdr.undp.org](#), 24.01.2016.
- 23 Ruttig, Thomas: *Einiges besser, nichts wirklich gut. Afghanistan nach 34 Jahren Krieg – eine Bilanz*, in: *WeltTrends 94 (2014): 1*, S. 27-39, S. 36.
- 24 [LIP-Portal: Afghanistan](#).
- 25 Glaßer, Michael Schulze von/Wagner, Jürgen: *Krachend gescheitert. Demokratisierungsrhetorik und Besatzungsrealität in Afghanistan*, in: *AUSDRUCK (August 2014)*.
- 26 *Militäreinsatz in Afghanistan: USA verlangsamten Truppenabzug*, [tagesschau.de](#), 15.10.2015.
- 27 David Petraeus und Michael O'Hanlon: *It's time to unleash America's airpower in Afghanistan*, [washingtonpost.com](#), 14.01.2016.
- 28 *Deutscher Bundestag: Ausweitung des Einsatzes in Afghanistan zugestimmt*, [bundestag.de](#), 17.12.2015.
- 29 Matthias Gebauer: *Afghanistan: Deutscher Nato-Kommandeur fordert Luftschläge gegen Taliban*, [spiegel.de](#), 03.11.2015.
- 30 *Frankfurter Allgemeine Zeitung: Afghanistan kostet Amerika eine Billion*, [faz.net](#), 15.12.2014.
- 31 Christian Thiels: *Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan: Die Kosten des Krieges*, [tagesschau.de](#), 20.03.2015.
- 32 Brück, Tilman u.a.: *Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan*, [Wochenbericht des DIW Berlin](#) 21/2010, S. 2-11.
- 33 *Im Jahr 2015 wurden ungefähr 5,7 Milliarden Dollar bereitgestellt, davon allein 4,1 Milliarden für die ANSF*. Kenneth Katzman: *Afghanistan: Post-Taliban Governance, Security, and U.S. Policy*, [fas.org](#), S.2, 22.12.2015
- 34 Ladurner, Ulrich: *Bundeswehr in Afghanistan: Die Verwaltung des Desasters*, [zeit.de](#), 17.12.2015.

Ganze Arbeit

Warum die NATO Libyen zerstört und die Region destabilisiert hat

von Jürgen Wagner

Am 19. März 2011 begann der Angriffskrieg gegen Libyen, der Ende desselben Monats offiziell von der NATO übernommen wurde und kurz nach der Ermordung von Machthaber Muammar al-Gaddafi im Oktober 2011 endete. Verantwortlich für die Intervention war offiziell zwar die Sorge um Menschenrechtsverletzungen, tatsächlich aber gab ein „komplexes Gemisch“¹ aus unmittelbaren und mittelbaren Interessen den Ausschlag: Direkte strategische und ökonomische Begehrlichkeiten waren beispielsweise die im Land lagernden Ölvorkommen, vor allem aber wohl Gaddafis Versuche, den westlichen und insbesondere den französischen Einfluss in der Region zurückzudrängen. Das wesentliche mittelbare Interesse, das mit den Verhältnissen in Libyen selbst nur bedingt etwas zu tun hatte, bestand darin, nach dem Debakel in Afghanistan die „Kriegsfähigkeit“ der NATO unter Beweis zu stellen und hierfür eine neue Interventionsdoktrin zu etablieren, um künftige Kriege des Bündnisses „erfolgreicher“ und „effizienter“ gestalten zu können.

Zusammen ergab diese toxische Mischung eine kritische Masse, die schlussendlich zu einem Krieg führte, der mindestens drei fatale Folgen nach sich zog: Erstens wird die Libyen-Intervention seitens der NATO tatsächlich bis heute als „vorbildlich“ beschrieben und zu einer Art Prototyp für künftige Kriege erklärt. Dies ist umso fataler, weil der Einsatz zweitens nicht nur Libyen selbst, sondern die gesamte Region in Chaos und Konflikte gestürzt hat. Und schließlich wird die katastrophale Lage in Libyen dann drittens aktuell wieder als Anlass genommen, um neuerliche militärische Aktionen im Land zu rechtfertigen – und diesmal will auch Deutschland mitmischen, das sich aus dem vorherigen NATO-Krieg weitgehend herausgehalten hatte.

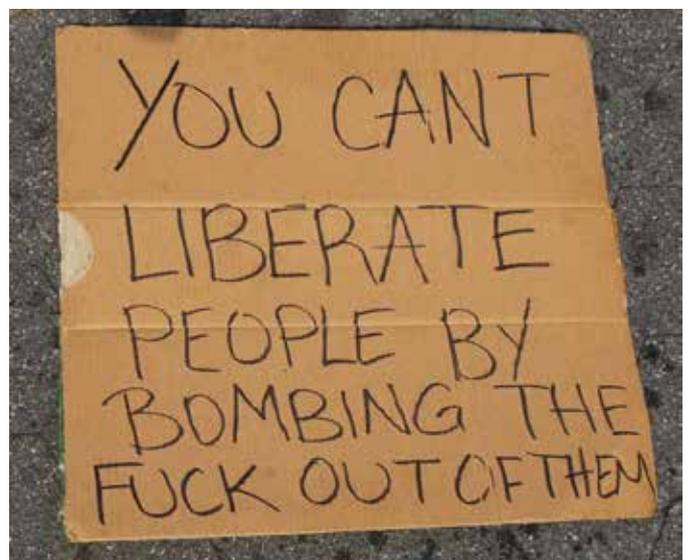
1. Krieg für die Menschenrechte?

Wie bei nahezu jedem westlichen Kriegseinsatz der jüngeren Vergangenheit, wurde auch die Libyen-Intervention der NATO mit dem Verweis gerechtfertigt, es gehe darum, gravierende Menschenrechtsverletzungen zu vereiteln. Ganz sicher war das System unter Muammar al-Gaddafi repressiv², dies gilt aber in mindestens demselben Ausmaß für eine ganze Reihe „befreundeter“ Staaten, die vom Westen in Ruhe gelassen werden. Anfang 2011 begannen die Proteste gegen die libysche Regierung, was am 17. März 2011 schließlich zur Verabschiedung der UN-Resolution 1973 führte, die zwar u.a. die Einrichtung einer Flugverbotszone vorsah, allerdings keineswegs einen Blankoscheck für den Sturz Gaddafis ausstellte, auch wenn sie vom Westen völlig haltlos so zurechtinterpretiert wurde.³ Die Regierung sei aufgrund der Androhung von Massakern in Bengasi ihrer in der UN-Resolution betonten „Verantwortung zum Schutz“ der Bevölkerung nicht nachgekommen, was ihren Sturz legitimiere, so die damalige Begründung der Angriffe. Schon damals gab es allerdings viele Hinweise, dass es sich hierbei um bes-

tenfalls fragwürdige, meist sogar falsche Behauptungen handelte.

So schrieb etwa Alan Kuperman, Professor für öffentliche Angelegenheiten an der Universität von Texas: „Gaddafi hat niemals mit einem Massaker an der Zivilbevölkerung in Bengasi gedroht, wie Obama behauptete. Die Warnung ‚es werde kein Pardon gegeben‘ vom 17. März richtete sich ausschließlich gegen die Aufständischen, wie die New York Times berichtete. Zudem habe der libysche Machthaber denjenigen eine Amnestie versprochen, die ‚ihre Waffen wegwerfen‘, Gaddafi bot den Rebellen sogar einen Fluchtweg und offene Grenzübergänge in Richtung Ägypten an, um einen ‚Kampf bis zum bitteren Ende‘ zu vermeiden.“⁴ Auch andere Vorwürfe haben sich als weitgehend haltlos herausgestellt: „Nach Studien der UN und von Amnesty International [hat sich] die Begründung der damaligen Militärintervention als falsch erwiesen. Zwar kam es im Bürgerkrieg zu Verbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten. Systematische Massaker, Luftangriffe gegen Demonstranten, organisierte Massenvergewaltigungen und weitere schwere Vorwürfe, die Gaddafis Regime angelastet wurden, sollen jedoch nie verübt worden sein.“⁵

Ganz eindeutig handelte es sich bei dem NATO-Krieg um eine letztlich ausschlaggebende „gewaltsame Parteinahme zur Entscheidung eines Bürgerkriegs“.⁶ Nicht der Schutz der Zivilbevölkerung, sondern der Sturz Gaddafis stand an erster Stelle der Interventionsagenda, wie etwa Bundeswehr-General Klaus Reinhardt kritisierte: „Der Hauptgrund war, dass man Gaddafi absetzen wollte, und ihn von seiner Position vertreiben wollte. Das war ja ganz zu Beginn gleich politisch wieder und wieder gesagt worden. Und das wurde ja auch letztendlich zum zentralen Thema dieses Einsatzes und hat mit dem ursprünglichen Plan, [die] Zivilbevölkerung zu schützen, nur sehr begrenzt zu tun.“⁷ Aus diesem Grund wurden die Rebellen



Quelle: Flickr/Debra Sweet

auch von Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Katar, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten direkt unterstützt, wie u.a. ein nur wenige Monate nach dem Ende der Kampfhandlungen erschienener UN-Untersuchungsbericht zu Tage förderte: „Der Bericht belegt von höchster Stelle, dass frühzeitig Waffen an die Aufständischen in Libyen geliefert und dass diese durch ‚Militärberater‘ unterstützt wurden, wobei die NATO offenbar flankierend zu ihren Luftangriffen eine dubiose Koordinationsrolle übernommen hat.“⁸ Wörtlich heißt es in dem Bericht, die „ausländische militärische Unterstützung, einschließlich der Lieferungen militärischer Ausrüstung“ sei „entscheidend“ für den Sieg der Aufständischen gewesen.⁹

Keine Chance wurde deshalb auch dem Vorschlag der Afrikanischen Union für einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen gegeben, der von Gaddafi am 11. April 2011 akzeptiert, von den gut mit der NATO vernetzten Rebellen jedoch abgelehnt worden war.¹⁰ Kurz darauf veröffentlichten die Präsidenten der wichtigsten am Krieg beteiligten Staaten, Nicolas Sarkozy, David Cameron und Barack Obama, einen gemeinsamen Brief, in dem sie unmissverständlich klarmachten, es sei „unmöglich, sich eine Zukunft für Libyen vorzustellen, in der Gaddafi weiter an der Macht ist.“¹¹ Was das Kriegsziel anbelangt, lässt sich also festhalten: „Sämtliche verfügbaren Beweise weisen darauf hin, dass das primäre Ziel der NATO von Anfang an darin bestand, den Rebellen zu helfen, Gaddafi zu stürzen, selbst wenn dies den Bürgerkrieg eskalieren und ausweiten und damit die Gefahr für libysche Zivilisten vergrößern sollte.“¹²

Zur Umsetzung der eigenen Agenda war die NATO bereit, erhebliche Opfer – auf libyscher Seite – in Kauf zu

nehmen. Allerdings schwankt die Zahl der Menschen, die während der NATO-Intervention ums Leben kamen, sehr stark. Anfangs sprach die Rebellenseite von 50.000 Opfern, später wurde die Zahl auf 11.500 nach unten korrigiert, ohne dass ersichtlich würde, wie diese Angaben jeweils zustandekamen.¹³ Dass die NATO selbst nicht einmal Zahlen über Zivilopfer ihrer Bombardierungen erfasst hat, obwohl es diese nach Recherchen der New York Times in großer Zahl gab, trägt dabei auch nicht gerade zur Aufklärung bei.¹⁴

Wenn aber nicht die Verhinderung von Menschenrechten der Grund für die Militärintervention war, stellt sich umso mehr die Frage, was dann? Aufschluss hierüber gibt eine Mail vom 30. März 2011, die Sidney Blumenthal, ein enger Berater der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton, die eine der treibenden Kräfte dieses Krieges war, an seine Chefin verfasst hatte (Doc No. C05789481). In ihr argumentierte er, es sei nicht mehr weiter zielführend, „humanitäre Motive“ als Begründung des Krieges anzuführen: „Das humanitäre Argument ist limitiert, kontextabhängig und bezieht sich auf eine bestimmte, in der Vergangenheit liegende Situation. Ein Massaker in Bengasi verhindert zu haben und hierfür ständig Anerkennung zu verlangen (sowohl von der libyschen als auch der amerikanischen öffentlichen Meinung), wird sich in Bälde als kontraproduktiv erweisen.“ Wohlgermerkt, er thematisiert in diesem Absatz nicht die hochumstrittene Frage, ob in Bengasi tatsächlich ein Massaker gedroht hat, sondern nur die, mit welcher Rechtfertigung die Bombardierungen nun bis zum Sturz Gaddafis fortgesetzt werden könnten. In derselben Mail nannte er dann einige Aspekte, die nahelegen würden, auf den Sturz Gaddafis („Q“) hinzuwirken: „Die positiven Argumente, aus nationalen



Zerstörtes Kriegsgesetz libyscher Regierungstruppen. Quelle: Wikipedia/Bernd.Brincken

Interessen den Sturz von Q zu befürworten, liegen auf der Hand: die Stabilisierung Nordafrikas, die Sicherung von Demokratie in Ägypten und Tunesien, wirtschaftliche Entwicklung, die Auswirkungen auf die ganze arabische Welt und auf Afrika, die Ausweitung des amerikanischen Einflusses, ein Gegengewicht zum Iran, etc.“¹⁵

2. Einfluss und Profite

Die direkten Interessen im Zusammenhang mit dem Libyen-Krieg kreisen vor allem um zwei große Komplexe: Die strategische und ökonomische Bedeutung der dortigen Ölvorkommen sowie das Staatsvermögen, mit dem gezielt versucht wurde – vor allem auf Kosten Frankreichs – den westlichen Einfluss in Afrika zurückzudrängen.

Die Relevanz der libyschen Ölvorkommen steht außer Frage, sie sind mit 48,4 Mrd. Barrel die größten Afrikas.¹⁶ Besonders für die Europäische Union, die zehn Prozent ihrer Ölversorgung aus Libyen deckt, ist das Land von enormer Bedeutung. Zusätzlich geht es hier um gigantische Beträge: Einmal wurde bislang nur ein Drittel der Fläche konzessioniert; und zum anderen waren die Investitionsbedingungen unter Gaddafi für westliche Unternehmen extrem ungünstig: „Die libysche Regierung vergab Lizenzen an die ausländischen Konzerne nach einem System namens EPSA-4, wonach der staatlichen libyschen Ölfirma NOC (National Oil Corporation of Libya) der höchste Anteil des geförderten Öls gesichert blieb. Angesichts des starken Wettbewerbs lief das auf einen Anteil von ungefähr 90 Prozent hinaus. ‚Die EPSA-4-Verträge hatten die härtesten Bedingungen der Welt,‘ sagt Bob Frylund, früherer Präsident der libyschen Niederlassung des US-amerikanischen Unternehmens ConocoPhillips.“¹⁷

Vor diesem Hintergrund wird es nachvollziehbar, dass bereits Anfang 2012 Presseberichte folgender Art auftauchten: „Libyen belohnt jene Länder, die gegen den früheren Diktator auftraten, mit Öl. [...] Ali Tarhouni, im libyschen Übergangsrat für die Finanzen zuständiger Minister, sprach in Washington davon, dass sein Land ‚den Freunden‘ zu Dank verpflichtet sei. Als befreundete Nationen, in deren Schuld man stehe, nannte er in absteigender Reihenfolge: Frankreich, die USA, Großbritannien und Italien.“¹⁸ Die anhaltend katastrophale Sicherheitslage im Land macht einen großangelegten Einstieg in den libyschen Ölsektor aktuell zwar nahezu unmöglich, dass dies aber auf Sicht geschehen könnte und eine Motivation für die Intervention darstellte, ist zumindest naheliegend. So bewertete auch der russische Premierminister Wladimir Putin die Motive der kriegführenden Staaten mit folgenden Worten: „Übrigens lagern in Libyen die größten Ölreserven Afrikas. Den Gasvorräten nach nimmt Libyen den vierten Platz auf dem Kontinent ein. Da stellt sich die Frage, ob das nicht der Hauptgrund für das Interesse jener ist, die jetzt dort tätig sind.“¹⁹

Eine zweite bereits früh vertretene These besteht darin, dass der Angriff auch im Zusammenhang mit der libyschen Afrika-Politik und den diesbezüglichen Versuchen zu sehen sei, den Kontinent vom Westen zu emanzipieren: „Wenige Monate vor dem NATO-Angriff auf sein Land forderte er [Gaddafi] die arabischen und afrikanischen Staaten auf, eine neue gemeinsame Währung ein-

zuführen, um sich der Macht des Dollars und des Euros zu entziehen. Grundlage sollte der Gold-Dinar sein, der auf dem 144 Tonnen schweren libyschen Goldschatz beruht, der in der staatlichen Zentralbank lagert. Dieser Initiative waren bereits geheime diesbezügliche Konferenzen 1996 und 2000 vorausgegangen. Die meisten afrikanischen Länder unterstützten dieses Vorhaben. Sollte dies gelingen, wäre Frankreich der größte Verlierer, denn das bedeutete das Ende des CFA-Franc in den 14 frankophonen Ländern Afrikas, und damit auch das Ende der postkolonialen Kontrolle Frankreichs über diese. Drei Schlüsselprojekte hatte Gaddafi in Planung, die den Grundstein für eine afrikanische Föderation bilden sollten: Die Afrikanische Investmentbank im libyschen Sirte, die Afrikanische Zentralbank mit Sitz in Abuja, der Hauptstadt Nigerias, sowie die für 2011 geplante Einrichtung des Afrikanischen Währungsfonds in Jaunde (Kamerun), der über einen Kapitalstock von 42 Milliarden Dollar verfügen soll.“²⁰

Dass derlei Überlegungen zumindest mit eine Rolle für die Kriegsentscheidung Frankreichs gespielt haben, wird in einer weiteren Mail Blumenthals an Hillary Clinton vom 2. April 2011 (Doc No. C05779612) unter dem Betreff „France’s client & Q’s gold“ spektakulär bestätigt: „Am 2. April 2011 gaben Quellen mit Zugang zu Beratern von Salt al-Islam Qaddafi²¹ unter strengster Vertraulichkeit an, dass das Einfrieren der Bankkonten Gaddafi zwar ernsthafte Schwierigkeiten bereite, seine Fähigkeit zur Ausrüstung und Aufrechterhaltung der bewaffneten Truppen und des Geheimdienstes dadurch aber intakt bleiben. Gemäß sensibler Informationen, die diesen Personen zugänglich sind, verfügt die Gaddafi-Regierung über 143 Tonnen Gold und eine ähnliche Menge an Silber. Ende März wurden diese Vermögenswerte nach SABHA (südwestlich in Richtung der libyschen Grenze mit dem Niger und Tschad) verfrachtet; entnommen wurden sie den Tresoren der libyschen Zentralbank in Tripolis. Dieses Gold wurde vor Ausbruch der aktuellen Rebellion angesammelt und war dafür gedacht, eine pan-arabische Währung auf Basis des libyschen Gold-Dinar ins Leben zu rufen. Dieser Plan wurde mit dem Ziel entworfen, den frankophonen Ländern eine Alternative zum CFA-Franc zur Verfügung zu stellen. [...] Gemäß kenntnisreicher Individuen, beläuft sich der Wert dieser Menge an Gold und Silber auf 7 Mrd. Dollar. Französische Geheimdienstoffiziere entdeckten den Plan kurz nachdem die aktuelle Rebellion begann und hierbei handelte es sich um einen der Faktoren, die die Entscheidung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy beeinflussten, Frankreich auf einen militärischen Angriff festzulegen. Nach Angaben dieser Individuen, werden Sarkozys Pläne von folgenden Faktoren beeinflusst:

- a. Den Wunsch einen größeren Anteil an der libyschen Ölproduktion zu erhalten,
- b. Den französischen Einfluss in Nordafrika auszuweiten,
- c. Die innere politische Lage in Frankreich zu verbessern,
- d. Dem französischen Militär die Möglichkeit zu bieten, seiner Position in der Welt wieder Geltung zu verschaffen,
- e. Die Sorgen seiner Berater über Gaddafis langfristige Pläne, Frankreich als dominierende Macht im frankophonen Afrika abzulösen zu adressieren.“

3. Libyen-Doktrin: Ein Krieg als Mittel zum Zweck

Vor allem aus NATO-Sicht dürfte die wohl wichtigste mit dem Krieg verbundene Motivation²² gewesen sein, die eigene „Kriegsfähigkeit“ nach der desaströsen Afghanistan-Intervention unter Beweis zu stellen. Geradezu trotzig merkte der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen nach Beendigung der Intervention an, hierdurch seien all diejenigen eines Besseren belehrt worden, die „meinten, Afghanistan sei die letzte Out-of-area Operation der NATO gewesen.“²³ Nicht nur was das „Ob“, auch was das „Wie“ anbelangt, wurde dem Einsatz, ein wegweisender Charakter zugeschrieben. So schrieb Susan Glasser in der „Foreign Policy“: „Zum selben Zeitpunkt, an dem Schweigen bezüglich diesen beiden langwährenden Konflikten [Irak und Afghanistan, JW] herrscht, hat sich die außenpolitische Elite der Vereinigten Staaten einmal mehr in ein neues Kriegsmodell verliebt, eines, das vorgeblich mit moderaten Investitionen, keinen Bodentruppen und einem befriedigenden Narrativ von Freiheit, die über Diktatur obsiegt, lockt. Ja, ich Rede über Libyen. [...] Mit anderen Worten: Dies ist ein Krieg, der funktioniert.“²⁴

Konkret ging es vor allem um drei Aspekte: Erstens wurde westlicherseits seit Jahren darauf gedrängt, die Schutzverantwortung (R2P) – faktisch eine andere Bezeichnung für humanitäre Interventionen – als Gewohnheitspraxis zu etablieren. Nachdem es gelang, die Schutzverantwortung in Resolution 1973 zu verankern und sie anschließend als Kriegsrechtfertigung angeführt wurde, sahen viele humanitäre Interventionisten hier einen Präzedenzfall. Die westliche Interpretation lautete: „Erstmals in seiner Geschichte hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 17. März 2011 mit der UN-Resolution 1973 eine militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates zum Schutz der Bevölkerung gebilligt.“²⁵ Ob es allerdings gelang, hier eine neue Norm zu etablieren, ist sehr fraglich: Hierfür müsste sie von einem großen Teil der Staatengemeinschaft akzeptiert werden, was offensichtlich nicht der Fall ist. Die Schutzverantwortung wird von zahlreichen Ländern – u.a. anderem China und Russland – abgelehnt und seit dem Libyen-Krieg ist die Unterstützung für das Konzept nicht eben gestiegen.

Ein zweiter Aspekt betraf die transatlantische Macht- und Arbeitsteilung, die ausgehend vom Libyen-Krieg auf eine neue Grundlage gestellt werden sollte. Im Wissen um ihre machtpolitische Schwäche wollten die USA erklärtermaßen ihren Schwerpunkt nach Ostasien verlegen („pivot“) und die Angelegenheiten in Osteuropa und Afrika stärker den Europäern überlassen. Vor allem bei Militäreinsätzen hieß dies, den Verbündeten den Vortritt zu überlassen („leading from behind“), was eine radikale Abkehr der bisherigen US-Politik darstellte, die stets auf die alleinige Führung gepocht hatte. Der Libyen-Krieg war hierfür der erste konkrete Anwendungsfall, die Resultate fielen jedoch gemischt aus. Einerseits fand der Einsatz tatsächlich unter der Führung von Frankreich und Großbritannien statt. Andererseits waren die USA aber mit der „Performance“ der Verbündeten überaus unzufrieden und forderten sie auf, ihre Rüstungshauhalte massiv aufzustocken. Da dies bislang bei weitem nicht

in dem von Washington gewünschten Maß erfolgt ist und weil die Beziehungen zu Russland nach der Eskalation der Ukraine-Krise deutlich weiter oben auf der Prioritätenliste rangieren, dürfte „leading from behind“ bis auf weiteres eher die Ausnahme als die Regel darstellen.

Somit dürfte der dritte Aspekt des Libyen-Kriegs den nachhaltigsten Einfluss auf die Ausgestaltung einer westlichen Interventionsdoktrin gehabt haben: die neue Form der Kriegsführung. Nachdem der Irak und Afghanistan vor Augen geführt hatten, wie hoch die personellen und finanziellen Kosten und Risiken von Militäreinsätzen mit teils deutlich über hunderttausend Bodentruppen sind, wurde fieberhaft nach anderen Optionen gesucht. Und im Libyen-Krieg hatte man sie, so hat es den Anschein, auch gefunden: „Um nach Afghanistan und dem Irak nicht auch in Libyen historische Fehler zu wiederholen [und] sich mit dem Einsatz von eigenen Bodentruppen auf das Risiko eines langwierigen und verlustreichen Krieges einzulassen, setzt der Westen auf die Überlegenheit seiner Luftwaffe und unterstützt mit Geheimagenten, Spezialeinheiten, Militärberatern und Waffenlieferungen über Drittstaaten die Streitkräfte der verbündeten Konfliktpartei vor Ort.“²⁶ Und tatsächlich: Obwohl die NATO im Extremfall auch großangelegte Bodeneinsätze nicht ausschließen will, ist doch eindeutig, dass Militäreinsätze bis auf weiteres vor allem auf einen Mix aus diesen Elementen setzen werden.

4. „Abwärtstrend ins Chaos“

Kurz nach der Intervention erklärten der damalige US-NATO-Botschafter und der NATO-Oberkommandierende in Europa sichtlich zufrieden: „Der NATO-Einsatz in Libyen wird zurecht als Vorzeigeintervention gelobt. Das Bündnis reagierte auf eine rasch aus dem Ruder laufende Situation, die das Leben hunderttausender Zivilisten gefährdete, die gegen ein unterdrückerisches Regime rebellierten. Sie war damit erfolgreich, diese Zivilisten zu beschützen.“²⁷ Eine solche Einschätzung zeugt allerdings von einem gerüttelten Maß an Realitätsverweigerung, ein Vorbild war die Intervention allenfalls dafür, wie in einem Land und einer ganzen Region ein „Abwärtstrend ins Chaos“ in Gang gesetzt werden kann.²⁸

Wie destabilisierend sich der Einsatz auf die ganze Region auswirkte, geht aus dem bereits erwähnten UN-Untersuchungsbericht vom Februar 2012 hervor: „Während der genaue Einfluss der Libyen-Krise auf die Nachbarstaaten schwer zu bestimmen ist, deuten die Untersuchungen der Expertenkommission darauf hin, dass die bewaffnete Unsicherheit in Nachbarstaaten wie dem nördlichen Mali und dem nördlichen Niger in jüngster Zeit mit einer Zunahme an Waffenhandel, bewaffneten Überfällen, terroristischen Aktivitäten und der Reaktivierung von Aufstandsbewegungen zugenommen haben.“²⁹

Vor allem die Auseinandersetzungen in Mali werden gemeinhin als eine direkte Folge der westlichen Libyen-Intervention interpretiert und waren wiederum Anlass für eine Reihe weiterer Militärinterventionen: Des UN-Einsatzes Minusma (zuvor: Afisma), von Berkane (früher: Serval) unter französischer Führung und von EUTM Mali unter dem Dach der EU. Der bereits erwähnte Politikprofessor Alan Kuperman argumentiert zudem überzeugend, dass die Libyen-Intervention zumindest eine Mitschuld

für die dramatische Eskalation des Syrien-Konfliktes hatte. Die dort nahezu zeitgleich einsetzenden Proteste waren anfangs friedlich, die in Libyen durch den Griff zu den Waffen seitens der Rebellen ausgelöste Eskalation, die mit einer westlichen Intervention „belohnt“ wurde, habe Vorbildcharakter gehabt, so seine Einschätzung: „Zumindest ermutigte die NATO-Intervention in Libyen die Militarisierung des syrischen Aufstandes.“³⁰

Doch offensichtlich wurde auch Libyen selbst destabilisiert - seit der NATO-Intervention herrscht praktisch permanent Bürgerkrieg im Land. Auch in diesem Fall bestätigte sich erneut, dass es einfacher ist, etwas militärisch auseinanderzubringen, als es später wieder zusammenzusetzen. Doch die hieraus entspringenden Konflikte dienen wiederum paradoxerweise als Anlass, neuerliche Militärinterventionen zu fordern: „Letztlich sollten wir durch den Libyen-Einsatz nicht eine zentrale Lehre vergessen, die uns aus vorhergehenden Konflikten beigebracht wurde, nämlich, dass der Krieg der einfachere Teil ist, während es die Friedensbildung ist, die die wirkliche Schwierigkeit darstellt. Wenn die Entwicklungen in Libyen in die falsche Richtung gehen sollten, kann die NATO und die internationale Gemeinschaft nicht einfach danebenstehen und zuschauen.“³¹

5. Startschuss für Deutschlands neuen Militärinterventionismus

In der Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und der damit einhergehenden „Enttabuisierung des Militärischen“ sah der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder rückblickend die größte Errungenschaft seiner Amtszeit. Als aber der seit 2001 auch mit deutschen Soldaten geführte Afghanistan-Krieg ab Mitte des Jahrzehnts immer weiter eskalierte, nahm sowohl in der Bevölkerung, aber auch in Teilen der Bundesregierung die Skepsis gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr wieder zu.

Dementsprechend entschied die Bundesregierung im Jahr 2011, sich bei der Abstimmung über UN-Resolution 1973 zu enthalten und damit faktisch einer Teilnahme an einem Krieg gegen Libyen eine Absage zu erteilen: „Die

anschließende heftige Debatte in Deutschland und in der NATO zeigte, wie sehr diese Entscheidung einen Nerv getroffen hat. Während zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Enthaltung begrüßten, hagelte es Kritik von Verbündeten und auch aus den eigenen Reihen.“³² Zu den zahlreichen Kritikern zählte auch der ehemalige Außenminister Joschka Fischer, der dabei folgendermaßen argumentierte: „Mir bleibt da nur die Scham für das Versagen unserer Regierung und - leider! - auch jener roten und grünen Oppositionsführer, die diesem skandalösen Fehler anfänglich auch noch Beifall spendeten. [...] Die deutsche Politik hat in den Vereinten Nationen und im Nahen Osten ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt, der Anspruch der Bundesrepublik auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat wurde soeben endgültig in die Tonne getreten, und um Europa muss einem angst und bange werden.“³³

Ein weiterer führender Kritiker der deutschen Nicht-Beteiligung am Libyen-Krieg war Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Er kritisierte die in Deutschland vorgeblich grassierende „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ als ein Relikt des Kalten Krieges. Stattdessen müsse Deutschland künftig auch und gerade militärisch eine weltweit führende Rolle spielen. Vielsagend ist deshalb, dass Kaim mit der Leitung des Projektes „Neue Macht – Neue Verantwortung“ betraut wurde, in dem 50 Vertreter des außen- und sicherheitspolitischen Establishments zwischen November 2012 und September 2013 nicht weniger als eine „neue Definition deutscher Staatsziele“ erarbeiteten. Im Kern lief dies dann tatsächlich auf die Forderung hinaus, der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ den Rücken zuzukehren und fortan zielstrebig eine militärisch unterfütterte Großmachtspolitik zu verfolgen. Dieser Anspruch floss anschließend nahezu unverändert in die viel beachteten Reden von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und vor allem von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 ein und ist seither zum Leitgedanken der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aufgestiegen.³⁴ Die Formel „Nie wieder Krieg“ wurde mittlerweile durch „Nie wieder Krieg ohne uns“ ersetzt, wie derzeit auch am Beispiel Libyen beobachtbar ist.



Quelle: Bundeswehr/
Andrea Bienert

6. Erneute Intervention?

Ende Februar 2016 berichtete Le Monde, französische Spezialeinheiten seien in Libyen aktiv, Präsident Hollande habe „inoffizielle Militäraktionen“ autorisiert.³⁵ Auch amerikanische Spezialeinheiten sollen in Libyen operieren, dem Vernehmen nach aber weniger in direkten Kampfeinsätzen, sondern zur Ausbildung lokaler Milizen. Unterstützt werden sie schon seit einiger Zeit durch punktuelle Luftschläge, erstmals griffen die USA im November 2015 Ziele des Islamischen Staates an und seit Mitte Februar 2016 können von Sizilien aus Drohnenangriffe gestartet werden.³⁶ Auch Pläne für umfassende Luftschläge sollen in den USA bereits fertiggestellt worden sein.³⁷

Mühsam wird versucht, eine relativ pro-westliche „Regierung der nationalen Einheit“ zu stützen, die im April 2016 etabliert wurde, im Land aber mächtige Gegenspieler hat. Aus diesem Grund soll sie mit Militärgütern und Ausbildungshilfe in die Lage versetzt werden, sich an der Macht zu halten, woran sich nun auch Deutschland beteiligen will. Doch offensichtlich werden noch weitergehende Überlegungen angestellt – und auch hier will man augenscheinlich mit von der Partie sein. So berichtet der Journalist Björn Müller über einen Anfang 2016 gehaltenen Vortrag des Leiters der Abteilung Politik im Verteidigungsministerium, Géza Andreas von Geyr, in dem es u.a. um Libyen ging: „Greif nicht in ein Wespennest, doch wenn du greifst, dann greife fest – und wir wollen fest zugreifen“, so der gelernte Diplomat. In der Folge nannte der Politikchef des BMVgs vier Punkte, die aus seiner Sicht bei einer Intervention zur Stabilisierung Libyens essenziell seien:

1. Die Errichtung einer ‚Grünen Zone‘ in der Hauptstadt der angestrebten Einheitsregierung Libyens.
2. Die Milizen in eine einheitliche Sicherheitsstruktur überführen (Hier käme dann wohl ein Ausbildungskontingent der Bundeswehr zum Tragen. [...]).
3. Den Islamischen Staat in den Regionen Libyens direkt bekämpfen, in denen er sich ausgebreitet hat.
4. Die ‚Schleuserstrukturen‘ konsequent bekämpfen. Laut Geyr sei es wohl notwendig, hierbei auch in den Territorialgewässern Libyens aktiv zu werden und ‚an Land zu gehen‘. [...]

Die forschenden Ausführungen von Geyrs können als Indiz gewertet werden, dass das Verteidigungsministerium bzw. die Bundesregierung mit ihren Planungen für eine Beteiligung der Bundeswehr in dem Krisenstaat schon sehr weit sind und vor allem, dass das deutsche Engagement sehr umfassend ausgelegt ist“.³⁸

Anmerkungen

- 1 Cremer, Uli: Komplexes Gemisch, in: Wissenschaft & Frieden, Ne. 4/2011, S. 19-22.
- 2 Allerdings weisen Beobachter darauf hin, dass Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen in Libyen auf die Zeiten vor 2000 datierten. Kuperman, Alan J.: A Model Humanitarian Intervention: Reassessing NATO's Libya Campaign, in: International Security, Nr. 1/2013, S. 105-136, S. 126.
- 3 Siehe zur völkerrechtlichen Einordnung von Resolution 1973 Paech, Norman: Libyen und das Völkerrecht, in: Becker, Johannes (Hg.): Der Libyen-Krieg : das Öl und die "Verantwortung zu schützen", Münster 2012, S. 61-76.

- 4 Kuperman, Alan J.: False pretense for war in Libya?, [The Boston Globe](#), 14.04.2011.
- 5 Hager, Marius: Der endlose Bürgerkrieg Libyens, in: [AUS-DRUCK](#) (Dezember 2015), S. 5-6, S. 6.
- 6 Merkel, Reinhard: Völkerrecht contra Bürgerkrieg, [FAZ](#), 22.03.2011.
- 7 Flocken, Andreas: Eine Erfolgsgeschichte? NATO beendet Libyenkrieg. Streitkräfte und Strategien, 05.11.2011.
- 8 Marischka, Christoph: Proliferation, Destabilisierung und der Schutz der Zivilbevölkerung - UN-Bericht zu Ablauf und Folgen des Libyen-Krieges, in: [AUSDRUCK](#) (Juni 2012), S. 19-22.
- 9 Ebd.
- 10 Kuperman 2013, S. 115.
- 11 Obama, Barack, Cameron, David und Sarkozy, Nicolas: Libya's Pathway to Peace, [International Herald Tribune](#), 14.04.2011.
- 12 Kuperman 2013, S. 115.
- 13 Pany, Thomas: Libysche Regierung korrigiert die Zahl der getöteten Rebellen nach unten, [Telepolis](#), 09.01.2013.
- 14 Chivers, C.J. und Schmitt, Eric: In Strikes on Libya by NATO, an Unspoken Civilian Toll, [New York Times](#), 17.12.2011.
- 15 Die hier zitierten Mails finden sich über die Suchfunktion des „Virtual Rading Room“: <https://foia.state.gov/search/results.aspx>
- 16 [BP Statistical Review of World Energy June 2015](#), S. 6.
- 17 Dinucci, Manlio: Der Raub des Jahrhunderts, II Manifesto, 22.4.2011 (Übersetzung Bernd Duschner).
- 18 Ölkonzession als Dank für Sturz Gaddafis, [Die Presse](#), 09.01.2012.
- 19 RIA Novosti, 26.04.2011.
- 20 Henken, Lühr: Krieg gegen Libyen: Ursachen, Motive und Folgen, [IMI-Analyse](#) 2011/025.
- 21 Der zweitälteste Sohn Muammar al-Gaddafis.
- 22 Aus Platzgründen kann an dieser Stelle auf das Bestreben, die aufkeimende Arabellion wieder unter Kontrolle zu bringen, leider nicht näher eingegangen werden. Es deutet sich aber u.a. aus der oben zitierten Mail von Clinton-Berater Blumenthal an, dass es sich hierbei ebenfalls um ein wichtiges Motiv gehandelt hatte.
- 23 Sicherheitsrat beendet Militäreinsatz in Libyen, [Tagesspiegel](#), 27.10.2011.
- 24 Glasser, Susan: The Wars America Doesn't Talk About. [Foreign Policy](#), 12.09.2011.
- 25 Kursawe, Janet: Pflicht zum Krieg?, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Nr. 4/2011, S. 573-583, S. 574.
- 26 Speckmann, Thomas: Die Libyen-Doktrin. Lernen aus den Fehlern in Afghanistan und im Irak, in: Die Politische Meinung, Nr. 498, Mai 2011. S. 53-56, S. 53.
- 27 Daalder, Ivo/Stavridis, James: NATO's victory in Libya: The Right Way to Run an Intervention, in: [Foreign Affairs](#), März/April 2012, S. 2-7.
- 28 Puztai, Wolfgang: Libyen. Was wurde falsch gemacht?, [Arbeitspapier Sicherheitspolitik](#), Nr. 13/2015.
- 29 Marischka 2012.
- 30 Kuperman 2013, S. 132.
- 31 Overhaus, Marco: NATO's Operation in Libya, [SWP Comments](#) 36, November 2011, S. 3.
- 32 Rinke, Andreas: Eingreifen oder nicht?, in: [Internationale Politik](#), Juli/August 2011, S. 44-52, S. 44.
- 33 Fischer, Joschka: Deutsche Außenpolitik - eine Farce, [SZ](#), 24.03.2011.
- 34 Wagner, Jürgen: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen. Von der „Kultur (militärischer) Zurückhaltung“ zur „Kultur der Kriegsfähigkeit“, [IMI-Studie](#) 2015/02.
- 35 La guerre secrète de la France en Libye, [Le Monde](#), 24.02.2016.
- 36 "Islamischer Staat" in Libyen: Amerikas nächster Krieg, [Spiegel Online](#), 17.02.2016.
- 37 Pentagon Has Plan to Cripple ISIS in Libya With Air Barrage, [New York Times](#), 08.03.2016.
- 38 Müller, Björn: „Wir wollen fest zugreifen“ - Leiter Politik-Abteilung BMVg zu Libyen, [Pivot Area](#), 26.01.2016.

Aufrüstung der NATO-Ostflanke

Die Umstrukturierung der NATO-Politik vor dem Hintergrund von Ukraine-Konflikt und Russland-Krise

von Nathalie Schüler

„Gefährliche Politik am Rande des Abgrunds“ – so betitelt der Londoner Think Tank „European Leadership Network“ (ELN) die Situation zwischen „dem Westen“ und Russland seit der Ukraine-Krise.¹ Für die NATO ist Russland nämlich nicht länger eine Partnerin. Nach der völkerrechtlich umstrittenen „Annexion“ der Krim² sowie der darauf folgenden Krise in der Ukraine haben die Außenminister_innen der NATO-Staaten im April 2014 jede militärische und zivile Kooperation des Bündnisses mit der Russischen Föderation suspendiert.

Ein Merkmal dieses veränderten Beziehungsumfelds ist die Zunahme von direkten militärischen Begegnungen und Beinahe-Zusammenstößen zwischen Streitkräften der NATO und Russlands sowie jener aus Schweden und Finnland. Von März 2014 bis März 2015 zählte das European Leadership Network 66 solcher Zwischenfälle, darunter drei, die als „hoch riskant“ eingestuft wurden.³ Die Gesamtzahl der Vorfälle ist aber weitaus höher: So berichtete die NATO über 400 Kontakte mit russischen Flugzeugen im Jahr 2014, vier Mal mehr als 2013, und Russland über doppelt so viele Flüge von NATO-Kampflugzeugen 2014 in der Nähe der russischen Grenzen – mehr als 3000 – als 2013.⁴ So wie über alle anderen aktuellen Konfliktlinien der NATO-Russland-Beziehungen auch herrschen jedoch unterschiedliche Meinungen darüber, was geschehen und warum es geschehen ist. Wenig umstritten ist allerdings, dass beide Seiten ihre militärischen Aktivitäten deutlich gesteigert haben und sich die jeweiligen Streitkräfte geografisch einander annähern.

Unter anderem solche Einschätzungen unterstreichen die Rolle der Ukraine-Krise als mit Abstand schwerste Krise der westlich-russischen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges. Noch in ihrem Strategischen Konzept von 2010 gab sich die transatlantische Allianz drei Kernaufgaben – „Kollektive Verteidigung“, „Krisenbewältigung“ und „Kooperative Sicherheit“⁵, wobei in den vergangenen Jahren die „Krisenbewältigung“ („out-of-area-Einsätze“) dominierte. Heute wird dagegen die „Kollektive Verteidigung“ des Bündnisses und damit vor allem die Ausrichtung auf Russland wieder als vorrangige Aufgabe deklariert. Eine entscheidende Etappe hierbei stellt vor allem das NATO-Gipfeltreffen in Wales im September 2014 dar, auf dem das Bündnis als Reaktion auf die Krise in der Ukraine eine tief greifende militärische Anpassung beschloss: den „Readiness Action Plan“ (RAP). Er bildet den Ausgangspunkt für eine militärische Neuordnung der NATO, die planerisch, logistisch sowie Ausrüstung und Übungen betreffend grundlegende Veränderungen erfordert. Mit dem Argument, dass die NATO-Mitgliedstaaten im östlichen Bündnisgebiet vor einem möglichen russischen Angriff „geschützt“ und „beruhigt“ werden müssen, stößt die NATO derzeit auf eine breite Legitimation ihrer „neuen Aufrüstung“ und rechtfertigt ihre hohe Übungsaktivität sowie eine dauerhafte militärische Präsenz im östlichen Bündnisgebiet. Dies soll in den folgenden Kapiteln ausführlich dargestellt werden.

Das Bündnis stellt all diese Neuerungen als defensive Maßnahmen dar, die noch dazu im Einklang mit der *NATO-Russland-Grundakte* von 1997 stünden. Moskau hingegen wertet diese Maßnahmen als Beleg für einen aggressiven, expansionistischen Charakter der NATO. Dort reagierte man auf die zunehmend angespannten Beziehungen mit „dem Westen“ mit einer neuen Militärdoktrin, die am 25. Dezember 2014 von Präsident Putin unterzeichnet wurde. Sie wurde zwar schon vor der Krise um die Ukraine angeordnet, beschreibt als externe militärische Gefahren aber an oberster Stelle explizit die NATO und implizit die USA. Im Einzelnen werden der „Ausbau des Kräftepotenzials“ des Bündnisses, das „Heranrücken militärischer Infrastruktur“ an die russische Grenze sowie die „Dislozierung militärischer Kontingente ausländischer Staaten“ in den Nachbarstaaten Russlands als Risiken für die Sicherheit Russlands benannt.⁶

Die als „rein defensiv“ bezeichneten Aktionen beider Seiten, die von der jeweils anderen Seite als offensiv interpretiert werden, lassen eine Wiederaufnahme des Dialogs sowie Maßnahmen zur Vertrauensbildung unmöglich erscheinen und überschatten derzeit somit alle Überlegungen, wie die gegenseitigen Beziehungen wieder auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden könnten.⁷

1. „Readiness Action Plan“ der NATO

Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Staaten im walisischen Newport am 4. und 5. September 2014 wurde ein Plan für eine erhöhte Einsatzbereitschaft – der „NATO Readiness Action Plan“ (RAP) – verabschiedet. Mit ihm will das Bündnis laut Gipfelerklärung sicherstellen, dass man auf die neuen „sicherheitspolitischen Herausforderungen“ schnell und reaktionsstark zu handeln fähig ist.⁸ Damit will die Allianz nicht nur auf die aktuellen Krisen in Nordafrika, Syrien und im Irak reagieren, sondern vor allem auch auf die Ereignisse in der Ukraine und deren strategische Auswirkungen sowie auf die Forderung der östlichen NATO-Staaten nach mehr „Schutz vor Russland“.⁹ Während viele Jahre lang globale Militärinterventionen im Zentrum standen, ist der RAP nun die signifikanteste Stärkung der „Kollektiven Verteidigung“ innerhalb der NATO seit dem Ende des Kalten Krieges. Ein Briefing Paper des britischen House of Commons bezeichnet den neuen Plan als Spiegel einer fundamentalen Veränderung der „Kräfte-disposition der Zeit nach dem Kalten Krieg“ („post-Cold War force posture“) der NATO zurück zu ihrem früheren Feind - Russland.¹⁰

Der Aktionsplan zur Beschleunigung der Einsatzbereitschaft wurde bereits nach der völkerrechtlich umstrittenen Aufnahme der Krim durch Russland im März 2014 angekündigt. Nach Ausbruch der Ukraine-Krise wurden innerhalb der NATO Zweifel geäußert, ob das Bündnis gegen einen möglichen russischen Angriff auf einen ihrer Mitgliedstaaten ausreichend gerüstet sei. Verteidigungs-

ministerin Ursula von der Leyen betonte zwar im Mai 2014, die NATO könne in der Ukraine-Krise „auf jede Entwicklung angemessen reagieren“¹¹, doch eine interne Bestandsaufnahme argumentierte, die NATO sei im Bündnisfall nach Artikel 5 nur bedingt abwehrbereit.¹² In einem Bericht des NATO-Verteidigungsplanungs-Ausschusses wird erklärt, die europäischen NATO-Partner_innen hätten aus dem Ende des Kalten Krieges den Schluss gezogen, „dass jene Fähigkeiten reduziert werden könnten, die dazu benötigt werden, in konventionellen, großangelegten, hochintensiven Konflikten in Europa zu kämpfen.“ Dem gegenüber sei Russland aber fähig, „kurzfristig und an beliebigem Ort eine militärische Bedrohung von lokaler oder regionaler Größe aufzubauen.“¹³

Dieser Einschätzung folgend wurden die Rufe osteuropäischer Staaten nach einer Aufrüstung der NATO und einer erhöhten militärischen Präsenz an den Grenzen zu Russland zur Gewährleistung der Sicherheitsgarantie nach Artikel 5 lauter. Laut Informationen von Spiegel Online heißt es im Entwurf für eine umfassende NATO-Bestandsaufnahme über deren militärische Stärke, diese Ausgangslage sei „sowohl destabilisierend als auch bedrohlich für jene Alliierten, die eine Grenze mit Russland haben oder in seiner Nachbarschaft leben.“¹⁴ Gemeint sind damit vor allem die drei baltischen Staaten sowie Polen, Rumänien und Bulgarien.

Bei all dem sollte nicht übersehen werden, dass der militärische Aufmarsch an der Ostgrenze an sich bereits eine destabilisierende Wirkung hat und es somit höchst fragwürdig ist, ob diese Provokationen zur Sicherheit der „bedrohten“ Staaten beitragen. Darüber hinaus lassen einige Formulierungen in der Gipfelerklärung von Wales den Schluss zu, dass es nicht „nur“ um die „Kollektive Verteidigung“ der östlichen NATO-Mitglieder geht, wenn es darin heißt, die NATO solle in der Lage sein auf

Herausforderungen zu reagieren, „die insbesondere in der Peripherie der NATO entstehen.“¹⁵ In diesem Zusammenhang „verbessert“ die Erhöhung der Militärpräsenz an der NATO-Ostflanke auch die Fähigkeit zur Machtprojektion in die angrenzenden Länder außerhalb des Bündnisgebietes, um die es in jüngster Zeit mit Russland zu immer heftigeren Auseinandersetzungen kommt. Auf der Internetseite der Bundeswehr findet sich etwa ein Beitrag, der den Schluss nahelegt, dass die NATO mit ihren militärischen Reaktionen auch darauf abzielt, Einfluss auf die „blockfreien“ Länder zwischen dem Bündnis und Russland nehmen zu können: „Die Fälle Georgien, Krim und Ostukraine haben gezeigt, dass Russland schneller handeln kann als internationale Organisationen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass weitreichende und flexible Fähigkeiten vorgehalten und wo nötig ausgebaut werden.“¹⁶

Schon im Vorfeld des Treffens der 28 Staats- und Regierungschefs im September 2014 wurde die Tonart gegenüber Russland nochmals verschärft. So erklärte der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen: „Wir haben es mit einem dramatisch veränderten Sicherheitsumfeld zu tun.“¹⁷ In der Gipfelerklärung heißt es dann: „Russlands aggressives Vorgehen gegen die Ukraine hat unsere Vision eines ungeteilten, freien und friedlichen Europas grundlegend erschüttert.“¹⁸ Ungeachtet der Tatsache, dass dem Westen eine erhebliche Mitschuld an der Eskalation der Beziehungen zu Russland zukommt, beschränkt man sich im Bündnis also darauf, Moskau die Alleinschuld zuzuschreiben.

Im Wesentlichen wiederholten die westlichen Vertreter_innen bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 ihre Sicht der Dinge, die dort vom russischen Außenminister gekontert wurde, indem er vor allem auf zwei Aspekte abhob: Einmal, dass der Westen auf Expansion setze und nicht bereit sei, Russland an einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen: „Die Welt befindet sich



hier an einem Wendepunkt. [...] Es stellt sich die Frage, ob Sie (der Westen) eine Sicherheitsarchitektur mit, ohne oder gegen Russland errichten wollen.“ Und zum anderen betonte er erneut die russische Sichtweise, was in der Ukraine stattgefunden habe, sei ein „Staatsstreich“ gewesen, für den der Westen maßgeblich mitverantwortlich sei. Die Souveränität des Landes sei demzufolge westlicherseits und nicht durch die russischen Reaktionen verletzt worden: „Zu jedem Zeitpunkt haben die Amerikaner, und unter ihrem Druck auch die EU, Schritte unternommen, um den Konflikt zu eskalieren.“¹⁹

Dennoch werden nun auf der Grundlage der NATO-Bedrohungsanalyse eine Reihe von Aufrüstungsmaßnahmen legitimiert, für die der Readiness Action Plan den wichtigsten Rahmen liefert. Im NATO-Sprech heißt es, der RAP enthalte „ein kohärentes und umfassendes Paket an erforderlichen Maßnahmen zur Reaktion auf die für die Bündnispartner belangreichen Veränderungen des Sicherheitsumfelds an den Grenzen der NATO und darüber hinaus.“ Der Plan werde dazu beitragen sicherzustellen, „dass die NATO ein starkes, einsatzbereites, robustes und reaktionsschnelles Bündnis bleibt, das in der Lage ist die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen, gleich welchen Ursprungs, anzugehen.“²⁰

Der Readiness Action Plan umfasst in seinem Kern zwei Maßnahmenbündel. Die langfristigen „Anpassungsmaßnahmen“ enthalten laut NATO die erforderlichen Bestandteile, um zu gewährleisten, „dass das Bündnis den Herausforderungen im Sicherheitsbereich, denen es gegenüberstehen könnte, in vollem Umfang begegnen kann.“²¹ Hierzu sollen die planerischen, logistischen und materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass größere Verbände schneller an einen Einsatzort verlegt werden können und dort rascher einsatzfähig sind.²²

Die unmittelbaren „Rückversicherungsmaßnahmen“ beinhalten für das Bündnis eine sofortige Verstärkung der Präsenz der NATO und bedeutende militärische Aktivitäten von Luft-, Land- und Seestreitkräften im östlichen Bündnisgebiet. „Dies sind direkte Resultate des aggressiven Handelns Russlands in der Ukraine“, so heißt es im von der NATO veröffentlichten Fact Sheet zum Plan.²³ Diese Maßnahmen könnten in Reaktion auf Veränderungen der Sicherheitslage flexibel und stufenweise angepasst werden.

Dieser „Ausgangspunkt einer militärischen Neuordnung der Allianz“²⁴ enthält drei zentrale Neuerungen für die NATO-Politik, die es sich im Folgenden genauer zu betrachten lohnt: die Erweiterung der bestehenden NATO Response Force sowie als Kern des Plans die aus ihr hervorgehende Very High Readiness Task Force, die dauerhafte Militärpräsenz an der NATO-Ostflanke und die massive Erhöhung von NATO-Manövern in ganz Europa.

2. Signal für Osteuropa: Die Speerspitze

2.1 NATO Response Force

Die NATO Response Force ist die schnelle Eingreiftruppe der NATO für weltweite Einsätze. Sie wurde bereits auf dem NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 unter dem Aufgabendreiklang „abschrecken, unterbinden und verteidigen“ („to deter, disrupt and defend“) beschlossen und besteht aus einer hoch leistungsfähigen gemeinsa-

men multinationalen Truppe aus Land-, Luft-, See- und Spezialkräften, die dazu fähig ist, in kürzester Zeit auf ein breites Spektrum an Sicherheitsherausforderungen, von „Krisenbewältigung“ bis zu „kollektiver Verteidigung“, zu reagieren. Auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 stimmte die NATO einem erheblichen Ausbau der Response Force zu. Durch ihre Umstrukturierung im Zuge der Verabschiedung des Readiness Action Plans wurde eine massive Erhöhung der Truppenstärke der NRF von den bereits existierenden 13.000 auf zunächst 30.000, später 40.000 Soldat_innen angekündigt. Zusätzlich wird die bestehende NRF durch ein zentrales Element ergänzt: Die Very High Readiness Joint Task Force.²⁵

2.2 Very High Readiness Joint Task Force

Um die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses noch weiter zu steigern, haben die Staats- und Regierungschef_innen des Bündnisses auf dem Gipfel in Wales 2014 die Aufstellung einer NRF-Einheit in höchster Bereitschaft beschlossen: Die „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF), auch „Speerspitze“ genannt, bildet den Kern des Readiness Action Plans und ist das neue Aushängeschild der NRF. Im Februar 2015 einigten sich die Verteidigungsminister_innen der 28 NATO-Staaten auf ein Grobkonzept zur weiteren Ausgestaltung der beim Gipfel in Wales beschlossenen Speerspitze. Der schnelle Einsatzverband soll innerhalb von zwei bis maximal fünf Tagen nach Alarmierung zum Einsatz kommen.²⁶ Im Laufe des Jahres 2016 soll die VJTF voll einsatzbereit sein und dann aus einem etwa 5.000 Soldat_innen starken Landstreitkräftekontingent bestehen, dem dann auch Luftstreitkräfte, Seestreitkräfte und Spezialkräfte zur Verfügung stehen, „die in der Lage sind, sich schnell in Bewegung zu setzen und auf potenzielle Herausforderungen und Bedrohungen zu reagieren.“²⁷ Berücksichtigt man jedoch Rotations- und Ruhezeiten, so dürfte die reale Truppenstärke laut Uli Cremer von der GRÜNEN Friedensinitiative eher in der Größenordnung 15.000 bis 21.000 Soldat_innen liegen.²⁸

Was das künftige Einsatzgebiet der VJTF angeht, so sendet allein die Standortwahl der Logistik- und Koordinierungszentren der superschnellen Eingreiftruppe klare Signale: Die NATO Force Integration Units (NFIU) sind die neuen NATO-Stützpunkte in den östlichen Bündnisländern Estland, Lettland, Litauen sowie Polen, Rumänien und Bulgarien. Jeder der neuen Stützpunkte soll mit rund 40 Kräften besetzt werden.²⁹

Die Führung der neuen Speerspitze soll zwischen sieben Rahmennationen, namentlich Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und der Türkei rotieren. Bis zur ihrer vollständigen Aufstellung im Jahr 2016 wurde eine Art „Übergangs-Speerspitze 2015“ (Interim-VJTF) eingesetzt, die von Deutschland, den Niederlanden und Norwegen geführt und bereits im Juni 2015 als einsatzbereit erklärt wurde.³⁰

2.3 Deutsche Beteiligung

Im Sinne der veränderten deutschen Außenpolitik – Stichwort „Neue Macht Neue Verantwortung“ – durch die Deutschland auch militärisch eine weltpolitische Führungsrolle spielen will, hat sich Deutschland auf dem

NATO-Gipfel in Wales dazu „bereit erklärt“, als Rahmenna-tion für die neue schnelle Eingreiftruppe eine führende Rolle zu übernehmen und aus ihren ohnehin für die NRF gemeldeten Verbänden eine Probe-Einheit für die Interims-Speerspitze zu schmieden. Bereits rund 2.700 deutsche Soldat_innen gehörten 2015 zur Immediate Response Force (IRF), dem Kern der Eingreifkräfte vor der endgültigen Aufstellung der VJTF. Hier übernahm das Hauptquartier des I. Deutsch-Niederländischen Korps in Münster eine Schlüsselrolle, das 2014 von der NATO als Land Component Command zertifiziert wurde, um Landeinheiten der NRF 2015 zu führen. Ebenfalls zertifiziert wurde das Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg in Sachsen, das nun mit circa 900 Soldat_innen den Kern der deutschen Heereskräfte bildet und zusammen mit Spezialisten aus anderen Einheiten die Übergangs-Speerspitze formierte.³¹

Laut Verteidigungsministerium hat Deutschland der NATO für 2015 rund 4.000 Soldat_innen aus allen Teilstreitkräften für die NRF gemeldet und war Rahmenna-tion. Im Jahr davor war die Bundeswehr mit etwa 3.000 Soldat_innen an der NRF beteiligt.³² „Deutschland möchte ein verantwortliches NATO-Mitglied sein“, so Bundeskanzlerin Angela Merkel.³³ Das Land fühle sich verpflichtet, die Solidarität mit den mittel- und osteuropäischen Staaten „nicht nur auf dem Papier zu haben“, sondern auch „zu einem praktischen Einsatz“ zu bringen.³⁴ Hierzu habe Deutschland eine Vielzahl von Verantwortlichkeiten übernommen, wie beispielsweise die Luftraumüberwachung in den baltischen Staaten und das neu aufzubauende Hauptquartier in Stettin.³⁵ Von da aus soll die VJTF im Falle eines Einsatzes oder für Übungen im östlichen Bündnisgebiet zukünftig geführt werden. Dazu werde der Stab des Korps auf insgesamt 400 Soldat_innen, ein Drittel davon Bundeswehrangehörige, anwachsen, so das Deutsche Heer. Außerdem werde sich die Bundeswehr mit ca. 25 Soldat_innen an den sechs logistischen Stützpunkten, den bereits erwähnten NATO Force Integration Units, in den baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien beteiligen.³⁶

3. Militärpräsenz an der NATO-Ostflanke

De facto darf die NATO im östlichen Gebiet der Allianz nicht dauerhaft militärisch präsent sein. Denn in der 1997 von der NATO und Russland unterzeichneten „Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation“ verpflichtet sich das Bündnis, auf eine substanzielle Truppenpräsenz in den neuen östlichen NATO-Mitgliedsländern zu verzichten. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise und des in deren Zeichen stehenden NATO-Gipfels im September 2014 stand die Grundakte nun erstmals wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Im Sommer 2015 gelangten schließlich die Ergebnisse einer Kriegssimulation der RAND Corporation an die Öffentlichkeit, der zufolge die baltischen Staaten im Falle eines russischen Angriffs von der NATO nicht zu verteidigen seien.³⁷ Schon zuvor, insbesondere seit Eskalation der Ukraine-Krise, reklamierten die osteuropäischen NATO-Staaten ein verstärktes Schutzbedürfnis. Obwohl auch Russland seit Ausbruch der Krise eine deutlich kon-

frontativere Haltung gegenüber dem Westen einnimmt, was sich etwa in der neuen Militärdoktrin widerspiegelt, gibt es keine belastbaren Hinweise, dass Moskau einen Angriff auf ein NATO-Mitgliedsland tatsächlich ernsthaft in Erwägung zieht. Dennoch wird die bloße Möglichkeit zum Anlass genommen, umfassende Aufrüstungsmaßnahmen an der NATO-Ostflanke zu legitimieren: „Angesichts der jetzigen Sicherheitslage und der Handlungen Russlands müssen wir unsere Handlungspläne erneuern, um auf eine Aggression gegen die Nato-Alliierten zu reagieren“, wird ein Pentagon-Sprecher zitiert.³⁸

Schon im April 2014 sicherte die NATO ihren östlichen Bündnispartner_innen eine kontinuierliche Luft-, Land- und Seepräsenz und militärische Aktivitäten auf einer rotierenden Basis zu.³⁹ Auch der danach verabschiedete Readiness Action Plan enthält sowohl mit seinen „Anpassungsmaßnahmen“ als auch mit seinen „Rückversicherungmaßnahmen“ den Aufbau einer bedeutenden Militärpräsenz der Allianz im östlichen Bündnisgebiet. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine permanente Stationierung, aber um Streitkräfte, die von den Bündnispartner_innen auf rotierender Basis bereitgestellt werden, um eine kontinuierliche Präsenz zu gewährleisten. Auf Grundlage dieser Argumentation ist die NATO der Ansicht, die Maßnahmen würden keinen Verstoß gegen die NATO-Russland-Grundakte darstellen.

Die wichtigsten Elemente der NATO-Präsenz sind neben den vor allem im östlichen Bündnisgebiet enorm gestiegenen Übungsaktivitäten (Kapitel 4) die bereits angesprochenen sechs neuen Hauptquartiere, die Verlegung mehrerer Bataillone, die gesteigerte Luftraumüberwachung sowie der Ausbau der maritimen Komponente und die Vorwärtspositionierung militärischer Ausrüstung für das bzw. im östlichen Bündnisgebiet.

3.1 NATO Force Integration Units und Bataillone

Die „Anpassungsmaßnahmen“ des RAP gehen unter anderem mit einer Regionalisierung einher. Dazu zählt der Aufbau regionaler Aufnahmestäbe, die so genannten NATO Force Integration Units (NFIUs) in Sofia (Bulgarien), Bydgoszcz (Polen), Bukarest (Rumänien), Tallinn (Estland), Riga (Lettland) und Vilnia (Litauen). Deren Standorte wurden vom Nordatlantikrat beschlossen und folgten laut NATO auf Einladungen der oben genannten Länder sowie deren militärischer Überprüfung durch die NATO. Im Oktober 2015 gab das Bundesministerium für Verteidigung außerdem die Einrichtung zweier weiterer NFIUs in Ungarn und der Slowakei bekannt und erhöhte somit die Zahl solcher Stützpunkte in Osteuropa auf acht.⁴⁰

Die Einheiten wurden entworfen, um gemeinsam mit den Gastgeber_innenstaaten dafür zu sorgen, dass die neue Speerspitze so schnell wie möglich in einer bestimmten Region eingesetzt werden kann sowie um die Vorauseinlagerung von militärischem Material und Gerät zu koordinieren.⁴¹ Sie wurden am 1. September 2015 in Betrieb gesetzt und sind voraussichtlich schon vor dem NATO-Gipfel 2016 in Warschau voll operationsfähig.⁴² In der Gipfelerklärung von Wales heißt es dazu: „Wir werden mit Beiträgen der Bündnispartner auch ein angemessenes Hauptquartier und einige zu allen Zeiten feststehende Unterstützungselemente für Verstärkungskräfte

in den Hoheitsgebieten der östlichen Bündnispartner auf Rotationsbasis schaffen, bei denen der Schwerpunkt auf der Planung und Übung gemeinsamer Verteidigungsszenarien liegt.⁴³

Laut dem von der NATO herausgegebenem Factsheet über die NATO Force Integration Units werden die „kleinen Hauptquartiere“ dabei helfen, die schnelle Entsendung der alliierten Truppen zu erleichtern, die Planung der „kollektiven Verteidigung“ zu unterstützen und bei der Trainings- und Übungscoordination zu helfen. Ausdrücklich heißt es: „Sie sind keine Militärstützpunkte.“⁴⁴

Die NFIUs stellen laut NATO außerdem eine wichtige Verbindung zwischen nationalen Streitkräften und Streitkräften anderer NATO-Verbündeter dar. Zur schnellen Verlegung der VJTF sollen gemeinsam mit den Gastgeber_innenländern Logistiknetzwerke und Transportrouten ermittelt sowie die Infrastruktur unterstützt werden. Dafür sollen in jedem Hauptquartier rund 20 nationale Militärs aus dem jeweiligen Land sowie 20 multinationale Militärs aus den NATO-Staaten auf rotierender Basis stationiert sein.⁴⁵ Deutschland beteiligt sich laut der Stiftung für Wissenschaft und Politik an allen NFIUs.⁴⁶

Auch sollen die regionalen Hauptquartiere mehr Kompetenzen übernehmen, nämlich das im Aufbau befindliche Multinationale Divisionshauptquartier Süd-Ost in Rumänien und das Multinationale Korps-Hauptquartier Nord-Ost (MNK NO), das Deutschland, Polen und Dänemark gemeinsam in Stettin betreiben. Für die Verteidigungsminister_innen der NATO-Staaten haben die neuen Hauptquartiere darüber hinaus den Effekt einer „sichtbaren und ständigen NATO-Präsenz“ an ihrer Ostflanke.⁴⁷ Es ist davon auszugehen, dass so eine Drohkulisse etabliert werden sollte. Um die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses noch weiter zu steigern, erwägt die NATO nach eigenen Angaben derzeit noch weitere Integration Units zu schaffen.⁴⁸

Ferner tauchten im Februar 2016 Berichte auf, denen zufolge die NATO darüber hinaus erwäge, bis zu 6.000 Soldaten in Osteuropa zu stationieren: „Die Nato plant die größte Aufrüstung in Osteuropa seit Ende des Kalten Krieges. Das Bündnis will mehr Truppen und Material aufstellen, um Russland abzuschrecken. [...] Nach Angaben aus Bündniskreisen ist im Gespräch, pro Land bis zu 1000 Bündnissoldaten zu stationieren. Als Standorte sind neben den baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen auch Polen, Bulgarien und Rumänien vorgesehen.“⁴⁹ Deutschland will laut weiteren Meldungen mindestens eine Kompanie mit 150 bis 200 Soldaten entsenden, die die Führung beim Aufbau eines Bataillons in Litauen übernehmen sollen.⁵⁰

3.2 Luftraumüberwachung (Air Policing)

Die Verstärkung der NATO-Mission zur militärischen Luftraumüberwachung der baltischen Staaten (NATO Air Policing Baltikum) ist Folge der gestiegenen Präsenz in den östlichen Bündnisstaaten als Teil der unmittelbaren „Rückversicherungsmaßnahmen“. Die NATO-Luftraumüberwachung gilt eigentlich als Mission in Friedenszeiten und soll alle Flugobjekte, die sich dem NATO-Luftraum nähern oder in diesem operieren, erkennen, ihnen folgen und sie identifizieren.

Als die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen im Jahr 2004 der NATO beitraten, fehlte es ihnen zunächst an den Fähigkeiten zur Luftraumüberwachung und zum Luftraumschutz. Man verständigte sich in der Folge darauf, eine Luftraumüberwachungsmission einzurichten, in welcher verschiedene Bündnispartner_innen die Überwachung und Sicherung des Luftraums mit Luftstreitkräften auf Rotationsbasis übernahmen. Die litauischen, lettischen und estnischen Streitkräfte können seit 2006 zwar durch Zusammenarbeit im Baltic Air Surveillance Network (BALNET) Luftraumüberwachungen



Markenzeichen der neuen VJTF ist ihre ultraschnelle Verlegbarkeit. Quelle: NATO

durchführen, sind jedoch aufgrund fehlender fliegender Waffensysteme nicht in der Lage, Sichtidentifikationen durchzuführen oder die Lufthoheit durch Abfangen oder Abdrängen selbst durchzusetzen.⁵¹ „Als Antwort auf die russischen Aktivitäten“⁵² verstärkte die NATO 2014 nicht nur die Anzahl der patrouillierenden Flugzeuge im baltischen Luftraum, sondern gibt dem Einsatz zusätzlich eine neue Brisanz. Im April 2014 entschied das Bündnis, die baltische Luftraumüberwachung zu verdoppeln, sodass fortan 16 Flugzeuge aus vier Staaten für jeweils viermonatige Einsätze im Einsatz waren.⁵³

Im September 2015 wurde bekannt, dass Deutschland seine in Estland stationierten „Eurofighter“ ab sofort mit voller Kriegsbewaffnung in die Luft schickt. Zur vollständigen Bewaffnung gehören eine scharfe Kanone, Infrarot-Kurzstreckenraketen, ein elektrisches Abwehrsystem und radargesteuerte Mittelstreckenraketen. Gleichzeitig wurde berichtet, dass Russland eine eigene Luftwaffenbasis im Nachbarland Weißrussland aufbauen will. „Nirgendwo sonst kommen sich die Streitkräfte der NATO und Russlands so nah wie hier“, resümierte Spiegel Online. Die Alarmierung der im Baltikum stationierten Kampfflieger sei inzwischen Alltag geworden. Zwischen Januar 2014 und Juni 2015 soll es 365 solcher Einsätze gegeben haben.⁵⁴ Zusätzlich stimmte die NATO im März 2014 dem Beginn einer Luftraumüberwachungs-Mission mit NATO AWACS (Airborne Early Warning and Control Aircraft) über Polen und Rumänien zu. AWACS sind fliegende Radarsysteme, deren Aufgabe die luftgestützte Luftraumaufklärung und -überwachung mit dem Ziel der Früherkennung und Vorwarnung ist.⁵⁵ Auch diese Entscheidung wurde als Antwort auf die Geschehnisse in der Ukraine begründet.

3.3 Maritime Komponente und Ausrüstungsvorverlagerung

Das maritime Element der Response Force wird von vier Standing Maritime Groups⁵⁶ gestellt. Sie bestehen aus Kriegsschiffen, die von NATO-Bündnispartner_innen bereitgestellt werden und für sechs Monate unter dem Kommando der NATO stehen. Als Teil der sofortigen Antwort der NATO auf die Ukraine-Krise stationierte die Allianz die Standing NATO Mine Countermeasures Group 1 (SNMCMG1) im April 2014 in der Ostsee. Die SNMCMGs werden laut dem Briefing Paper des britischen House of Commons in der Ostsee und dem östlichen Mittelmeerraum, das Schwarze Meer eingeschlossen, als Teil der „Rückversicherungsmaßnahmen“ patrouillieren.⁵⁷ Die Standing Maritime Group, welche im Mittelmeer unter der Operation „Active Endeavour“⁵⁸ patrouilliert, wird laut NATO auch maritime Rückversicherungsmaßnahmen durchführen.

Als weitere Aufrüstungsmaßnahme im Osten stimmte die NATO darüber hinaus einer Vorpositionierung von Ausrüstung entlang ihrer östlichen Grenzen zu. Zusammen mit den neuen gemeinsamen Logistikhauptquartieren soll sie zur schnelleren Truppenentsendung beitragen.

4. NATO-Manöver: Üben für den Krieg

Seit Beginn der Ukraine-Krise haben sowohl die NATO als auch Russland zahlreiche Militärmanöver abgehalten.

Laut Spiegel Online gab das russische Verteidigungsministerium für das Jahr 2015 insgesamt 4.000 Übungen an, wobei diese Zahl auch kleinste Bereitschaftsübungen mit einschließen würde und insofern wenig aussagekräftig sei. General Jean-Paul Paloméros, Chef des NATO-Oberkommandos „Transformation“ in Northfolk, kündigte 270 Übungen für das Jahr 2015 „unter dem NATO-Schirm“ an. Die Hälfte davon sei zur Rückversicherung der östlichen Verbündeten. Schon im Jahr 2014 veranstaltete die NATO nach offiziellen Angaben 162 Übungen, rund doppelt so viele wie ursprünglich geplant.⁵⁹

Die zunehmende Manöverdichte ist laut einem Papier des Londoner Think Tanks European Leadership Network (ELN) mit dem sehr dramatischen Namen „Vorbereiten auf das Schlimmste: Machen die Militärübungen von Russland und NATO einen Krieg in Europa wahrscheinlicher?“ Ausdruck eines „neuen und gefährlichen Sicherheitsumfelds in Europa“.⁶⁰ Für die Autor_innen zeigen die jüngsten Manöver, dass beide Seiten mit Blick auf die Fähigkeiten der jeweils anderen Seite, und vermutlich sogar mit Kriegsszenarien im Hinterkopf, trainieren. Man unterstelle keiner Seite eine Kriegsabsicht oder dass ein Krieg unausweichlich sei, aber die Übungsaktivitäten gäben Anlass zur Sorge und trügen mit dazu bei, die durch den Konflikt in der Ukraine entstandenen Spannungen in Europa aufrechtzuerhalten. Das Profil der Übungen habe sich so verändert, dass jede Übung von der Gegenseite als Provokation angesehen werde und eine Dynamik des Misstrauens und der Unberechenbarkeit entstanden sei, so ELN-Direktor Ian Kearns. Beide Seiten würden auf den Abschreckungsfaktor solcher Großmanöver setzen, aber es gebe auch ein Risiko dabei: Die Manöver könnten nämlich die Unsicherheit verstärken und das Risiko für „gefährliche militärische Zusammenstöße“ erhöhen.⁶¹

Auch die „Zusicherungsmaßnahmen“ der NATO-Mitglieder im Zuge des Readiness Action Plans werden vor allem durch eine massive Erhöhung von angekündigten Manövern getragen. In der Gipfelerklärung von Wales wird dazu geschrieben: „Die Reaktionsfähigkeit der Elemente der VJTF wird durch kurzfristig angesetzte Übungen getestet werden.“ Weiter heißt es: „Wir werden ein umfangreiches Übungsprogramm zusammenstellen, das einen größeren Schwerpunkt auf kollektive Verteidigung einschließlich der Übung von Maßnahmen zur umfassenden Reaktion auf komplexe zivil-militärische Szenarien legt.“⁶²

Obwohl damit schon allein die Gefahr unbeabsichtigter Zusammenstöße massiv steigt, beteiligte sich auch die Bundeswehr im Jahr 2015 mit rund 154.000 Soldat_innen an internationalen Truppenübungen sowie an internationalen Stabsübungen und computergestützten Übungen.⁶³ Laut Angaben des Bundeswehr-Journals sind das zwar gut 6.400 Bundeswehrangehörige weniger als 2014, jedoch mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2013.⁶⁴ Im Sinne des Readiness Action Plans werden 2015 sollen sich mehr als 4400 Bundeswehrangehörige an 16 Manövern in den baltischen Staaten und in Polen beteiligt haben. Außerdem habe die Bundeswehr für diese Übungen im östlichen Bündnisgebiet, die im Zusammenhang mit dem Maßnahmenbündel zur Erhöhung der NATO-Einsatzbereitschaft stehen, insgesamt rund 21 Millionen Euro mehr eingeplant.⁶⁵ Speziell für die Speerspitze habe die Bundeswehr für das Jahr 2015 insgesamt gut

4,5 Millionen Euro eingeplant.⁶⁶ Insgesamt hat die Bundesregierung unter explizitem Verweis auf Russland eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets der Bundesrepublik um 6,2%, also um einen zusätzlichen Betrag von 8 Mrd. Euro, bis 2019 genehmigt. Im Jahr 2016 stiegen die deutschen Verteidigungsausgaben somit um 1,2 Mrd. auf insgesamt 34,2 Mrd. Euro ansteigen.⁶⁷

Zusammengefasst leistet Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur neuen schnellen Eingreiftruppe, zum Hauptquartier in Stettin, bei der Mitwirkung bei der Rückversicherung und mit Blick auf zusätzliches Personal für die NATO: In ihrer Gesamtheit erweist sich Deutschland als „Rückgrat für die erfolgreiche Umsetzung der Wales-Beschlüsse“, schreibt die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): „Ohne deutsche Beteiligung wäre sie kaum möglich.“⁶⁸ Selten sind zu diesem Engagement in den deutschen Medien leider kritische Kommentare wie dieser zu lesen, dem voll beizupflichten ist: „Ausgerechnet die Bundeswehr. So überlastet – wie gebetsmühlenartig behauptet – scheint die Truppe dann ja doch nicht zu sein, wenn sie sich nun nicht nur an dem Nato-Bataillon in Osteuropa beteiligen will, sondern dort sogar eine Führungsrolle anpeilt. [...] Wenn Berlin schon unbedingt führen will – wie wäre es, stattdessen lieber bei der Deeskalation des leichtfertig geschürten Beinahe-Konflikts voranzugehen? An dessen Auslöser, der Ukraine-Krise, zeigt sich, was passiert, wenn mehr Wert auf militaristisches Geplänkel als auf nachhaltige Diplomatie gelegt wird.“⁶⁹

5. Fazit

Das Ziel einer strategischen Partnerschaft der NATO und Russland scheint vorerst gescheitert und der ordnungspolitische Konflikt unüberbrückbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass ihren Beziehungen eine längere Phase relativer Instabilität und Spannungen bevorsteht.

Die östlichen NATO-Staaten fordern von ihren Bündnispartnern mehr Sicherheit. Die unmittelbaren „Rückversicherungsmaßnahmen“ des Readiness Action Plans zur „kollektiven Verteidigung“ sollen den Partnern etwa durch mehr Übungen und eine verstärkte Luftraumüberwachung signalisieren, dass sie sich auf das Beistandsversprechen der NATO verlassen können. Im Zuge der Anpassung hat die Allianz ihre Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit, insbesondere durch die neue schnelle Eingreiftruppe VJTF, den Aufbau der NA-

TO-Aufnahmestäbe (Force Integration Units) sowie zu deren Unterstützung die Vorpositionierung militärischen Equipments in Osteuropa erhöht. Das, was die NATO als „defensive Bündnisverteidigung“ beschreibt, wird von Seiten Moskaus aber als Provokation aufgefasst.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik stellte im September 2015 drei Entwicklungsszenarien vor, wobei selbst das „optimistischste“ davon von anhaltenden Rivalitäten ausgeht. Ferner rechnet die Denkfabrik damit, der NATO-Gipfel 2016 in Warschau könnte sogar „die Konfrontation mit Russland vorübergehend verschärfen.“⁷⁰ Auf diesem solle nämlich der Abschluss der in Wales lancierten strategischen Neuausrichtung des Bündnisses verkündet werden. Außerdem sollen kritische Themen wie zum Beispiel die Erweiterung der Allianz oder Fortschritte bei der Raketenabwehr auf die Tagesordnung kommen.⁷¹

Richtungsweisend wird deshalb unter anderem sein, ob die NATO trotz unterschiedlicher Positionen ihrer Mitglieder ihre Geschlossenheit wahren kann. Zwar wird das Vorgehen Moskaus von allen Mitgliedstaaten vehement kritisiert, doch bestehen auch unterschiedliche Ansichten über eine mögliche „Sicherheitsbedrohung von russischer Seite“. Aus diesem Grund gehen auch die Meinungen innerhalb der NATO auseinander, wie weit die militärische Anpassung des Bündnisses gehen und wie stark sie sich auf den Osten richten soll. So lehnen vor allem die osteuropäischen Staaten der Allianz einen Dialog mit Moskau weitgehend ab, während andere die Gesprächskanäle nutzen wollen. Allerdings offenbarte der Ende April 2016 unternommene Versuch, den NATO-Russland-Rat wiederzubeleben, lediglich, wie tief die Gräben zwischen beiden Akteuren geworden sind.

Es scheint unumgänglich, dass das transatlantische Bündnis und Russland wieder miteinander in einen Dialog treten. Die Wiederaufnahme institutionalisierter Beziehungen ist der erste Schritt zur Lösung des Konflikts. Aber noch schwerer wiegen der massive Vertrauensverlust und die Wiederbelebung traditioneller Bedrohungsvorstellungen auf beiden Seiten, von denen man sich 26 Jahre nach Ende des Kalten Krieges langsam verabschieden sollte.

Dieser Text ist eine stark gekürzte und leicht aktualisierte Fassung, die in der Langversion, in der vor allem zahlreiche Manöver ausführlich beschrieben werden, als gleichnamige IMI-Studie nachgelesen werden kann.



NATO-Manöver Trident Juncture. Quelle: Flickr/NATO

Anmerkungen

- 1 „Dangerous Brinkmanship: Close Military Encounters Between Russia and the West in 2014“, European Leadership Network November 2014; “Russia: West Dangerous Brinkmanship Continues”, European Leadership Network März 2015.
- 2 Siehe kritisch zum Annexions-Begriff etwa Merkel, Reinhard: Die Krim und das Völkerrecht, [FAZ](#), 07.04.2014.
- 3 “Russia: West Dangerous Brinkmanship Continues”, European Leadership Network März 2015.
- 4 „Avoiding War in Europe: how to reduce the risk of a military encounter between Russia and NATO“, European Leadership Network August 2015.
- 5 „Strategisches Konzept für die Verteidigung und Sicherheit der Mitglieder des Nordatlantikvertrags-Organisation, von den Staats- und Regierungschefs in Lissabon verabschiedet“, NATO 19./20. November 2010.
- 6 „Russlands neue Militärdoktrin“, SWP-Aktuell Februar 2015.
- 7 Aufgrund der unübersichtlichen Masse an Konfliktlinien wurde die atomare Dimension des Konflikts in dieser Arbeit ausgespart.
- 8 Gipfelerklärung von Wales, NATO 5. September 2014.
- 9 „So wappnet sich die Nato gegen Russland“, Süddeutsche Zeitung 1. September 2014.
- 10 „NATO’s military response to Russia“, House of Commons 07. August 2015.
- 11 „Nato und Russland: Das zweifelhafte Bündnis“, Spiegel Online 18. Mai 2014.
- 12 „Ukraine-Krise: Die Kriegskosmetik der NATO“, Spiegel Online 04. September 2014.
- 13 „Konflikt mit Moskau: Nato wäre bei russischem Angriff nur bedingt abwehrbereit“, Spiegel Online 18. Mai 2014.
- 14 „Ukraine-Krise: Die Kriegskosmetik der NATO“, Spiegel Online 04. September 2014.
- 15 Gipfelerklärung von Wales, NATO 5. September 2014.
- 16 „Um für die hybride Kriegsführung gerüstet zu sein, muss die NATO mehr tun“, IP-Die Zeitschrift 17. Juni 2015, augenscheinlich zustimmend erschienen auf der Seite des Bundesministeriums der Verteidigung.
- 17 „Dramatisch veränderte Lage“, tagesschau.de 04. September 2014.
- 18 Gipfelerklärung von Wales, NATO 5. September 2014.
- 19 “Foreign Minister Sergey Lavrov delivers a speech and answers questions during debates at the 51st Munich Security Conference”, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation 07. Februar 2015.
- 20 Gipfelerklärung von Wales, 5. September 2014.
- 21 Ebd.
- 22 „Die strategische Anpassung der NATO“, SWP-Aktuell Februar 2015.
- 23 Factsheet NATO Readiness Action Plan.
- 24 „Die strategische Anpassung der NATO“, SWP-Aktuell Februar 2015.
- 25 „NATO’s military response to Russia“, House of Commons 07. August 2015.
- 26 „NATO-Speerspitze VJTF übt den Ernstfall“, Deutsches Heer 05. Juni 2015.
- 27 Gipfelerklärung von Wales, NATO 5. September 2015.
- 28 “Supersnelle Flitsmacht der NATO nimmt Konturen an”, Grüne Friedensinitiative 06. Juli 2015.
- 29 „NATO rüstet im Osten auf“, Die Welt 11. März 2015.
- 30 „NATO’s military response to Russia“, House of Commons 07. August 2015.
- 31 „Die deutsche NATO-Speerspitze: With a little help from my friends“, Augen geradeaus! 10. März 2015.
- 32 „NATO Response Force 2015: Deutschland ist Rahmennation“, Bundesministerium für Verteidigung 14. Januar 2015; Die genaue Auflistung der anteiligen Kräfte aus Bundeswehrverbänden und -einheiten an NRF und VJTF gibt es hier: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/047/1804774.pdf>.
- 33 „Deutschland bleibt verlässlicher Partner“, Bundesregierung 14. Januar 2015.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 „Zeichen der Entschlossenheit: Das Heer beteiligt sich an NATO-Speerspitze“, Deutsches Heer 19. Februar 2015.
- 37 “Stop Putin’s Next Invasion Before It Starts”, U.S. News 20. März 2015.
- 38 “Exclusive: The Pentagon Is Preparing New War Plans for a Baltic Battle Against Russia”, Foreign Policy 18. September 2015.
- 39 „NATO’s military response to Russia“, House Of Commons 07. August 2015.
- 40 „NATO-Speerspitze: Deutschland wird 2019 Rahmennation“, Bundeswehr 09. Oktober 2015.
- 41 Ebd.
- 42 Factsheet NATO Force Integration Units September 2015.
- 43 Gipfelerklärung von Wales, 05. September 2014.
- 44 Ebd.
- 45 Ebd.
- 46 „Die strategische Anpassung der NATO“, SWP-Aktuell Februar 2015.
- 47 Statement der NATO-Verteidigungsminister_innen zum Readiness Action Plan am 05. Mai 2015.
- 48 Factsheet NATO Force Integration Units September 2015.
- 49 Nato verlegt mehr Truppen nach Osteuropa, Spiegel Online, 10. Februar 2016.
- 50 Bundeswehr baut Bataillon in Litauen auf, n-tv, 28. April 2016.
- 51 Air Policing Baltikum, Wikipedia.
- 52 „NATO’s military response to Russia“, House Of Commons 07. August 2015.
- 53 „NATO’s military response to Russia“, House Of Commons 07. August 2015.
- 54 „Spannungen in Osteuropa: Deutschland lässt „Eurofighter voll bewaffnet starten“ Spiegel Online 20.09.2015.
- 55 Airborne Warning and Control System, Wikipedia.
- 56 Standing NATO Maritime Group 1 (SNMG1), Standing NATO Maritime Group 2 (SNMG2), Standing NATO Mine Countermeasures Group 2 (SNMCMG1), Standing NATO Mine Countermeasures Group 2 (SNMCMG2).
- 57 „NATO’s military response to Russia“, House Of Commons 07. August 2015.
- 58 Eine Operation zur Terrorismusbekämpfung, die als Antwort auf die Anschläge am 11. September 2001 begann.
- 59 „Proben für den Krieg“, Süddeutsche Zeitung 12. August 2015.
- 60 „Preparing for the Worst: Are Russian and NATO Military Exercises Making War in Europe More Likely?, European Leadership Network August 2015.
- 61 „Konflikt zwischen Russland und Nato: Militärmanöver könnten Eskalation provozieren“, Spiegel Online 12. August 2015.
- 62 Gipfelerklärung von Wales, NATO 5. September 2014.
- 63 Ebd.
- 64 Ebd.
- 65 Von rund 70 auf 90 Millionen Euro.
- 66 „Rund 21 Millionen Euro extra für Ost-Manöver“, bundeswehrjournal 07. August 2015.
- 67 „Deutschland erhöht Verteidigungsetat, Dänemark verbessert Cyber-Kapazitäten“, Österreichische Militärische Zeitschrift April 2015.
- 68 „Die strategische Anpassung der NATO“, SWP-Aktuell Februar 2015.
- 69 Nolte, Maik: Bundeswehr-Einsatz in Osteuropa: Falscher Dienst-eifer, Neue Osnabrücker Zeitung, 29. April 2016.
- 70 „Perspektiven der NATO-Russland-Beziehungen“, SWP-Aktuell September 2015.
- 71 Ebd.

Die (hybride) Rolle der NATO bei der Zerstörung Syriens

von Christoph Marischka

Obwohl die NATO selbst erst relativ spät und zögerlich eine Rolle im Syrienkonflikt einnahm, trägt sie doch wesentliche Mitverantwortung für dessen Eskalation. Während der Frühphase der Proteste in Syrien ab März 2011 dominierte die Situation in Libyen international wie im arabischen Sprachraum die Medien. Von dort wurde bereits im Januar von Protesten berichtet, die schnell in einen Bürgerkrieg mündeten, bei dem zunächst Frankreich, die USA und Großbritannien mit Verbündeten aus den Golfstaaten und kurz darauf die NATO mit massiven Luftschlägen eingriffen. Unweigerlich wurde Libyen damit zum Vorbild jener Kräfte in Syrien (und international), die auch hier einen gewaltsamen Umsturz vornehmen wollten.¹ Die Intervention in Libyen bestärkte damit Oppositionelle in Syrien, aus einer Situation offensichtlicher militärischer Unterlegenheit zu den Waffen zu greifen und die Kampfhandlungen zu eskalieren. Dies lässt sich am Unterschied zwischen den Strategien der kurdischen Kräfte um die PYD und der lose mit dem Syrischen Nationalrat verbundenen Freien Syrischen Armee (FSA) veranschaulichen: Die Kurden, die weder auf Unterstützung der NATO hofften noch diese forderten, beschränkten sich lange darauf, sich selbst zu verteidigen und im Zuge des Konfliktes an Autonomie zu gewinnen. Die FSA, die mehrfach nach libyschem Vorbild eine international durchgesetzte Flugverbotszone forderte, strebte trotz ihrer relativen militärischen Schwäche den Sturz des Regimes und die Machtübernahme in Damaskus an.

Aber auch im UN-Sicherheitsrat hat die Libyen-Intervention der NATO dazu beigetragen, dass sich der Syrienkonflikt zum Stellvertreterkonflikt auswuchs. So begründete die Brookings Institution im März 2012 in einem „Memo“ unter dem vielsagenden Titel „Saving Syria: Assessing Options for Regime Change“ [Syrien retten: Optionen für einen Regime Change], warum eine diplomatische Lösung – aus ihrer Sicht ein international erzwungener Rücktritt Assads – in Syrien aussichtslos sei: „[Russland und China] haben deutlich gemacht, dass sie einem durch internationale Intervention erzwungenen Regime Change – auch aus humanitären Gründen – widersprechen. Die russische Rhetorik unterstreicht, dass man sich durch den Übergang vom Schutz der Zivilbevölkerung zum Regime Change in Libyen getäuscht fühle und macht klar, dass man dies in Syrien nicht wiederholen wolle... Moskau und Peking sind entschlossen, keinen weiteren Präzedenzfall zuzulassen, nach dem die internationale Gemeinschaft ein Recht hat, in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates zu intervenieren.“²

Parteinahme gegen die syrische Regierung

In gewisser Weise schien diese Nachricht angekommen zu sein. Vom Beginn des Konflikts bis Juni 2012 wurde Syrien in keiner Pressemitteilung der NATO auch nur erwähnt, auf Pressekonferenzen hatte deren damaliger Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen wiederholt auf

Nachfrage unterstrichen, dass die NATO „keinerlei Absichten“ habe, auch in Syrien zu intervenieren und begründete dies u. a. mit dem Fehlen einer entsprechenden Resolution des Sicherheitsrates. Wie die NATO im Fall einer entsprechenden Resolution agieren würde, ließ er konsequent offen. Die Formulierung „keinerlei Absichten“ wiederholte Rasmussen hinsichtlich Syriens tatsächlich mantraartig, bis Anfang 2012 anlässlich des 60jährigen Jubiläums des Beitritts der Türkei zur NATO einige gemeinsame Stellungnahmen und Pressekonferenzen auf dem Programm standen. Bei einer Rede in Ankara am 17. Februar 2012 unter dem Titel „Neue NATO – Neue Türkei“ betonte er zunächst den Nutzen der Allianz, durch die alle „Aggressoren“ wüssten: „Einen Alliierten zu bedrohen, bedeutet, uns alle zu bedrohen“. Konkret auf Syrien bezogen lobte und begrüßte er die „türkischen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konfliktes“, dessen einzige Lösung darin bestehe, „die demokratischen Forderungen des Volkes zu erfüllen.“ Doch er ging noch weiter und unterstützte die zu jener Zeit zunehmend von der Türkei offen formulierten Großmachtambitionen: „Ich glaube, dass – während sich der Arabische Frühling entfaltet – fortgesetzte türkische Führung entscheidend sein wird für eine friedliche Zukunft“.³ In folgenden Pressekonferenzen hielt er zwar an seiner Aussage fest, die NATO habe keine Absicht, zu intervenieren, ergänzte diese aber um Formulierungen, wonach die NATO die Lage in Syrien „aufmerksam verfolge“, weil diese einen Verbündeten betreffe und die „regionale Stabilität“ bedrohe.

In den folgenden Wochen verschärfte sich die internationale Lage und damit auch der von der NATO angeschlagene Ton deutlich. Anfang Februar 2012 hatten China und Russland im UN-Sicherheitsrat eine Resolution abgelehnt, die alleine die syrische Regierung für die Eskalation verantwortlich machte und Optionen für eine militärische Intervention enthielt. Bereits im Vorfeld war in mehreren NATO-Staaten – insbesondere den USA – zunehmend offen auch von Regierungsseite über eine Intervention diskutiert worden. Am 24. Februar wurden dann auf französische Initiative in Tunis die „Freunde Syriens“ ins Leben gerufen. Beteiligt waren hieran führend die offen auf einen Sturz Assads hinarbeitenden Golfstaaten und die Türkei, die USA, die Europäische Union sowie Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland. Ebenfalls vertreten war der Syrische Nationalrat, der die anwesenden Regierungen aufforderte, Waffen an die Aufständischen zu liefern bzw. entsprechende Waffenlieferungen zu dulden. Die Folgen dieses Treffens waren schwerwiegend, denn es kam in der Praxis der Anerkennung des Syrischen Nationalrates als quasi-Regierung durch eine mächtige Staatengruppe gleich. Wenn aber auf demselben Territorium von verschiedenen Staatengruppen unterschiedliche Akteure als Regierung anerkannt werden, so ist der Weg in einen internationalisierten Bürgerkrieg nahezu unausweichlich. Obwohl die NATO als solche dabei nicht ver-

treten war, begrüßte deren Generalsekretär am 2. April ausdrücklich die Gründung der Freunde Syriens und deren „Bemühungen, eine politische und friedliche Lösung des Konflikts in Syrien zu finden“. Bereits zuvor hatte er kritisiert, dass die fehlende Einigkeit im Sicherheitsrat es verhindert habe, „eine sehr deutliche Nachricht an die Führung in Damaskus zu schicken“.

Rückendeckung für die Türkei

Nach einem Treffen des Nordatlantikrates am 18. April 2012 bezeichnete der Generalsekretär die Lage in Syrien als „Anlass zur Sorge“. Was er danach ausführte, liest sich im Nachhinein fast wie ein Skript hin zu einer offiziellen Rolle der NATO im Syrien-Konflikt: „... wenn es eine Anfrage von irgendeinem Mitglied der Allianz gibt, sich über eine Sicherheitslage zu beraten, dann haben wir eine sehr klare Regel ..., dass wir vorbereitet sind, über jedes Thema zu beraten, das ein Verbündeter auf den Tisch bringt“.⁴ Gut zwei Monate später war es soweit. Die Türkei hatte „Konsultationen“ unter Artikel 4 des Washingtoner Vertrages einberufen, nachdem nach Angaben aus Ankara ein türkischer Kampfjet in internationalem Luftraum abgeschossen wurde. In der Zwischenzeit war die Lage durch ein Massaker in der Ebene von Hula am 25. Mai 2012 weiter eskaliert. Dort wurden am Rande von Gefechten zwischen der syrischen Armee und der FSA 84 Angehörige dreier Familien z. T. bestialisch ermordet.⁵ Noch bevor irgendwelche Untersuchungen durchgeführt werden konnten, beschuldigten westliche Medien und Regierungen einhellig die Regierung Assad und die meisten „Freunde Syriens“ – darunter Deutsch-

land – wiesen in einer konzertierten Aktion die syrischen Botschafter aus. Damit hatten die meisten NATO-Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zur amtierenden Regierung abgebrochen, während zumindest einige Verbündete – darunter die Türkei – Waffen an Oppositionsgruppen lieferten. In diesem Kontext flog ein türkischer Kampfjet am 22. Juni mehrfach in niedriger Höhe und mit großer Geschwindigkeit vom Mittelmeer auf syrisches Territorium zu und verletzte dabei auch den syrischen Luftraum, bevor er in syrischen Gewässern abstürzte. Soweit stimmen syrische und türkische Angaben überein. Unterschiedliche Darstellungen gab es jedoch zum konkreten Ort des Abschusses und damit dessen Legitimität. Obwohl die türkische Version bereits damals äußerst unplausibel war und auch später faktisch widerlegt wurde,⁶ machte sie sich die NATO nach den Konsultationen in ihren offiziellen Verlautbarungen zueigen und verurteilte den Abschuss als „inakzeptabel“ und „weiteren Beweis für die Nicht-Achtung internationaler Normen, des Friedens und der Sicherheit und menschlichen Lebens“.⁷ Der Generalsekretär gab bekannt, dass das Bündnis die Entwicklungen an der „südöstlichen Grenze der NATO“ genauestens beobachten werde und „die Sicherheit des Bündnisses unteilbar“ sei. Das war durchaus als Kriegsdrohung an Syrien zu verstehen und als Rückendeckung, wenn nicht gar Aufforderung an die Türkei, weitere Zwischenfälle zu provozieren.

Solche Zwischenfälle ereigneten sich Ende September und Anfang Oktober 2012, als mehrfach von syrischem Territorium aus Granaten und Artilleriegeschosse auf grenznahem türkischen Gebiet einschlugen. Obwohl zu jener Zeit nahe der Grenze heftige Gefechte stattfanden



Patriot-Raketen der Bundeswehr, die zeitweise in der Türkei stationiert waren. Quelle: Bundeswehr/Mandt

und unklar blieb, wer die Geschosse abgefeuert hatte (in einem Fall stammten sie nachweislich aus NATO-Beständen), beschuldigten die Türkei und ihre NATO-Partner die syrische Armee. Bereits zuvor hatte die Türkei ihre Truppen an der syrischen Grenze aufgestockt. Am 3. Oktober tötete dann eine von Syrien kommende Granate fünf Menschen in der Türkei, woraufhin deren Streitkräfte Stellungen der syrischen Armee beschossen und noch am selben Tag der Nordatlantokrat zu Konsultationen nach Artikel 4 zusammentrat. Am folgenden Tag erlaubte das türkische Parlament der Regierung, die Armee ohne weitere Beratung im Norden Syriens einzusetzen. Hierzu enthielt sich die NATO jeder Kritik und betonte stattdessen wieder und wieder ihre „Solidarität“ mit der Türkei. In den folgenden Wochen nahm das Säbelrasseln weiter zu. Immer mehr NATO-Staaten diskutierten offen über eine Intervention. Am 10. Oktober zwang die Türkei ein russisches Flugzeug zur Landung und vier Tage später veröffentlichte Dominic Johnson, Ressortleiter Ausland der deutschen Tageszeitung (taz), einen Aufruf unter dem Titel „Eingreifen! Jetzt!“: „Zehntausende Soldaten und hunderte Kampfpanzer hat die türkische Armee an die Grenze verlegt. Warum sollen sie nicht nach Syrien rollen und dort die Menschen gegen den Massakerapparat Assads schützen? ... Es gibt in Syrien heute einzig und allein eine militärische Entscheidung.“⁸ Mitte November wurde dann bekannt, dass im Pentagon Planungen für eine mögliche Intervention mit 75.000 Soldat_innen angestellt werden. Am 21. November bat die Türkei offiziell die NATO um Unterstützung bei der Luftverteidigung, woraufhin die USA, Deutschland und die Niederlande Bereitschaft signalisierten. Am 4. Dezember 2012 gab die NATO bekannt, dem türkischen Ersuchen nachzukommen und Luftabwehrbatterien im Land zu stationieren, die direkt dem Oberkommandierenden der NATO in Europa unterstehen. Obgleich in der entsprechenden Pressemitteilung des Bündnisses betont wurde, dass die NATO nicht plane, eine „Flugverbotszone“ zu errichten, warnten zugleich der US-Präsident, der NATO-Generalsekretär und auch der deutsche Außenminister, dass mit dem Einsatz von Chemiewaffen eine „Rote Linie“ überschritten werde, die „ernsthafte Konsequenzen“ und eine „klare internationale Reaktion“ hervorrufen würde.⁹ Viele Medien werteten das als Ankündigung einer NATO-Intervention und noch am selben Tage gaben sowohl die UN wie auch die EU bekannt, dass sie ihr Personal und ihre Aktivitäten in Syrien auf ein Minimum zurückfahren würden, was ein typisches Anzeichen für bevorstehende Luftschläge ist.

Drohen, abwarten und zuschauen

Die erwarteten Luftschläge blieben jedoch aus und tatsächlich beschränkte sich die Rolle der NATO auf den „Einsatz zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO“ (Active Fence Turkey), an dem sich Deutschland mit bis zu 400 Soldaten (bis Ende 2015 in Rotation insgesamt 3.600) beteiligte. Doch die Interventionsdrohung blieb natürlich bestehen und führte zu einer spürbaren Zurückhaltung der syrischen Armee im Grenzgebiet zur Türkei, das bewaffneten Gruppen, die einen Sturz des Regimes in Syrien anstrebten, als Nachschub diente. Die Unterstützung der bewaffneten Opposition aus der Türkei durch den Geheimdienst, Ausbildung,

Rückzugsräume und ein Koordinationsbüro nahe Incirlik sowie der ungehinderte Fluss an Waffen und Kämpfern aus der Türkei hatten bereits spätestens 2012 ein Ausmaß angenommen, mit dem sie durchaus auch als Angriffshandlung hätten gewertet werden können. Sie erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Katar und Saudi Arabien – die Waffen und Geld lieferten – und loser Koordinierung mit den USA, über die letztlich auch deutsche Geheimdienstinformationen (gesammelt u.a. vom Spionageschiff „Oker“ der Bundeswehr) über syrische Truppenbewegungen an die Aufständischen gelangt sein sollen. Diese bewaffneten Gruppen, die zu jener Zeit in westlichen Medien noch meist als FSA oder demokratische Opposition bezeichnet wurden, zerfielen jedoch in immer mehr religiös und ethnisch geprägte Milizen mit oft auch rein kriminellen Motiven. Bereits im August 2012 war zumindest den USA nachweislich bekannt, dass dabei islamistische und djihadistische Gruppen längst die Oberhand gewonnen hatten und im November 2012 wiesen auch Oppositionsmitglieder öffentlich hierauf hin.¹⁰ Trotzdem sind weder von den USA noch von den anderen NATO-Staaten irgendwelche Bemühungen bekannt geworden, den Nachschub von Waffen und Kämpfern insbesondere aus den Golfstaaten in die Region zu unterbrechen. Im Gegenteil modifizierte die Europäische Union im Mai 2013 ihre Sanktionen gegen Syrien so, dass sie zwar weiterhin Waffenlieferungen und auch sonstigen Handel mit der syrischen Regierung verbot, militärische Lieferungen der Mitgliedsstaaten an die Rebellen jedoch ermöglichten.¹¹

Entsprechend wurde der Konflikt in Syrien immer unübersichtlicher und eskalierte weiter. Nachdem von oppositionellen Kräften bereits zuvor mehrfach vom Einsatz durch chemische Waffen durch das Regime berichtet wurde, kam es am 21. August 2013 in Ghouta bei Damaskus offensichtlich zu einem massiven Einsatz von Giftgas in von Rebellen kontrolliertem Gebiet – nur wenige Kilometer von dem Ort entfernt, an dem UN-Beobachter seit drei Tagen auf Einladung der syrischen Regierung untergebracht waren, um die bisherigen Verdachtsfälle auf den Einsatz von Chemiewaffen zu untersuchen. Eine Woche später traf sich der Nordatlantokrat zu einem Sondergipfel zu Syrien, in dessen Anschluss NATO-Generalsekretär Rasmussen der syrischen Regierung die Verantwortung zuschrieb und den Einsatz von Chemiewaffen als „Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens“ bezeichnete, jene Formulierung, unter der der Sicherheitsrat Maßnahmen nach Kapitel VII beschließen kann. Mehrere NATO-Staaten behaupteten anschließend, dass ihren Geheimdiensten – darunter der Bundesnachrichtendienst – Beweise vorlägen, wonach die syrische Armee oder gar Assad persönlich den Einsatz von Giftgas befohlen hätte. Die von Deutschland, Frankreich und den USA vorgebrachte Beweisführung war zwar jeweils unterschiedlich, legte aber einen regen Austausch von Geheimdienstinformationen nahe und etablierte quasi nebenher weitere unbewiesene Narrative wie jenes, dass die syrische Armee bereits zuvor in mindestens 14 Fällen Giftgas eingesetzt habe.

Die Regierungsspitzen der Türkei, Frankreichs, Großbritanniens und der USA sprachen sich daraufhin offen für eine militärische Intervention aus, doch bereits unter ihnen bestand keine klare Einigkeit über deren Charakter

und Reichweite. Insbesondere in den USA tendierte die öffentliche Meinung stark gegen den Einsatz von Bodentruppen. Wozu der v. a. von der Türkei und Frankreich geforderte Regime Change ohne Bodentruppen führen könnte, zeichnete sich zugleich in Libyen ab, weshalb v. a. der US-Präsident begrenzte Luftschläge als Strafmaßnahme bevorzugte. Obama und David Cameron baten – obwohl dies jeweils nicht nötig war – um parlamentarische Zustimmung, die in Großbritannien krachend scheiterte, was dem Ansehen des Premierministers massiven Schaden zufügte. In den USA wurde eine entsprechende Resolution zwar vom Ausschuss des Senats angenommen, im Repräsentantenhaus deutete sich aber ebenfalls die Möglichkeit einer Niederlage an. Zur Abstimmung dort kam es nicht, denn zwischenzeitlich hatte Russland ein Angebot unterbreitet: Syrien würde seine Giftgasbestände zur Vernichtung unter internationaler Kontrolle abgeben und der Chemiewaffenkonvention beitreten. Am 14. September 2012 wurde die entsprechende Vereinbarung zwischen den USA und Russland finalisiert. Obwohl die NATO auch hierbei wieder offiziell keine Rolle spielte, trat drei Tage später der NATO-Russland-Rat in dieser Angelegenheit zusammen. Im Anschluss kündigte Rasmussen an, dass der Sicherheitsrat Maßnahmen nach Kapitel VII verabschieden werde, falls Syrien den Plan nicht vollumfänglich umsetzen würde. Russland allerdings hatte Maßnahmen nach Kapitel VII sowohl zuvor, als auch danach konsequent abgelehnt.

Von der roten Linie zur Wiederanerkennung

Die Folgen der Chemiewaffen-Vereinbarung waren velseitig. Zunächst ermöglichte sie den Regierungen in den USA und Großbritannien, einen Krieg nicht zu führen, den sie zwar angekündigt hatten, gegen den es aber breiten Widerstand in der Bevölkerung und zumindest in den USA auch innerhalb des Militärs gab. Eine weitere Internationalisierung und Eskalation des Krieges war damit abgewendet. Zugleich verdeutlichte die Vereinbarung zwischen den USA und Russland, wie sehr der Konflikt in Syrien bereits zum Stellvertreterkrieg geworden war, in dem sich konkurrierende Großmächte darauf einigen, wie der betreffende Staat zu agieren habe. Eine weitere Folge war eher subtiler Natur, aber alles andere als unwichtig: Die Verantwortung für die Erfassung, Sicherung und Übergabe der Chemiewaffenbestände oblag der syrischen Regierung. Zumindest bis zu deren Abwicklung hatten nun auch die westlichen Staaten wieder ein Interesse an Stabilität zumindest in jenen Gebieten, in denen Chemiewaffen stationiert waren. Zwangsläufig mussten nicht nur auf Arbeitsebene diplomatische Kontakte wiederbelebt werden, der Beitritt der nun auch in den Medien wieder öfter so genannten „syrischen Regierung“ zur Chemiewaffenkonvention wurde international anerkannt und damit auch sie selbst. Das mag auf den ersten Blick v. a. als diplomatischer Sieg Russlands erscheinen, dürfte aber auch den Interessen einiger westlicher Akteure entsprechen haben. Gegenüber der zuvor insbesondere durch die Politik der „Freunde Syriens“ geschaffenen Pfadabhängigkeit in Richtung Regime Change ermöglichte die Wiederanerkennung angesichts einer klaren Dominanz sektiererischer, islamistischer Gruppen innerhalb der (bewaffneten) Opposition wieder zusätzliche Flexibilität.

Wegen des Bürgerkrieges und ihrer katastrophalen Menschenrechtsbilanz konnten die Kriegsdrohungen gegen die syrische Regierung zwar weiter aufrechterhalten werden, zugleich war es jedoch zumindest theoretisch auch wieder möglich, in Verhandlungen zu treten oder die vom Regime gehaltenen Gebiete sogar zu stabilisieren, um eine weitere Ausdehnung zumindest der radikalsten islamistischen Kräfte zu verhindern.

Der Plan zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen war ehrgeizig und wurde zügig umgesetzt, wobei es trotzdem zu einigen Verspätungen kam. Am 1. Oktober waren erste Inspektoren der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vor Ort, am 6. Oktober 2013 begann die Demontage und Vernichtung. Einen Monat später bestätigte die OPCW den Abbau aller Kapazitäten zum Bau von Chemiewaffen. Einige Bestände mussten jedoch in umkämpftem Gebiet gesichert und zur Vernichtung außer Landes geschafft werden, wozu die Regierung mit internationaler Unterstützung kurzfristige Waffenruhen mit Rebellengruppen aushandeln musste. Zwischen dem 7. Januar und dem 23. Juni 2014 wurden nach Angaben des OPCW alle verbleibenden Chemiewaffen an syrischen Häfen verladen und den USA, Großbritannien und Finnland zur Vernichtung übergeben, die im Januar 2015 vollendet wurde. Bereits am 4. Dezember 2013 war der NATO-Russland-Rat erneut zusammengetreten und hatte in einer gemeinsamen Stellungnahme die „bisher getane Arbeit“ begrüßt und „wichtige Fortschritte“ festgestellt. Auch sonst war der Ton versöhnlich und kam der russischen Seite deutlich entgegen: „Wir ... betonen, dass die einzige Lösung der gegenwärtigen Krise in einem inklusiven Prozess unter syrischer Führung auf der Grundlage des Kommuniqués von Genf ... sein kann“.¹²

Krieg gegen den Terror statt Regime Change

Bis heute ist unklar, wer und in welchem Ausmaß auch westliche Staaten auf die Forderungen der syrischen Regierung eingingen, sie zum Schutz der Chemiewaffentransporte mit gepanzerten Fahrzeugen und „Schutzausrüstung“ auszustatten. Zweifellos hielten aber auch die Ausbildung der und Waffenlieferungen an die bewaffnete Opposition durch die USA, Großbritannien, Frankreich sowie die Golfstaaten und die Türkei an. Zwar wurde die Forderung nach einem Regime Change weiterhin von Politikern und Medien nicht nur der Golfstaaten, sondern auch der NATO-Länder weiterhin erhoben, von den Regierungen Letzterer – mit Ausnahme der Türkei – jedoch nicht mehr öffentlich verfolgt. Nachdem westliche Regierungen bis weit ins Jahr 2013 hinein mit tatkräftiger Unterstützung einiger zivilgesellschaftlicher Gruppen den gesamten bewaffneten Widerstand zur „demokratischen Opposition“ stilisiert hatten, taten sich die Öffentlichkeiten zunächst schwer, den nun überwiegend djihadistischen Charakter des Aufstandes anzuerkennen. Das änderte sich erst im Verlauf des Jahres 2014, als der Islamische Staat (IS) immer größere Territorien unter seine Kontrolle brachte, spektakuläre Massaker auch an Christen und Jesiden verübte und Videos von Hinrichtungen im Internet verbreitete.

An der grundsätzlichen Strategie der NATO und der USA hat sich dadurch im Prinzip wenig geändert. Bodentruppen schienen weiterhin ausgeschlossen, ein Re-

gime Change unwahrscheinlicher, aber weiterhin eine Option. Die Unterstützung und Ausbildung der vermeintlich „gemäßigten“ bewaffneten Opposition wurde fortgesetzt, aber wie auch jede weitere Einmischung fortan weniger mit den Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes, als mit den Gräueltaten des IS begründet. Die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Wales im September 2014 schlug jedoch wieder deutlichere Töne gegenüber Syrien an. Das Regime Assad sei verantwortlich für „die Verwüstung und das Chaos in diesem Land“. Gefordert wird ein „durch Verhandlungen erzielter politischer Übergang“, wobei „die wichtige Rolle der gemäßigten Opposition beim Schutz der Gemeinschaften gegen die duale Bedrohung durch die Tyrannei des syrischen Regimes und den Extremismus des IS“ betont wird. „Die Stationierung der Patriot-Raketen, um das Territorium und die Bevölkerung der Türkei zu schützen, ist eine klare Demonstration unserer Entschlossenheit und Fähigkeit, jeden Verbündeten zu verteidigen und jede Bedrohung gegen ihn einzudämmen“. Zum IS wird weiter ausgeführt: „Die Menschen in Syrien, Irak und sonstwo in der Region brauchen die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft, um dieser Bedrohung zu begegnen. Ein internationaler koordinierter Ansatz ist vonnöten“.¹³

Krieg mit und gegen die Kurden

Die Ereignisse um Kobane kurz nach dem NATO-Gipfel in Wales jedoch zeigten, wie weit selbst das Bündnis zu diesem Zeitpunkt noch von einem gemeinsamen Ansatz entfernt war. Mitte September 2014 stieß der IS ausgerüstet mit gepanzerten Fahrzeugen aus den USA (die wohl überwiegend im Irak erbeutet worden waren) auf die von PKK-nahen kurdischen Kräften gehaltene Stadt Kobane vor und drohten diese zu überrollen und anschließend Massaker zu begehen. Die Gefechte vollzogen sich in Reichweite des an der Grenze umfangreich stationierten türkischen Militärs, das jedoch lediglich dadurch eingriff, dass es den Nachschub an kurdischen Kämpfern von der Türkei aus verhinderte. Ab dem 23. September griffen dagegen die USA mit Flugzeugen ein und bombardierten Stellungen des vorrückenden IS, was es letztlich den PKK-nahen Kräften mit Unterstützung einiger Reste der FSA ermöglichte, die Stadt zu halten und den IS zurückzudrängen. Die Türkei hingegen hätte

offensichtlich wenig gegen eine Einnahme der Stadt einzuwenden gehabt, schließlich tolerierte sie die Kontrolle des IS auf syrischer Seite der Grenze auf einer Länge von gut 150 km bereits seit vielen Monaten.

Zeitgleich mit den Gefechten begann die Ausrüstung und Ausbildung der Peschmerga im Nordirak durch Deutschland und andere NATO-Verbündete. Dass diese Aufrüstung international offen diskutiert und koordiniert wurde, weist darauf hin, dass sie einen weiteren Schritt zur Eigenstaatlichkeit des kurdisch geprägten Nordirak darstellt, auf welche die US-Außenpolitik seit spätestens 1991 zuarbeitet. Auch hier widersprechen sich US-amerikanische und türkische Interessen. Zwar bevorzugt die Türkei die opportunistische kurdische Regierung im Nordirak klar und auch im Sinne einer Schwächung der PKK gegenüber den linken kurdischen Kräften, einen Kurdenstaat, wie ihn einige NATO-Verbündeten zur Stabilisierung des Irak gerne sehen würden, will sie jedoch auch unter deren Herrschaft nicht akzeptieren. Durch ihre Erfolge im Kampf gegen den IS wurden jedoch kurdische Truppen – die Peschmerga durch direkte und offene Waffenlieferungen und Ausbildung, die PKK-nahen Kräfte durch Luftschläge auf den IS – (temporäre) Verbündete einiger NATO-Staaten.

Internationaler Luftkrieg

Zugleich war mit der US-amerikanischen Unterstützung im Kampf gegen den IS der Luftkrieg um Syrien eröffnet: Mitglieder einer großen und sehr ungleichen Allianz aus NATO- und Golfstaaten (jedoch ohne offizielle NATO-Beteiligung) begannen ohne jede völkerrechtliche Legitimation in syrischen Luftraum einzudringen und Ziele auf syrischem Boden anzugreifen. Da sich diese Einsätze zunächst gegen den IS richteten, wurde international kaum Protest geäußert. Auch von der zwischenzeitlich von Russland mit potenter Luftabwehr ausgerüsteten syrischen Regierung gab es hiergegen keinen nennenswerten Widerstand, da sich der Einsatz nicht gegen ihre Einheiten richtete. Nachdem im Juli 2014 auch die Türkei begann, Luftschläge in Syrien durchzuführen, die sich fast ausschließlich gegen kurdische Kräfte richteten, und zugleich den USA die Nutzung türkischer Basen für ihre Angriffe in Syrien erlaubten, stationierte im September 2015 Russland auf Einladung der syrischen Regierung



Bundeswehr-Ausbildung für kurdische Peschmergas. Quelle: Bundeswehr/ Andrea Bienert

Kampfflugzeuge im Land, womit sicher u. a. verhindert werden sollte, dass die Luftangriffe der NATO-Staaten und ihrer Verbündeter auf die Regimekräfte ausgeweitet werden. Die von Marschflugkörpern unterstützten russischen Luftangriffe zwischen Oktober 2015 und März 2016 schwächten den IS spürbar und ließen damit auch Zweifel am Willen der US-geführten, deutlich größeren Allianz aufkommen, den IS wirklich zurückzudrängen. Zugleich richteten sie sich jedoch auch gegen andere Teile der bewaffneten Opposition, die von den NATO-Verbündeten als „gemäßigt“ bezeichnet werden und ermöglichten der syrischen Armee beträchtliche Geländegewinne. Russlands Angriffe wurden auch deshalb von den NATO-Verbündeten verurteilt. In diesem Kontext jedoch konnte immerhin im Februar 2016 eine Feuerpause verhandelt werden, die nur den IS und mit Al-Kaida verbündete Kräfte ausschloss und zumindest für einige Wochen die Gewalt reduzierte.

Das Eskalationspotential blieb aber enorm: Weiterhin unterstützte gut ein Dutzend Staaten unterschiedliche Fraktionen des syrischen Bürgerkrieges mit Waffen, Beratern/Spezialkräften und Ausbildung, während bis zu achtzehn Staaten aus der Luft verschiedenen, sich tw. gegenseitig bekämpfenden Milizen am Boden Rücken- deckung gaben. US-amerikanische und türkische Kampf- flugzeuge starteten von derselben Luftwaffenbasis bei Incirlik aus – wo im Zuge der nuklearen Teilhabe der NATO auch noch US-amerikanische Atombomben lagern – um sich am Boden bekämpfende Fraktionen im syrischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Zugleich flogen russische Kampfflugzeuge Angriffe in enger Koordination mit der syrischen Armee – unterstützt vom Marschflugkörpern, die u. a. von russischen U-Booten im östlichen Mittel- meer abgeschossen wurden. Vor diesem Hintergrund im syrien wurden am 13. November 2015 die grausamen Anschläge in Paris durchgeführt, bei denen 130 Menschen umkamen und mehrere hundert verletzt wurden. Frankreich wertete die Anschläge als bewaffneten Angriff des Islamischen Staates, forderte jedoch nicht die NATO, sondern die EU zur (erstmaligen) Aktivierung der im EU-Vertrag enthaltenen, aber nicht operationalisierten Beistandsklausel auf. Daraufhin wurde von der Bundes- regierung verfassungswidrig, aber mit Zustimmung des Bundestages, der Einsatz von 1.200 Soldat_innen, sechs Aufklärungstornados, Airbus zur Luftbetankung und einer Fregatte zum Schutz des Flugzeugträgers Charles de Gaulle im östlichen Mittelmeer beschlossen. Besonders bei letztgenannter Fregatte ist nicht davon auszugehen, dass sie tatsächlich dem Schutz gegen den IS, sondern vielmehr gegen russische Einheiten gerichtet war. Neben der Marinekomponente wurde der größte Teil des deut- schen Kontingents wiederum in Incirlik in der Türkei sta- tioniert, einzelne Soldat_innen der Bundeswehr jedoch auch in den beteiligten Golfstaaten und US-amerikani- schen Kommandozentralen.

Doch auch die NATO blieb nach den Anschlägen von Paris nicht untätig. Auf einem Treffen der NATO-Vertei- digungsminister am 11. Februar 2016 beschlossen diese, unverzüglich unter deutscher Führung ihren Marine- verband in die Ägäis zu entsenden, um gemeinsam mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex und den nationalen Küstenwachen den Transit von Flüchtlingen zwischen der Türkei und Griechenland zu unterbrechen und damit

die Umsetzung des „Flüchtlingsdeals“ zwischen der Tür- kei und der EU umzusetzen. Für die Bekämpfung der ille- galisierten Migration scheint ein NATO-Marineverband jedoch überdimensioniert und im Ernstfall könnte dieser durchaus auch relevant werden, um den Nachschub für die russischen Truppen über See zu unterbrechen bzw. bereits im Vorfeld genauestens im Auge zu behalten. Ein solcher Zweck liegt umso näher, als die NATO-Vertei- digungsminister – diesmal unter Vorsitz des seit Oktober 2014 amtierenden Generalsekretärs Jens Stoltenberg – auf demselben Treffen beschlossen hatten, „ihre Unter- stützung für die Koalition gegen den IS“ auszubauen. Stoltenberg betonte in diesem Kontext, „dass alle NATO- Verbündeten bereits Teil dieser Koalition sind oder diese unterstützen“ und dass die Koalition bei ihrer Zusam- menarbeit auf die Erfahrungen der NATO zurückgreifen könne.¹⁴ Zur Frage, wie denn die zusätzliche Unterstüt- zung der Koalition durch die NATO aussehe, blieb Stol- tenberg vage: Erstens plane die NATO, zukünftig wieder irakische „Sicherheitskräfte“ auszubilden, indem sie die NATO Training Mission Irak – mit der zwischen 2004 und 2011 u. a. jene Kräfte ausgebildet wurden, die später zum IS überliefen – wieder aufnehme und entsprechende Programme auch in Jordanien und Tunesien durchführe. Zweitens übernehme die NATO Aufgaben der nationa- len Verteidigung, „um Fähigkeiten freizusetzen für den Einsatz im Rahmen der Koalition“. Außerdem werde die (geheimdienstliche) Überwachung der syrisch-türkischen Grenze durch die NATO intensiviert und sei „im Prinzip“ eine Einigung darüber erzielt worden, AWACS-Flugzeuge der NATO einzusetzen.

Bürgerkrieg unter NATO-Luftaufklärung

Dass die AWACS als Luftraumüberwachungsflugzeuge und mobile Kommandozentralen für den Luftkrieg nicht längst im Einsatz waren und ihr Einsatz nur „im Prinzip“ beschlossen wurde, ist durchaus symptomatisch für die Rolle der NATO in Syrien. Letztlich wurden die AWACS tatsächlich eingesetzt, zumindest bis zum März 2016 je- doch nur über NATO-Gebiet (also der Türkei) und mit einem Mandat zur „integrierten Luftverteidigung“, das kein „Eingreifen der NATO in die IS-Bekämpfung in Sy- rien vor[sieht].“ Zugleich werden jedoch, „[b]estimmt im Wesentlichen durch die Reichweite der AWACS-Sensorik ... auch Informationen zu Flugbewegungen jenseits des originären NATO-Luftraums“ erfasst¹⁵ und an die NATO- Lagezentren weitergegeben. Dass einzelne NATO-Ver- bündete diese Informationen dann für Angriffe in Syrien verwenden, wollte die Bundesregierung nicht ausschlie- ßen. Auf eine entsprechende Frage der Bundestagsabge- ordneten Agnieszka Brugger (Die Grünen) antwortete sie lediglich: „Die geltende Beschlusslage sieht die Nutzung der Daten zum Zwecke der Integrierten Luftverteidigung vor. Es liegen keine Erkenntnisse über eine andere Nut- zung der Daten vor.“¹⁶ Erklärte Absicht des AWACS- Einsatzes ist jedoch, Kapazitäten für die Bekämpfung des IS freizustellen und die Koalition gegen den IS zu unter- stützen. Damit übernehmen die AWACS zumindest einen Teil der Aufgaben der Patriot-Luftabwehrstaffeln, die ab September 2015 zurückverlegt wurden. Im Abschlussbe- richt der Bundesregierung hieß es zum Zweck der damit beendeten Mission: „Mit diesem Beschluss und der an-

schließenden Verlegung der Patriot-Einheiten schaffte die Allianz auch die Voraussetzungen, für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf die Türkei nach Artikel 5 Nordatlantikvertrag vom Recht zur kollektiven Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen Gebrauch machen zu können.“ Außerdem ermöglichte die Stationierung von Bundeswehrosoldaten im Rahmen des NATO-Einsatzes auch einen schnelleren Start der deutschen Beteiligung an der Anti-IS-Mission nach den Pariser Attentaten. Die Bundesregierung gab hierzu an: „[W]esentliche Anteile für Logistik und Führungsunterstützung [konnten] unmittelbar im Land weiter verwendet werden ..., wodurch der Beginn des neuen Bundeswehreininsatzes beschleunigt wurde“.¹⁷

So wie die NATO von Anfang an durch ihren Einsatz in Libyen und die damit verbundenen Hoffnungen durch Oppositionelle in Syrien zur Eskalation beigetragen hat, hat sie jedes Eingreifen ihrer Mitglieder in den syrischen Bürgerkrieg unterstützt. Besonders früh und eklatant war das bezüglich der Türkei der Fall, was zunächst die Stärkung islamistischer Kräfte innerhalb der Opposition und dann die drohende Konfrontation mit Russland zumindest begünstigt haben dürfte. Nicht zuletzt gilt diese Rückenbedeckung auch für den seit Mitte 2015 wieder entfesselten Krieg der türkischen Armee gegen die Kurden im eigenen Land. Von dieser Rückenbedeckung konnten jedoch auch alle anderen NATO-Staaten profitieren, die sich – auch mit unterschiedlichen Zielen und Verbündeten – verstärkt in Syrien engagieren wollten und wollen. Auf eine führende Rolle, die einen umfangreichen Luftkrieg bedeuten würde, konnte sie sich jedoch bis zuletzt nicht einigen, u. a. weil unter ihren Mitgliedern große Vorbehalte gegenüber den von der Türkei verfolgten Zielen bestehen (und eine Situation wie in Libyen verhindert werden soll). So trat an Stelle der „typischen“ vollumfänglichen und offenen NATO-Intervention, wie sie noch in Libyen stattgefunden hat, in Syrien eher jene Mischung aus informeller Einflussnahme, Zusammenarbeit mit irregulären Truppen und strategischer Kommunikation zum Ziele der Destabilisierung, wie sie unter dem Schlagwort „hybride Kriegführung“ sonst gegenwärtig v. a. Russland vorgeworfen wird. Inwiefern die NATO auf die Berichterstattung über das Massaker von Hula, den Abschuss des türkischen Kampffjets, den Giftgaseinsatz bei Ghouta und andere spektakuläre Zwischenfälle, die häufig in unmittelbarer Nähe zu ohnehin anberaumten Treffen stattfanden, Einfluss nahm, bleibt Spekulation. Gewisse Ähnlichkeiten zum „Massaker von Racak“ im Vorfeld des Jugoslawienkrieges oder dem vermeintlich drohenden „Massaker von Bengasi“ drängen sich jedenfalls auf und auch im ansonsten umfangreich medial abgebildeten Syrienkonflikt legt sich über die konkreten Kampfhandlungen der NATO-Verbündeten jener bilderlose Mantel des Schweigens, wie er bei NATO-Interventionen bislang stets zu beobachten war: Bilder von startenden und landenden Flugzeugen werden gezeigt, nicht aber die von ihnen verursachte Zerstörung.¹⁸

Anmerkungen

1 Der NATO-Generalsekretär Rasmussen selbst berichtet von dieser Erwartungshaltung, etwa auf einer Pressekonferenz am 28.2.2012: „Ich höre sehr oft diese Frage: ‚Warum konntet Ihr in Libyen intervenieren, aber nicht in Syrien.‘ Aber in Libyen hatten wir ein sehr klares Mandat der Vereinten Nationen und aktive Unterstützung

von einigen Staaten in der Region. Keine dieser Bedingungen ist in Syrien erfüllt“. Press conference by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen and Supreme Allied Commander Transformation General Stéphane Abrial at the ACT Seminar, nato.int, 28.2.2012.

- 2 Daniel Byman, Michael Doran, Kenneth Pollack, Salman Shaikh: Saving Syria: Assessing Options for Regime Change, Brookings Institution Middle East Memo #21, März 2012.
- 3 New NATO – new Turkey - Speech by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen held in Ankara, Turkey, nato.int, 17.2.2012.
- 4 Press point by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen following the joint North Atlantic Council meeting in Foreign Affairs and Defence Ministers session, nato.int, 18.04.2012.
- 5 Das Massaker von Hula hat stattgefunden, geht aber mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf das Konto der Regierungskräfte, da gezielt Angehörige dreier Familien getötet wurden, die sich dem Aufstand nicht angeschlossen hatten. Vielmehr deutet auf ein Kriegsverbrechen islamistischer Milizen mit lokaler Unterstützung am Rande regulärer Gefechte zwischen syrischer Armee und FSA hin. Siehe: Rainer Hermann: Eine Auslöschung, Faz.net vom 13.6.2012.
- 6 Markus Kaim, Günter Seufert: Deutsche Patriot-Raketen in der Türkei - Symbolik statt Strategie, SWP-Aktuell 1, Januar 2013. Sowie Bundestags-Drucksache 17/13515.
- 7 Doorstep statement delivered by the NATO Secretary General, Anders Fogh Rasmussen following the meeting of the North Atlantic Council, nato.int, 26.6.2012.
- 8 Dominic Johnson: „Eingreifen! Jetzt!“, taz.de, 16.10.2012.
- 9 „Nato droht Syrien mit ‚unverzögerlicher Reaktion‘“ titelte etwa der Tagesspiegel (tagesspiegel.de, 4.12.2012), der Wortlaut des NATO-Generalsekretärs findet sich hier: Doorstep statement by the NATO Secretary General at the start of the Foreign Affairs Ministers meeting, nato.int, 4.12.2012.
- 10 Zu der widersprüchlichen öffentlichen und internen Charakterisierung der „Aufständischen“ durch westliche Regierungen siehe: Christoph Marischka: Syrien - Wie Luftabwehr und Völkerrecht ausgehebelt wurden, IMI-Analyse 2015/029, imi-online.de, 6.8.2015. Der Hinweis auf das Erstarken islamistischer Kräfte war mit der Aufforderung verbunden, die FSA mit mehr und besseren Waffen zu unterstützen.
- 11 Beschluss 2013/109/GASP des Rates der Europäischen Union. Zum Kontext: Christoph Marischka: EU erweitert Instrumentarium - Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien als Teil des Sanktionsregimes, IMI-Standpunkt 2013/012, in: AUSDRUCK (April 2013).
- 12 NATO-Russia Council Statement of Support for the OPCW-UN Joint Mission, nato.int, 04.12.2013.
- 13 Wales Summit Declaration - Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales, nato.int, 05.10.2015.
- 14 Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of the North Atlantic Council at the level of Defence Ministers, nato.int, 11.02.2016.
- 15 Deutscher Bundestag – Verteidigungsausschuss: Ausschussdrucksache 18(12)652 vom 18.3.2016.
- 16 Ebd.
- 17 BMVg, Auswärtiges Amt: Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag zur Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der Integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikkrates vom 4. Dezember 2012, versandt an die Fraktionsvorsitzenden am 7. April 2016.
- 18 Dass die NATO insbesondere in Bezug auf Luftkriegführung ihre Strategische Kommunikation optimiert, stellen die Beiträge von Christopher Schwitanski in dieser Broschüre dar.

NATO-Exzellenzzentren

Planen für den nächsten Krieg

von Christopher Schwitanski

Im Zuge des 2002 auf dem Nato-Gipfeltreffen in Prag eingeleiteten Umbaus der Nato-Kommandostruktur wurde die Neugründung des Alliierten Kommando Transformation (ACT) beschlossen, mit der Aufgabe, die Transformation der Allianz hin zu einem international agierenden militärischen Interventionsbündnis voranzutreiben. Unterstützt wird das ACT dabei durch die Etablierung einer neuen Struktur militärischer Denkfabriken, sogenannten Exzellenzzentren¹ (Centre of Excellence – COE). Deren Anzahl ist inzwischen auf 24² solcher Einrichtungen angewachsen (Tendenz steigend), womit die Frage in den Vordergrund rückt, welche Bedeutung diese für die Nato haben.

In einer ersten Kleinen Anfrage der Partei die Linke 2015 äußerten die Abgeordneten bezüglich der Nato-Exzellenzzentren die Befürchtung, „dass mit den Exzellenzzentren gezielt und mit Steuergeldern finanziert Foren für Militärs und angehende Führungskräfte geschaffen werden, um außerhalb der militärischen Befehlskette, politischen Kontrolle und kritischen Öffentlichkeit auch in Spezialfeldern, wie der Cyber-kriegsführung und der strategischen Kommunikation, eine offensivere Doktrin der NATO zu entwickeln und dass dabei das Völkerrecht kaum Beachtung findet.“³

Die vorliegende Arbeit wird u. a. der Frage nachgehen, inwieweit diese Bedenken berechtigt sind und welche Bedeutung den Nato-Exzellenzzentren innerhalb der Militärallianz zukommt. Hierfür werden im Folgenden zunächst die Exzellenzzentren im Allgemeinen, ihre Entwicklung, Finanzierung und Arbeitsprinzipien beschrieben. Anschließend werden zwei einzelne Einrichtungen unter deutscher Beteiligung konkret in den Blick genommen, ehe abschließend eine kritische Bewertung der Exzellenzzentren als Teil des Alliierten Kommando Transformation vorgenommen wird.

Nato-Exzellenzzentren: Teil des Nato Transformationsprozess

Im Rahmen ihres Gipfeltreffens in Prag 2002 beschlossen die Nato-Staaten die Neuausrichtung der Nato-Kommandostruktur für die Fortentwicklung der Allianz. zu einer flexibleren Interventionsstreitmacht. Infolge des Gipfeltreffens 2002 wurden die bisherigen Nato-Oberkommandos in Europa (Allied Command Europe) und den USA (Allied Command Atlantic) im Alliierten Kommando Operation (Allied Command Operation – ACO) mit Sitz im ehemaligen europäischen Oberkommando in Mons, Belgien zusammengeführt; ihm obliegt die Führung sämtlicher weltweiter Nato-Einsätze.⁴ Zweiter Teil der neuen Kommandostruktur wurde das ebenfalls neu gegründete Alliierte Kommando Transformation (ACT), welches in den Räumlichkeiten des ehemaligen Allied Command Atlantic in Norfolk, Virginia, stationiert ist und die Förderung und Kontrolle sämtlicher Transformationsprozesse des Bündnisses zur Aufgabe hat.⁵ An der

Spitze des ACT steht der Supreme Allied Commander Transformation (SACT), einer der beiden strategischen Kommandeure der Nato. Gemeinsam bilden ACO und ACT die Nato-Kommandostruktur, welche den beiden obersten militärischen und zivilen Gremien der Nato unterstellt ist, dem Militärkomitee und dem Nordatlantikrat.

Bei einem weiteren Treffen des Verteidigungsausschusses (dieser wurde 2010 aufgelöst und seine Kompetenzen vom Nordatlantikrat übernommen) und der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) 2003 in Brüssel wurde der Beschluss gefasst, das neu gegründete Alliierte Kommando Transformation durch eine Struktur von Exzellenzzentren zu unterstützen, mit der Aufgabe, koordiniert durch das ACT den anhaltenden Transformationsprozess der Nato voranzubringen.⁶ Hierbei handelt es sich um international finanzierte und geförderte Einrichtungen, die trotz ihrer Bedeutung für die Nato nicht Teil ihrer Kommandostruktur sind. So soll explizit die Möglichkeit gegeben werden, innovativ zu arbeiten, ohne durch die bestehenden Nato-Doktrinen übermäßig eingeschränkt zu werden.

Bereits zwei Jahre nach dem Beschluss des Verteidigungsausschusses und der Nuklearen Planungsgruppe in Brüssel wurde das Joint Air Power Competence Centre (JAPCC), das erste Exzellenzzentrum, in Deutschland von der Nato anerkannt und nahm in Kalkar offiziell seine Arbeit auf. 2006 folgte das Defence Against Terrorism Centre of Excellence (DAT COE) in der Türkei. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist diese Struktur deutlich angewachsen, so gibt es heute bereits 24 Nato-Exzellenzzentren, 23 davon in Europa (Stand April 2016).⁷

Einrichtung eines Nato-Exzellenzzentrums

Die groben Voraussetzungen für die Einrichtung von Exzellenzzentren seitens der Nato umfassen einige allgemeine Anforderungen: Zunächst sollen sie innerhalb der Allianz einen Mehrwert schaffen und nicht in Konkurrenz zueinander treten, weswegen jedes Zentrum einen eigenen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt hat. Innerhalb dessen sind sie ausdrücklich aufgefordert, über den eigenen Tellerrand hinauszudenken und neue innovative Konzepte zu entwickeln. Des Weiteren soll jedem Nato-Mitglied die Partizipation an einem Exzellenzzentrum freistehen und über diese und nicht den Nato-Haushalt läuft auch ausschließlich die Finanzierung. Zuletzt sind klar definierte Beziehungen zwischen Exzellenzzentrum, Nato und beteiligten Nationen von Bedeutung, welche mittels verschiedener Vereinbarungen (Memoranda of Understanding – MOU) definiert werden. Der Zweck der Exzellenzzentren besteht laut Nato darin, die Lehre und Ausbildung zu verbessern, die Interoperabilität und Einsatzmöglichkeiten zu erweitern, die Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte und Doktrinen zu ermöglichen und Lessons-Learned-Analysen anzubieten. Dabei sind die Exzellenzzentren passend zu ihrem jeweiligen Arbeitsschwerpunkt in verschiedene Nato-Arbeitsgruppen

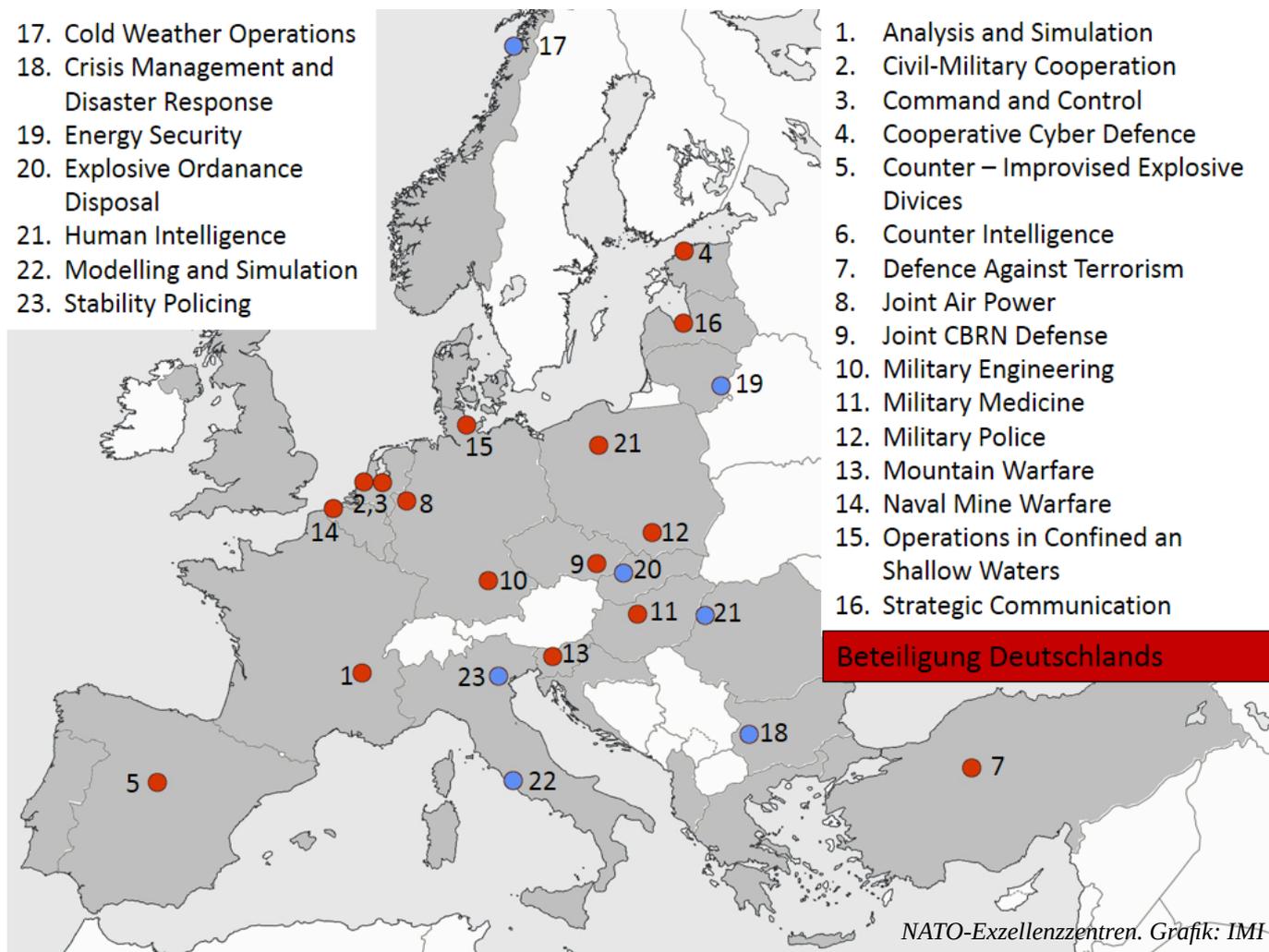
eingebunden und ihre Tätigkeit kann so in die Bearbeitung von Nato-Konzepten sowie Doktrinen einfließen und zum Transformationsprozess beitragen.

Staatliche Beteiligung und Finanzierung

Um ein neues Nato Exzellenzzentrum zu gründen, braucht es zunächst eine sogenannte Rahmennation, einen Staat, der die nötigen Örtlichkeiten und Ressourcen zur Verfügung stellt und den Arbeitsschwerpunkt der Einrichtung festlegt. Diese leistet üblicherweise den höchsten finanziellen Beitrag und stellt im folgenden Prozess auch den formalen Antrag auf Anerkennung durch die Nato. Die Initiative zur Gründung des Zentrums muss dabei nicht zwingend von der Rahmennation ausgehen, möglich wäre auch eine Gruppe von Mitgliedsstaaten oder die Nato selbst. Das vorläufige Konzept wird anschließend mit dem ACT abgestimmt und sofern es dessen Zustimmung erhält, kann die Rahmennation anderen Staaten die Beteiligung an dem Projekt anbieten, die bereit sind, das Exzellenzzentrum finanziell mitzutragen. Alle Staaten, die sich finanziell und/oder personell an einem Exzellenzzentrum beteiligen wollen (Sponsoring Nations), haben damit die Möglichkeit, Einfluss auf die Arbeit der Einrichtung zu nehmen. Wenn auch üblich, so ist es doch nicht zwingend, dass es sich bei einer Sponsoring Nation um ein Nato-Mitglied handelt. Möglich sind auch Staaten, die Teil des Programms Partnership for Peace⁸ sind, oder auch nichtstaatliche Organisationen. Weiterhin besteht auch die Möglichkeit, sich als Contributing Nati-

on/Participant an einem Exzellenzzentrum zu beteiligen. Contributing Nations können sich neben Sponsoring Nations ebenfalls durch Bereitstellung von Ressourcen an dem Projekt beteiligen. Im Unterschied zu diesen haben sie innerhalb des Exzellenzzentrums allerdings kein Mitbestimmungsrecht und gehen auch keine (finanziellen) Verpflichtungen ein. Ihre Beteiligung wird unter Zustimmung durch das ACT mittels einer technischen Vereinbarung zwischen den Contributing Nations, dem COE und wahlweise den Sponsoring Nations festgelegt.⁹ So beteiligt sich Georgien seit 2014 als erster nicht-Nato Staat als Contributing Nation am Energy Security Centre of Excellence (ENSEC COE) im litauischen Vilnius.¹⁰

Da die COEs keine Gelder von der Nato selbst erhalten, finanzieren sie sich vollständig multinational über die Beiträge der beteiligten Nationen. Ein COE stellt daher i. d. R. jährlich einen Finanzierungsantrag an das Führungskomitee (Steering Committee – SC). Dieses setzt sich aus Vertretern sämtlicher Sponsoring Nations zusammen und stellt das wichtigste Instrument zur Steuerung eines Exzellenzzentrums dar. Das Komitee trifft sich halbjährlich, beschließt die Verteilung des Budgets und entscheidet über das Arbeitsprogramm (Program of Work – POW) des Exzellenzzentrums und legt somit fest, wie die Arbeit der Einrichtung aussehen soll. Dabei wird das POW in Abstimmung zwischen Sponsoring Nations und ACT entwickelt und anschließend vom Führungskomitee formal gebilligt. Die Arbeitsergebnisse des Exzellenzzentrums stellt dieses über das Führungskomitee den beteiligten Nationen zur Verfügung und auch „[d]ie fachliche und



politische Kontrolle der auf Grundlage des ‚Programme of work‘ erzielten Arbeitsergebnisse erfolgt in erster Linie über die im Lenkungsausschuss [Führungskomitee] des COE vertretenen Nationen.“¹¹ Die nationalen Vertreter sind in den Führungskomitees der Exzellenzzentren weiterhin für die Überprüfung des nationalen Engagements innerhalb der Einrichtungen zuständig. Neben dem Führungskomitee haben auch andere Organisationen – allen voran die Nato – die Möglichkeit, sich mit Aufträgen an ein Exzellenzzentrum zu wenden.

Die Beteiligung an einem Exzellenzzentrum kann für die jeweilige Nation verschiedene Vorteile bieten. Zunächst kann ein Land von der im COE gebündelten multinationalen Expertise und den entwickelten Konzepten und Strategien profitieren und darüber hinaus auf diese über die Beteiligung im Führungskomitee einwirken. Weiterhin kann eine internationale militärische Organisation auf dem eigenen Boden als Prestigeobjekt dienen und die Beteiligung an einem solchen insbesondere neuen Nato-Mitgliedern die Möglichkeit bieten, größeren Einfluss innerhalb der Nato Kommandostruktur zu gewinnen.¹² Auf der Website der Bundeswehr findet sich diesbezüglich folgende Einschätzung: „Neben ihrer fachlichen Rolle erfüllen [die Exzellenzzentren] auch eine Präsenzfunktion: Vor allem den jüngeren NATO-Bündnispartnern in Osteuropa [...] bieten sie die Möglichkeit, ihre NATO-Zugehörigkeit sichtbar zu unterstreichen und eine NATO-Flagge auf ihrem Territorium zu hissen.“¹³

Neben den an Exzellenzzentren beteiligten Nationen und Organisationen pflegen diese darüber hinaus im Einzelnen noch Beziehungen zu anderen Exzellenzzentren und Nato-Einrichtungen, wie z. B. der Nato-Schule in Oberammergau, wo neue Konzepte direkt in die Lehre einfließen können. Daneben gibt es Kooperationen mit anderen Staaten, wie z. B. Mitgliedern der Partnership for Peace oder den Ländern des Mediterranean Dialogue, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, internationalen Organisationen, der Industrie, NGOs, Schulen, Universitäten und Forschungszentren. Ein solches Geflecht von Beziehungen wird offiziell als Community of

Interest (COI) bezeichnet und die Exzellenzzentren sind angehalten, diese auszubauen und zu pflegen. Hierfür hat die Nato ein eigenes Online-Portal eingerichtet, um die Vernetzung mit verschiedenen Partnern zu erleichtern.¹⁴ Da es sich hierbei nicht ausschließlich um militärische Partner handelt, werden auf diesem Wege auch zunehmend zivilgesellschaftliche Akteure in die Nato-Militärstrukturen eingebunden.

Die rechtliche Beziehung zwischen einem Exzellenzzentrum, den Sponsoring Nations und dem Supreme Allied Commander Transformation (SACT) werden mittels zweier Memoranda of Understanding (MOU) festgelegt. Das Operational MOU definiert das Verhältnis zwischen Exzellenzzentrum und Sponsoring Nations, deren Vertreter es unterzeichnen. Es werden Vorschriften für die Gründung, Arbeit, Finanzierung, Personalausstattung, Sicherheit und die Leistungen der beteiligten Nationen festgelegt. Das Functional MOU auf der anderen Seite regelt die Beziehung zwischen dem Hauptquartier des Alliierten Kommando Transformation (HQ SACT in Norfolk), den Sponsoring Nations, weiteren Nato-Einrichtungen und dem Exzellenzzentrum.

Akkreditierung

Damit ein Exzellenzzentrum den Status einer Nato-Organisation erhält, muss es zunächst durch die Nato akkreditiert werden. Die notwendigen Akkreditierungskriterien werden vom SACT entwickelt und ihre Einhaltung in regelmäßigen Abständen von drei bis vier Jahren überprüft. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Arten von Kriterien: verpflichtende Kriterien (Mandatory Criteria) und wünschenswerte Kriterien (Highly desirable Criteria).

Die verpflichtenden Kriterien müssen konstant aufrechterhalten werden und sehen vor, dass das Exzellenzzentrum den Anforderungen der Nato genügt, diese in ihrem Transformationsprozess gewinnbringend zu unterstützen. Hierzu soll es Fähigkeiten, Expertise und Ressourcen zur Verfügung stellen, die nicht schon anderswo im Bündnis angesiedelt sind und so den bereits genannten Mehr-



Der Marinestützpunkt in Kiel. Quelle: Wikipedia

wert liefern. Weiterhin dienen sie der Ausbildung und dem Training von Nato-Personal, welche fortlaufend mit dem HQ SACT abgestimmt werden. Neben diesen eher inhaltlichen Kriterien besteht die Verpflichtung, für die Sicherheit der Anlage und dem dort befindlichen Personal und Material zu sorgen. Der Nato wird oberste Priorität eingeräumt, wenn es um den Zugriff auf Unterstützungen und Leistungen durch ein Exzellenzzentrum geht, und der Kontakt zwischen Nato und Exzellenzzentrum muss jederzeit möglich sein.

Die wünschenswerten Kriterien stellen eine Ergänzung zu den verpflichtenden Kriterien dar und sollten in größtmöglichem Ausmaß aufrechterhalten werden. Auch hierbei geht es darum, dem Transformationsanspruch der Nato gerecht zu werden und die Arbeit und Organisationsstruktur des Exzellenzzentrums dementsprechend auszurichten. Weiterhin wird erwartet, dass sämtliche Tätigkeiten der Nato gegenüber transparent gehalten werden und so eine funktionierende Arbeitsbeziehung mit dem SACT ermöglicht wird. Hierfür sollen effektive Informations- und Kommunikationssysteme eingerichtet werden, welche die Kommunikation mit und Verbindung zu bestehenden Nato-Netzwerken ermöglichen.

Bei der Akkreditierung wird ein neues Exzellenzzentrum durch eine Abteilung des Supreme Allied Commander Transformation unterstützt, die Transformation Network Branch (TNB), welche u. a. die Bewerber auf die Prüfung durch das Militärkomitee vorbereitet und kontrolliert, inwieweit die genannten Kriterien erfüllt sind. Neben der Vorbereitung der Akkreditierung ist die TNB im Anschluss auch dafür zuständig, die Einhaltung der Nato-Kriterien zu überwachen. Wird das Exzellenzzentrum vom Militärkomitee akzeptiert, erhält es die Anerkennung als Nato-Organisation durch den Nordatlantikrat. Mit der Akkreditierung wird der Einrichtung darüber hinaus durch den Nordatlantikrat der Status einer internationalen militärischen Organisation gemäß Artikel 14 Absatz 1 des sog. Pariser Protokolls verliehen (eines der rechtlichen Grundlagendokumente der Nato, welches den rechtlichen Status der internationalen Hauptquartiere der Allianz regelt). Damit verfügt ein akkreditiertes Exzellenzzentrum über die gleichen Rechte und Privilegien wie ein Nato-Hauptquartier.¹⁵

Tätigkeit

Mit Abschluss der Akkreditierung nimmt ein Exzellenzzentrum offiziell seine Arbeit auf. Im Rahmen dieser wird in ihm meist an verschiedenen Projekten und zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten gearbeitet, an denen jeweils verschiedene Experten, sog. „Subject Matter Experts“ (SME) arbeiten, die häufig in weitere über das Exzellenzzentrum hinausgehende Nato-Arbeitsgruppen eingebunden sind. Die jeweiligen Projekte reichen von der Entwicklung neuer Doktrinen und strategischer Konzepte und Empfehlungen, der Bewertung und Erprobung neuer Technologien bis hin zur Unterstützung und Zuarbeit für laufende Nato-Einsätze. Beispielsweise wurden im Joint Operations from the Sea COE (CJOS COE) Konzepte für die Bekämpfung von Piraten entwickelt, die aktuell vor der Küste Somalias zum Einsatz kommen. Ein Schwerpunkt liegt im Bereich „Education and Training“: Exzellenzzentren bieten häufig selbst Kurse und Weiterbil-

den an und kooperieren mit Nato-Schulungseinrichtungen wie der Nato-Schule in Oberammergau. Solche Weiterbildungsmaßnahmen richten sich größtenteils an Militärs, es finden sich aber auch Angebote für nicht-militärische und nicht-Nato-Angehörige (siehe Abschnitt CCOE). Je nach Themenschwerpunkt werden auch externe Akteure und Experten einbezogen, beispielsweise wenn es um Rechtsfragen geht. Dem Zusammenführen unterschiedlicher Akteure dienen auch zahlreiche Konferenzen und Workshops, die von Exzellenzzentren veranstaltet werden und zu denen in Abhängigkeit vom Thema u. a. auch Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft (häufig Rüstungsindustrie) eingeladen werden. Nicht selten tritt gerade die Rüstungsindustrie bei solchen Veranstaltungen auch als Sponsor auf. Arbeitsergebnisse werden z. T. in Form von Studien und Artikeln veröffentlicht und einzelne Exzellenzzentren publizieren regelmäßig Infobroschüren über ihre laufende Arbeit. Das Ausmaß, in dem solche Publikationen auf den jeweiligen Webseiten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, schwankt zwischen den einzelnen Einrichtungen teils erheblich und auch da, wo öffentlicher Zugang besteht, muss man sich vor Augen führen, dass es sich hier nur um einen sehr „ausgewählten“ Einblick handeln dürfte.

Der stetige Zuwachs an Nato-Exzellenzzentren seit 2003 auf inzwischen 24 ist beachtlich und wirft die Frage auf, welche Bedeutung diese Einrichtungen neben den offiziellen Verlautbarungen für die Nato konkret haben bzw. was genau sich hinter dieser Struktur verbirgt. Dabei ist davon auszugehen, dass der Einfluss, den die einzelnen Exzellenzzentren innerhalb der Allianz haben, verschieden ist. Das zeigt sich u. a. schon in der sehr unterschiedlichen Anzahl beteiligter Nationen, welche von einer einzelnen Nation bis hin zu 17 im Falle des JAPCC in Kalkar und des MILENG COE in Ingolstadt reichen können. Dabei bietet die Anzahl der Unterstützer einen ersten Anhaltspunkt bezüglich der Größe und des finanziellen Gewichts der Einrichtungen. So äußerte sich der ehemalige Direktor des Exzellenzzentrums Combined Joint Operations from the Sea (CJOS COE) 2008 über das Luftwaffen-Exzellenzzentrum (JAPCC) in Kalkar: „Dieses war bemerkenswert erfolgreich, in der Produktion mehrerer Joint Air Power Produkte für die Nato, von denen die meisten akzeptiert wurden und direkt in die Doktrin einfließen.“¹⁶ Dabei dürfte die Bedeutung der einzelnen Zentren auch stark von der Relevanz ihrer jeweiligen Themenschwerpunkte für die Nato abhängen. So wird z. B. auch das Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCD COE) in Tallinn von 15 Nato-Mitgliedstaaten gefördert und setzt u. a. durch Arbeit zu einem völkerrechtlichen Rahmen für den Umgang mit Cyberangriffen, ebenso wie der Forderung nach offensiven Cyber-Kapazitäten innerhalb der Nato (Tallinn Manual) deutliche Akzente in der aktuellen Debatte zur Cyberkriegsführung.¹⁷

Beteiligung und Finanzierung Deutschlands

Aktuell ist Deutschland an 17 der 24 akkreditierten Exzellenzzentren als Rahmennation bzw. Sponsoring Nation beteiligt, bei dreien davon als alleinige Rahmennation: dem Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) in Kalkar, dem Military Engineering Centre of Excellence

(MILENG COE) in Ingolstadt und dem Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (COE CSW) in Kiel. Am Civil-Military Cooperation Centre of Excellence (CCOE) in Den Haag beteiligt sich Deutschland zusammen mit den Niederlanden als Rahmennation. Darüber hinaus betätigt es sich an 13 weiteren Exzellenzzentren als Sponsoring/Participating Nation.¹⁸

Die Finanzierung der Exzellenzzentren unter deutscher Beteiligung erfolgt aus Kapitel 1422 des Bundeshaushalts („Verpflichtung im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen und Stellen“). In den Jahren 2011-2014 wurden elf Exzellenzzentren mit jährlich insgesamt ca. 900.000 bis 1 Mio. Euro finanziert. Der Anteil der vier Exzellenzzentren, die Deutschland als Rahmennation unterstützt, an den gesamten Ausgaben für COEs lag in diesem Zeitraum bei 70-80%, zwischen 2011 und 2014 waren das jährlich ca. 100.000-300.000 Euro für jedes der vier Exzellenzzentren.¹⁹ Dabei muss berücksichtigt werden, dass die übrigen Sponsoring Nations ebenfalls ihren Beitrag leisten, das Gesamtbudget der einzelnen Zentren also deutlich höher liegt. Dies lässt sich am Beispiel des JAPCC nachvollziehen, welches in seinem jährlichen Report einen Einblick in seinen Haushalt gewährt: Seit 2007 stehen dem Exzellenzzentrum durchschnittlich ca. 950.000 € zur Verfügung, wovon der überwiegende Anteil (55-63%) unter den Posten „Reisen, Versorgung und Service“ fällt. Deutlich kleiner fallen die beiden übrigen Posten aus: Personelle Ausgaben (24-26%) und „Automated Information System (AIS)“ (12-18%).²⁰ Eine konkretere Aufschlüsselung lässt sich allerdings nicht finden. Im genannten Budget nicht berücksichtigt sind die Personalkosten für die von den beteiligten Staaten entsendeten Militärs. Im Fall des JAPCC und der anderen beiden in Deutschland ansässigen Einrichtungen kommt hinzu, dass die Bundesregierung ihnen die nötigen Liegenschaften kostenlos zur Verfügung stellt.

Mit einer Beteiligung an insgesamt 17 Exzellenzzentren ist Deutschland von allen Nato-Mitgliedern in die meisten dieser Einrichtungen involviert, gefolgt von Italien (15), den Niederlanden, Polen und den USA (jeweils 13) sowie Frankreich, Rumänien und Tschechien (jeweils 12). Es liegt die Vermutung nahe, dass Staaten mit einer breiten Beteiligung an verschiedenen Exzellenzzentren einen entsprechend größeren Einfluss auf den Transformationsprozess der Nato und die militärische Kommandostruktur haben. Die umfassende deutsche Beteiligung kann somit in Übereinstimmung mit dem zunehmenden militärischen Engagement Deutschlands innerhalb der Nato gesehen werden. Weiterhin ist denkbar, dass man versucht, hierüber auf die Vergabe von Aufträgen für die heimische Rüstungsindustrie einzuwirken, etwa im Rahmen der Forschung zu neuen Technologien innerhalb der Exzellenzzentren.

Um einen groben Überblick über das Spektrum der verschiedenen Exzellenzzentren zu erhalten, werden im Folgenden kurz die unterschiedlichen Einrichtungen aufgelistet und anschließend vertiefend auf die Exzellenzzentren eingegangen, an denen sich Deutschland als Rahmennation beteiligt. Dabei handelt es sich um keine erschöpfende Darstellung aller Aspekte der COEs, sondern es soll ein erster grober Überblick geboten werden.

Deutschland als Rahmennation

Joint Air Power Competence Centre (JAPCC)

Rahmennation: Deutschland (Kalkar)

Akkreditierung: 2005

Beteiligte Nationen: BEL, CAN, CZE, FRA, DEU, GRC, HUN, ITA, NLD, NOR, POL, PRT, ROU, ESP, TUR, GBR, USA

Standort

Das Kompetenzzentrum für gemeinsame Luftoperationen (JAPCC) ist in den Räumlichkeiten der Von-Seydlitz-Kaserne der Bundeswehr in Kalkar untergebracht und seit seiner Akkreditierung 2005 das erste und größte Exzellenzzentrum der Nato. Dabei ist das JAPCC räumlich und organisatorisch in die Strukturen der deutschen bzw. der Nato-Luftwaffe eingebunden, woraus sich auch die Verortung der Anlage in Deutschland, insbesondere in Kalkar erklären lässt. In der Von-Seydlitz-Kaserne befindet sich neben dem JAPCC u. a. auch das Zentrum Luftoperationen der deutschen Luftwaffe, welches an der Führung der Luftwaffe im Inland ebenso wie in Auslandseinsätzen beteiligt ist. Für letztere betreibt das Zentrum Luftoperationen auch ein verlegbares Luftwaffen-Hauptquartier (Joint Force Air Component Headquarters – JFAC HQ) zur Führung multinationaler Einsätze. In unmittelbarer Nähe zu Kalkar, im benachbarten Uedem, befindet sich das Combined Air Operations Center (CAOC) der Nato, einer von zwei taktischen Gefechtsständen der Nato-Luftwaffe in Europa und zuständig für die Überwachung des Luftraums von 14 Nato-Mitgliedsstaaten, für die hier Luftlagebilder erstellt werden. „Der Zuständigkeitsbereich reicht [damit] vom Baltikum bis nach Großbritannien und von den Alpen bis nach Island.“²¹

An das CAOC angeschlossen ist das Nationale Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum, in dem Soldaten der Bundeswehr, Beamte von Bundespolizei und deutscher Flugsicherung und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe an der Überwachung des deutschen Luftraums arbeiten. Dabei besteht eine der Hauptaufgaben in der Abwehr möglicher Terrorangriffe mittels ziviler Flugzeuge.

Ebenfalls geographisch nicht weit entfernt beim Rheinland-Pfälzischen Ramstein, befindet sich das US- und Nato-Oberkommando der Luftwaffe. Während vom Standort Uedem/Kalkar aus der Luftraum nördlich der Alpen kontrolliert wird, werden von Ramstein aus Luftwaffeneinsätze südlich der Alpen befehligt.

Führt man sich die Ballung luftwaffenrelevanter Standorte der Bundeswehr und der Nato in Deutschland vor Augen, so ist die Eingliederung des JAPCC in Kalkar wenig verwunderlich, da es mit seiner Arbeit den umliegenden Einrichtungen zuarbeiten und mit diesen kooperieren kann. Begünstigt wird diese Zusammenarbeit auch durch eine gemeinsame Führungsebene, so ist der Direktor des JAPCC, General Frank Gorenc, gleichzeitig auch der Oberkommandierende der US-Luftwaffe in Europa und Afrika und der Nato-Luftwaffe in Ramstein. Der ihm untergeordnete geschäftsführende Direktor des JAPCC, Generalleutnant Joachim Wundrak, ist weiterhin der Kommandeur des Zentrum Luftoperationen der Bundeswehr und des Nato-Gefechtsstands (CAOC) im nahegelegenen Uedem.

Arbeit

Laut der offiziellen Web-Präsenz besteht der Auftrag des JAPCC in der „[...] Entwicklung innovativer Konzepte und Lösungen, benötigt für die Transformation von Air und Space Power innerhalb der Allianz und den Nationen.“²² Etwas griffiger formuliert es die Bundeswehr-Luftwaffe auf ihrer Website, welche darauf verweist, dass die Einrichtung „in der Lage ist, Problemstellungen aus dem gesamten Spektrum der Führung und des Einsatzes von Luftkriegsmitteln erfolgreich zu bearbeiten.“²³

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, wird im JAPCC an der Entwicklung neuer Doktrinen und Konzepte gearbeitet, welche thematisch nicht nur dem Bereich Luftwaffe zuzuordnen sind, sondern darüber hinaus auch den Einsatzfeldern Weltraum und Cyberspace sowie der Interoperabilität mit den übrigen Akteuren der Kriegsführung (Heer, Marine). Die konkreten Ergebnisse der einzelnen Projekte werden – soweit öffentlich nachvollziehbar – zumeist in Form von Studien und White Papers veröffentlicht. Dabei ist das Exzellenzzentrum mit zahlreichen weiteren Nato-Einrichtungen vernetzt, so heißt es im jährlich erscheinenden Bericht der Einrichtung für das Jahr 2012, Experten des JAPCC „[...] beteiligten sich aktiv an über 70 Nato-Gremien, Panels und Ausschüssen sowie als Vorsitzende von drei Nato-Arbeitsgruppen.“²⁴

Zu den originär luftwaffenrelevanten Arbeitsschwerpunkten zählen z. B. Luftbetankung, Luftaufklärung, Transport von Truppen und Ressourcen und der Einsatz von Drohnen. Daneben liegt ein großer Stellenwert auf der Nutzung des Weltraums, insbesondere zur Überwachung und Informationsgewinnung, und es wird daran gearbeitet, diesen als militärisch relevantes Feld (neben Boden, See und Luft) zunehmend innerhalb der Nato zu verankern. Gleiches gilt für den Cyberspace, dessen zunehmende Bedeutung ebenfalls mit Nachdruck thematisiert wird und der (so heißt es im halbjährlich erscheinenden Journal des JAPCC) neben dem Weltraum als eine „[der] fünf Domänen der Kriegsführung (Luft, Land, See, Weltraum und Cyber)“²⁵ verstanden wird. Auch in der Weiterentwicklung der Drohnenkriegsführung wirkt das JAPCC aktiv mit, so wurden hier u. a. Drohnen-Flugpläne und Konzepte zur Implementierung und zum Einsatz innerhalb der Nato erarbeitet und empfohlen, die Entwicklung dieser Technologie auch in Zukunft weiter voranzutreiben. Die vielen zivilen Opfer, die mit dem Einsatz von Drohnen einhergehen, oder völkerrechtliche Bedenken finden dabei kaum Beachtung. Hingegen wird die erhöhte politische Akzeptanz von Einsätzen aufgrund ausbleibender Gefährdung für die Piloten gelobt. So heißt es in einem vom JAPCC veröffentlichten White Paper zum Einsatz unbemannter Flugsysteme (Unmanned Air

System - UAS) innerhalb der Nato: „[...] UAS können das Risiko senken und die politische Akzeptanz und das Vertrauen steigern, dass hochriskante Missionen erfolgreich sein werden.“²⁶

Neben der Entwicklung theoretischer Konzepte wird auch konkret laufenden Nato-Einsätzen zugearbeitet. So wird z. B. der Afghanistaneinsatz mit Leitfäden für die luftgestützte Bekämpfung von Sprengfallen (IED) unterstützt oder der Anti-Piraten-Einsatz am Horn von Afrika mit Konzepten für die Luftunterstützung der Marine weitergedacht. Dabei bleibt die Arbeit nicht nur auf die Entwicklung von Leitfäden und Doktrin beschränkt, sondern es werden auch Experten in die Einsatzgebiete geschickt, um dort die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte zu unterstützen.²⁷

Weiterhin werden Veranstaltungen organisiert, um verschiedene Experten und relevante Akteure für einzelne Themengebiete zusammenzuführen. Am wichtigsten ist dabei die jährlich stattfindende Air and Space Power Conference, die von zahlreichen Rüstungskonzernen finanziert wird (u. a. Airbus, General Atomics, Thales-Raytheon-Systems) und an der 2015 ca. 200 hochrangige Militärs sowie Vertreter aus Politik und Wirtschaft teilnahmen.

Ein besonders umfangreiches Projekt stellt die 2014 erarbeitete Studie Future Vector dar, welche auch Thema der im gleichen Jahr veranstalteten Air and Space Power Conference in Kleve war. Hierfür erarbeiteten im Rahmen des „Future Vector Project“ verschiedene Nato-Experten aus dem Bereich Luftwaffe Empfehlungen für die leitenden politischen und militärischen Führer der Nato bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Luftwaffe innerhalb des Bündnisses. Auffällig ist dabei die Forderung nach erhöhten Rüstungsausgaben der europäischen Nato-Staaten (insbesondere für die Luftwaffe), denn: „[D]ie Fähigkeit der NATO, weiterhin Air and Space Power einzusetzen und zu erhalten, um unsere Bevölkerungen zu schützen und NATO-Einsätze zu ermöglichen, ist in Gefahr.“²⁸ Warum der Schutz der Bevölkerung Aufgabe der Luftwaffe sein soll, die in den letzten Jahren primär fernab der Landesgrenzen von Nato-Mitgliedsstaaten eingesetzt wurde, wird nicht weiter thematisiert. Aber mit der Forderung nach erhöhten militärischen Ausgaben liegt das JAPCC ganz im Trend der Zeit, wenn man sich vor Augen führt, in welchem Ausmaß in den letzten Jahren in Deutschland die angebliche Unterfinanzierung der Bundeswehr in den Medien diskutiert wurde.

Neben der Empfehlung der Future Vector Studie, den Einsatz unbemannter Drohnen weiter voranzutreiben, ist die Forderung erwähnenswert, im Hinblick auf Russland und die Ukraine-Krise an einer Strategie der Abschrek-

Die Logos der Exzellenzzentren.
Quelle: NATO



kung „basierend auf einem angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Potenziale“²⁹ festzuhalten und darüber hinaus die „aktuelle Politik der nuklearen Abschreckung [der Nato] nochmals zu bekräftigen und ein zuverlässiges ‚Dual Capable Aircraft‘ (DCA) Potenzial in Europa beizubehalten.“³⁰

Hier zeigt sich also einmal mehr, dass man innerhalb der Nato von einer atomaren Abrüstung weit entfernt ist. Doch auch die Haltung gegenüber konventionellen Bomben, wie sie sich in den Veröffentlichungen des JAPCC ausdrückt, ist denkbar problematisch. So wird innerhalb des Future Vector Projects auch auf die bisherigen Nato-Einsätze und die hieraus zu ziehenden Lehren eingegangen. Ausgehend vom Jugoslawien-Krieg über den Irak-, Libyen- und Afghanistan-Krieg wird eine positive Bilanz der Luftwaffeneinsätze gezogen und ihre entscheidende Rolle für den „Erfolg“ der Nato-Missionen betont. Die immensen zivilen Opfer, die Folgen zerstörter ziviler Infrastruktur und der anschließende Zerfall staatlicher Ordnung finden dagegen keinen Raum in der „kritischen“ Aufarbeitung der verschiedenen Bombardierungen. Tatsächlich werden Kollateralschäden eher dahingehend problematisiert, dass sie die Unterstützung von Einsätzen innerhalb von Politik und Bevölkerung gefährdeten, anstatt dass der Tod von Zivilisten als solcher im Vordergrund steht. Diese Tendenz findet ihren Ausdruck auch in einer aktuellen Studie des JAPCC („Mitigating the Disinformation Campaigns against Airpower“), die sich der Frage widmet, was man gegen „Desinformationskampagnen“ unternehmen könne, welche die Akzeptanz der Luftwaffe gefährden, wie z. B. falsche Informationen über zivile Opfer, welche u. a. die Ablehnung von Luftangriffen in Auslandseinsätzen oder des Einsatzes von unbemannten Drohnen zur Folge hätten. Untersuchungen zur Einstellung der Bevölkerung zeigten demnach, dass insbesondere in Deutschland große Vorbehalte gegenüber dem Einsatz der Luftwaffe bestehen (im Unterschied zu den USA und Großbritannien), ein Umstand, der darauf zurückgeführt wird, dass pazifistische Überzeugungen in Deutschland infolge des Zweiten Weltkrieges besonders ausgeprägt sind: „[...] die Deutschen sind deutlich empfänglicher für Desinformations-Kampagnen und anti-militärische Kampagnen als die meisten anderen NATO-Nationen.“³¹ Ausgehend von der Problematik mangelnder Unterstützung, werden Vorschläge gemacht, wie die Kommunikation von Kriegseinsätzen verbessert werden kann, um deren Akzeptanz zu erhöhen und gegnerischen „Falschinformationen“ offensiv entgegenzuwirken.

Die Bedeutung dieses Themas für die Nato-Luftwaffe wird dadurch unterstrichen, dass es auch von der letzten Air and Space Power Conference aufgegriffen wurde, welche unter dem Titel „Air Power and Strategic Communication – Nato Challenges for the Future“ 2015 in Essen stattfand. Hier lag der Fokus auf strategischer Kommunikation als Mittel, um unliebsamen Überzeugungen in der Bevölkerung zu begegnen. Im Vorfeld der Konferenz veröffentlichte das JAPCC – in Zusammenarbeit mit dem Exzellenzzentrum für strategische Kommunikation (StratCom COE) in Riga – einen Einführungstext, welcher die Teilnehmenden auf das Thema einstimmen und zum Nachdenken anregen sollte. Darin findet sich u. a. folgende Äußerung: „Die Lawfare Bewegung, welche zivile Verluste als Rechtfertigung nutzt, hat nicht nur

Luftmunitionen, die für zukünftige Konflikte benötigt werden, verboten (Streubomben sind sehr wichtig, wenn ein Feind bekämpft wird, der als konventionelle Kraft organisiert ist), sondern versucht auch die Regel zu etablieren, dass JEDER Verlust von Zivilisten oder ziviler Kollateralschaden ein Kriegsverbrechen ist. Die NATO wird alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um zivile Verluste zu vermeiden.“³² Der Hinweis, die Nato werde alle Ressourcen nutzen, um zivile Opfer zu vermeiden, kann nur noch als verlogen bezeichnet werden, wenn im vorangegangenen Satz die Notwendigkeit von Streubomben betont wird – Kriegsmittel, die nicht umsonst wegen der Verursachung grausamer Verletzungen, unter denen größtenteils die Zivilbevölkerung leidet, inzwischen von über 100 Staaten – darunter auch Deutschland – geächtet werden. Die Argumentation, mit der die Akzeptanz der Nato-Luftwaffe verbessert werden soll, ist, wie das vorherige Beispiel zeigt, perfide. Die Kritik der Gegner von Luftwaffeneinsätzen und besonders an deren hohen zivilen Opferzahlen wird als illegitim und falsch dargestellt, diese Argumentation diene primär dazu, die Luftwaffe zu schwächen. Auf diesem Weg werden zivile Opfer auf eine bloße instrumentelle Argumentationshilfe von Kriegsgegnern reduziert, anstatt das kaum zu ermessende menschliche Leid, das (Bomben-)Kriege mit sich bringen, zu problematisieren und hierfür Verantwortung zu übernehmen. Wichtiger als die Vermeidung ziviler Opfer scheint tatsächlich die Vermeidung einer entsprechenden Berichterstattung. Es bleibt zu hoffen, dass „die Deutschen“³³ auch in Zukunft ihre kritische Haltung gegenüber Luftwaffeneinsätzen bewahren bzw. diese ungeachtet von strategischen Bemühungen um eine bessere Reputation der Luftwaffe noch zunimmt.

Centre of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters (COE CSW)

Rahmennation: Deutschland (Kiel)

Akkreditierung: 2007

Beteiligte Nationen: DEU, GRC, ITA, NLD, POL, TUR, FIN, USA

Standort

Eingerichtet auf Initiative Deutschlands, befindet sich das Exzellenzzentrum für Einsätze in begrenzten und seichten Gewässern (Operations in Confined and Shallow Waters – CSW) an einem der zentralen Standorte der deutschen Marine, dem Marinestützpunkt in Kiel am Tirpitzhafen. Hier befindet sich das Exzellenzzentrum im Stabsgebäude der Einsatzflottille 1, welche ebenfalls für maritime Operationen in Küstengewässern und Randmeeren zuständig ist. Vor diesem Hintergrund sind ihr primär kleine bewegliche Einheiten zugeordnet, wie z. B. Schnellbootgeschwader, Minensuchgeschwader, U-Boot-Geschwader und auch das Kommando Spezialkräfte Marine (SEK M). Neben der Einsatzflottille 1 sind am Standort Kiel auch die Minensucher der Marine und die Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik ansässig.³⁴ Man kann davon ausgehen, dass zwischen dem Exzellenzzentrum und der Einsatzflottille 1 eine enge Kooperation besteht, dies zeigt sich nicht nur in der räumlichen und inhaltlichen Überlappung, sondern auch auf der Führungsebene: Der Direktor des COE CSW ist gleichzeitig der Kommandeur der Einsatzflottille 1.

Arbeit

Was die Rolle des Exzellenzzentrums betrifft, so unterstreicht es auf seiner offiziellen Website die Bedeutung seiner Arbeit mit dem Hinweis, dass 70% der Erdoberfläche mit Wasser bedeckt sind, 80% der Weltbevölkerung in Küstennähe leben und 90% des internationalen Handels zur See erfolgen.³⁵ Berücksichtigt man darüber hinaus die enorme Bedeutung des maritimen Außenhandels für die deutsche Wirtschaft³⁶ – woraus die Bundeswehr-Marine ableitet, dass die „Maritime Sicherheit [...] für Deutschland lebenswichtig“³⁷ sei – so ist es wenig verwunderlich, dass Deutschland sich hier als Rahmation beteiligt. Weiterhin kommt eine vom Exzellenzzentrum angefertigte Studie zu dem Ergebnis, dass die zu erwartende Zunahme des globalen Handels „[i]nsbesondere in den folgenden Regionen: Intra-Fernost; zwischen Fernost und Ozeanien, Lateinamerika und dem Mittleren Osten [...] die Bedeutung der zentralen internationalen Schifffahrtsrouten weiter erhöhen [wird], welche unweigerlich durch CSW führen, da sie unverzichtbare Verbindungen zwischen den (bedeutenden) Häfen ebenso wie den (Mega-)Städten sind. Daher ist die Sicherung dieser SLOCS [Sea Lines of Communication] in CSW-Umgebung essenziell.“³⁸ Demnach wird also auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe der Marine in der militärischen Sicherung von Handelswegen bestehen, hier mit spezifischem Fokus auf seichte und Küstengewässer.

Neben solchen grundlegenden Argumenten für die gewichtige Rolle der Marine umfassen die Arbeitsschwerpunkte des Exzellenzzentrums verschiedene Projekte wie die Entwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen für zukünftige Marineeinsätze, die Bekämpfung von Seeminen und improvisierten Sprengfallen im Wasser (auch mittels Autonomer Unterwasser-Fahrzeuge (AUV)), Konzepte für die Bekämpfung von Piraterie und die Verknüpfung mit verschiedenen weiteren Domänen wie Luftwaffe, Cyberspace und Weltraum.

Im Rahmen dieser Projekte kooperiert das CSW einerseits mit zahlreichen Einrichtungen der Nato, insbesondere mit dem in den USA beheimateten maritimen Exzellenzzentrum Combined Joint Operations from the Sea (CJOS COE) und der Bundeswehr, darüber hinaus bestehen auch Kooperationen mit dem Institut für Transformationsstudien der Europäischen Universität Viadrina in Frankfurt Oder und dem Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK; siehe auch Kiel-Konferenz weiter hinten im Text).

Einen interessanten Einblick in die zukünftigen Einsatzbereiche der Nato-Marine in Küstengewässern und damit die Arbeitsschwerpunkte des Exzellenzzentrums bietet ein dort entwickeltes Arbeitspapier mit dem Titel „Zukünftige Einsätze in begrenzten und seichten Gewässern“, in dem globale Entwicklungen und ihre Folgen für die Küstenregion als „Schlachtfeld“ diskutiert werden. In diesem Dokument finden sich einige interessante Passagen bezüglich der antizipierten „Herausforderungen“ der Zukunft. Zunächst wird bezüglich der urbanen Entwicklung Folgendes festgestellt: „Städte werden bis 2040 65% der Weltbevölkerung beherbergen. Die Mehrheit dieser konzentrierten städtischen Cluster wird sich in der Nähe oder direkt an der Küste in Ufernähe und damit in Nähe zu CSW befinden.“³⁹ Damit befinden sich Großstädte also im potentiellen Einsatzgebiet von Marine-Operati-

onen und gerade in Städten wird von einer Verschärfung von Konflikten ausgegangen: „Verknappung lebensnotwendiger Ressourcen, gescheiterte Infrastruktur, erhöhte Wahrscheinlichkeit ansteckender Krankheiten und Einkommensunterschiede könnten zu Unzufriedenheit und gesteigerter Kriminalität bis hin zu zivilen Unruhen in urbanen Gebieten führen. Folglich werden möglicherweise Marine-Kräfte benötigt, um Friedens-Unterstützung, humanitäre Hilfe und Stabilisierungs-Einsätze in städtischer Umgebung in der Nähe von und innerhalb von CSW zu leisten.“⁴⁰ Die hier bereits angesprochene globale Ungleichheit, insbesondere in der Verteilung lebenswichtiger Ressourcen wird noch weiter ausgeführt: „[D]ie wachsende Nahrungsnachfrage bleibt ein lebensnotwendiges Thema für die Menschheit, während Hunger und Unterernährung zentraler Antrieb für Unruhen, Aufstände und Revolten sind, welche leicht Gebiete mit geschwächter Regierung bis hin zu gescheiterten Staaten hinterlassen.“⁴¹

Dass eine Vielzahl der Marine-Einsätze dem Schutz von Handelswegen und damit der westlichen Wirtschaft dient, ist inzwischen fast schon eine Binsenweisheit. Die zuvor zitierten Passagen machen darüber hinaus deutlich, dass man sich der verheerenden Folgen einer ungleichen globalen Verteilung von Wohlstand bis hin zu lebenswichtigen Ressourcen wie Nahrung und Trinkwasser auch in militärischen Kreisen wohl bewusst ist und diese auch konkret benennt. Das eigentliche Problem wird dabei aber nicht angegangen: anstatt die Politik und das System, welches solch ein Ungleichgewicht produziert, zu hinterfragen und politische Lösungen anzustreben, sieht man hierin bloß den Rahmen zukünftiger militärischer Interventionen. Diese werden an den eigentlichen Problemen nichts ändern, sondern im Gegenteil auch weiterhin eben jene Strukturen stützen, die für das globale Elend mitverantwortlich sind.

Um den anstehenden Entwicklungen auf einem „Schlachtfeld steigender Komplexität“ zu begegnen, empfiehlt das COE CSW: „Innovative Technologien wie künstliche Intelligenz, intelligente Netzwerke, fortgeschrittene Computertechnologie, Automation, Miniaturisierung, Nanotechnologie, Robotik, Bionik, generative Fertigung und fortschrittliche Schiffbau-Technologien müssen hinsichtlich ihres Potentials, operative Anforderungen in CSW zu unterstützen, bewertet werden.“⁴² Es ist anzunehmen, dass eine kritische Berücksichtigung möglicher damit einhergehender gesamtgesellschaftlicher Risiken (sofern sie überhaupt stattfindet) bei der Bewertung derartiger Technologien durch eine Einrichtung wie das COE CSW zu kurz kommen wird. Passend stellte man in der abschließenden Veröffentlichung der Kiel-Konferenz bezüglich autonomer U-Boote fest: „Von diesen wird erwartet, dass sie bald bis zu 6.000 t schwer sind und einen Einsatzradius von über 7.500 Seemeilen haben, inklusive der Fähigkeit, automatisch Ziele anzugreifen, ohne dass dabei ein Soldat involviert ist. In den Augen europäischer Staaten bringt ein solcher Einsatz potentielle ethische und rechtliche Probleme mit sich, während die USA, Russland oder China mit solchen Themen anscheinend offener umgehen.“⁴³ Kiel-Konferenz

Teil der Arbeit des COE CSW ist die Organisation verschiedener Konferenzen, hierzu gehört u. a. die Conference on Operational Maritime Law, die Maritime Secu-

riety Conference in Zusammenarbeit mit dem CJOS COE und die vom COE CSW und dem Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel im Juni 2015 erstmals ausgerichtete Kiel-Konferenz. Auf dieser trafen sich rund 80 internationale Experten aus den Bereichen Militär, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Zukünftig wollen die Veranstalter die Konferenz dauerhaft in der Kieler Woche verankern und auf lange Sicht als maritimes Pendant zur Münchener Sicherheitskonferenz etablieren. Offizielles Thema ist die maritime Sicherheit mit wechselnden regionalen Schwerpunkten. In der ersten Konferenz lagen diese auf der Ostsee und dem Umgang mit dortigen Seeminen. Im abschließenden Bericht der Konferenz wird u. a. auf die Bedrohung der Ostsee-Anrainerstaaten durch die angeblich zunehmenden militärischen Aktivitäten Russlands eingegangen: „Neben wiederholten aggressiven russischen Signalen ist die erhöhte Präsenz russischer Mittel für den Transport nuklearer Waffen in der Region [...] besonders besorgniserregend.“⁴⁴ In diesem Zusammenhang werden zwar auch „kritische“ Stimmen erwähnt, die die Bedrohungslage weniger problematisch einschätzen, der Grundtenor spiegelt sich aber beispielhaft in Überlegungen, wie, „[...] ob und in welchem Ausmaß das Konzept der Abschreckung mit nuklearem Schwerpunkt, angesichts einer neuen Facette russischer Militärstrategie hybrider Natur, tragfähig ist.“⁴⁵ Diese mündet wie so oft in der Forderung, die westlichen Militärausgaben weiter anzuziehen: „Westliche Staaten scheinen kontinuierlich die Beschneidung ihrer Verteidigungs-Anstrengungen fortzusetzen, primär aufgrund von Budget-Beschränkungen, anstatt sie der steigenden aktuellen Bedrohung anzupassen.“⁴⁶ Eine differenzierte Betrachtung der Rolle beider Seiten, wozu auch eine Problematisierung der massiven Aufrüstung der Nato-Ostflanke, der Nato-Präsenz im Schwarzen Meer und zahlreicher Nato-Manöver gehören müsste, sucht man hingegen vergeblich. Wenn man sich eine derart einseitige militärische Herangehensweise an mögliche Konflikte in der Ostsee vor Augen führt, scheint es absurd, dass der zweite Veranstalter neben dem CSW, das Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel, auf seiner Website schreibt, es sehe sich dem Motto der Universität „[...] ‚Der Frieden ist das wichtigste Gut‘, zutiefst verpflichtet.“⁴⁷ Neben der Beteiligung an der Kiel-Konferenz macht auch die Arbeit des Instituts die Widersprüchlichkeit dieses Mottos deutlich, so wurde etwa für das Bundesministerium für Verteidigung eine Studie über die Effektivität der Aufstandsbe kämpfung in Afghanistan und vergleichbarer Einsätze erstellt. Wirft man weiterhin einen Blick auf die Institutsleitung, so wird die Nähe des Instituts zum Militär noch deutlicher. Prof. Dr. Joachim Krause wird u. a. mit folgenden Einschätzungen zur Ukraine-Krise zitiert: „Besser wäre eine Politik, die auf Eskalationsdominanz zielt und dabei auch realistische militärische Maßnahmen nicht ausschließt. Dazu können Waffenlieferungen an die Ukraine ebenso gehören wie amerikanische Luftunterstützung für die Ukraine im Kampf gegen irreguläre Truppen [...]“⁴⁸

Betrachtet man diese aggressive Rhetorik und die Arbeitsschwerpunkte des ISPK, so überrascht die Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen wenig. Vielmehr scheinen sich zwei „Partner im Geiste“ gefunden zu haben. Denn genauso wenig wie das ISPK folgt das Ex-

zellenzentrum für Einsätze in begrenzten und seichten Gewässern dem Motto „Der Friede ist das wichtigste Gut“. Anstelle des Friedens steht vielmehr die militärische Wahrung einseitiger (Sicherheits-)Interessen in den Küstenregionen der Welt im Vordergrund.

Fazit

Die im vorliegenden Artikel getroffene Auswahl der von Deutschland als Rahmennation geförderten Exzellenzzentren bildet selbstredend nicht das vollständige Spektrum aktiver Nato-Exzellenzzentren ab. Sie bietet vielmehr einen ersten Anhaltspunkt dafür, wie die eingangs geschilderten Arbeitsprinzipien und Schwerpunkte dieser wachsenden Nato-Struktur konkret aussehen können und ermöglicht einen Einblick in die militärische Logik, auf Basis derer sich in den jeweiligen Denkfabriken mit verschiedenen Themen befasst wird. Abschließend sollen hiervon ein paar wiederkehrende Aspekte kurz zusammengefasst werden.

Bemerkenswert ist zunächst die Bewertung vergangener Konflikte unter Nato-Beteiligung. Dabei ist es geradezu symptomatisch, dass der Fokus ausschließlich auf kurzfristigen militärischen Erfolgen liegt – die enorme Anzahl ziviler Opfer und die anhaltenden strukturellen Folgen zerstörter Infrastruktur werden dagegen nicht berücksichtigt. Eine solche unreflektierte Betrachtung spiegelt sich auch in der Auseinandersetzung mit sogenannten gescheiterten oder instabilen Staaten wider. Unabhängig von der Frage, ob eine derartige Einteilung von Staaten sinnvoll ist, gilt es anzumerken, dass diese als aktuelle und zukünftige Problemherde gesehen werden. Die eigene Mitverantwortung für den Zustand einzelner Länder infolge von Nato-Interventionen oder westlicher Außen- und Wirtschaftspolitik findet dabei allerdings systematisch keinerlei Berücksichtigung. Dementsprechend werden zu erwartende Konflikte aufgrund zerstörter Staaten, Armut und globaler Ungleichheit, wie sie in verschiedenen Publikationen vorhergesagt werden, ausschließlich als potentielle Schauplätze zukünftiger Kriegseinsätze bewertet.

Um auf diese vorbereitet zu sein, wird sowohl vom JAPCC als auch vom COE CSW die für die Nato schon als symptomatisch zu bezeichnende Forderung nach höheren Investitionen in die jeweilige Streitkräfte-Gattung vorgetragen. Die parlamentarische Kontrolle der Haushalte und gesellschaftspolitischen Umstände wie massive Verschuldung und Sparzwang – verschärft nicht zuletzt in Folge der Finanzkrise – werden dabei völlig ignoriert, ebenso wie die bereits laufenden, massiven Rüstungsausgaben der einzelnen Staaten oder der Nato als Ganzes.

Sowohl die internationale Beteiligung an bereits bestehenden Exzellenzzentren als auch die fortlaufende Akkreditierung neuer Anlagen vermag einen ersten Aufschluss über das Gewicht der jeweiligen Themenschwerpunkte innerhalb der Allianz zu bieten. So drückt sich der aktuelle Ausbau von Kompetenzen im Bereich „Strategischer Kommunikation“ innerhalb der Nato auch in der Einrichtung des eigens hierfür zuständigen Exzellenzzentrums aus, welches Anfang 2014 im litauischen Riga seine Arbeit aufnahm. Dabei bleibt die strategische Kommunikation nicht auf die Tätigkeit des StratCom COE beschränkt, sondern findet sich ebenso in der Arbeit des



Proteste bei der Kieler Woche. Quelle: warstartsherekiel.noblogs.org

JAPCC. Führt man sich in diesem Zusammenhang vor Augen, wie die Planungen bezüglich des kommunikativen Umgangs u. a. mit zivilen Opfern von Luftschlägen aussehen, so wird einmal mehr deutlich, was sich eigentlich hinter diesem Begriff verbirgt: militärische Propaganda mit dem Ziel, die Akzeptanz der eigenen Position in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Der in den Exzellenzzentren der Nato betriebene Militarismus beschränkt sich nicht auf die einzelnen Einrichtungen, sondern wird von diesen auch offensiv nach außen, in ihr ziviles Umfeld getragen und zeigt sich im Ausmaß, in dem sich darum bemüht wird, die Zivilgesellschaft in die jeweiligen Aktivitäten mit einzubeziehen. Während dieser Aspekt im Fall des Civil-Military Cooperation Centre of Excellence bereits im Namen der Einrichtung deutlich wird, sind auch die übrigen Exzellenzzentren nicht untätig, sei es durch zivile Gäste auf Konferenzen, Veranstaltungen, die gezielt die Zivilgesellschaft einbinden, oder Kooperationen mit verschiedenen Universitäten.

Die Fragesteller der in der Einleitung erwähnten kleinen Anfrage äußerten die Sorge, es könne sich bei den Nato-Exzellenzzentren um eine Struktur handeln, die abseits von militärischer Befehlskette, politischer Kontrolle und kritischer Öffentlichkeit eine offensivere Nato-Doktrin vorantreibt, in welcher das Völkerrecht kaum Beachtung findet. Abschließend lässt sich sagen, dass diese Sorge nicht nur berechtigt ist, sondern die Problematik noch deutlich weitergeht. Wie die ausgewählten Publikationen der einzelnen Exzellenzzentren zeigen, findet die Entwicklung offensiver Doktrinen bereits innerhalb der COEs statt. Seien es Empfehlungen des JAPCC zu Abschreckungspotentialen atomarer Waffen und Weiterentwicklung von Drohnentechnologie oder die Überlegungen des COE CSW bezüglich zukünftiger Einsätze in Küstengewässern: Es lässt sich sagen, dass es sich hier in Übereinstimmung mit dem derzeitigen Vorgehen der Nato nicht um Planungen zur Landesverteidigung, sondern um Interventionen außerhalb des Bündnisgebiets handelt. Aber auch die Arbeit des CCOE und des MILENG dienen u. a. der gezielten Unterstützung von Auslandseinsätzen, die CIMIC-Doktrinen im Rahmen der „vernetzten Sicherheit“ beispielsweise sind derzeit wohl kaum zur Aufstandsbekämpfung in Europa oder Nordamerika gedacht.

Mit verschiedenen Konzepten und Planungen zukünftiger Einsatzfelder in internationalen Krisenherden wird der ideologische Boden für weitere Nato-Einsätze bereitet und gleichzeitig durch die vermehrte Einbeziehung der Zivilgesellschaft höhere Akzeptanz für diese angestrebt. Der Fokus liegt dabei primär auf der militärischen „Lösung“ internationaler Konflikte und Probleme, mögliche politische Lösungen werden dagegen ebenso ausgespart wie die finanzpolitische Situation einzelner Mitgliedstaaten. Diese Entwicklung ist bedenklich, da auf diesem Weg suggeriert wird, dass Konflikte primär mit militärischen Mitteln gelöst werden könnten und so ein einseitiger außenpolitischer Diskurs gefördert wird, der politische und zivile auf Kosten von militärischen Lösungen verdrängt. Diese Tendenz, einer Abkehr vom Politischen zugunsten des Militärischen zeigt sich in den letzten Jahren auch zunehmend in der deutschen Außenpolitik. Zwar liegt der Ursprung dessen nicht in den Nato-Exzellenzzentren, aber sie erweisen sich als Förderer einseitiger militärischer Ideologie, die in außenpolitischen Fragen das Primat des Militärischen vertritt, das durch zahlreiche Veranstaltungen an Politik und Zivilgesellschaft herangetragen und mittels strategischer Kommunikation auch zunehmend in den medialen Diskurs eingebracht wird.

Diese Entwicklungen innerhalb einer Struktur von Exzellenzzentren, deren Ziel ausdrücklich darin besteht, den Transformationsprozess der Nato zu befördern, macht deutlich, in welche Richtung sich die Nato konsequent entwickelt: Hin zu einem zunehmend offensiven und aggressiven militärischen Interventionsbündnis, eine Tendenz die auch in der seit einiger Zeit beliebten Bezeichnung 360°-Nato deutlich wird. Konkret äußerte sich hierzu der General der Deutsch-Niederländischen Brigade mit dem Hinweis, die Nato müsse „einen 360-Grad-Blick [haben], also rundherum. Und sich darauf einstellen, in allen möglichen denkbaren Einsatzgebieten und in allen denkbaren Einsatzszenarien eingesetzt zu werden. Das sagt sich einfach, ist aber schwer umzusetzen.“⁴⁹ Bei der Erleichterung dieser Umsetzung dürften die Nato-Exzellenzzentren ein geeignetes Mittel darstellen.

Man sollte sich daher keinen Illusionen über die Natur der Nato hingeben. Auch wenn sie sich laut Selbstdarstellung als Verfechter demokratischer Werte der friedlichen Lösung von Konflikten verschrieben hat, handelt es sich

um ein militärisches Interventionsbündnis, dessen Einsätze den Interessen seiner Mitglieder dienen und von friedlichen Lösungen und demokratischen Werten meilenweit entfernt sind.

Glücklicherweise gehen diese Entwicklungen nicht ganz unbemerkt vonstatten. Sowohl gegen einzelne Nato-Exzellenzzentren als auch gegen die von diesen ausgerichtete Veranstaltungen regt sich in den letzten Jahren Widerstand. 2015 formierte sich in Kiel ein breites Bündnis aus regionalen politischen, gewerkschaftlichen und universitären Gruppen gegen die Kiel-Konferenz, die im Rahmen des Volksfests „Kieler Woche“ vom Center of Excellence for Operations in Confined and Shallow Waters und dem Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel abgehalten wurde. Unter dem Motto „War starts here – Keine Kriegs-Konferenz in Kiel!“ wurde zur Demonstration gegen die Veranstaltung aufgerufen. Ein Aufruf, dem über 400 Menschen folgten und der sich neben der Konferenz auch gegen die Kooperation der Universität mit militärischen Einrichtungen wie dem COE CSW richtete.

Im gleichen Jahr folgten über 700 Demonstrierende dem Aufruf „Kein Nato-Kriegsrat in Essen“, der sich gegen die dort stattfindende Konferenz des Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) richtete und u. a. „[k]eine Nato-Planung neuer Kriege – Kein Werben fürs Inferno!“ forderte sowie die „Abschaffung des JAPCC und umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit!“.

Man kann nur hoffen, dass diese Proteste in den kommenden Jahren noch zunehmen und gerade Veranstaltungen wie die Kiel-Konferenz, die als maritime Sicherheitskonferenz etabliert werden soll, in Zukunft wachsendem Widerstand gegenüberstehen.

Siehe für eine Langfassung dieses Textes, bei der u.a. zwei weitere CoEs untersucht werden, die gleichnamige IMI-Studie 6/2016.

Anmerkungen

- 1 Alternativ auch Kompetenzzentren. Im Folgenden wird der Begriff Exzellenzzentrum sowie die englische Abkürzung COE gleichbedeutend verwendet.
- 2 Aktuelle existieren 23 akkreditierte Exzellenzzentren und das Counter Intelligence Centre of Excellence (CI COE) befindet sich im Akkreditierungsprozess (Stand April 2015). Es ist anzunehmen, dass auch hier die Akkreditierung erfolgen wird, daher wird im Text von 24 Exzellenzzentren gesprochen.
- 3 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/4567, dip21.bundestag.de, 09.04.2015
- 4 Nato: Topics. Allied Command Operations, nato.int, 11.11.2014
- 5 Nato: Topics. Allied Command Transformation, nato.int, 11.11.2014
- 6 Nato Press Releases: Final Communiqué - Ministerial Meeting of the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group held in Brussels on Thursday, nato.int, 12.06.2003
- 7 NATO Lessons Learned Portal: Centres of Excellence, nllp.jallc.nato.int
- 8 Hierbei handelt es sich um 22 europäische und asiatische Staaten, die in unterschiedlichem Ausmaß militärisch in die Nato eingebunden sind. Ausgewählten Mitgliedsstaaten kann das PfP u. a. als Vorstufe zu einer Nato-Mitgliedschaft dienen.
- 9 Guy B. Roberts: NATO's Centers of Excellence: A Key Enabler in Transforming NATO to Address 21st Century Challenges, stanley-foundation.org, 08.10.2014
- 10 Ministry of National Defence Republic of Lithuania: News releases. Georgia joins NATO Energy Security Centre of Excellence

in Vilnius, kam.lt, 17.10.2014

- 11 Drucksache 18/4567, 09.04.2015, S. 14
- 12 Roberts: NATO's Centers of Excellence, 2014
- 13 Streitkräftebasis: Vernetztes Wissen. Das ABC-Abwehr-Kompetenzzentrum in Tschechien, kommando.streitkraeftebasis.de, 18.03.2014
- 14 NATO Lessons Learned Portal: Communities, nllp.jallc.nato.int
- 15 Hybl und János: Centres of Excellence, 2001
- 16 Department of the Navy information technology magazine CHIPS: Q&A with Royal Navy Commodore R. J. Mansergh Deputy Director, U.S. Second Fleet, CHIPS Magazine, July-September 2008, S. 11
- 17 siehe z. B.: James A. Lewis: The Role of Offensive Cyber Operations in Nato's Collective Defence, Tallinn Paper No. 8, CCD COE, ccdcoe.org, 2015
- 18 NATO Lessons Learned Portal: Centres of Excellence, nllp.jallc.nato.int
- 19 Die genannten Zahlen ergeben sich aus der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Linken (Drucksache 18/4567). Die gesamten Ausgaben dürften inzwischen deutlich höher liegen, da Deutschland seit besagter Anfrage Anfang 2015 sechs weitere Exzellenzzentren finanziell unterstützt.
- 20 Siehe JAPCC-Reports 2008-2015
- 21 So Brigadegeneral Nolte gegenüber der Rheinischen Post. (Marc Cattelaens: Der Luftwaffenstandort Kalkar wächst, rp-online.de, 06.03.2014)
- 22 Joint Air Power Competence Center: About JAPCC, japcc.org
- 23 Bundeswehr Luftwaffe: Joint Air Power Competence Centre, luftwaffe.de
- 24 JAPCC Report 2012, japcc.org
- 25 JAPCC Journal Edition 17, Spring/Summer 2013, japcc.org, S. 44
- 26 White Paper 2010-01: Strategic Concept of Employment for Unmanned Aircraft Systems in NATO, japcc.org, S. 2
- 27 JAPCC: Report 2011, japcc.org
- 28 JAPCC: Future Vector Project, Present Paradox – Future Challenges 2014, japcc.org, S. 61
- 29 JAPCC: Air & Space Power in Nato – Future Vector Part I, japcc.org, Juli 2014, S. 70
- 30 Ebd.
- 31 JAPCC: Read Ahead, Air Power and Strategic Communications – NATO Challenges for the Future, japcc.org, 2015, S. 35
- 32 Ebd., S. 46 f.
- 33 So die Formulierung in der Studie Mitigating the Disinformation Campaigns against Airpower
- 34 Attac-Kiel, Avanti-Kiel, GEW-Kreisverband Kiel: Militär und Rüstung in Kiel, gegenwind.info, 2014
- 35 COECSW: OUR COE: Our Expertise, coecsw.org
- 36 Laut Jahresbericht der Marine zur maritimen Abhängigkeit Deutschlands - Zusammenfassung 2015: „Der Export hatte hier mit 76,26 Mio. t zwar nur einen Mengenanteil von 31,3%, erzielte aber mit 283,3 Mrd. € einen Wertanteil von 62,2 %“
- 37 Bundeswehr Marine: Der Auftrag der Marine, marine.de
- 38 COE CSW: Study Paper (First Edition) on Prospective Operations in Confined and Shallow Waters, coecsw.org, 2015, S. 22
- 39 Ebd., S. 2
- 40 Ebd.
- 41 Ebd., S. 3
- 42 Ebd., S. 4
- 43 COE CSW: Kiel Conference 2015 Baltic Sea Focus – Conference Documentation, kielconference.com, S. 22
- 44 Ebd., S. 12
- 45 Ebd., S. 15
- 46 Ebd., S. 14
- 47 Institut für Sicherheitspolitik: Kiel Conference, ispk.uni-kiel.de
- 48 Prof. Dr. Joachim Krause: Droht der „große Krieg?“ Erschienen in der FAZ am 04.09.2014 „Fremde Federn“
- 49 Informationen am Morgen: Abschreckung mit Mängeln, deutschlandfunk.de, 28.12.2015

Und zu Wasser ...

Die NATO als Seemacht

von Claudia Haydt

Für die NATO als Atlantisches Bündnis spielt die Marine traditionell eine wichtige Rolle. Dennoch war bis 1990 der Fokus der Rüstungsbemühungen und Militärstrategien auf den Eisernen Vorhang quer durch Europa orientiert, was zu einer Dominanz von land- und luftgestützten Einsatzplänen führte. Nach dem vorläufigen Ende der Blockkonfrontation und dem zunehmenden ökonomischen Wettlauf mit den aufstrebenden neuen Industriemächten (Stichwort: BRICS-Staaten) spielen maritime Strategien und maritime Aufrüstungsprojekte eine zunehmend wichtige Rolle. Im Mittelpunkt der aktuellen NATO-Marine-Aktivitäten stehen vor allem drei Schwerpunkte: die Abwehr von Flüchtlingen, der Kampf gegen Piraten rund um Somalia und der Aufbau einer Drohkulisse gegen Russland, vor allem durch eine verstärkte Präsenz im Bereich Mittelmeer/Schwarzes Meer und der Ostsee.

NATO und Bundesmarine

Die deutsche Marine war die erste Teilstreitkraft der Bundeswehr, die Verbände der NATO unterstellte. Damit hatte die neu aufgestellte Bundeswehr bereits ab dem Jahr 1957 die Möglichkeit, auch jenseits der deutschen Grenzen Präsenz zu zeigen. Der Bewegungsfreiheit von Marinestreitkräften sind, solange sie sich in internationalen Gewässern aufhalten, ohnehin wenig Grenzen gesetzt. Marinestreitkräfte sind auch dann, wenn sie nicht in kriegerische Handlungen verwickelt sind, ein wichtiges machtpolitisches Instrument. Neben der Überwachung der jeweiligen Gegner und der Kontrolle strategischer Handelsrouten kann ein Land oder ein Militärbündnis in strategisch wichtigen Regionen Präsenz zeigen und allein mit der „glaubwürdigen“ Androhung möglicher Interventionen die politische Gemengelage beeinflussen. Diese Form der „Kanonenbootpolitik“ gehört keineswegs der Vergangenheit an.

Die NATO unterhält zwei stehende Maritime Einsatzverbände. Die Standing NATO Maritime Group 1 (SNMG1) beziehungsweise die Vorgängereinheit steht seit den 1960er Jahren als Verband für schnelle Kriseninterventionen (oder Angriffe) zur Verfügung. Dieser maritime Verband ist der älteste ständige Einsatzverband der NATO. Seit 1968 standen über 150.000 Soldat*innen und mehr als 500 Schiffe unter dem Kommando des SNMG1. Dieser stehende Verband ist militärisch hoch gerüstet, er besteht zumeist aus sechs bis zehn Zerstörern, Fregatten und/oder Kreuzern. Die militärische Führung der SNMG1 wird vom Maritime Component Command in Northwood (Großbritannien) wahrgenommen. Neben kanadischen, US-amerikanischen, britischen, niederländischen und deutschen Schiffen beteiligen sich auch immer wieder Einheiten aus anderen NATO- oder Drittstaaten an gemeinsamen Übungen, zum Beispiel aus Australien oder der Ukraine.

Der Einsatzschwerpunkt der SNMG1 lag anfänglich

im Atlantik. Anfang der 1990er Jahre wurde auch das Mittelmeer zum Operationsgebiet. So beteiligte sich die Vorgängereinheit der SNMG1 an der Seeblockade „Operation Sharp Guard“ im Kontext des Jugoslawienkrieges. Im Jahr 2004 wurde die regionale Begrenzung endgültig aufgehoben.

Die Festung verteidigen?

Die SNMG1 führt wie ihr Gegenstück, die SNMG2, regelmäßige Übungen durch, an denen man die möglichen Einsatzszenarien dieser Kriegsflotten ablesen kann. So endete Mitte Mai 2016 das Manöver „Baltic Fortress“ (baltische Festung), das seit 2008 regelmäßig durchgeführt wird. 14 Kriegsschiffe aus zehn Ländern übten auf Einladung des diesjährigen Gastgebers Litauen die Zusammenarbeit unter anderem beim Abfeuern von Artillerie und bei der Unterbindung des Seeverkehrs. Das Ziel der NATO bei diesen Manövern ist offensichtlich, sie will möglichst dicht an der russischen Grenze Stärke zeigen. Eine Absicht, die sich auch bei den Plänen für die zukünftig deutlich intensiviertere Kooperation der NATO mit den Nicht-NATO-Staaten Finnland und Schweden zeigt. Entspannungspolitik und vertrauensbildende Maßnahmen scheinen aktuell nicht hoch auf der Prioritätenliste der NATO zu stehen.

Der Vorgänger des zweiten stehenden Marineverbandes der NATO (SNMG2) hatte seinen Schwerpunkt im Mittelmeer und wurde ursprünglich nur für einzelne Einsätze aktiviert. Für die Bundesmarine bildete die damalige „on-call-Force“ (NAVOCFORMED) seit 1987 einen neuen Einsatzschwerpunkt. Damals zogen viele NATO-Mitgliedsstaaten anlässlich des ersten Golfkrieges ihre Einheiten aus dem Mittelmeer ab und die westdeutsche Marine füllte diese Leerstelle auf und ist seitdem nahezu permanenter Teil der NATO-Präsenz im Mittelmeer. Während des zweiten Golfkrieges Anfang der 1990er traf die NATO die Entscheidung, aus der ad-hoc-Einheit einen zweiten ständigen Verband zu generieren. Dieser zweite Verband wird aus dem NATO-Maritime Component Command in Neapel (Italien) befehligt. Dass es bei der SNMG2 um mehr geht als nur um rein technische Seeraumüberwachung ist bereits aus der Tatsache ersichtlich, dass sie Teil der schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force) ist.

Kanonenbootpolitik gegen Flüchtlinge?

Die Unfähigkeit der EU-Staaten einer, im Verhältnis zur Einwohnerzahl der 28 Mitgliedsstaaten, überschaubaren Anzahl von Flüchtlingen eine sichere Zuflucht zu bieten, führte zu nahezu panischen und in jedem Fall unmenschlichen Abschottungsmaßnahmen. Neben Küstenschutz, Polizei und der Grenzschutzagentur Frontex starteten sowohl die EU als auch die NATO militärische Einsätze. Diese richteten sich offiziell gegen kriminelle Schleuser,

faktisch jedoch gegen die Flüchtlinge selbst, die immer längere und immer gefährlichere Routen auf sich nehmen müssen.

Die Bundesmarine ist mit dem Einsatzgruppenversorger Bonn als Flaggschiff Teil des NATO-Anti-Flüchtlingseinsatzes in der Ägäis. Die Bonn ist mit 174 Metern Länge eine der größten Einsatzplattformen der deutschen Marine. Von ihr aus überwachen etwa 200 Bundeswehrsoldat*innen besonders rund um die griechischen und türkischen Inseln Lesbos und Chios den Seeraum, melden gesichtete Flüchtlingsboote an die griechischen und türkischen Behörden weiter und kontrollieren, dass diese auch wirklich ihren Beitrag zur Abschottung der EU leisten. Die insgesamt rund 1.100 NATO Soldat*innen auf acht Kriegsschiffen haben zwar keinen explizit militärischen Auftrag, aus der Perspektive eines Schlauchbootes voller verzweifelter Menschen oder eines kleinen Kutters der Küstenwache, spielt dies beim Anblick der riesigen Kriegsschiffe jedoch wohl kaum eine Rolle.

Der Spiegel (20.4.2016) nennt diese, vom deutschen Admiral Jörg Klein geführte Aktion, „eine Art Kontrollmechanismus für den Flüchtlingsdeal mit der Türkei.“ Dabei muss man wohl von einer neuen Form der Kanonenbootdiplomatie reden. Ähnliches gilt wohl auch für die EU-Operation vor der Küste Libyens. Überall wird mit schmutzigen Deals eine tödliche Abschottungspolitik durchgesetzt, die sowohl völker- als auch menschenrechtliche Standards mit Füßen tritt.

Geopolitische Kontrollansprüche

Neben den zwei stehenden Kampfverbänden unterhält die NATO auch zwei Anti-Minen-Einheiten. Die Standing NATO Mine Countermeasure Group 1 (SNMCMG1) stand im ersten Halbjahr 2016 unter deutscher Leitung und die Marine war mit den Minenjagdbooten Dillingen (rund 40 Soldat*innen) und Tender Donau (rund 100 Soldat*innen) beteiligt. Dass es sich auch hier nicht um rein defensive Verbände handelt, kann an früheren Zielen abgelesen werden, zu denen etwa das Rote Meer oder Georgien gehörten.

Diese militärische Präsenz in verschiedenen Regionen zeigt an, wo die NATO Anspruch auf Gestaltung oder wenigstens Mitgestaltung der politischen Situation erhebt oder in anderen Worten: der Radius der maritimen Präsenz zeigt auch, wo die Interessen der NATO-Staaten liegen.

Piraten? Seewege?

Ein besonderer regionaler Schwerpunkt der NATO war in den letzten Jahren rund um das Horn von Afrika, in weiten Teilen des westlichen Indischen Ozeans bis zum Persischen Golf zu verzeichnen. Unter der Prämisse des Kampfes gegen die Piraterie führte die NATO seit August 2009 die Operation Ocean Shield durch. Das Mandat wurde seit dem regelmäßig vom NATO-Rat verlängert – zuletzt bis Ende 2016. Die NATO arbeitet dabei eng mit der EU-Militäroperation ATALANTA zusammen.

Die NATO geht mit der Operation Ocean Shield recht pragmatisch um. Sie unterstellt ihr regelmäßig einige der Schiffe, der stehenden Marineverbände, die ohnehin

in der Nähe sind. Auf diesem Wege haben die Einsatzverbände einen deutlich größeren Spielraum für militärische Einsätze. So ermöglicht ihnen die Absprache mit der international anerkannten somalischen Regierung – die allerdings vor Ort nur wenige Teil Somalias kontrolliert – die Operationsfreiheit auch in somalischen Hoheitsgewässern. Die Operationen von Spezialeinheiten im Landesinneren von Somalia, einschließlich wiederholter Angriffe durch Killerdrohnen, finden unabhängig von der NATO statt. Das US-amerikanische Joint Special Operations Command, betreibt nach Recherche von Foreign Policy¹ sogar einen Drohnenstützpunkt in Somalia von dem aus wahrscheinlich Hunderte von Menschen aus der Luft getötet wurden. Diese Einsätze werden vom AFRICOM in Stuttgart aus koordiniert. Der dortige Sprecher versteht die Drohnenangriffe als Unterstützung von AMISOM, der Militärmission der Afrikanischen Union in Somalia. Diese wiederum arbeitet eng mit der EU-Ausbildungsmission EUTM-Somalia zusammen, die sich ihrerseits operativ mit Operation Ocean Shield abstimmt.

Folglich müssen der völkerrechtswidrige Drohnenkrieg der USA, die maritime Präsenz von EU und NATO und die EU-Ausbildungsmission wohl als Teil der gleichen Strategie zur Kontrolle der geostrategisch wichtigen Region gesehen werden.

Tödliche Prioritäten

Die Piraterie in der Region um das Horn von Afrika ist zur Zeit tatsächlich weitgehend zum Erliegen gekommen. Allerdings ist dies wohl mehr eine Konsequenz des internationalen militärischen Eingreifens in die Bürgerkriege in Somalia und im Jemen², die kaum noch Rückzugsräume für Piraten lassen und weniger ein Ergebnis der Präsenz der maritimen Flottenverbände. Als Ergebnis fahren die westlichen Handelsschiffe zwar sicherer, die Menschen in der Region bezahlen dafür jedoch mit mehr Unsicherheit, mehr Tod und Hunger. In Jemen droht mehr als 7 Millionen Menschen der Hungertod und in Somalia 2,5 Millionen.³ Dem Welternährungsprogramm fehlen jedoch zunehmend die Gelder für die Nahrungsmittelhilfe in der Region.⁴

Diese Entwicklung ist deswegen auch besonders tragisch, da die so genannten Anti-Piraterie-Missionen von EU und NATO vor allem damit begründet wurden, den sicheren Zugang des World Food Programms zu gewährleisten. Im Jemen wurden bisher von den im Jahr 2016 benötigten 1,8 Milliarden Dollar gerade einmal 16% der UN zur Verfügung gestellt. In Somalia sieht die Situation kaum besser aus. 1,8 Milliarden Dollar entsprechen ungefähr den Kosten für zwei moderne Fregatten (F-125) der Bundeswehr. Doch während die Bundeswehr und auch die NATO im Namen der „Sicherheit“ immer mehr Geld fürs Militär einfordern, fehlt die tatsächlich zum Überleben notwendige Hilfe. Die NATO-Politik tötet – mit Waffen und durch die verheerende finanzielle Prioritätensetzung ihrer Mitgliedsstaaten.

Anmerkungen

- 1 U.S. Operates Drones From Secret Bases in Somalia, [Foreign Policy](#), 02.07.2015.
- 2 Obama's odious war in Yemen, [The Week](#), 19.05.2016.
- 3 Hunger, not war can end the world, [The News](#), 21.05.2016.
- 4 WFP warns money running out to feed Yemen, [IRIN](#), 12.05.2016.

Cyberwar und Inforaum

Die NATO und der Krieg auf dem fünften Schlachtfeld

von Thomas Gruber

„Der erste Schuss im nächsten großen Krieg wird im Web fallen“. Rex Hughes, Sicherheitsberater der NATO im Bereich der Cyber-Verteidigung, weiß die zentrale Bedeutung der Cyber-Kriegsführung für die Mitglieder des Nordatlantikkbündnisses in Szene zu setzen.¹ Neben klassischen militärischen Schauplätzen wie dem Krieg zu Land, in der Luft, im Meer und im Weltall wird der Cyberspace innerhalb der NATO längst als neues fünftes Schlachtfeld gehandelt. Der Begriff Cyberwar bezeichnet dabei kriegerische Aktionen im virtuellen Raum. Diese neuen Angriffstaktiken umfassen unter anderem Attacken auf feindliche Infrastruktur über das Internet, das Einschleusen fehlerhafter Hardware in Kommunikationsnetze und die gezielte Störung elektronischer Geräte durch Mikrowellen- oder elektromagnetische Strahlung.² Das Bedrohungsszenario, dem sich die NATO-Verbündeten bei der Thematisierung des Cyberkriegs bedienen, reicht von der bloßen industriellen oder diplomatischen Spionage bis zur vollständigen Sabotage kritischer ziviler und militärischer Infrastruktur. Die politischen und militärischen Entscheidungsträger_innen suggerieren, dass Cyberangriffe auf Krankenhäuser, Kraftwerke oder Kriegsgüter – vor allem jene, die über das Internet erfolgen – äußerst niedrigschwellig, „kostengünstig und effektiv“³ und daher auch von Staaten mit begrenzten militärischen Mitteln oder Hacker_innenkollektiven durchführbar sind. Suleyman Anil, der Leiter des NATO-Zentrums zur Reaktion auf Computerzwischenfälle, konstatiert: „Cyberverteidigung wird nun in den höchsten Rängen zusammen mit der Raketenabwehr und der Energiesicherheit in einem Atemzug genannt“.⁴ Dass allerdings eine Struktur zur Cyberverteidigung auf NATO-Seite jemals ohne die gleichzeitige Planung von Cyberangriffen gedacht wird, ist höchst unwahrscheinlich – denn innerhalb der NATO dominiert folgende Auffassung zum „Wert“ solcher Offensivkapazitäten: „[K]ann irgendeine militärische Macht glaubwürdig versichern, dass sie zukunftsweisende Fähigkeiten besitzt, wenn sich in ihrem Arsenal nicht auch offensive Cyberoperationen befinden?“⁵

Öffentliche Darstellung und Kooperationsstrukturen

Angriffe im Informationsraum werden auf Seite der NATO umfassend als Verteidigungsfall dargestellt. Ebenso defensiv orientiert berichtet auch die westliche Presse vornehmlich von Cyberangriffen auf NATO-Verbündete durch russische und chinesische Hacker_innen oder durch politische Aktivist_innen (wie das Kollektiv Anonymous). Die einzelnen Ziele der Angriffe auf die jeweilige Staats- und Wirtschaftsordnung sind dabei in klare Feindbilder abgegrenzt: Chinesische Angreifer_innen beschränken sich demnach auf die Wirtschaftsspionage,⁶ russische Hacks dagegen auf die politische Vergeltung gegenüber einzelnen Staaten oder NATO-Strukturen⁷ und aktivistische Hacker_innen zielen aus ideologischen

Gründen auf die Offenlegung von empfindlichen Staatsgeheimnissen ab.⁸ Gegen die erdrückende Flut von Cyberattacken kann sich die NATO also als Retterin – und zu gegebener Zeit gar als Rächlerin – der westlichen Werte- und Wirtschaftsunion hervortun. Doch für schlagkräftige Wehrhaftigkeit werden Strukturen und Technologie benötigt, Personal muss ausgebildet, eingestellt und Stellen müssen verstetigt werden – kurz: Der Verteidigungsetat der einzelnen NATO-Staaten wird entsprechend erhöht und es entstehen nationale und transnationale Kompetenzzentren zum Cyberwar. Dabei zeichnet sich auf Seiten der Staatsregierungen und deren Bündnissen ein Ringen um die Kontrolle des virtuellen Raumes ab. Waren gezielte Großangriffe im Cyberspace vor 10 bis 15 Jahren noch den mächtigen und reichen Staaten oder Konzernen vorbehalten, bangen diese nun zunehmend um ihren exklusiven Status und befürchten gegenüber Kleinstgruppen gekonnter Hacker_innen Informations- und Raumverluste im Cyberkrieg hinnehmen zu müssen.

Auf nationaler Ebene befassen sich traditionell meist Geheimdienste mit der Abwehr und der Durchführung von Cyberattacken (so beispielsweise im Falle der USA die National Security Agency und in Deutschland der Bundesnachrichtendienst). Der „Vorteil“, solch intransparent agierende Organisationen zu unterhalten, ist die Möglichkeit, selbst klandestine Spionage oder Sabotageangriffe durchführen zu können, ohne diese öffentlich thematisieren zu müssen. Nicht immer ist allerdings ein geheimer Schlagabtausch im Cyberspace politisch erwünscht: Es kann aus nationaler und geopolitischer Sicht durchaus sinnvoll sein, einen Cyberangriff als Kriegsakt zu stilisieren. Denn würde eine Cyberattacke als vollwertige kriegerische Aktion gegen einen NATO-Staat klassifiziert, so ließe sich daraufhin der in einer Politik der militärischen Eskalierung oft ersehnte Bündnisfall ausrufen. Auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 wurde konstatiert: „Ein Beschluss darüber, wann ein Cyber-Angriff zur Erklärung des Bündnisfalls nach Artikel 5 führen würde, wäre vom Nordatlantikrat fallweise zu fassen.“⁹ Mit ebendieser Prämisse arbeitet auch das 2008 in Estland gegründete Kompetenzzentrum für Cyberabwehr der NATO.¹⁰ Nach eigener Auffassung soll es die „Fähigkeit [...] bieten, Bündnismitglieder auf Verlangen bei der Abwehr eines Cyberangriffs zu unterstützen“.¹¹ Auch auf nationaler Ebene entstanden militärische Abteilungen zur Abwehr und zur Durchführung von Cyberangriffen. Die im Jahr 2008 gegründete *Abteilung Informations- und Computernetzwerkoperationen der Bundeswehr* soll neben einer Analyse des Bedrohungspotentials feindlicher Cyberattacken auch die Möglichkeiten offensiver digitaler Kriegsführung durch die Bundeswehr bearbeiten.¹² In Frankreich wurde im Jahr 2009 die regierungsamtliche Cybersicherheitsbehörde ANSSI ins Leben gerufen, die sich mit der Sicherheit französischer Informationssysteme befassen soll und dem Sekretariat zur nationalen Verteidigung und Sicherheit unterstellt ist.¹³ Das US-ameri-

kanische *United States Cyber Command* entstand im Jahr 2010 und setzt sich unter Führung *United States Strategic Command* mit den Möglichkeiten und Strategien des Cyberwar auseinander.¹⁴

Neben dem Aufbau eigener Strukturen und der Ausbildung militärischen Personals für Cyberaufgaben greift das NATO-Bündnis vor allem auf bereits bestehende Expertise aus der Privatwirtschaft zurück. Auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales wurde die Gründung einer *NATO Industry Cyber Partnership* (NICP) beschlossen, die beim Aufbau einer engen Kooperation zwischen dem Nordatlantikkündnis und Unternehmen der Kommunikationsindustrie behilflich sein soll. Bereits knapp zwei Wochen später trafen sich NATO-Vertreter_innen mit Personen aus der Industrie, um die NICP offiziell einzugehen. Das Ziel der NATO innerhalb der NICP besteht in der Akquise von „Expertise“ und „Innovation“ aus dem privaten Sektor. Koen Gijbers, Geschäftsleiter der *NATO Communications and Information Agency* (NCIA), fügt hinzu: „Hier geht es um ein Bündnis mit der Industrie und der Schlüssel zu diesem Bündnis ist Vertrauen – sensible Informationen miteinander auszutauschen, um auf Bedrohungen reagieren zu können“.¹⁵ Zum einen erhoffen sich die NATO-Funktionär_innen also technologische und innovative Unterstützung von den kollaborierenden Unternehmen, zum anderen sollen sensible Informationen (wie beispielsweise Kommunikationsdaten oder Schwachstellen in den eigenen Sicherheitssystemen) von den Konzernen an die militärischen Akteur_innen weitergegeben werden. Dass dabei erhebliche Summen an die beteiligten IT-Sicherheits- und Kommunikationsunternehmen fließen werden, ist selbstverständlich. Sie verkaufen an die NATO neben den neuesten Angriffs- und Verteidigungsschemata im Cyberwar auch private Daten ihrer Kunden, oder zumindest Wege, diese zu akquirieren.¹⁶

NATO-Aktionen im Cyberwar

Die Aktionen der NATO-Staaten im Cyberwar werden öffentlichkeitswirksam verkauft. Die Berichte umfassen militärische Übungen wie beispielsweise einen simulierten Großangriff auf Computernetzwerke im NATO-Kompetenzzentrum in Tallinn – bei dem Methoden zur Cyberverteidigung eine ebenso große Rolle spielten wie Angriffsschemata im Cyberspace¹⁷ – oder die Einbettung von Cyberkonzepten in die Großübung *Trident Juncture* im Jahr 2015. *Trident Juncture* behandelte eine Intervention in einer Region in Afrika, in der zwei Kleinstaaten um den Zugang zu Trinkwasser streiten und die es nach NATO-Maßstäben militärisch zu stabilisieren gilt.¹⁸ In diesem Sinne fanden während der Übung auch Cyberkonzepte ihre offensive Anwendung. Von minder technologisierten Kleinstaaten kann kaum ein Cyberangriff ausgehen, der für die NATO-Verbündeten gefährlich würde. Stattdessen muss sich ein solches Manöver auf Cyberattacken gegen zivile und militärische Infrastruktur, Überwachung, Spionage und die Möglichkeiten der Verbreitung von westlicher Kriegspropaganda – der sogenannten „strategischen Kommunikation“ – fokussieren.¹⁹ Offensive Taktiken im Cyberspace werden von NATO-Seite nach alter Manier in ein Verteidigungsszenario eingebettet und als legitime Abschreckungsmanöver gerechtfertigt: „Eine klare Artikulation der Art, wie die NATO offensive Cyberstrategien als Teil jeder defensiven Operation nutzen würde, würde auch die Risikoabschätzungen der Feinde dahingehend ändern, dass sie gezwungen wären zu bedenken, dass jede offensive Aktion, auch wenn sie verdeckt stattfinden sollte, nicht risiko- oder kostenfrei ist.“²⁰

Eine weitere Möglichkeit, die öffentliche Meinung zu manipulieren, ist die Kopplung geheimdienstlicher Cyberangriffe und offen kommunizierter Cyberabwehr. Denn die westlichen Großmächte können die Herkunft ihrer



geheimdienstlichen Cyberattacken weitaus besser verschleiern als Staaten wie der Iran oder China. So wurden beispielsweise im Jahr 2010 mittels des Internetwurms Stuxnet, der vermutlich aus den USA stammt, iranische Atomanlagen angegriffen²¹ und die anschließenden Vergeltungsschläge iranischer Hacker_innen in den westlichen Medien als Angriff dargestellt und verurteilt.²² Da die US-Behörden und -Geheimdienste allerdings nicht offenlegen, auf welcher Grundlage sie die Ursprünge der neuen Cyberangriffe im Iran verorten, ist auch nicht auszuschließen, dass die iranischen Hacks von den USA selbst fingiert wurden. Denn falls auf die US-amerikanischen Cyberangriffe keine militärische oder geheimdienstliche Reaktion aus dem Iran folgt, wäre auch die fälschliche Darstellung eines feindlichen Cyberangriffes denkbar, um den Konflikt zu eskalieren. Während die Sabotage bei Cyberangriffen meist gegen politische Feinde außerhalb des NATO-Bündnisses beschränkt ist, greifen Spionagebemühungen auch unter den NATO-Staaten um sich. Eines der jüngsten Beispiele ist die NSA-Abhöraffaire, die aufgrund der von Edward Snowden geleakten Dokumente im Jahr 2013 an die Öffentlichkeit gelangte: Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung wurden von den USA global und verdachtsunabhängig Kommunikationswege überwacht, private Kommunikation offengelegt und auch staatliche Institutionen von NATO-Verbündeten sowie Vertretungen der Vereinten Nationen ausspioniert.²³

Die Auswirkungen des Cyberwar auf die Zivilbevölkerung

Das Bedrohungsszenario, das von der NATO stetig aufrechterhalten wird, birgt neben der Möglichkeit einer Eskalation internationaler Konflikte aber auch eine erhebliche Gefahr für die Zivilgesellschaft. Ziele wie Krankenhäuser oder die Stromversorgung eines Landes stehen sowohl auf der Liste der bei einem Cyberangriff gefährdeten Objekte, als auch auf der Agenda bei Angriffen von Seiten der NATO-Staaten, wie die vermutliche US-amerikanische Attacke auf das iranische Atomprogramm eindrucksvoll zeigt. Die immer weiter reichende Digitalisierung und Technologisierung von Städten bis hin zur Planung sogenannter Smart Cities öffnet den neuartigen Cyberattacken sukzessive eine breitere Flanke. Die Absichten, den öffentlichen Nahverkehr zu automatisieren, intelligente Produktionslinien bereitzustellen und die Stromversorgung über Netze von Kleinkraftwerken (teil)autonom zu steuern, sind nur einzelne Beispiele angreifbarer Infrastruktur, deren Abschaltung in Zukunft ganze Landstriche zum Stillstand zwingen würde und in ein handfestes Chaos stürzen könnte.²⁴ Die Wahl des Schlachtfeldes ist von ebenso großer gesamtgesellschaftlicher Bedeutung: Bei den meisten Cyberangriffen wird ein vorwiegend zivil verwendeter Kommunikationsweg genutzt – das Internet. Knotenpunkte der Datenübertragung sind vermehrt Ziel von Sabotage- und Spionageaktionen. TAT-14, eines der weltweit wichtigsten Transatlantikkabel, wurde in Ägypten mehrmals durchtrennt und in der englischen Küstenstadt Bude vermutlich vom britischen Geheimdienst GCHQ angezapft.²⁵ Auch russischen U-Booten wird von NATO-Seite inzwischen die Fähigkeit attestiert, Transatlantikkabel durchtrennen zu können.²⁶

Eine weit verbreitete Praxis bei Cyberattacken ist außerdem die Infizierung zahlreicher Computer mit Viren, die anschließend unbemerkt Befehle auf den Privatrechnern ausführen und sie so zu einem kollektiven Netzwerk, einem sogenannten Botnetz, machen. Auf diese Weise können beispielsweise Internetseiten und Server von Firmen oder staatlichen Institutionen überlastet werden, indem mehrere tausend Rechner gleichzeitig auf die Webpräsenz zugreifen.²⁷ Öffentliche Kommunikationswege werden also zu Kriegsschauplätzen, private Technologie zu Waffensystemen und die Zivilgesellschaft steht schließlich im digitalen Kreuzfeuer. Nach Konstanze Kurz wird „die Zivilbevölkerung [...] als Geisel genommen und ihre zivile Infrastruktur Schlachtfeld und unreguliertes Operationsgebiet.“²⁸ Zum einen schürt diese Kriegstaktik das Klima der Angst in der Bevölkerung und erleichtert damit die Legitimation neuer militärischer Aktionen unter dem Deckmantel der nationalen Verteidigung, zum anderen bietet der zivile Sektor eine angenehme moralische Pufferzone bei feindlichen Angriffen.

Im selbsternannten Kampf gegen den Terror wird die Gefahr von in der Mitte der Gesellschaft verdeckt agierenden Terrorzellen instrumentalisiert, um staatliche Überwachungsmechanismen auszuweiten und damit die Privatsphäre der Bürger_innen einzuschränken. Neben der stetigen geheimdienstlichen Überwachung soll nun auch dem Militär ein breiterer Zugriff auf die zivile Kommunikation gewährt werden. Dabei kommen sowohl propagandistische Methoden gegen vermeintliche terroristische Werbung zum Einsatz, als auch komplexe Algorithmen zur automatisierten Analyse staatsgefährdender ziviler Kommunikation. Dass bei einer solchen verdachtsunabhängigen Überwachung auch subversive politische Gruppen in das Raster der Streitkräfte passen, ist kein Novum. Dieser Rhetorik bedienen sich beispielsweise auch die Entscheidungsträger_innen des für Anfang 2017 geplanten *Cyber- und Informationsraum-Kommandos* (CIRK) der Bundeswehr. Rekrutierungsmaßnahmen terroristischer Gruppierungen wie des IS über die sozialen Netzwerke werden als Angriff auf den Informationsraum gewertet und sollen ebenso aktiv überwacht und offen gelegt werden wie gezielte Cyberangriffe auf deutsche staatliche Institutionen und Unternehmen.²⁹ Neben der Löschung unliebsamer Inhalte wird der Bundeswehr damit auch die propagandistische Beeinflussung öffentlicher Diskussionen erleichtert, das CIRK kann also auch als Knotenpunkt strategischer Kommunikation fungieren. Dass der Bundeswehr mit der Begründung präventiver Terrorbekämpfung empfindliche Eingriffe in die private Kommunikation von Nutzer_innen sozialer Netzwerke und damit die Privatsphäre deutscher Staatsbürger_innen ermöglicht werden, tut der Planung bisher keinen Abbruch. Die deutsche Beteiligung an der digitalen Aufrüstung der NATO-Streitkräfte ist nicht zu unterschätzen: Neben den überaus präsenten US-amerikanischen Spionagebehörden, wie beispielsweise der NSA oder der US Airforce, kann kaum ein NATO-Staat so umfassende Wachstumsbestrebungen im Cyberkrieg vorweisen wie die Bundesrepublik. Begründet mit der veralteten Technologie der Bundeswehr und dem unmissverständlichen Wunsch der Politik, die deutsche Position in weltweiten Konflikten zu stärken, werden so militärische Umstrukturierungen und damit einhergehende Budgeteter-

höhungen im Cybersektor durch den parlamentarischen Entscheidungsprozess gewinkt.

Der NATO den virtuellen Raum nehmen!

Das Vorgehen des Nordatlantikbündnisses im Cyberkrieg zeigt vielfältige Parallelen zur übrigen NATO-Kriegsführung auf: Während NATO-Staaten selbst Angriffe planen und durchführen, werden öffentlich nur Verteidigungsszenarien beworben. Außerdem wird die augenscheinliche Einigkeit in Verteidigungsfragen innerhalb der NATO auch von den nationalistischen Aktionen der Einzelstaaten überlagert, die sich gegenseitig misstrauen und ausspionieren. Privatwirtschaftliche Akteur_innen wie IT-Sicherheitsunternehmen, die ursprünglich für die Sicherheit der ihnen anvertrauten Daten sorgen sollten, lassen sich von der NATO kaufen und kompromittieren dabei ihre eigenen Produkte. Allein dieser Umstand zeigt, dass IT-Sicherheit nicht in einem marktwirtschaftlichen Kontext funktionieren kann; die einzige sinnvolle Alternative bleibt quelloffene, kollektiv entwickelte Software, die unabhängig von Markt- und Machtinteressen entsteht. Die wahre Bedrohung für die Zivilgesellschaft, die von der NATO wie von jeder imperialistisch handelnden Militärinstitution ausgeht, fällt gegenüber der ständig präsenten Angst vor feindlichen Cyberattacken kaum ins Gewicht. Doch gerade aus den Angriffen auf die Privatsphäre und der Einbeziehung ziviler Infrastruktur in kriegerische Aktionen gälte es Motivation für vielfältige Formen des Widerstandes und des Protests zu schöpfen. Dass selbst kleine Kollektive von Hacker_innen eine nennenswerte antimilitaristische und antikapitalistische Rolle im digitalen Wettrüsten einnehmen können, wird schon allein durch die offensiven Anfeindungen deutlich, mit denen die NATO aktivistisch motivierte Hacker_innen zu legitimen Zielen im Cyberwar erklärt: „Sogenannte ‚Haktivists‘, die sich an Cyberattacken während eines Krieges beteiligen, können legitime militärische Ziele darstellen, obwohl sie Zivilist_innen sind.“³⁰ Hier zeigt sich auch der eigentliche Grund für das von der NATO beschworene Bedrohungsszenario im Cyberraum: Die Sabotage von Kommunikationsnetzen der NATO-Staaten oder die Offenlegung von Staats- und Unternehmensgeheimnissen bedarf im virtuellen Raum keiner schwer beizukommenden Waffentechnologie oder persönlicher Spionage mehr. Gruppen von Hacker_innen, die sich dezidiert friedvoll und jenseits jedweder Großmachtinteressen positionieren, können so der Eroberung des virtuellen Raumes durch macht- und wirtschaftspolitische Interessenträger_innen entgegenstehen. Die wahre Gefahr für eine Zivilgesellschaft geht dagegen nicht von politischen Kleingruppen aus, sie entsteht im internationalen virtuellen Wettrüsten, an dem sich die NATO-Staaten beispiellos beteiligen. Eine Cyberattacke auf wirklich kritische zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser oder die Energieversorgung eines Landes benötigt Mittel, die nur den militärischen Großmächten zur Verfügung stehen. Denn im Gegensatz zu großen Teilen der NATO-Kommunikation und der Kommunikation großer Unternehmen oder staatlicher Behörden, sind die Gesundheits- und Energieversorgung meist nicht im Internet vernetzt und muss gezielt über das Einschleusen kompromittierter Hardware oder eigens zu diesem Zweck implementierten Computerviren

attackiert werden. In ihren Bemühungen um den Schutz der eigenen militärischen Kommunikationsnetze und den einzelnen nationalen oder wirtschaftlichen Interessen erzeugen die NATO-Staaten also die Gefahr für ihre jeweilige Bevölkerung selbst. Dieser gefährlichen Scheinheiligkeit gilt es gesamtgesellschaftlich entgegen zu wirken und die Argumentation der rüstenden Großmächte muss systematisch dekonstruiert werden.

Anmerkungen

- 1 Cyberwar: Nato-Staaten rüsten für das fünfte Schlachtfeld, Spiegel online, 20.04.2016.
- 2 Cyberkrieg, Wikipedia, 20.04.2016.
- 3 Katrin Suder, Staatssekretärin des BMVg in: BMVg, 20.04.2016.
- 4 Das Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence der NATO, Wikipedia, 20.04.2016.
- 5 Übersetzung des Autors aus dem Englischen; The Role of Offensive Cyber Operations in NATO's Collective Defence, NATO CCD-COE, S. 2, 05.05.2016.
- 6 Is China still hacking US? This cyber firm says yes, CNBC, 20.04.2016.
- 7 Russische Hacker spionieren angeblich NATO aus, heise.de, 20.04.2016.
- 8 NATO report threatens to 'persecute' Anonymous Hactivist grouped named as threat by military alliance, serpent's embrace, 20.04.2016.
- 9 Cyber-Kommando für die Bundeswehr, NDR.de, 05.05.2016
- 10 Krieg in der fünften Dimension, Neue Züricher Zeitung, 20.04.2016.
- 11 Das Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence der NATO, Wikipedia, 20.04.2016.
- 12 Die Abteilung Informations- und Computernetzwerkoperationen, Cyber-Einheit der Bundeswehr, Wikipedia, 20.04.2016.
- 13 ANSSI, die erste regierungsamtliche Cybersicherheitsbehörde in Frankreich, Wikipedia, 20.04.2016.
- 14 United States Cyber Command, Wikipedia, 20.04.2016.
- 15 Übersetzung des Autors aus dem Englischen; NATO launches Industry Cyber Partnership, NATO, 21.04.2016.
- 16 Besonders eindrucksvoll lässt sich diese Entwicklung am Beispiel des IT-Sicherheitskonzerns RSA nachvollziehen, der sich eine vorsätzlich implementierte Sicherheitslücke im eigenen Verschlüsselungssystem vom US-Geheimdienst NSA mit 10 Millionen Dollar bezahlen ließ: Exclusive: Secret contract tied NSA and security industry pioneer, Reuters, 21.04.2016.
- 17 Verteidigungsministerin von der Leyen: Angriff der Cyber-Krieger, Spiegel online, 20.04.2016.
- 18 „Trident Juncture 2015“: Machtdemonstration gegenüber Russland?, IMI, 20.04.2016.
- 19 Trident Juncture 2015 kicked off, NATO, 20.04.2016.
- 20 Übersetzung des Autors aus dem Englischen; The Role of Offensive Cyber Operations in NATO's Collective Defence, NATO CCD-COE, S. 7, 05.05.2016.
- 21 Obama ordnete Stuxnet-Attacken an, taz.de, 20.04.2016.
- 22 DDoS gegen Banken: USA klagen iranische Hacker an, heise newsticker, 20.04.2016.
- 23 Globale Überwachungs- und Spionageaffäre, Wikipedia, 20.04.2016.
- 24 vgl. dazu beispielsweise Florian Rötzer: Smart Cities im Cyberwar, Westend Verlag, 2015.
- 25 Die Kabel-Krake, die alles weiß, Zeit online, 20.04.2016.
- 26 Russian Ships Near Data Cables Are Too Close for U.S. Comfort, New York Times, 20.04.2016.
- 27 DDoS und Botnetze, Wikipedia, 20.04.2016.
- 28 High-Tech-Kriege, Heinrich Böll Stiftung, S.21, 20.04.2016.
- 29 Katrin Suder in Streitkräfte und Strategien, NDR Info, 17.10.2015.
- 30 Übersetzung des Autors aus dem Englischen; Tallinn Manual: NATO veröffentlicht Handbuch mit Cyberwar-Regeln, netzpolitik.org, 05.05.2016.

Die Militarisierung von Informationen

NATO-Propaganda heißt jetzt Strategische Kommunikation

von Christopher Schwitanski

In den letzten Jahren, insbesondere seit der Ukraine-Krise, hat die Nato ihre Bemühungen um eine effektive politische und militärische Propaganda sichtlich verstärkt. Zunächst mit dem erklärten Ziel, russischer Propaganda und Falschmeldungen „Fakten“ entgegenzustellen hat innerhalb der Allianz die Debatte darüber zugenommen, wie man effektiv und gezielt die Meinung, Wahrnehmung und Bewertung der Nato sowohl innerhalb der eigenen als auch mit Blick auf die Bevölkerung verfeindeter Akteure beeinflussen kann. Obwohl bereits die verschiedenen Nato-Konzepte und konkreten Tätigkeiten deutlich machen, dass es sich hier nicht um objektive Berichterstattung, sondern um Bemühungen handelt, die öffentliche Meinung zugunsten der eigenen Position zu beeinflussen, ist man bestrebt, Propaganda und andere negativ konnotierte Begrifflichkeiten tunlichst zu vermeiden. Stattdessen spricht man in Nato-Kreisen von „Strategischer Kommunikation“ (StratKom) und es mehren sich die Forderungen, diese massiv auszubauen: „In der heutigen Informationsumwelt sollte Informieren, Beeinflussen und Überzeugen ebenso entscheidend zum Machtpaket gehören wie Aufmarsch, Kampf und Unterstützungselemente.“¹ Diese Entwicklung ist besonders problematisch, wenn man bedenkt, dass die Nato und ihre Mitgliedsstaaten in der Vergangenheit als zentrale Akteure in verschiedenen völkerrechtswidrigen Konflikten beteiligt waren oder zu deren Eskalation beigetragen haben. Diese Kriegs-Politik dürfte der Allianz in Zukunft noch leichter fallen, sollte es ihr gelingen, mittels Strategischer Kommunikation die mediale und öffentliche Deutungs-hoheit über die eigenen Aktivitäten zu gewinnen bzw. aufrechtzuerhalten.

Strategische Kommunikation: Genese

Die Entwicklung einer einheitlichen Kommunikationsstrategie innerhalb der Nato gewann im Laufe des seit 2003 andauernden Afghanistan-Krieges an Bedeutung und erste Bemühungen hierzu fanden bereits seit Anfang 2004 statt. Der Grund dafür war, dass sich die erwartete Unterstützung für den Einsatz durch die afghanische Bevölkerung nicht einstellte.² Der Begriff der Strategischen Kommunikation fand dann u. a. auf dem Nato-Gipfel in Bukarest 2008 Erwähnung und zur Unterstützung selbiger wurde die Erweiterung des Nato HQ Media Operations Centre und die verstärkte Nutzung des Online-Fernsehsenders der Allianz begrüßt.³ Bereits auf dem nächsten Gipfel im Folgejahr in Straßburg/Kehl wurde festgehalten, dass „[e]s von gesteigerter Bedeutung ist, dass die Allianz in angemessener, frühzeitiger, exakter und reaktiver Art, ihre wachsenden Rollen, Ziele und Missionen kommuniziert. Strategische Kommunikation ist ein integraler Teil unserer Bemühungen, die politischen und militärischen Ziele der Allianz zu erreichen.“⁴ Was bereits angedeutet wurde, wird schon aus dieser Definition deutlich, nämlich dass das erklärte Ziel Strategi-

scher Kommunikation nicht die Vermittlung objektiver Fakten, sondern die Unterstützung der politischen und militärischen Ziele der Nato darstellt.

Zunehmende Aktualität gewann das Konzept im Rahmen der Ukraine-Krise, im Zuge derer die Nato sich massiv durch die russische Berichterstattung bedroht sah. Diese wird als Teil einer sog. hybriden Kriegsführung seitens Russlands gewertet, ein Konzept unter das neben strategischer Kommunikation u. a. auch verdeckte militärische Operationen fallen.⁵ Daher soll die Strategische Kommunikation seither verstärkt dem Kontern russischer Propaganda dienen: „Wir werden sicherstellen, dass die Nato in der Lage ist, die spezifischen Herausforderungen hybrider Kriegsführung effektiv anzugehen [...] Dies wird auch eine Steigerung der Strategischen Kommunikation einschließen.“⁶ Die Berichterstattung Russlands ist zweifelsohne eine Form massiver Propaganda entgegen dem Anstrich der Objektivität, den man sich auch hier gerne gibt. Dadurch wird aber nicht das Problem gemindert oder gerechtfertigt, dass die Nato ihrerseits Propaganda betreibt, sowohl in Bezug auf Russland als auch in der Darstellung ihrer übrigen Politik.

Das zusätzliche Gewicht, welches der Strategischen Kommunikation mittlerweile in der Nato beigemessen wird, zeigt sich u. a. in einem eigens zu diesem Zweck eingerichteten Exzellenzzentrum: das Strategic Communication Centre of Excellence (StratCom COE) in Riga, welches 2014 seine Arbeit aufnahm und seither von sieben Sponsoring Nations – darunter Deutschland – finanziert wird. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Analyse feindlicher Propaganda – derzeit liegt der Fokus primär auf Russland und dem IS – sowie auf der Erarbeitung eigener Konzepte und Empfehlungen für die Anwendung und Implementierung Strategischer Kommunikation innerhalb der Nato und ihrer Mitgliedsstaaten. Bezüglich der bereits erwähnten „Kommunikations-Defizite“ der Allianz im Zuge des Afghanistan-Krieges veröffentlichte das Exzellenzzentrum im April 2016 eine umfassende Studie, welche die diesbezüglichen Bemühungen der Nato im Laufe des Krieges analysiert und hieraus verschiedene Handlungsempfehlungen („Lessons Learned“) für die Zukunft ableitet. Der Bericht unterteilt den Kommunikationsprozess der Nato im Laufe des Afghanistan-Krieges in zwei Kampagnen, die eine in Bemühung um die Zustimmung der Öffentlichkeit in den 51 am Einsatz beteiligten Nationen und die andere mit dem Ziel, die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung im Kriegsgebiet zu gewinnen. Sich auf die „Lehren“ aus Afghanistan berufend, besteht eine Kernforderung des Autors darin, Strategische Kommunikation dauerhaft und effektiver in den Einsatzfeldern der Nato zu etablieren; empfohlen wird hierzu u. a. die „Gründung tiefer, beiderseitig förderlicher Beziehungen mit privater Industrie und Nachrichtenmedien.“⁷ Neben diesen Akteuren wird auch die „Intensivierung des Engagements mit anderen Organisationen, inklusive der EU [angeregt].“⁸ Dabei gilt es an-

zumerken, dass solche Kooperationen bereits stattfinden und die zunehmende Aktivität im Bereich Strategischer Kommunikation nicht auf die Nato als Akteur beschränkt ist. Parallel kommt es auch zu einer Zunahme von Strat-Kom-Aktivitäten in verbündeten Organisationen und Regierungen. Da diese eine einheitliche inhaltliche Stoßrichtung verfolgen, ist eine Fokussierung ausschließlich auf die Nato an dieser Stelle wenig sinnvoll, weshalb im Folgenden auch diesbezügliche Tätigkeiten der EU und der Bundesregierung betrachtet werden. Weiterhin lässt sich die Propaganda-Aktivität der Nato und ihrer Verbündeten, wie bereits das Beispiel Afghanistan zeigt, wie folgt unterteilen: Propaganda im Innern, um das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung zu gewinnen und Propaganda nach außen, um die Bevölkerung gegnerischer Akteure von der eigenen Sichtweise zu überzeugen.

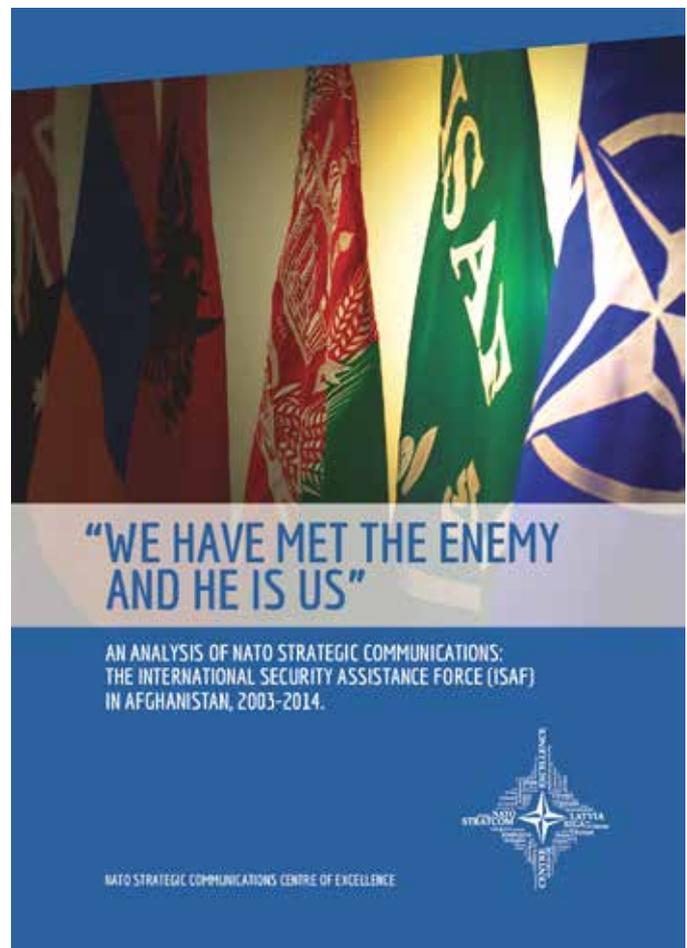
Strategische Kommunikation im Innern

Die Bundesregierung äußerte sich 2015 in einer kleinen Anfrage der Linken Bundestagsfraktion: „Strategische Kommunikation und Fragen der Cyber-Abwehr gehören zu den Aufgaben der NATO und der Bundeswehr.“⁹ Es ist daher wenig verwunderlich, dass an der Bundeswehr-Universität in München bereits an der Implementierung der Nato-Konzepte zur Strategischen Kommunikation in der Bundeswehr gearbeitet wird und auch die Bundesregierung selbst sich in diesem Feld betätigt. So veröffentlichte im Zuge der Ukraine-Krise neben der Nato auch das deutsche Außenministerium ein achtseitiges Dokument mit dem Titel „Realitätscheck“, welches sich an die eigenen Mitarbeiter ebenso wie an deutsche Politiker und Medien richtete und 18 von Russland vertretene Thesen „richtigstellen“ sollte. Die erste russische „Behauptung“ ist folgende: „Der Westen hat sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und zur Absetzung der legitimen Führung Janukowytsh beigetragen.“¹⁰ Die „Richtigstellung“ bietet dagegen die Lesart an, dass sich die ukrainische Bevölkerung aus Frustration über das Aussetzen des EU-Assoziierungsabkommens mit friedlichen Protesten für Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption eingesetzt habe, wogegen von Seiten der Regierung gewaltsam vorgegangen worden sei. Im weiteren Verlauf des Dokuments wird was die Flucht Janukowytshs betrifft auch direkt die Darstellung der ukrainischen Regierung zitiert, laut der er sich „in verfassungswidriger Weise seinen Amtspflichten entzogen habe“. Gewalt faschistischer Gruppen auf Seiten der Demonstranten wird in der Gegendarstellung ebenso ausgespart wie die verschiedenen Fälle faktischer Einflussnahme des Westens auf den Konflikt und die beteiligten Akteure. Erwähnenswert wäre z. B. die gezielte Förderung der Partei Udar durch die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die massive Finanzierung pro-westlicher Gruppen durch die EU gewesen.¹¹ Die Liste möglicher Ergänzung der jeweiligen Richtigstellungen ließe sich beliebig fortsetzen.

Neben derartigen Anstrengungen innerhalb der Bundesregierung wurde auf EU-Ebene Anfang 2015 eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet mit der Aufgabe, russische Falschmeldungen zu kontern: das Eastern Strategic Communications Team. In einer kleinen Anfrage der Linken Bundestagsfraktion heißt es über besagte Arbeitsgruppe, sie solle „positive Narrative und Kom-

munikationsprodukte‘ in russischer Sprache entwickeln und damit ‚russischen Erzählweisen‘ in Osteuropa die Sicht der EU entgegenstellen. Dieses ‚Strategische Kommunikationsteam Ost‘ soll z. B. im Internet aktiv werden und auf Russisch ‚über Websites und soziale Netzwerke proaktiv über Politik und Werte der EU informieren‘. Es soll russische Medien auswerten, ‚offensichtliche Lügen identifizieren‘ und kommentierte Berichte dazu an die Mitgliedstaaten der EU herausgeben. Auftrag der ‚Russland Taskforce‘ ist es aber auch, ‚unabhängige Medien in Russland [zu] unterstützen‘.¹² In der Antwort auf besagte Anfrage wird weiterhin deutlich, dass man „die Bildung von Netzwerken u. a. mit Journalisten und Medienvertretern“ plant und weiterhin Kooperationen mit „EU-Mitgliedstaaten, internationale[n] Organisationen wie NATO, OSZE und Europarat, Partnerländer[n] der EU, zivilgesellschaftliche[n] Akteure[n]“¹³ erfolgen sollen. Was die Kooperation mit der Nato betrifft, so findet bereits ein Austausch mit dem Strategic Communication Centre of Excellence in Riga statt.

Auch wenn öffentlich der Umgang mit der russischen Informationspolitik am stärksten in den Fokus genommen wird, beschränkt sich die Strategische Kommunikation der Nato nicht auf dieses Gebiet. Aktuell wird für das Luftwaffenkompetenzzentrum der Nato in Kalkar, unterstützt durch das StratCom COE, eine Studie erarbeitet, welche sich mit der Frage befasst, wie man mit „Desinformationskampagnen“ gegen die Luftwaffe umgehen soll. Dort wird bemängelt, dass in den Medien und der öffentlichen Meinung oft „fälschlicherweise“ die Überzeugung vorherrscht, Bombenangriffe würden zu hohen zivilen Opferzahlen führen und Drohnen „sind grundsätzlich unbeliebt, da die Öffentlichkeit sie als eine Art



und dieses Video nach der ESC-Entscheidung zusätzlich auf Twitter postete. Thomas Wiegold, der Betreiber eines relativ militärnahen Blogs, bemerkte hierzu passend: „Damit lässt sich die NATO auf die russische Lesart ein, dass die Entscheidung in diesem Wettbewerb eine politische war. Und entdeckt Kultur, Musik und diese grenzüberschreitende Veranstaltung als Mittel des Informationskrieges gegen Russland.“²⁰

Fazit

Neben den verschiedenen Entwicklungen um den Ausbau der Nato-Propaganda gilt es zu beachten, dass in der medialen Berichterstattung häufig bereits ein „positives Narrativ“ in Bezug auf den Militarismus und die Politik der Allianz vorherrscht. Diese Entwicklung erreichte in Deutschland einen beispiellosen Höhepunkt mit Beginn der Ukraine-Krise, im Zuge derer über verschiedene deutsche Leitmedien hinweg eine einseitige und verzerrte Berichterstattung über den Konflikt den medialen Diskurs prägte.²¹ Derartige Entwicklungen sind nicht zuletzt deswegen besonders bedrohlich, da Kriege in der Vergangenheit stets auf Basis von Lügen und Falschmeldungen begonnen wurden. Ob es beispielsweise 2003 der Vorwurf war, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen oder 2011 die Einschätzungen, dass in Libyen ein Massenmord bevorstehe, welche sich im Nachhinein nicht bestätigen ließen. Solchen Entwicklungen wird Vorschub geleistet, wenn Medien anstelle kritischer Berichterstattung die Darstellungen militärischer Akteure übernehmen und befürworten, eine Tendenz, die mit gesteigerter Strategischer Kommunikation seitens der Nato weiter zunehmen dürfte. Wollte die Nato ihrem offiziellen Anspruch gerecht werden, die Öffentlichkeit mit objektiven Fakten zu bedienen, so wäre hierzu auch eine kritische Reflexion der eigenen Rolle notwendig, ebenso wie die Bereitschaft, die Beurteilung der eigenen Politik kritischen und unabhängigen Journalisten zu überlassen, ohne auf diese gezielt Einfluss zu nehmen.

Anmerkungen

- 1 Brett Boudreau: We have met the enemy and he is us, NATO Strat-Com COE 2016 (S. 385)
- 2 Anais Reding, Kristin Weed, Jeremy J. Ghez: NATO's Strategic Communication concept and its relevance for France, RAND Corporation, 2010
- 3 Nato: e-Library: Official texts: Bucharest Summit Declaration, nato.int, 03.04.2008
- 4 Nato: Newsroom: News: Strasbourg / Kehl Summit Declaration, nato.int, 04.04.2009
- 5 Verschiedene Aspekte der „kriminellen“ hybriden Kriegsführung finden sich auch im Konzept der Vernetzten Sicherheit (Comprehensive Approach) der Nato wieder, wie z. B. Cyberangriffe, zivilmilitärische Zusammenarbeit oder Strategische Kommunikation.
- 6 Nato: e-Library: Official texts: Wales Summit Declaration, nato.int, 05.09.2014
- 7 Boudreau 2016 (S. 65)
- 8 Ebd. (S. 345)
- 9 Bundestag Drucksache 18/4567 (S. 15)
- 10 Auswärtiges Amt: Realitätscheck: Russische Behauptungen - unsere Antworten, [Stand](#), 18.02.2015 (S. 1)
- 11 Jürgen Wagner: Die Ukraine und Europas Nachbarschaftspolitik, IMI-Studie 2015/04
- 12 Bundestag Drucksache 18/6486 (S. 1)
- 13 Ebd. (S. 7)
- 14 James S. Corum: NATO Airpower and the Strategic Communications Challenge, JAPCC Journal, Ed. 21, 2015 (S. 47)
- 15 JAPCC: Readahead – Joint Air & Space Power Conference 2015: Air Power and Strategic Communications (S. 35)
- 16 Andreas Theyssen: Kampf gegen die russische Propaganda: Deutschland hilft im baltischen Fernsehkrieg, [Spiegel Online](#), 23.05.2015
- 17 Nato: Newsroom: Speeches & transcripts: Meeting the Strategic Communications Challenge, nato.int, 17.02.2015
- 18 Bundestag Drucksache 18/6486 (S. 9)
- 19 Matthias Rude: Im langen Schatten des Antikommunismus - Die „Europäische Demokratiestiftung“, Hintergrund, 30.09.2013
- 20 Thomas Wiegold: Mitmischen im InfoWar: Die NATO und der Eurovision Song Contest, [augengeradeaus.net](#), 17.05.2016
- 21 siehe z. B.: David Goeßmann: Halbwahrheiten und Doppelstandards – Medien im Ukraine Konflikt, Wissenschaft und Frieden 2015-01, (S. 46-50); Claudia Haydt: Mediale Kriegstrommel – Ideologieproduktion an der Heimatfront, IMI-Analyse 2015/012



Alliance Ground Surveillance

Die Augen und Ohren der NATO über Osteuropa

von Marius Pletsch

Die NATO hat seit letztem Jahr „eigene“ Aufklärungsdrohnen. Am 4. Juni 2015 war das Rollout der ersten Drohne mit der schlichten Kennung „NATO 1“. Das Programm, dem auch die Drohnen zugehörig sind, nennt sich Allied Ground Surveillance, kurz AGS.¹ Die Drohnen werden für die NATO-Mitgliedsländer aufklären und die AWACS-Aufklärungsflugzeuge ergänzen. Die HALE-Drohnen (High Altitude Long Endurance) sind vom Typ RQ-4B Global Hawk des US-Unternehmens Northrop Grumman, was bedeutet, dass sie in großen Höhen (Gipfelhöhe 18.288 Meter) für längere Zeit (über 32 Stunden) operieren können.²

Insgesamt sollen fünf Großdrohnen für die NATO verfügbar sein, die voraussichtlich alle 2016 nach Italien zum NATO-Stützpunkt Sigonella auf Sizilien überführt werden. Dort werden die Daten in Bodenstationen ausgewertet, wozu sowohl die Hauptoperationsbasis auf dem Stützpunkt Sigonella (Main Operating Base, kurz MOB) zur Verfügung steht, als auch mobile sowie transportfähige Bodenstationen (Mobile General Ground Stations, MGGS/Transportable General Ground Stations, TGGs). Auch eine eigene Trainingseinheit wurde angeschafft. Maximal sollen zwei Drohnen gleichzeitig einsetzbar sein, also zwei Gebiete simultan überwacht werden können. Dies ist ein enormer Personalaufwand und erklärt sich durch die schiere Menge an Daten, die von der Sensorik der Drohnen gesammelt werden.³

Nicht alle 28 NATO-Mitgliedsstaaten haben sich an der Finanzierung von AGS beteiligt. Zunächst war geplant, acht Flugeinheiten zu beschaffen, diese Zahl wurde aber auf fünf reduziert. Ursprünglich hatten 13 Staaten das AGS-Programm Memorandum of Understanding (PMoU) 2009 unterzeichnet. Das PMoU hat eine Laufzeit von 30 Jahren. An der Finanzierung werden nach einem Änderungsvertrag von 2013, jedoch 15 Staaten beteiligt sein und Mittel bereitstellen (Kanada hat sich aus dem Anschaffungsprogramm zurückgezogen; Polen und Dänemark haben sich angeschlossen). Drei Staaten tragen nach dem PMoU insgesamt rund 89,7 Prozent der Kosten: die USA 41,7 %, Deutschland 33,3 % und Italien 14,7 %. Die restlichen 10,3 % entfallen auf Bulgarien, Estland, Dänemark, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Tschechien. Die Verteilung hat sich nach dem Änderungsvertrag leicht verändert. Deutschland übernimmt immer noch, trotz zwei zusätzlich am Programm beteiligten Staaten, ca. 31 % der Gesamtsumme von 1,45 Mrd. €, d.h. 483,31 Mio. €. Dabei sind sowohl die reinen Beschaffungskosten wie auch die Kosten für die Agentur NAGSMA (kurz für NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency) enthalten, die extra für die Koordinierung und Beschaffung gegründet wurde.⁴

Vollständig einsatzbereit soll das System 2018 sein. Das zukünftige Einsatzgebiet der AGS-Drohnen wird im Osten liegen, so sollen die Großdrohnen Aufklärungsergebnisse für die Ostukraine, Russland und weitere angrenzen-

de Staaten liefern. Bereits heute sind schon Drohnen des Typs Global Hawk im Einsatz. Für die sogenannte „European Reassurance Initiative“, die vor allem die baltischen Staaten davon überzeugen soll, dass das Militärbündnis an ihrer Seite steht, überfliegen die Drohnen der USA die Ostsee oder nehmen an Manövern wie „Trident Juncture“ (2015) teil.⁵ Welche weiteren Gebiete überwacht werden sollen und wessen Tätigkeiten die Drohne ausspähen soll, dazu lagen der Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage „keine Erkenntnisse“ vor.⁶ Man lässt sich weiterhin von US-Seite versichern, dass die Aufklärungstechnik beim Überflug über Deutschland deaktiviert sei.⁷

Längerfristig plant die Bundesregierung eigene Großdrohnen zu betreiben. Nachdem das Millionengrab Euro Hawk wahrscheinlich nur noch für Testflüge ab 2017 wieder aus dem Hangar rollt, wird sich im Verteidigungsministerium nach einer anderen bauähnlichen Drohne umgeschaut, welche die von Airbus entwickelte Aufklärungstechnik tragen könnte und auch im allgemeinen Luftraum zugelassen werden kann. Anders als bei AGS, wo es hauptsächlich um Radar und Bilddaten geht, dient das System von Airbus zur Signalerfassung von Funk- und weiterem Datenverkehr. Das System heißt „Integrated SIGINT-System“ (ISIS) und hat bisher rund 270 Mio. € gekostet. Die Beschaffungsentscheidung für das zukünftige Trägersystem soll Ende 2016 fallen. Es gilt als wahrscheinlich, dass die Wahl auf die MQ-4C Triton fällt, die auch von Northrop Grumman produziert wird. Gerechnet wird mit Ausgaben von 648 Mio. € zusätzlich zu den bereits ausgegebenen 616 Mio. € für den Euro Hawk und ISIS. Ob Triton zugelassen wird, ist dabei noch offen.⁸ Denkbar ist, dass diese Drohnen im NATO-Verbund eingesetzt werden. AGS wären die Augen, die Bundeswehdrohnen dann die Ohren der NATO.⁹ Damit würde auch die Drohnenflotte der Bundeswehr weiter wachsen.¹⁰

Anmerkungen

- 1 Thomas Wiegold: Roll-out für erste Drohne des NATO-Bodenüberwachungssystems AGS, [augengeradeaus.net](#), 4.6.2015.
- 2 NATO: Alliance Ground Surveillance (AGS), [nato.int](#), 9.2.2016.
- 3 Matthias Monroy: NATO-Drohnenflotte auf Sizilien bald einsatzbereit, [netzpolitik.org](#), 29.1.2016.
- 4 Bundestag Drucksache 17/14571, [bundestag.de](#), 15.8.2015, S. 3f.
- 5 Bundestag Drucksache 18/6978, [bundestag.de](#), 8.12.2015, S. 4-5.
- 6 Ebd., S. 4-5.
- 7 Ebd., S. 8.
- 8 Ebd., S. 13.
- 9 Bundesverteidigungsministerium: Stichwort: Die Alliance Ground Surveillance der NATO, [bmvg.de](#), 15.05.2012.
- 10 Pletsch, Marius (2016): [Eine Drohne für Europa](#), IMI-Studie.

Quelle: NAGSMA



Atomare Muskelspiele

Die nukleare Offensive der NATO

von Jürgen Wagner

Anfang 2015 stellte der „Bulletin of the Atomic Scientists“ seine berühmt berüchtigte „Doomsday Clock“, die anzeigt, wie kurz die Welt vor einem Atomkrieg steht, auf drei Minuten vor zwölf nach vorne. Nach Auffassung der Atomwissenschaftler war die Welt nur einmal, 1953, näher an einem solchen Abgrund.¹ Aus einem gänzlich anderen Blickwinkel wird diese Ansicht auch von hohen Militärs geteilt: Im Mai 2016 veröffentlichte beispielsweise Richard Shirreff, zwischen 2011 und 2014 der stellvertretende NATO-Oberkommandeur in Europa, sein Buch „2017 War with Russia“. In ihm warnte er, ein Atomkrieg zwischen dem Westen und Russland sei zwar nicht zwingend, aber „sehr wahrscheinlich“. Dies könne nur verhindert werden, wenn Russland mittels einer entschiedenen Aufrüstung der NATO-Ostflanke entgegengetreten werde. Beunruhigend ist auch das Vorwort des Buches von James Stavridis, von 2009 bis 2013 NATO-Oberkommandierender in Europa, der offensichtlich derselben Auffassung ist: „Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte.“²

Hierzu trägt gerade auch die an das US-Vorbild angelegte NATO-Nuklearstrategie massiv bei. Sie zielt zwar schon immer darauf ab, auf allen erdenklichen Ebenen einen Atomkrieg „erfolgreich“ führen zu können, neu ist in jüngster Zeit aber die Aggressivität und Offenheit, mit der dies betrieben wird. So wird in der NATO aktuell unter Berufung auf die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zu Russland lautstark gefordert, die Rolle von Atomwaffen wieder deutlich aufzuwerten (Kapitel 1). Obwohl mit einer offiziellen Überarbeitung der NATO-Nuklearstrategie wohl nicht vor 2018 zu rechnen ist, lassen sich erste Elemente bereits jetzt anhand der diesbezüglichen Debatten erahnen oder sind teils sogar schon buchstäblich bereits in Angriff genommen worden. Was die *taktischen Atomwaffen* anbelangt, also diejenigen, die „nur“ zum Einsatz auf einem begrenzten Gefechtsfeld „geeignet“ sind, wird nicht nur die Modernisierung, sondern sogar die Nachrüstung von in Europa im Rahmen der nuklearen Teilhabe stationierten US-Nuklearwaffen gefordert. Als Rechtfertigung dient der – dürftig belegte – Vorwurf, Russland habe seine nukleare Einsatzschwelle so weit gesenkt, dass auch die NATO dementsprechend reagieren müsse (Kapitel 2). Auf *strategischer Ebene*, also bei Waffen, die die Arsenale der Gegenseite im jeweiligen Heimatland zerstören können, zielen USA und NATO immer deutlicher auf eine Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland (und China³) ab. Durch die Modernisierung der US-Atomraketen in Europa, die hierdurch zu strategischen Waffen werden, sowie über die im Bau befindliche Raketenabwehr ist die NATO ein integraler Bestandteil dieser Versuche, die nukleare Vorherrschaft zu erringen (Kapitel 3 und 4).

Da die USA wie auch die NATO es ablehnen, verlässliche Garantien für die Zweitschlagfähigkeit Russlands (und Chinas) abzugeben, sehen sich beide Länder regelrecht dazu gezwungen, massiv in die Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals zu investieren, um nicht „nuklear erpressbar“ zu werden. Aufgrund der dem Atomwaffenbereich eigenen Dynamik sehen sich hierdurch wiederum eine Reihe anderer Länder bedroht und unternehmen ihrerseits verstärkte Rüstungsanstrengungen, weshalb aktuell eine „Lawine atomarer Nachrüstung“ droht.⁴ Anstatt sich diesem Trend jedoch entschieden mit eigenen Abrüstungsinitiativen entgegenzustellen, wird die Rüstungskontrolle seitens hochrangiger NATO-Vertreter mehr oder weniger offen für tot erklärt (Kapitel 5).

1. Die NATO und die Aufwertung von Atomwaffen

Wie bereits angedeutet, wird die Nuklearpolitik der NATO maßgeblich von den diesbezüglichen Überlegungen in den USA bestimmt. Denn obwohl auch Frankreich und Großbritannien über Atomwaffen verfügen, sind es die Vereinigten Staaten, die der Nuklearpolitik des Bündnisses von ihren Anfängen bis heute ihren Stempel aufgedrückt haben. Die „NATO-Atomwaffen-Hierarchie“ wird im Strategischen Konzept des Bündnisses aus dem Jahr 2010 mehr als deutlich benannt: „Der oberste Garant für die Sicherheit der Bündnispartner sind die strategischen nuklearen Kräfte des Bündnisses, insbesondere die der Vereinigten Staaten; die unabhängigen strategischen nuklearen Kräfte des Vereinigten Königreichs und Frankreichs, die eine eigenständige Abschreckungsrolle wahrnehmen, tragen zur Gesamtabstreckung und Sicherheit der Bündnispartner bei.“⁵ Gleichzeitig haben weder die NATO noch ihre Nicht-Atomwaffenstaaten reale Kompetenzen über die US-Atomwaffen – auch nicht über die im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Europa lagernden Bestände: „Die NATO selbst hat keine Entscheidungsbefugnisse über den Einsatz von Atomwaffen [...] Die Entscheidung zum Einsatz kann nur in Washington, London und Paris durch die Anführer dieser Nuklearwaffenstaaten getroffen werden. Die NATO würde konsultiert und würde dem Einsatz möglicherweise zustimmen (im Konsens), aber sie kann einen Einsatz nicht blockieren. [...] Der Konsultationsprozess bezieht sich formal lediglich auf Waffen der NATO im Rahmen der Nuklearen Teilhabe.“⁶

Sowohl die Nuklearpolitik unter US-Präsident Bill Clinton (1993-2001) als auch die seiner Nachfolger George W. Bush (2001-2008) und auch Barack Obama basierten darauf, im Extremfall einen Atomkrieg führen und „gewinnen“ zu können. Mit den Hauptgegnern Russland und China⁷ wurden zu diesem Zweck unter allen drei Präsidenten die Nuklearkapazitäten der USA kontinuierlich „verbessert“. Auch wenn die Obama-Regierung auf den ersten Blick im Ton zunächst spürbar vorsichtigere For-

Atomkriegs-Einmaleins

„**Erstschlag** ist ein Begriff aus der Nuklearstrategie. Er beschreibt einen Angriff mit Atomwaffen, geführt mit der Absicht, alle oder zumindest den größten Teil der gegnerischen Nuklearwaffen und Startanlagen auf Anhieb zu vernichten.“ (Wikipedia)

„**Strategische Atomwaffen** waren jene, mit denen sich die USA und [Russland] gegenseitig und direkt mit großer Sprengkraft beschießen konnten, **taktische Waffen** dagegen jene, die auf Kriegsschauplätzen wie Europa oder Korea mit kleiner, mittlerer oder größerer Sprengkraft zum Einsatz kommen sollten und nicht zwangsläufig einen globalen atomaren Schlagabtausch einschließlich der USA oder [Russlands] zur Folge [hätten].“ (Bundeszentrale für politische Bildung)

„**Anti-Ballistic-Missile-Systeme** (ABM-Systeme) dienen dem Schutz eines ganzen Gebietes (Raumschutz) vor ballistischen Raketen. Sie verfügen über spezielle Flugabwehrraketen, die anfliegende militärische Raketen oder Marschflugkörper zerstören sollen. Sie wurden zuerst im Kalten Krieg von der Sowjetunion und den USA strategisch zur Abwehr gegen nukleare Interkontinentalraketen aufgebaut und durch den ABM-Vertrag begrenzt.“ (Wikipedia)



Quelle: US Navy

mulierungen wählte als ihre Vorgängerin, wurde auch in der Neufassung der Nuklearstrategie im Jahr 2010 das Ziel beibehalten, das „Abschreckungspotenzial gegenüber potenziellen Gegnern zu stärken“ – ein wenig verklausulierter Verweis, der vor allem auf Russland und China deutet – und den „Einsatz von Atomwaffen unter extremen Umständen, wie die vitalen Interessen der USA und ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen, in Betracht zu ziehen.“⁸

Dementsprechend orientierte sich auch die NATO-Politik an diesem Ziel: „Im Strategischen Konzept 1999 und dem zugehörigen Militärausschuss-Dokument MC 400/2 verzichtete die NATO darauf, die Rolle nuklearer Waffen als ‚letztes Mittel‘ zu beschreiben, wie sie es 1990 in der Londoner Erklärung noch getan hatte. Ein Verzicht auf den Ersteinsatz dieser Waffen wurde ebenfalls nicht ausgesprochen, unter anderem, weil die USA sich einen nuklearen Ersteinsatz in ihrer nationalen Nuklearstrategie vorbehalten und so ein eklatanter Gegensatz zwischen U.S.- und NATO-Strategie vermieden werden konnte.“⁹

Das nächste Strategische Konzept wurde dann 2010 auf dem NATO-Gipfel in Lissabon verabschiedet. Darin wurden zwar vergleichsweise moderate Formulierungen gewählt und die Entschlossenheit betont, „eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen“, andererseits aber unverbrüchlich an der fortgesetzten Bedeutung von Atomwaffen festgehalten: „Die Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie. Umstände, unter denen der Einsatz von Kernwaffen in Betracht gezogen werden müsste, sind höchst unwahrscheinlich. Solange es Kernwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben.“¹⁰ Auf demselben NATO-Gipfel wurden auch der Aufbau eines NATO-Raketenabwehrschildes (s.u.) und die Überprüfung der NATO-Nuklearstrategie in Auftrag gegeben. Sie erschien in Form der „Deterrence and Defence Posture Review“ vom Mai 2012, die aber im Wesentlichen den Status Quo fortschrieb, indem sie zu dem Ergebnis gelangte, es gebe keinen akuten Handlungsbedarf: „Die Überprüfung ergab, dass die nukleare Streitkräftezusammensetzung der Allianz die Kriterien für effektive Abschreckung und Verteidigung erfüllt.“¹¹

All dies geschah, bevor die westlich-russischen Beziehungen infolge der Ukraine Krise ab November 2013 in offene Feindschaft umschlugen. Seitdem wird nicht

nur in den USA, sondern auch in der NATO verbal wie real wieder massiv aufgerüstet – und zwar auch im Nuklearbereich. Dementsprechend äußerte sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2016: „Wir haben ein aggressiveres Russland erlebt. Ein Russland, das die europäische Sicherheitsordnung destabilisiert. [...] Unsere Abschreckung hat auch eine nukleare Komponente. Russlands Rhetorik sowie die Zusammensetzung und die Übungen seiner Nuklearkräfte zielen darauf, seine Nachbarn einzuschüchtern. Es untergräbt damit Vertrauen und Sicherheit in Europa.“¹²

In diesem Zusammenhang spielt nicht zuletzt Karl-Heinz Kamp, Chef der deutschen „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS), die Rolle des Einpeitschers. Die Grundlage, auf der der relativ zurückhaltende „Deterrence and Defence Posture Review“ aus dem Jahr 2012 verfasst wurde, sei nicht mehr existent, so Kamp: „Russland hat sich endgültig aus der Partnerschaft zurückgezogen und definiert sich selbst als anti-westliche Macht. [...] Russland ist zwar konventionell insgesamt unterlegen, kann aber in zwei bis drei Tagen große Truppenstärken aus Übungen heraus konzentrieren. [Hieraus] ergibt sich die Forderung nach kürzeren Reaktionszeiten (was wiederum mit Kosten verbunden ist) und verstärkter Übungstätigkeit auch im Nuklearbereich.“¹³ Unter anderem zusammen mit Pierre Vimont, dem Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes und mit Kurt Volker, dem ehemaligen US-Botschafter bei der Nato, war Kamp auch an der Erstellung eines im März 2016 veröffentlichten Berichts beteiligt, der forderte, die Rolle der Atomwaffen müsste in der NATO wieder „höher auf die Agenda“.¹⁴

Vorweggenommen laufen die aktuellen Debatten in den USA wie auch der NATO auf die Forderung hinaus, um eine Konfrontation mit Russland vermeiden zu können, müsste die Einsatzdrohung mit Atomwaffen wieder glaubhaft gestaltet werden – und das bedeutet wiederum, die Voraussetzungen zu schaffen, um „erfolgreiche“ Atomkriege führen zu können. Wie gesagt: Hieran ist weniger die Strategie selbst neu, als die Tatsache, dass sie nun relativ offen propagiert wird. So schreibt etwa Claudia Major von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „Schutz bietet auch nukleare Abschreckung – aber nur, wenn Russland glaubt, dass die Nato tatsächlich Atomwaffen einsetzen würde.“¹⁵

2. Nachrüstung für taktische Atomkriege in Osteuropa?

Das Bindeglied zwischen der US-Nuklearstrategie und derjenigen der NATO ist die nukleare Teilhabe. Mit ihr werden Nicht-Atomwaffenstaaten in die atomare Einsatzplanung einbezogen, wobei die Voraussetzungen für die Teilnahme die Lagerung von Atomwaffen auf eigenem Territorium sowie das Vorhandensein der technischen Voraussetzungen zum Einsatz von Nuklearwaffen sind – zum Beispiel über geeignete Flugzeuge zu verfügen. Dennoch verbleiben faktisch, wie bereits angedeutet, sämtliche realen Entscheidungsbefugnisse in den Händen der USA: „Die im Rahmen der nuklearen Teilhabe in den nichtnuklearen Staaten gelagerten Waffen bleiben im Frieden stets unter amerikanischer Hoheit. Auch im Kriegsfall bleiben sie dies bis zu ihrer Zündung. Über die nötigen Codes verfügt nur die US-amerikanische Führung; sie unterliegen strengster Geheimhaltung.“¹⁶ Aktuell sind fünf NATO-Staaten – Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und die Türkei – in die Nukleare Teilhabe eingebunden (in Polen wird dies gegenwärtig diskutiert¹⁷), wobei Schätzungen zufolge zwischen 150 und 200 taktische US-Atomwaffen in diesen Ländern lagern (siehe Tabelle).¹⁸

Wie auch der eingangs zitierte ehemalige NATO-Oberkommandierende in Europa James Stavridis gehen die meisten NATO-Strategen aktuell von zwei neuen Voraussetzungen aus, an die sich die Bündnisstrategie anpassen müsste. Erstens, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit existiere, dass es in Osteuropa zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit Russland kommen könnte. Und zweitens, dass Moskau in diesem Zusammenhang eine hohe Bereitschaft an den Tag lege, taktische Atomwaffen einzusetzen. Der Grund liege in der konventionellen Überlegenheit des Westens, die Russland durch sein größeres taktisches Atomwaffenarsenal konterkarieren wolle. Tatsächlich verfügen die USA lediglich über 760 nicht-strategische Atomwaffen, von denen, wie beschrieben, nur 150 bis 200 im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Europa lagern.¹⁹ Demgegenüber wird bei Russland von – je nach Schätzung – 1.000 bis 6.000 – taktischen Atomwaffen ausgegangen.²⁰

Ob allerdings der Einsatz taktischer Atomwaffen von Moskau im Zusammenhang mit diesen Konflikten ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist doch recht fragwürdig, auch wenn dies aktuell stets unterstellt wird. Dagegen spricht vor allem, dass Russland die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen in den beiden jüngsten Versionen seiner in diesem Zusammenhang entscheidenden Militärstrategien (2010 und 2014) deutlich angehoben und nicht etwa gesenkt hat. Doch dies beeindruckt viele Russland-Hardliner wenig, sie argumentieren folgendermaßen: „Russlands intensive Manöver mit Atomwaffen, die sich auf den Übergang von konventionellen zu atomaren Einsatzszenarien konzentrieren und seine Nukleardoktrin in Kombination mit der zunehmend drohenden Rhetorik. All das zusammengenommen gibt Anlass zur Sorge, dass Russland bereit sein könnte, die Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen zu senken oder ihn androhen könnte, um seine aggressiven Ziele zu unterstützen, und zwar ungeachtet der in der russischen Militärstrategie des Jahres 2014 zum Ausdruck gebrachten Position, dass Atomwaf-

fen nur als Reaktion auf einen atomaren Angriff oder gegen eine konventionelle Attacke eingesetzt werden, die das Überleben des russischen Staates gefährdet.“²¹

Letztlich klären lässt sich die tatsächliche Haltung Russlands selbstverständlich nicht – die Aussagen in den Militärstrategien sind ebenso wenig ein glasklarer Beweis für eine hohe atomare Einsatzschwelle, wie Verweise auf Modernisierungen des Arsenal und diverse Übungen das Gegenteil schlüssig nahelegen. Für weitreichende Anpassungen der NATO-Nuklearstrategie sollten aber genau solche klaren Beweise auf dem Tisch liegen. Dennoch wurde die Sichtweise von einem zum Atomkrieg bereiten Russland mittlerweile bis in höchste Stellen übernommen. So warnte NATO-Generalsekretär Stoltenberg in seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2016 Russland nur wenig verklausuliert vor einem Einsatz taktischer Atomwaffen: „Niemand sollte sich einbilden, Atomwaffen könnten Teil eines konventionellen Konfliktes sein. Dies würde den Charakter eines jeden Konfliktes grundlegend verändern.“²² Im Mai 2016 zog dann auch ein weiteres Papier mehrerer hochrangiger NATO-Strategen, darunter der ehemalige Generalsekretär Wesley Clark, nach: „Die nukleare Abschreckung der NATO sollte dadurch verstärkt werden, dass Russland signalisiert wird, dass ein Einsatz sub-strategischer Atomwaffen zur Deeskalation eines Konfliktes eine großangelegte Eskalation zur Folge haben und eine nukleare Reaktion der Allianz rechtfertigen würde.“²³

Für eine solche „nukleare Reaktion“ auf einen hypothetischen taktischen Atomwaffeneinsatz Russlands würden den USA bzw. der NATO aber die „adäquaten“ Mittel fehlen, so wird derzeit weiter argumentiert. Eine Eskalation auf strategischer Ebene würde die hohe Gefahr eines umfassenden Atomkrieges in sich bergen, an dem niemand gelegen sein könne. Aus diesem Grund würden wieder mehr taktische Atomwaffen benötigt, um Moskau etwas entgegensetzen zu können. Eine solche „zweite Nachrüstung“ fordert etwa Matthew Kroenig, Politikprofessor an der Georgetown University und zwischenzeitlich auch im US-Verteidigungsministerium tätig: „Die Entscheidung der NATO, nahezu alle in Europa stationierten taktischen Atomwaffen zu eliminieren, hat Russland zu einer breiten Palette an Optionen auf der nuklearen Eskalationsleiter verholfen. [...] Die NATO muss die Entwicklung und Stationierung einer neuen Generation sub-strategischer Nuklearwaffen in Europa planen. Schließlich war es die Stationierung der Persing-II-Raketen in den 1980ern, die Moskau davon überzeugten, den INF-Vertrag [über Mittelstreckenraketen] zu unterzeichnen.“²⁴

Ganz ähnlich äußerte sich etwa auch Elbridge Colby vom den US-Demokraten nahestehenden „Center for a New American Security“²⁵ oder auch Stanisław Marian Koziej, zwischen 2010 und 2015 Leiter des polnischen „National Security Bureau“: „Eskalation [...] scheint gegenwärtig leider der wahrscheinlichste Verlauf in diesem Umfeld eines neuen Kalten Krieges zu sein. Die NATO könnte keine andere praktische Alternative haben, als ihr eigenes taktisches Nuklearpotenzial aufzustocken und ihre Einsatzregeln aufgrund der aggressiven Haltung Russlands zu ändern. [...] Ein breites Modernisierungsprogramm für diese Waffenklasse könnte ein logischer nächster Schritt sein; die Verbesserung ihrer Sicherheit, Überlebensfähigkeit, Reichweite und Genauigkeit wären

die primären Ziele. Eine Überprüfung und Aktualisierung der Regeln, die die Beteiligung von nicht-nuklearen NATO-Staaten an der Atompolitik der Allianz definieren, könnte ebenfalls folgen.²⁶

Faktisch ist eine solche Aufrüstung des taktischen Atomwaffenarsenals allerdings bereits in vollem Gange. Bereits 2010 entschied sich die Obama-Regierung, ein Modernisierungsprogramm aufzulegen, das auch die in Europa stationierten Waffen mit einschließt – bis 2020 sollen die bisherigen Waffen durch zielgenauere und damit „besser“ einsetzbare Typen ersetzt werden, wobei die Kosten auf 6 Mrd. Dollar geschätzt werden²⁷: „Die neue Variante der Atombombe, genannt B61-12, soll demnach nicht nur die älteren Typen 3, 4, 7 und 10 ablösen, sondern auch den nuklearen Bunkerknacker B61-11 und die strategische B83-Bombe überflüssig machen. Letztere besitzt eine Sprengkraft von bis zu 1,2 Megatonnen TNT, was mehr als dem 90-fachen der Hiroshima-Bombe entspricht.“²⁸

Dies hat auch Auswirkungen u.a. auf Deutschland, denn die im Rahmen der Nuklearen Teilhabe zum Transport von Atombomben vorgesehenen Tornados sind ohne Modifikationen nicht mit den B61-12 kompatibel. Aus diesem Grund sollen auch sie ebenso wie der zugehörige Flughafen in Büchel „modernisiert“ werden, wie im September 2015 berichtet wurde: „Deutsche Tornados sollen im Rahmen der Nuklearen Teilhabe auch mit den neuesten US-Atomwaffen angreifen können – das soll eine Modernisierung der Kernwaffen auf deutschen Stützpunkten ermöglichen. [] Doch nicht nur US-amerikanische, auch deutsche Gelder fließen in die Modernisierung des Stützpunktes in Büchel. Während die USA die Integration der Waffen in deutsche Tornados zahlen, modernisiert das Verteidigungsministerium für 112 Millionen Euro die Landebahn und das Instrumentenanflugssystem in Büchel. Auch andere europäische Standorte für US-Atomwaffen, etwa im türkischen Incirlik und im italienischen Aviano sollen demnach modernisiert werden.“²⁹

3. Erstschlagfähigkeit: Nuklearschwert ...

Schon 2001 kam eine umfangreiche Studie zu dem Ergebnis, Washington stehe kurz vor der Erlangung einer Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland.³⁰ Hier dürfte auch der Grund liegen, weshalb Russland sein Arsenal in den Folgejahren modernisierte. Allerdings rüsteten die USA parallel dazu ebenfalls weiter auf, und zwar vor allem auch in Bereichen wie Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft, was den Schluss nahelegt, dass eine solche Erstschlagfähigkeit tatsächlich angestrebt wurde. Im Jahr 2006 kam dann auch ein viel diskutierter Aufsatz in der „Foreign Affairs“ mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufstieg der USA zur nuklearen Vorherrschaft“ zu genau diesem Ergebnis: „Streben die Vereinigten Staaten mit Absicht die nukleare Dominanz an? [...] Die Natur der vorgenommenen Veränderungen bezüglich des Arsenals und der offiziellen Politik und Rhetorik stützen diese Schlussfolgerung. [...] Mit anderen Worten, die gegenwärtigen und künftigen Nuklearstreitkräfte der USA scheinen dafür konzipiert zu sein, einen präemptiven Entwaffnungsschlag gegen Russland oder China zu führen.“³¹ Im Jahr 2013 argumentierten dann die beiden Autoren, aufgrund massiver „Verbesserungen“ bei der Dur-

schlagsfähigkeit, der Zielgenauigkeit und der Aufklärung mobiler Ziele seien die USA näher an einer Erstschlagfähigkeit denn je zuvor³², ein Befund, den auch andere Experten bestätigen.³³

Obwohl die Überprüfung der Nuklearpolitik unter Barack Obama ankündigte, keine neuen Atomwaffen entwickeln zu wollen, wurde unter seiner Ägide eine Generalmodernisierung des US-Arsenals beschlossen, die seinesgleichen sucht – nach gegenwärtigen Plänen sollen innerhalb der nächsten 30 Jahre, je nach Schätzung, zwischen 355 Mrd. und 1.000 Mrd. Dollar in die Modernisierung des Arsenals gesteckt werden.³⁴ Hans Kristensen, einer der führenden Experten für die US-Nuklearpolitik, lässt keine Zweifel daran, gegen wen diese Anstrengungen vorrangig gerichtet sind: „Das finale Verteidigungsbudget [für das Haushaltsjahr 2017] der Obama-Regierung krönt diese Administration endgültig als Modernisierungsführer unter den Präsidentschaften nach dem Kalten Krieg. Während offizielle Stellungnahmen diese massive nukleare Modernisierung bislang lediglich als die Verlängerung der Lebensdauer vorhandener Kapazitäten rechtfertigten, beschreibt das Pentagon sie nun explizit als eine gegen Russland gerichtete nukleare Modernisierung.“³⁵

In diesem Zusammenhang erachtet Russland es für besonders problematisch, dass die Beschränkungen strategischer atomarer Trägersysteme und Sprengköpfe zeitlich befristet sind. Denn der am 8. April 2010 von Russland und den USA unterzeichnete Neue-START-Vertrag, mit dem die Sprengköpfe von 2.200 auf je 1.550 und die Anzahl der Trägersysteme von 1.600 auf 800 reduziert werden müssen, gilt lediglich bis 2020. Ungeachtet russischer Bemühungen weigerten sich die USA zudem, Raketenabwehrsysteme irgendwelchen Restriktionen zu unterwerfen und es gibt auch keine Automatismen, die eine Fortsetzung der Beschränkungen über den Geltungszeitraum hinaus garantieren würden. Im Extremfall könnten die USA also bei einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen völlig legal nach Auslaufen des Vertrages wieder massiv nuklear aufrüsten, zumal sie über 5.080 ggf. schnell hierfür verwendbare eingelagerte Sprengköpfe verfügen, als „Rückversicherung [hedge] gegen technische oder geopolitische Überraschungen.“³⁶

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die USA seit vielen Jahren unter dem Stichwort „Prompt Global Strike“ an der Möglichkeit arbeiten, strategische Schläge mit konventionellen Waffen durchführen zu können. So heißt es in einer Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses: „Ein rascher Schlag [prompt strike] gegen die ballistischen Raketen eines Gegners oder Lagerstätten von Massenvernichtungsmitteln könnte es den USA erlauben, diese Waffen zu zerstören, bevor ein Feind sie nutzen könnte.“³⁷ Besonders an neuen Hyperschallwaffen wird derzeit in diesem Zusammenhang gearbeitet, die sowohl konventionell als auch atomar bestückt werden könnten. Die naheliegendste Funktion dieser Waffen beschreibt der Physiker Mark Gubrod folgendermaßen: „Ich betrachte Überschallwaffen als Instrumente, deren einzige plausible Einsatzmöglichkeit eine Nischenrolle in einem strategischen Erstschlag gegen Russland oder China wäre. [...] Selbst nicht-nukleare Überschallwaffen wären primär dafür gedacht, strategische Ziele, inklusive von Atomwaffen und der Infrastruktur für Atomkriege zu attackieren.“³⁸ Zwar scheint der Entwicklungsstand

von einer solchen Fähigkeit noch etwas entfernt zu sein, aber in absehbarer Zeit könnte sich hierdurch die Zahl der in die Berechnung von Erstschlagfähigkeitspotenzialen einzubeziehenden Waffen sprunghaft erhöhen, zumal die USA bislang mögliche Begrenzungen weitreichender konventioneller Systeme ebenfalls kategorisch ablehnen.³⁹

Und auch in diesem Zusammenhang könnte den im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Europa stationierten US-Atomwaffen künftig eine Rolle zukommen. Bislang waren sie zu ungenau und zu wenig durchschlagskräftig, um als strategische Waffen eingesetzt zu werden. Mit der B61-12-Modernisierung können sie künftig aber flexibel entweder als taktische oder eben strategische Waffen eingesetzt werden – sie könnten somit also zu integralen Bestandteilen amerikanischer Erstschlagpläne und möglicher russischer Gegenstrategien werden: „Rüstungsexperten bestätigen, dass die neuen taktischen Nuklearwaffen vom Typ B61-12 wesentlich zielgenauer sind als die Atombomben, die bislang in Büchel lagern. Im Kriegsfall sollen deutsche Tornado-Piloten im Rahmen der NATO-Strategie der ‚Nuklearen Teilhabe‘ Angriffe mit den US-Bomben fliegen. ‚Mit den neuen Bomben verwischen die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen‘, kritisiert Hans Kristensen vom Nuclear Information Projects (Atomic Scientists) in Washington D.C.“⁴⁰ In diesem Zusammenhang besonders beunruhigend ist eine AP-Meldung vom Juni 2015, in der es heißt, die Obama-Regierung plane neue landgestützte Raketen in Europa zu stationieren, um damit unter Umständen präventiv russische Atomwaffen zerstören zu können. „Die Optionen reichen so weit, implizierte einer [der Beteiligten] – ohne es direkt auszusprechen –, dass sie die US-Fähigkeiten atomarer US-Waffen, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören, verbessern würden.“⁴¹

4. ... und Raketenschild

Glaut man den USA, so richtet sich der seit der Aufkündigung des ABM-Vertrages zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen im Juni 2002 im Aufbau befindliche Schild nicht gegen Russland und China, sondern primär gegen den Iran (wahlweise auch Nordkorea). Gleiches wird selbstredend auch für die diesbezüglichen Überlegungen im NATO-Rahmen behauptet. So heißt es in der Abschlusserklärung des Wales-Gipfels vom September 2014: „Raketenabwehrsysteme könnten die abschreckende Funktion von Atomwaffen ergänzen, sie aber nicht ersetzen. Die Kapazitäten sind rein defensiv.“⁴²

Seit eh und je wird allerdings mehr oder minder offen eingestanden, der eigentliche „Sinn“ eines Raketenschildes sei primär die Abwehr russischer und eventuell chinesischer Raketen.⁴³ Dies gilt auch für die aktuelleren Pläne: So berichtete etwa die Moscow Times im Februar 2013 von einem Briefing des US-Verteidigungsministeriums, nach dem der angeblich nur gegen den Iran gerichtete US-Raketenabwehrschild für exakt diesen Zweck vollkommen nutzlos sei.⁴⁴ Auch das Fazit einer Untersuchung des Konfliktforschungsinstituts HSKF fiel ähnlich aus: „Es gibt keine überzeugenden Iran-bezogenen Bedrohungsszenarien, die

sowohl die gegenwärtigen Programme der USA als auch die derzeit zusätzlich vorhandenen Abwehrsysteme europäischer NATO-Mitglieder rechtfertigten.“⁴⁵

Auch mit dem defensiven Charakter von Raketenabwehrsystemen ist es nicht sonderlich weit her, wie u.a. in dem bereits oben zitierten Artikel in der Foreign Affairs beschrieben wird: „Die Art von Raketenabwehr, die von den USA wahrscheinlich zum Einsatz gebracht werden wird, wäre primär in einem offensiven Kontext sinnvoll – nicht in einem defensiven – als Ergänzung einer amerikanischen Erstschlagfähigkeit, nicht als Schutzschild an sich. Wenn die Vereinigten Staaten einen Nuklearangriff gegen Russland (oder China) führten, bliebe dem angegriffenen Land nur ein kleines Arsenal übrig – wenn überhaupt. Dann wäre sogar ein relativ bescheidenes oder wenig wirksames Raketenabwehrsystem zur Verteidigung gegen Vergeltungsschläge ausreichend, denn der schwer angeschlagene Feind hätte nur noch wenige Sprengköpfe und Ablenkungsattrappen. [...] Washingtons konsistente Weigerung, einen Erstschlag auszuschließen und die Entwicklung einer begrenzten Fähigkeit zur Raketenabwehr bekommen so eine neue, möglicherweise weit bedrohlichere Bedeutung.“⁴⁶

In den USA hat die Forschung an einem Raketenabwehrschild schon lange eine hohe Priorität – schon vor Ronald Reagans berühmt berüchtigter „Strategic Defense Initiative“ (SDI) hat Washington dafür Schätzungen zufolge rund 150 Mrd. Dollar ausgegeben⁴⁷ und seither sind noch einmal über 165 Mrd. Mrd. hinzugekommen.⁴⁸ Auch in der NATO werden seit einiger Zeit Überlegungen konkretisiert, einen Schild zur Abdeckung der EU-Staaten aufzubauen, der eng mit dem der USA verzahnt sein soll. Schon beim Prager NATO-Gipfel 2002 wurde der Auftrag für eine Machbarkeitsstudie („Missile Defense Feasibility Study“) erteilt. Ergebnis der geheimen über 10.000seitigen Studie war, dass ein solcher flächendeckender Schild prinzipiell technisch realisierbar sei und Kosten zwischen 27,5 und 30 Milliarden Euro, mit den notwendigen Frühwarnsatelliten 40 Milliarden oder mehr, verursachen werde.⁴⁹ Beim NATO-Gipfel im April 2008 wurde dann beschlossen, „Optionen für eine umfassende Raketenabwehrarchitektur zu entwickeln, um den



Überblick über das Ballistic Missile Defense System (BMDS) der USA (Darstellung der Missile Defense Agency (MDA), 2010)

Abdeckungsbereich auf das gesamte Bündnisgebiet und alle Bevölkerungen zu erstrecken, die nicht anderweitig durch das US-System abgedeckt sind“.⁵⁰ Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 folgte schließlich die endgültige Entscheidung: „Wir werden daher [...] die Fähigkeit entwickeln, unsere Bevölkerungen und Gebiete gegen einen Angriff mit ballistischen Flugkörpern als ein Kernelement unserer kollektiven Verteidigung zu verteidigen [...] Wir werden aktiv die Zusammenarbeit mit Russland und anderen euro-atlantischen Partnern in der Raketenabwehr anstreben“, hieß es im dort verabschiedeten neuen Strategischen Konzept.⁵¹

Da Russland – zumindest offiziell – erklärtermaßen ins Boot geholt werden sollte, wurden die bisherigen von Moskau scharf kritisierten Pläne abgeändert und am 2. Februar 2012 ein „European Phased Adaptive Approach“ (EPAA) offiziell bekanntgegeben, der über verschiedene Ausbaustufen verfügt: „In Phase 1 des EPAA hatten die USA 2011 ein erstes Schiff im Mittelmeer stationiert, das mit dem Aegis-System zur Raketenabwehr ausgestattet war. Im türkischen Kürecik wurde ein mobiles AN/TPY-2-Radar stationiert, das Informationen über angreifende Raketen gewinnen und an Feuerleitstellen übermitteln soll. Ende 2015 wurde Phase 2 von EPAA abgeschlossen, als im rumänischen Deveselu eine landgestützte Raketenabwehrbasis ihre technische Funktionsfähigkeit erlangte und dem Betreiber für Test- und Trainingszwecke zugeführt wurde. Überdies sind mittlerweile vier mit SM-3-Abfangraketen ausgestattete US-Schiffe im spanischen Rota stationiert [...] Die letzte und dritte Phase des Aufbaus von EPAA soll 2018 erreicht sein, sobald im polnischen Redzikowo eine landgestützte Raketenabwehrbasis einsatzfähig ist.“⁵²

Spätestens die ursprünglich geplante vierte EPAA-Ausbaustufe wäre selbst nach Angaben einer Studie der Generaldirektion für Außenbeziehungen des EU-Rates zumindest potenziell in jedem Fall in der Lage gewesen, russische Interkontinentalraketen abzufangen.⁵³ Nach scharfer russischer Kritik wurde auf diese vierte Phase im März 2013 verzichtet, was die NATO zu der Behauptung veranlasst, nun sei allen Vorbehalten Moskaus entsprochen worden. Doch so einfach ist es nicht – einmal argumentiert Russland, auch Teile der zu den ersten drei Phasen gehörenden Kapazitäten könnten gegen Russland gerichtet werden. Viel schwerer wiegt aber noch, dass „Aufwuchspotenzial“ des Schildes: Da weder USA noch NATO irgendwelche verlässlichen Limitierungen akzeptieren, könnten bestehende Elemente einer Raketenabwehr als eine Art „Brückenkopf“ dienen, der im Bedarfsfall weiter ausgebaut werden kann.⁵⁴ Oder, in den Worten der „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „Sorgen bereitet Russland vor allem die globale, flexible und offene Architektur der geplanten amerikanischen Raketenabwehr.“⁵⁵ Die Art und Weise, wie in jüngster Zeit nun auch offen gefordert wird, den Raketenabwehrschild gegen Russland auszurichten, bestätigt in diesem Zusammenhang sämtliche Befürchtungen auf russischer Seite: „In der Nato gibt es Überlegungen, die gegen potenzielle Angriffe aus dem Nahen Osten geplante Raketenabwehr auch gegen Russland auszurichten. Solche Forderungen, unterstützt von den USA, kommen nach SPIEGEL-Informationen aus den baltischen Mitgliedsländern und Polen.“⁵⁶

Im Augenblick übernehmen die USA den Löwenanteil der Kosten, was ihnen aber auch die Verfügungsgewalt über die Raketenabwehr einbringt. Doch auch andere Länder und nicht zuletzt Deutschland sind substantiell beteiligt: „Erstens befindet sich das Kontroll- und Führungszentrum im deutschen Ort Ramstein. Zweitens hat Deutschland ein Einsatzkontingent Patriot-Flugabwehrraketen mit bis zu drei Feuereinheiten als Beitrag zum Nato-Raketenabwehrsystem gemeldet [...] Drittens unterstützt Deutschland das deutsch-niederländische Kompetenzzentrum zur Verbesserung der Luft- und Raketenabwehr (Competence Centre for Surface Based Air and Missile Defence) in Ramstein, indem es Personal bereitstellt.“⁵⁷

5. Rüstungsspirale statt Rüstungskontrolle

Faktisch machen die von den USA und der NATO in den Nuklearbereich investierten Milliardenbeträge und die dazugehörigen Projekte nur im Kontext einer Atomkriegführung gegen Russland und China Sinn. Mit diesbezüglichen Verdächtigungen aufzuräumen wäre relativ simpel, Washington müsste nur klar vertraglich fixierten und zeitlich unbefristeten Begrenzungen von Offensivsystemen (nuklear wie konventionell) und Raketenabwehrsystemen zustimmen – doch dazu ist es nicht bereit.

Die US-Pläne vor allem im strategischen Bereich zwingen Russland und China regelrecht dazu, ihrerseits aufzurüsten⁵⁸, wodurch jedoch ein neues „Wettrüsten 2.0“ droht, nur mit ungleich mehr Akteuren, als dies früher der Fall war: „Washington erwägt, für die nächsten Jahrzehnte eine umfassende Modernisierung der amerikanischen Nukleartriade (luft-, see- und bodengestützte Systeme) für rund eine Billion US-Dollar vorzunehmen. Zur gleichen Zeit erwägen chinesische Strategen, ihr Nukleararsenal in einen Modus rascherer Abschussbereitschaft umzustellen („hair trigger alert“) und träumen von einer eigenen Triade und sogenannten Mehrfachsprengköpfen für ihre Raketenprogramme. Wer asiatische Rüstungsdynamiken kennt, weiß, dass eine indische Antwort nicht lange auf sich warten lassen wird. Und damit ist auch für die weitere pakistanische Aufrüstung gesorgt.“⁵⁹

Die Alternative zu solch einem kostspieligen und hochriskanten Rüstungswettlauf läge auf der Hand – verstärkte Anstrengungen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Doch derlei Überlegungen wird seitens der NATO derzeit mit einem Federstrich eine Absage erteilt, wenn etwa Matthew Kroenig schreibt: „Natürlich sollte die NATO weiter Rüstungskontrollmaßnahmen in Erwägung ziehen, die im Interesse der Allianz sind. Aber solche Vorschläge sollten sich hinter den Anforderungen der NATO an die Abschreckung einordnen.“⁶⁰ In eine ähnliche Richtung äußert sich die oben bereits zitierte Studie mehrerer hochrangiger NATO-Strategen, darunter BASK-Präsident Karl-Heinz Kamp: „Angesichts der aktuell in Moskau angestellten Überlegungen zu Nuklearfragen ist die nukleare Rüstungskontrolle in Europa – das heißt die beiderseitige Reduzierung von nicht-strategischen Atomwaffen – nicht mehr länger eine Option.“⁶¹

In einem weiteren Artikel brachte Kamp schließlich die derzeit leider dominierende Position folgendermaßen auf den Punkt: „Unter den aktuellen konfrontativen Bedingungen ist eine gemeinsame Reduzierung der Atom-

waffen in Europa kaum noch vorstellbar. [...] Damit ist nukleare Rüstungskontrolle nicht grundsätzlich ausgeschlossen sie bleibt integraler Teil westlicher Sicherheitspolitik. Allerdings ist sie dem Zweck der Sicherheitsvorsorge eindeutig nachgeordnet. Es ist nicht der primäre Daseinszweck einer Nuklearwaffe, abgerüstet zu werden. Zweck einer Kernwaffe – wie auch jeder anderen Waffen – ist es, zur Sicherheit und Verteidigung beizutragen.“⁶²

Anmerkungen

- 1 Bulletin of the Atomic Scientists: [Doomsday Clock: Timeline](#).
- 2 West and Russia on course for war, says ex-Nato deputy commander, [The Guardian](#), 18.05.2016.
- 3 Obwohl China eine wichtige Rolle in der US-Nuklearstrategie spielt, wird sich in diesem Artikel nahezu ausschließlich auf Russland konzentriert, da sich an ihm die wesentlichen Debatten innerhalb der NATO „abarbeiten“.
- 4 Franceschini, Giorgio: Wettrüsten 2.0, [Internationale Politik und Gesellschaft](#), 22.02.2016.
- 5 NATO: Aktives Engagement, moderne Verteidigung, [Strategisches Konzept 2010](#).
- 6 Kristensen, Hans: NATO Nuclear Operations. Management, Escalation, Balance of Power, [Nuclear Information Project](#), 27.10.2015.
- 7 Vor allem unter George W. Bush wurde der Ersteinsatz von Atomwaffen auch gegen Staaten wie den Iran oder Nordkorea ernsthaft erwogen. Auch unter Barack Obama sind derlei Überlegungen nicht vom Tisch, haben aber an Prominenz eingebüßt.
- 8 Nuclear Posture Review, [April 2010](#).
- 9 Nassauer, Otfried: Die nukleare Zukunft der NATO, [RLS-Standpunkte](#) Nr. 28/2010.
- 10 NATO-Strategie 2010, Ziffer 26 und 17.
- 11 Deterrence and Defense Posture Review, [NATO](#), 20.05.2012.
- 12 Rede von Jens Stoltenberg bei der Münchner Sicherheitskonferenz, [München](#), 13.02.2016.
- 13 Kamp, Karl-Heinz: Die Agenda des NATO-Gipfels von Warschau, [BAKS-Arbeitspapier](#) Nr. 9/2015. Siehe auch ders.: NATO Must Reopen the Nuclear Dossier, [defensenews.com](#), 09.03.2016.
- 14 NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw, Advisory Panel on the NATO Summit 2016, [German Marshall Fund](#), März 2016, S. 6.
- 15 Major, Claudia: Abschreckung neu deklinieren. Die Nato, aber auch die EU und die Staaten sind gefordert, in: Perthes, Volker: Begriffe und Realitäten internationaler Politik, [SWP-Ausblick 2016](#).
- 16 Wikipedia: [Nukleare Teilhabe](#).
- 17 Kristensen, Hans: Adjusting NATO's Nuclear Posture, [FAS Security Blog](#), 07.12.2015.
- 18 Die Schätzungen über die Zahl der in Europa stationierten Atomwaffen variieren stark. Die letzte beziffert sie auf 180. Kristensen, Hans/Norris, Robert: United States nuclear forces, 2016, in: [Bulletin of the Atomic Scientists](#), 2016, Nr.2, S. 63-73.
- 19 Kristensen/Norris 2016.
- 20 Woolf, Amy: Nonstrategic Nuclear Weapons, [Congressional Research Service](#), 23.02.2016.
- 21 Galbert, Simon/Rathke, Jeffrey: NATO's Nuclear Policy as Part of a Revitalized Deterrence Strategy, [CSIS](#), 27.01.2016.
- 22 Rede von Jens Stoltenberg bei der Münchner Sicherheitskonferenz, [München](#), 13.02.2016.
- 23 Clark, Wesley u.a.: Closing NATO's Baltic Gap, [ICDS-Report](#), May 2016.
- 24 Kroenig, Matthew: Facing Reality: Getting NATO Ready for a New Cold War, *Survival*, Nr 1/2015, S. 49-70.
- 25 Colby, Elbridge: Russia's Evolving Nuclear Doctrine and its Implications, [FRS](#) n°01/2016.
- 26 Die nukleare Abschreckung im neuen Kalten Krieg, [Geopolitical Information Service](#), 06.05.2016.
- 27 Kostenexplosion bei US-Atombomben, [Spiegel Online](#), 16.05.2012.
- 28 USA machen Alt-Atombombe zu Allzweckwaffe, [Spiegel Online](#), 04.11.2014.
- 29 Liefern USA Atombomben für Bundeswehr? [N-tv](#), 22.09.2015.
- 30 The US Nuclear War Plan: A Time for Change, [Natural Resource Defense Council](#), June 2001.
- 31 Lieber, Keir A./Press, Daryl G.: The Rise of U.S. Nuclear Primacy, in: *Foreign Affairs*, March/April 2006.
- 32 Lieber, Keir A./Press, Daryl G.: The New Era of Nuclear Weapons, Deterrence, and Conflict, in: *Strategic Studies Quarterly*, Nr. 1/2013, S. 3-12.
- 33 Long, Austin/Green, Brendan: Stalking the Secure Second Strike: Intelligence, Counterforce, and Nuclear Strategy, [Journal of Strategic Studies](#), Nr. 1-2/2015, S. 38-73: „Sowohl während als auch nach dem Kalten Krieg haben die USA erhebliche Aufklärungskapazitäten entwickelt, um mobile Raketen und U-Boote aufzuspüren. Diese Anstrengungen haben wichtige und zu wenig beachtete Erfolge gezeitigt. Zweitschlagskräfte sind weitaus verwundbarer, als die meisten Analysten zuzugeben bereit sind.“
- 34 Collina, Tom: The Unaffordable Arsenal, [Arms Control Association Report](#), October 2014.
- 35 Kristensen, Hans: Pentagon Portrays Nuclear Modernization As Response to Russia, [FAS Security Blog](#), 11.02.2016.
- 36 Kristensen/Norris 2016.
- 37 Woolf, Amy: Conventional Prompt Global Strike and Long-Range Ballistic Missiles, [Congressional Research Service](#), 26.08.2014.
- 38 Tucker, Patrick: The Problem with the Pentagon's Hypersonic Missile, [Defense One](#), 14.04.2016.
- 39 Sommer, Jerry: Neue Marschflugkörper – Droht ein Rüstungswettlauf zwischen Ost und West? [Streitkräfte und Strategien](#), 12.03.2016.
- 40 Stationierung neuer US-Atomwaffen in Deutschland, [frontal21](#), 22.09.2015.
- 41 US might deploy missiles in Europe to counter Russia, [AP](#), 04.06.2015.
- 42 Wales Summit Declaration, [NATO](#), 05.09.2014, Ziffer 52.
- 43 Für zahlreiche Zitate Wagner, Jürgen: Krieg aus dem All. Die Raketenabwehrpläne der USA, *isw-Spezial*, Nr. 14, Juni 2001.
- 44 U.S. Becoming More Flexible on Missile Defense, [Moscow Times](#), 13.02.2013.
- 45 A Real Threat from Iran? The Status Quo of NATO Missile Defense in Europe, [HSFK Policy Brief](#), 28.08.2014.
- 46 Lieber/Press 2006.
- 47 Filipiak, Rainer: Europäische Sicherheitspolitik und amerikanische Verteidigungskonzeptionen, [Dissertation](#), 13. Januar 2006, S. 215.
- 48 Fact Sheet: U.S. Ballistic Missile Defense, [Center for Arms Control and Nonproliferation](#), 17.06.2014.
- 49 Neuber, Arno: Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO, [IMI-Analyse](#) 2009/012.
- 50 Gipfelerklärung von Bukarest, [NATO](#), 2-4.04.2008, Ziffer 37.
- 51 NATO: Aktives Engagement, moderne Verteidigung, [Strategisches Konzept 2010](#).
- 52 Dickow, Marce u.a.: Deutschland und die Nato-Raketenabwehr, [SWP-Aktuell](#) Nr. 17/März 2016.
- 53 Hynek, Nik u.a.: Missile Defense in Europe. Strategic, Political and Industrial Implications, [DGEXPO](#), May 2011.
- 54 Diesena, Glenn/Keane, Conor: Constraining missile defence, in: *Defense & Security Analysis*, Nr. 2/2016, S. 129-143.
- 55 Dickow u.a. 2016.
- 56 Nato erwägt Raketenabwehr gegen Russland, [Spiegel Online](#), 24.08.2014.
- 57 Ebd.
- 58 Cunningham, Fiona/Fravel, Taylor: Assuring Assured Retaliation, in: [International Security](#) Nr. 2/2015, S. 7-50.
- 59 Franceschini 2016.
- 60 Kroenig, Matthew: Russia's Nuclear Threat and What It Means for NATO, [Atlantic Council](#), 03.02.2016.
- 61 NATO in a World of Disorder 2016.
- 62 Kamp, Karl-Heinz: Das atomare Element im Russland Ukraine-Konflikt, [BAKS-Arbeitspapier](#) Nr. 3/2015.

Widerstand gegen NATO-Strukturen in Deutschland - Das Beispiel EUCOM

von Thomas Mickan

Das EUCOM ist zentral für die Kriege der NATO. Von der Stuttgarter Bevölkerung weitgehend unbeachtet, ist es seit 1967 im Ortsteil Vaihingen in den Patch Barracks beheimatet. Doch nicht nur das Europakommando der US-Streitkräfte befindet sich hier, sondern auch der militärische Oberbefehlshabende aller NATO-Operationen, der sogenannte Supreme Allied Commander Europe (SACEUR). Seit 2004 besteht dafür eine Personalunion mit dem Oberbefehlshabenden des EUCOM; das Wort „Europa“ ist lediglich aus alter Tradition erhalten geblieben. Der SACEUR ist zudem immer ein US-General, der bisherige NATO-Generalsekretär ist hingegen immer von den europäischen NATO-Mitgliedern gestellt.

Mit der Ukrainekrise und den wachsenden Spannungen mit Russland rückt das EUCOM wieder verstärkt in den Mittelpunkt, nicht zuletzt deshalb, weil hier die kommenden Kriege und die Kriegsbedrohung geplant und vorbereitet werden. Mit dem Wechsel des Oberbefehlshabenden von Philip M. Breedlove zu Curtis M. Scaparrotti Anfang Mai 2016 haben sich die Spannungen mit Russland weiter verschärft. Zu dessen Amtsantritt machte der neue SACEUR seine Auffassung deutlich und drohte: „Wir stehen vor einem wiedererstarkenden Russland, dessen aggressives Verhalten die internationalen Normen in Frage stellt. [...] Wenn Abschreckung scheitert, muss man auch bereit sein zu kämpfen.“¹ Laut US-Medien sei mit dem Kommandowechsel auch endgültig der Wandel vollzogen von einer Koordinationsstelle für die NATO hin zu einer Stelle, die tatsächlich den Krieg vorbereitet.²

Militärregion Stuttgart

Die Bundeswehr und die US-Army unterhalten auch im Rahmen der NATO und für NATO-Einsätze in der Militärregion Stuttgart militärische Strukturen. Neben einem großen Karrierecenter mit Assessment-Center auch für höhere Dienstgrade befinden sich für die Bundeswehr in Stuttgart zudem noch das Landeskommando Baden-Württemberg, Teile des Militärischen Abschirmdienstes (MAD-Gruppe V, MAD Stelle 51) und weitere kleinere Dienstleistungszentren der Bundeswehr wie das Kompetenzzentrum Baumanagement. Auch die Landesgeschäftsstelle des Verbands der Reservisten Baden-Württemberg oder die Heimatschutzbrigade 65³ haben sich größtenteils in der Theodor-Heuss Kaserne oder an der Heilbronner Straße 186 eingerichtet.

Für die US-Army zeichnet sich ein weitaus komplexeres Bild. Vier Kasernen bilden dessen Kern: die Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen, die Kelley-Barracks in Stuttgart-Möhringen, die Robinson-Barracks als reine Wohnkaserne mit Schule in Stuttgart-Bad-Cannstatt sowie die Panzerkaserne in Böblingen. Zudem ist ein Teil des Flughafens Stuttgart – das US-Army Airfield in Leinfelden-Echterdingen – militärisch genutzt, sowie kleinere Außenstellen wie das Lagerhaus „6th ASG CFMO Warehouse“ in Stuttgart Weilimdorf, das allerdings bis

2018 verlegt werden soll.⁴ Die Kelley-Barracks sind mit dem US-Afrika-Kommando AFRICOM und dem von ihm ausgehenden Drohnenkrieg schon weit über Stuttgart hinaus bekannt.⁵ Auf dem Gelände der Patch-Barracks liegt zudem das Europabüro der US-Geheimdienste NSA und des Central Security Service (CSS).

Weit weniger bekannt sind die weiteren Einheiten, die in der Militärregion Stuttgart stationiert sind. In den Patch Barracks befindet sich das Special Operations Command Europe (SOCEUR). Das Kommando ist dem EUCOM direkt unterstellt und koordiniert sämtliche Spezialkräfte für Einsätze in Europa beispielsweise auch während der Jugoslawienkriege oder bei großen Übungen in Osteuropa. Direkt ihm unterstellte Einheiten befinden sich mit dem luftlandefähigen Sondereinsatzkommando (1st Bataillon der 10th Special Forces Group) sowie mit dem Marinekommando für Spezielle Kriegsführung (Navy Special Warfare Unit 2 der Naval Special Warfare Group 2) auch in der Region Stuttgart in der Panzerkaserne in Böblingen. Eine wichtige Aufgabe dieser Einheiten war und ist gemeinsame Übungen in Osteuropa mit den Spezialkräften dieser Länder durchzuführen. Darüber hinausgehende Aktivitäten sind, in der Natur dieser Einheiten liegend, kaum bekannt.

Eine weitere Einheit in der Böblinger Panzerkaserne ist die 554th Military Police Company. Sie ist Teil des 709th Military Police Battalion (Grafenwöhr), welches wiederum Teil der 18 Military Police Brigade (Sembach) ist und damit der 21st Theater Sustainment Command (Kaiserslautern) untersteht. Als Spitznamen trägt die Einheit den Namen „War Dawgs“ – umgangssprachlich für Kriegshunde. Diese Einheit war auch für die Ausbildung von Polizei und für Razzien in Irak und Afghanistan verantwortlich. Zudem wird sie eingesetzt, um in großen Militärübungen in Osteuropa die dortigen Streitkräfte und Militärpolizei auszubilden. Schließlich sind als weitere größere Einheit die Marine Forces Europe and Africa als Teil des Marine Corps der US-Army in der Panzerkaserne zu finden. Diese Einheit der Marines nahm sowohl an Kampfhandlungen im Kosovo teil, als auch an den Operationen Enduring Freedom sowie Iraqi Freedom. Sowohl die 55th Military Police Company als auch die Marine Forces Europe and Africa nehmen an den aktuellen Übungen entlang der östlichen Ränder der NATO teil.

Traditionslinien des Widerstandes

Für die Friedensbewegung war jedoch vor allem das EUCOM bereits seit mindestens dem Jahr 1983 mit der Menschenkette Stuttgart-Neu-Ulm als Kristallisationspunkt von Bedeutung.⁶ Rund 400.000 Menschen schlossen sich in Reaktion auf eine geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen u.a. in den Wiley Barracks in Neu-Ulm der 108 km langen Kette an. Von 1988-1996 folgte mit der EUCOMmunity I-VI eine weitere Aktionsphase, bei der es zu gewaltfreien Entzünungsaktionen

des EUCOMs kam. Dabei richtete sich der Protest insbesondere gegen die noch in Deutschland stationierten US-Atombomben, die vom EUCOM aus koordiniert werden. Mit Pflugscharen und Bolzenschneidern rückten die Aktivist_innen dabei den Zäunen der Militärbasis an den Kragen und versuchten, auch über die anschließenden Gerichtsprozesse, mediale Öffentlichkeit zu erzeugen.⁷ Einen letzten historischen Widerstandshöhepunkt erlebte das EUCOM im Jahr 2003, als es als wichtige Logistik-schnittstelle für den Irakkrieg identifiziert wurde. Rund 6.000 Menschen konnten am 29. April 2003 das EUCOM so vollständig „umzingeln“. Weitere Aktionen wie ein schwäbisches „Ständerling“ und eine „Hocketse“ folgten, bei der immer wieder das EUCOM blockiert wurde.⁸ Es kann auch abseits der drei beschriebenen Höhepunkte auf eine über 30-jährige lebendige Widerstandstradition zurückgeblickt werden, die angesichts der neuen Spannungen mit Russland und dem Drohnenkrieg der USA auf weitere Höhepunkte zusteuert.

Von Stuttgart muss Frieden ausgehen

Seit den Enthüllungen um den Drohnenkrieg 2013,⁹ der vom nur einen Kilometer zum EUCOM entfernten AFRICOM aus mit koordiniert wird, hat der Widerstand gegen die militärischen Strukturen in Stuttgart wieder eine neue Qualität und Aufmerksamkeit erhalten. So konnte in den letzten drei Jahren verstärkt die Rolle von AFRICOM und EUCOM immer wieder hervorgehoben werden und insbesondere die Rolle vom AFRICOM im Drohnenkrieg sowie die Kooperation mit deutschen Behörden oder der Bundeswehr. Im Sommer 2016 wird der bisherige AFRICOM Kommandeur David M. Rodriguez durch Thomas D. Waldhauser ersetzt. Rodriguez ließ sich in der US-Militärzeitschrift Stars and Stripes dazu hinreißen, über seine Frustration zu sprechen, dass das AFRICOM immer stärker öffentlich als „hard-charging hunter-killer force“ wahrgenommen werde.¹⁰ Wenn hier durch Proteste ein Nachdenken bei Militärs angestoßen wird, darf das gerne auch als ein Erfolg von Protesten aufgefasst werden.

Eine dieser Proteste war 2015 eine erneute Menschenkette innerhalb Stuttgarts während des evangelischen Kirchentages, an dem sich über 2.500 Menschen beteiligten. Bis in die Tagesschau hinein schafften es die Bilder, die zeigten, dass Friedensbewegung aktiv und dynamisch sein kann.¹¹ Für das Jahr 2016 hat sich aus diesen positiven Erfahrungen heraus ein Kreis von Aktiven gefunden, um das Veranstaltungsjahr „Krieg und Fluchtursachen beginnen hier – von Stuttgart muss Frieden ausgehen!“ zu initiieren und zu gestalten. Über ein Dutzend Veranstaltungen konnten so bereits in der ersten Jahreshälfte realisiert werden. Dazu zählen antimilitaristische Stadtrundgänge, ein internationales Künstler_innenfest vor den Kasernentoren, Vorträge und im August 2016 eine große Konzertblockade der offenen Musik- und Aktionsgruppe Lebenslaute.

Das besondere Augenmerk des Aktionsbündnisses ist es, die Kooperation zwischen dem Militär, zivilen Stellen und der Stadt sichtbar zu machen und anzugreifen. Fern von nationalen Ressentiments sollen die komplexen Zusammenhänge von Drohnen, der NATO oder etwa dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) der Bundes-

wehr verstehbar und erfahrbar werden. Kurzum, sollen militärische Landschaften aus ihrer Funktion wie die des SACEURs heraus thematisiert werden, um zu zeigen, wie diese auf die Stadt und ihre Menschen wirken. Der NATO-Bezug ist dabei einer aus einer Vielzahl von Bezügen, die es ermöglichen sollen, Spektren übergreifend die destruktive Rolle des Militärs herauszustellen. In Stuttgart kann so die große Bandbreite des modernen Krieges von Drohnen, über das angespannte NATO-Russland-Verhältnis bis hin zu den Geheimdiensten oder den militärischen Ausbildungsmissionen und den Rüstungsexporten angegriffen und in ihrer alltäglichen Bedeutung für die Menschen gezeigt werden.

Anknüpfend an die lange Widerstandstradition, haben sich so in den letzten fünf Jahren ein knappes Duzend Friedensgruppen in Stuttgart neu gegründet! Auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Kirchen, Umweltgruppen und weiteren gesellschaftlichen Zusammenhängen wird beständig intensiviert. Die zentrale Bedeutung, die das EUCOM für die NATO-Kriege und das AFRICOM für Drohneneinsätze einnehmen, ermöglicht es, kontinuierlich Strukturen aufzubauen und Menschen zu gewinnen, die sich neu oder nach längerer Abstinenz wieder aktiv für den Frieden einsetzen.

Auch an anderer Stelle regt sich vermehrt Widerstand gegen Kriegsstrukturen der NATO: in Kalkar/Ueden, Ramstein und Spangdahlem oder Münster. In Geilenkirchen ist der Widerstand gegen die NATO erst langsam wieder am Aufkeimen, obwohl Ende 2015 der dortige Stützpunkt der AWACS-Überwachungsflugzeuge deutlich aufgewertet wurde. Seit 1982 sind diese unter dem damaligen Protest von über 2.000 Menschen dort stationiert wurden. Ende 2015 verlegte die NATO das „NATO Airborne Early Warning & Control Force Command“ (NAEW&C Force Command), welches die AWACS kommandiert, vom belgischen Mons ebenfalls nach Geilenkirchen. Wöchentlich fliegt die NATO mit den AWACS Mitte 2016 rund 90 Flugstunden, davon gehen 85 Prozent auf Einsätze an der russischen Grenze – wiederum unter dem Oberbefehl des SACEURs im EUCOM.¹²

Anmerkungen

- 1 Vandiver, John ([Stars and Stripes](#), 3.5.2016): Scaparrotti succeeds Breedlove as EUCOM commander.
- 2 Shinkman, Paul D. ([USNews](#), 2.5.2016): U.S., NATO Look to Combat an Aggressive Russia.
- 3 Kirsch, Martin (2013): Der neue Heimatschutz der Bundeswehr. In: AUSTRUCK 3/2013, S. 1-9.
- 4 Mickan (2015): AFRICOM und EUCOM in Stuttgart.
- 5 Vgl. Fuchs, Christian/Goetz, John (2013): Geheimer Krieg. Rowohlt, insbesondere S. 27f. Auch in Zusammenarbeit mit dem in den Patch stationierten 52D Signal Battalion sowie dem Defense Information Systems Agency (DISA/ bzw. DITCO) und der 66th Military Intelligence Brigade.
- 6 Hermann G. Abmayr im Gespräch mit Wolfgang Sternstein ([KON-TEXT Wochenzeitung](#), 16.10.2013): 30 Jahre Hand in Hand.
- 7 Die EUCOMmunity. Eine Dokumentation, 1997.
- 8 Sternstein, Wolfgang ([FriedensForum](#) 2003-1): Don't Attack Iraq.
- 9 Fuchs, Christian/Goetz, John (2013): Geheimer Krieg. Rowohlt.
- 10 Vandiver, John ([Stars and Stripes](#), 23.5.2016): AFRICOM must adapt to new challenges, outgoing commander says.
- 11 Mickan, Thomas ([IMI](#), 13.4.2015): AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Zusammenarbeit und Widerstand.
- 12 Stüßer, Udo ([Aachener Zeitung](#), 27.10.2015): Geilenkirchen ist jetzt Nato-Hauptquartier.

No NATO: Kartographie der Protestlandschaft

von Jacqueline Andres

Das Militärbündnis NATO verfügt über weitreichende Strukturen in Europa, Asien und Nordamerika, die in ihrem logistischen Zusammenspiel die weltweite Einsatzbereitschaft seiner Truppen garantieren. Immer wieder sind die Militäreinsätze der NATO, aber auch die Nutzung von Geländen in Europa zur Planung und Einübung des Krieges, Gegenstand von Protesten. Die kontinuierliche Ostausweitung der NATO und die nukleare Aufrüstung des Bündnisses rufen die Menschen ebenso auf die Straße, wie seine steigende Beteiligung an der tödlichen Migrationskontrolle durch die EU im Mittelmeer.

Aktuelle Proteste gegen die NATO-Ausweitung

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die NATO, welche sich gemeinsam mit dem Warschauer Pakt auflösen sollte, kontinuierlich erweitert. Erst im Dezember 2015 sprach das Militärbündnis eine offizielle Beitrittseinladung an Montenegro aus. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem in Protesten die wachsende Ablehnung der Einwohner_innen gegen den seit nunmehr 26 Jahren abwechselnd als Premierminister und Staatspräsidenten amtierenden Milo Djukanovic zum Ausdruck kam. Der erst seit 2006 unabhängige Staat ist geprägt von Korruption und Repression gegen Regierungskritiker_innen. Doch über diese katastrophale Innenpolitik Djukanovics wird sowohl von Seiten der NATO als auch von der EU, die seit 2012 Beitrittsverhandlungen mit Montenegro führt, für die Sicherstellung eigener geostrategischer und ökonomischer Interessen hinweg gesehen. Die montenegrine Friedensorganisation No to war no to NATO thematisierte, laut ihres Präsidenten Gojko Raicevic, in diesem Protestkontext die notwendige Ablehnung eines NATO-Beitritts Montenegros und einen Erhalt der Neutralität des Staates. Nach Angaben des montenegrinischen Zentrums für Demokratie und Menschenrechte befürworten lediglich rund 37% einen NATO-Beitritt. Am 14. Oktober 2015 demonstrierte die montenegrine Friedensbewegung gegen den Besuch des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg, von dem sie eine Entschuldigung für die Zerstörung des Landes im Laufe der NATO Bombardierungen im Jahr 1999 verlangten.¹

In der Republik Moldau provozierte Dragon Pioneer, eine gemeinsame Militärübung der moldawischen Armee mit NATO-Truppen im Mai 2016, eine Straßenblockade, bei der es Kriegsgegner_innen gelang, etwa ein Dutzend rollender Militärfahrzeuge kurzzeitig zu stoppen. Wenige Wochen zuvor protestierten u.a. hunderte Anhänger_innen der Partei der Sozialisten der Republik Moldau vor dem NATO-Büro sowie vor der US-amerikanischen und der rumänischen Botschaft in der moldawischen Hauptstadt Chisinau. Zu ihren Forderungen zählte die Beibehaltung der Neutralität Moldaus.

Es gibt jedoch auch Proteste, die sich von der NATO, nicht jedoch von Russland distanzieren, wie in Serbien. Laut dem kremlnahen Nachrichtenportal Sputnik gingen



Aktion gegen das MUOS. Quelle: Osservatorio Repressione

im März 2016 mehr als 6.000 Menschen gegen die Militärkooperation von Serbien und der NATO auf die Straßen Belgrads. Erst im Februar 2016 unterzeichnete die serbische Regierung ein Abkommen mit der NATO, welches gemeinsame Militärübungen in Serbien einschließt, um das Image des Militärbündnisses aufzuwerten und welches es den NATO-Truppen ermöglicht, sich bei diplomatischer Immunität in ganz Serbien frei zu bewegen. Der Protest brachte zum Ausdruck, dass sich – wie Umfragen bestätigten – rund 80% der Bevölkerung nicht von der NATO beschützt, sondern gefährdet sehen.²

Auch durch so genannte Host Nation Support Agreements und Grundsatzvereinbarungen versucht die NATO ihre Einflussosphäre auszuweiten. Auf dem NATO-Gipfeltreffens in Wales im Jahr 2014 unterzeichneten der schwedische Oberbefehlshaber General Sverker Göranson und sein finnischer Amtskollege General Jarmo Lindberg solch besagte Abkommen mit der NATO. Sie erlauben es dem Militärbündnis, Teile des schwedischen sowie des finnischen Territorialgebiets einerseits für Militärübungen und andererseits auch zur operativen und logistischen Unterstützung von Militärmissionen zu nutzen. Obwohl Umfragen der finnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Yleisradio Oy (YLE) ergeben, dass mit 55% die Mehrheit der Befragten einen NATO-Beitritt Finnlands klar ablehnt, nähert sich Finnland zunehmend der mächtigsten Militärallianz der Welt an.³ Mitte Mai 2016 folgten deshalb Hunderte in Helsinki dem Protestaufruf der Peace Union of Finland gegen diese gefährliche Annäherung, die zu einem NATO-Beitritt des Landes innerhalb der nächsten Jahre führen könnte. Weiterer Auslöser der Proteste war die von den Kriegsgegner_innen als provokativ gewertete zweiwöchige Militärübung von US-amerikanischen und finnischen Truppen in dem nordöstlich gelegenen finnischen Luftstützpunkt des Karelian Air Command in Rissala. Bereits wenige Tage zuvor demonstrierten ein paar dutzend Aktivist_innen vor dem Eingangstor des Stützpunktes gegen diese Übung, die zuvor auch nicht im parlamentarischen Verteidigungsausschuss besprochen wurde.⁴

Schweden durchläuft eine ähnliche Entwicklung. Bereits am 2. Juni 2015 drangen zehn Aktivist_innen des anti-militaristischen Netzwerkes Ofog, Women for Peace und der People's Campaign against Nuclear Weapons auf den Militärflughafen F12 in der nordschwedischen Stadt Luleå ein und störten durch einen Die-In auf der Landebahn die NATO-Militärübung Arctic Challenge Exercise. Im skandinavischen Luftraum absolvierten die eigentlich neutralen Staaten Finnland, Schweden und die Schweiz gemeinsam mit zahlreichen NATO-Staaten eine der größten Militärübungen des Jahres.⁵ Am 16. März 2016 führte eine Gruppe von Friedensaktivist_innen in Göteborg einen Flash-Mob gegen das NATO-Abkommen Schwedens durch, welchen der für den Golden Globe nominierte Fil-

memacher Ruben Östlund aufnahm.⁶ Am 25. Mai 2016 ratifizierte der schwedische Reichstag das bereits 2014 unterzeichnete Host Nation Support Agreement, welches die bisherige Zusammenarbeit verfestigt. Bei der Abstimmung selbst kam es zu Protesten von Gegner_innen des Abkommens auf der Besuchertribüne.

Atomare Aufrüstung

Ein weiterer Anlass für themenbezogene Demonstrationen gegen die aktuelle Entwicklung der NATO ist die Renaissance der NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung, welche als Mittel zur Kriegsverhinderung verklärt wird. Der NATO stehen dabei Kernwaffen der USA und Großbritanniens zur Verfügung. Die angestrebte kostspielige Erneuerung des nuklearen Waffensystems Trident provozierte am 27. Februar 2016 die größte Demonstration gegen Atomwaffen Großbritanniens seit den 1980er Jahren. Nach Schätzungen der Koalition zur Abschaffung von Atomwaffen nahmen bis zu 60.000 Menschen teil – unter ihnen auch der Labour-Parteichef Corbyn und die schottische Regierungschefin Sturgeon. Auf Plakaten wurden besonders die Forderungen nach höheren Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben anstelle von Rüstungsinvestitionen erhoben.⁷ Das Trident besteht aus vier mit jeweils bis zu 40 interkontinentalen Atomraketen des Typs Trident-II ausgerüsteten U-Booten, von denen eines ständig zur „Abschreckung“ die Weltmeere durchkreuzt, während die restlichen in der Naval Base Faslane an der schottischen Küste gewartet und stationiert werden. Allein einer dieser Sprengkörper verfügt über eine achtfache Schlagkraft der euphemistisch als „Little Boy“ bezeichnete und auf Hiroshima abgeworfenen Atombombe.⁸ Bereits seit 1982 besteht das permanente Faslane Peace Camp unweit des Marinestützpunktes. Wiederholt dringen seither Aktivist_innen in den Stützpunkt ein, um zu betonen, welches gefährliches und unkontrolliertes Potenzial die Atomwaffen haben. Erst im März 2014 verschafften sich zwei Camp-Teilnehmende unbefugt Zutritt zu der Militärinstallation und kletterten auf eines der Atom-U-Boote. Ende Mai 2015 zeigte ein weiterer Campteilnehmer die Verletzlichkeit und das durch den Stützpunkt entstehende Sicherheitsrisiko für die Anwohner_innen erneut auf, indem auch er zunächst unbemerkt eindringen konnte.⁹

Militärübungen und –operationen in Europa

Ein weiterer konkreter Auslöser antimilitaristischer Proteste gegen die NATO war die Großübung Trident Juncture im Herbst 2015. Besorgniserregend war für die Kriegsgegner_innen das enge Verknüpfen von Wirtschaft und Militär, eine deutlich gesteigerte zivil-militärische Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und die Einführung neuer schneller Eingreiftruppen, welche den offensiven Charakter der NATO und ihre gesteigerte Bereitschaft zum Interventionskrieg offenlegten. Die Proteste spannten sich von Spanien bis nach Italien und reichten von nächtlichen Kunstaktionen in Nordspanien bis hin zur Störung bzw. Unterbrechung der Militärmanöver durch das Betreten der in die Übung eingebundenen Militärgelände in Teulada auf Sardinien und in Barbate in Andalusien. Regionale und landesweite Demonstrationen

fanden in den italienischen Städten Neapel, Marsala, Pisa, Rom, Mailand, Teulada und Cagliari statt, in Spanien in Saragossa, Barbate und Albacete. Kreativer Protest ereignete sich in der Form von Straßentheater im baskischen Bilbao und mit einem Die-In in der andalusischen Stadt Almeria sowie im sizilianischen Marsala. Auf Sizilien kritisierte die eingebundene anti-militaristische Gruppe No MUOS auch die Militarisierung der EU-Migrationspolitik und die Eröffnung eines FRONTEX-Büros in der Hafenstadt Catania.¹⁰ Die zunehmende Einbindung von NATO-Strukturen in die tödliche EU-Migrationspolitik – u.a. durch die Entsendung von NATO-Kriegsschiffen in die Ägais – wird von Kriegsgegner_innen auf der griechischen Insel Kreta abgelehnt. Mitte April und Ende Mai 2016 protestierten hunderte Menschen in einem Zusammenschluss von u.a. kommunistischen und anti-rassistischen Gruppen vor der NATO-Militärbasis Souda Bay in Chania gegen die NATO und für die Rechte der Migrant_innen.¹¹

Militärstützpunkte: Langatmiger Widerstand

Zu den regelmäßigen Protesten gegen die NATO zählen abgesehen von dem bereits erwähnten Faslane Peace Camp auch die seit 1986 jährlich stattfindenden Friedensmärsche bei dem spanischen und US-amerikanischen Militärstützpunkt in der andalusischen Hafenstadt Rota. Seit 2015 sind dort unweit der strategisch wichtigen Meerenge von Gibraltar vier mit Aegis-Raketen ausgestattete US-Kriegsschiffe der Arleigh-Burke-Klasse als Teil des Raketenabwehrsystems der NATO stationiert.¹² Kritik an der NATO-Mitgliedschaft und der daraus resultierenden Militärpräsenz und der Kriegsausgaben äußerte u.a. das Antimilitaristische und Gewaltfreie Netzwerk Andalusien (Red Antimilitarista y Noviolenta de Andalucía (RANA)) im März 2016. Anlass zur Kritik und der Forderung eines NATO-Ausstiegs sowie der Auflösung des Militärbündnisses war der 30. Jahrestag des Referendums zum im Jahr 1982 erfolgten NATO-Beitritt Spaniens. RANA forderte einen Austritt Spaniens aus der NATO sowie die Auflösung des Militärbündnisses. Die Mitgliedschaft sei kostspielig, militarisiere die ganze Region und leiste wichtige logistische Beiträge für weltweite NATO-Einsätze und US-Kriege, welche wiederum Menschen zur Flucht zwingen. Ebenfalls lehnt das Netzwerk die Beteiligung Spaniens und der NATO an der starken Überwachung des Mittelmeeres ab, welche die Sicherheit der Migrant_innen bei ihrer Überfahrt gefährdet. Gefordert werden Solidarität statt Krieg und Überwachung.¹³

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich immer wieder neue Gruppen gegen die Militarisierung des eigenen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Umfelds in Europa gebildet. Zu diesen zählt die No MUOS Bewegung, die seit 2012 versucht, die Inbetriebnahme des Satellitenkommunikationssystem Mobile User Objective System (MUOS) durch das US-Militär auf Sizilien zu verhindern und eine Deaktivierung von 46 High-Frequency-Antennen zu bewirken. Die Bewegung richtet sich allerdings nicht nur gegen das MUOS, welches u.a. die Datenübertragungskapazität des Kommunikationssystems des US Militärs um ein Zehnfaches erhöht und gleichzeitig durch die elektromagnetische Strahlung von drei Parabolantennen ein mögliches Ge-

sundheitsrisiko für die Anwohner_innen darstellen wird, sondern auch gegen die übergeordnete NATO-Militärbasis Sigonella, welche hauptsächlich von der US-Navy genutzt wird.¹⁴ Die Widerstandsformen gegen die Militarisierung der Insel sind vielfältig und reichen von Informationskampagnen bis hin zur wiederholten Sabotage des militärischen Kommunikationssystems und seiner angegliederten High-Frequency-Antennen. Im Rahmen der jährlichen Camps gegen die MUOS-Anlage besetzten Aktivist_innen wiederholt tagelang einige Antennen der US-Navy und zwangen somit das US-Militär, die Antennen wegen ihrer gesundheitsschädlichen Strahlung kurzzeitig auszuschalten. Bei der letzten Aktion im November 2015 kletterte ein No MUOS Aktivist auf eine der Parabolantennen und verrichtete mit einem Hammer einen Schaden von 800.000 US-Dollar.¹⁵ Im September 2016 findet seine Gerichtsverhandlung dazu statt. Weitere lokale antimilitaristische Bewegungen mit ähnlichen Ansätzen und Kritikpunkten sind im norditalienischen Vicenza als Bewegung NoDal Molin und auf Sardinien als No Radar verortet.

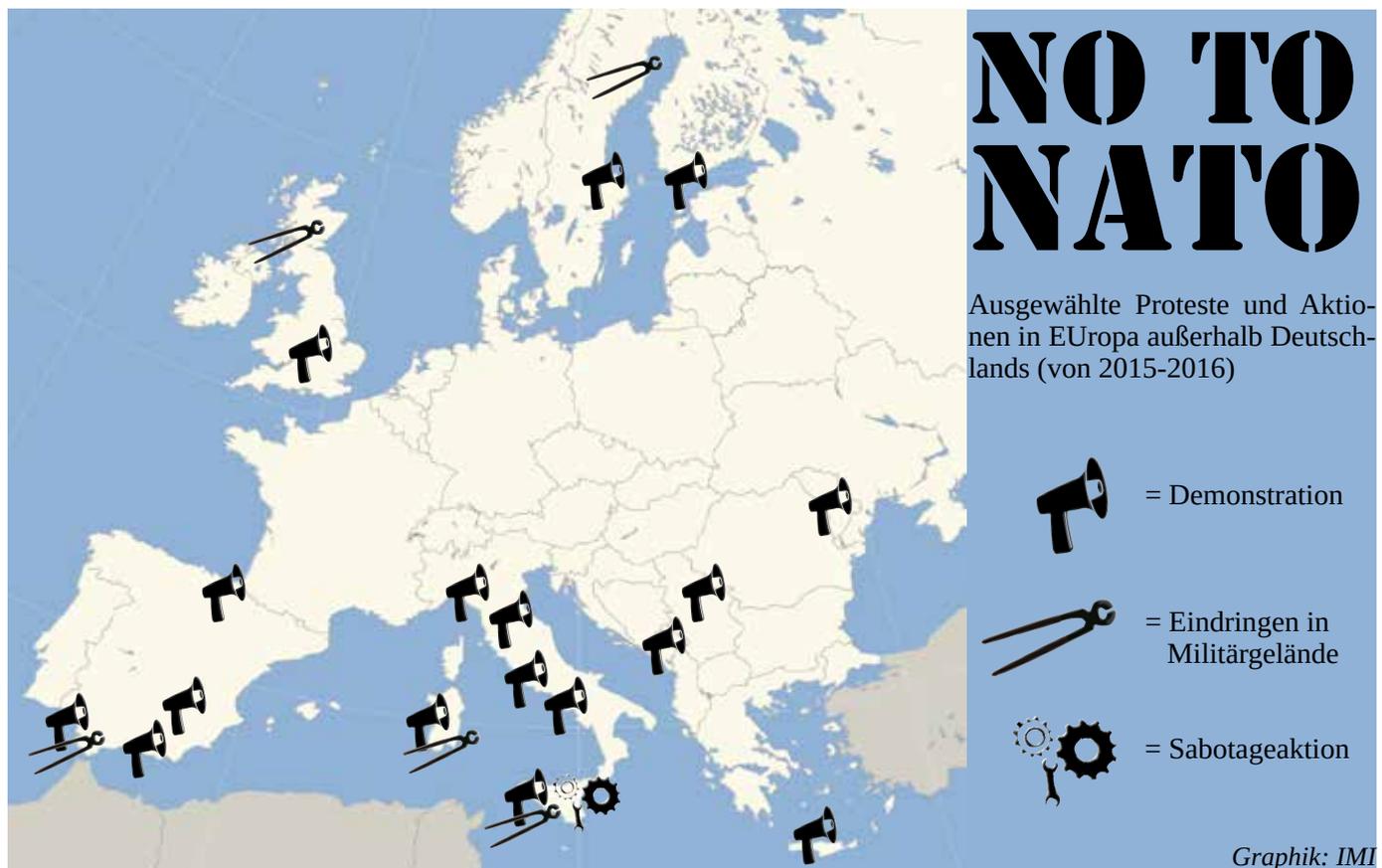
Gipfeltreffen

Weiterer Widerstand gegen die NATO entfaltet sich regelmäßig gegen die Gipfeltreffen der Militärallianz. Bei dem vorletzten und bisherig größten Gipfeltreffen in Chicago im Jahr 2012 führten Kriegsveteran_innen der Kriege im Irak und Afghanistan sowie Afghans for Peace einen Friedensmarsch an, dem tausende Menschen folgten und an dessen Schluss 40 Veteran_innen ihre Kriegsauszeichnungen mit den Worten „No NATO, no war!“ in die Richtung des Tagungsortes warfen.¹⁶ Bereits am Vorabend blockierten Kriegsgegner_innen den Verkehr

der Stadt durch unangekündigte Demonstrationen im Finanzviertel. Auch die anderen Gipfeltreffen in Wales, Lissabon und Straßburg waren von heftigen Protesten begleitet. Es ist davon auszugehen, dass auch gegen die nächsten Gipfeltreffen Dissens geäußert wird.

Anmerkungen

- 1 Montenegro Peace Movement protest “No to war – No to NATO”, pressenza.com, 14.10.2015
- 2 „Nato raus aus Serbien“- Massenproteste in Belgrad, de.sputniknews.com, 28.03.2016
- 3 Jason Ditz: Finland Report Warns Joining NATO Would Lead to Crisis With Russia, news.antiwar.org, 29.04.2016
- 4 US-Finland Military Training ignites protests, newsghana.com.gh, 10.05.2016
- 5 Peace activists got inside the military airport in Luleå, castor.divergences.be, 07.06.2015
- 6 Ruben Östlunds attack mot Nato, aftonbladet.se, 05.04.2016
- 7 Mark Townsend: Trident rally is Britain’s biggest anti-nuclear march in a generation, theguardian.com, 27.02.2016
- 8 No to Trident, cnduk.org
- 9 Faslane security breached again, faslanepeacecamp.wordpress.com 27.05.2015
- 10 Jacqueline Andres: No Trident Juncture 2015!, IMI-Analyse 2015/036
- 11 Greece: Hundreds protest NATO, EU at Souda Bay military base, youtube.com, 10.04.2016, Protesters burn NATO & EU flags at Souda military base, chaniapost.eu, 31.05.2016
- 12 La última pieza de la gran barrera, lavozdigital.es, 25.09.2015
- 13 30º Aniversario de la amañada entrada de España en la OTAN, redantimilitarista.wordpress.com, 10.03.2016
- 14 Jacqueline Andres: No MUOS, IMI-Analyse 2014/025
- 15 No Muos: gli USA chiedono i danni a Turi Vaccaro osservatoriopressione.info, 16.02.2016
- 16 “No NATO, No War”: U.S. Veterans of Iraq and Afghanistan Return War Medals at NATO Summit, democracynow.org, 21.05.2012



Graphik: IMI

